BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 3 Köln, 25. März 1960 **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Dr. Archim von Borries, „Die Lage"* S. 213
- *Prof. D. Hans Joachim Iwand, „Die Lebensfrage von heute — der Frieden"* S. 220
- *Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, „Die veruntreute Freiheit"* S 223
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Ein politischer Prozeß erschüttert die Demokratie"* S. 228
- *Major a. D. Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz, „Auf dem Wege zur totalen Mobilmachung"* S. 234
- *Dr. Erich Küchenhoff, „Staatsgefährdender Nachrichtendienst' und Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes"* S. 240
- *Johannes Weidenheim, „Schattensehen"* S. 253
- *Kurt Pritzkoleit, „Konzentration — Fiktion oder Wirklichkeit?"* S. 256
- *E. S. Sachs, „Der südafrikanische Boykott"* S. 261
- *Dr. jur. Elsa Hennings, „China — Stein des Anstoßes"* S. 268
- *Hans Andresen, „Der Nationalsozialismus in Schulbüchern"* S. 280
- *„Neutralisiertes Programm für die deutsche Einigung"* S. 288
- *„Akten sagen aus" (II)* S. 296
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 300

Dr. Achim von Borries

Die Lage

In anderer Stimmung als bei allen früheren Gelegenheiten dieser Art wird diesmal der Bundeskanzler von seiner USA-Reise nach Bonn zurückkehren. Denn die politischen Erfahrungen, die er diesmal in den Vereinigten Staaten hat machen müssen, waren andere als sonst, ungewohnt, wenn auch nicht eben überraschend. Offensichtlich ist sein verzweifelter Versuch gescheitert, durch nachhaltigen persönlichen Druck auf Präsident Eisenhower wenige Wochen vor der Gipfelkonferenz das Rad der Geschichte noch einmal auf den „Kalten Krieg" zurückzudrehen oder doch zumindest die fortschreitende weltpolitische Entspannung zu hemmen. Denn das und nichts anderes war das Ziel dieser Reise. Man begreift es und kann es sinnbildlich finden, daß Dr. Adenauer längere Zeit am Grabe John Forster Dulles', seines alten „Kriegs-Kameraden" aus den Jahren des „Kalten Krieges" verweilte; er mag an diesem Grabe wehmütig der Zeit nahezu absoluter weltpolitischer Eintracht zwischen Washington und Bonn gedacht haben, einer Zeit, in der die militärischen Rüstungen in Ost und West ins Riesige wuchsen und die weltpolitische Spannung zwischen beiden Machtblöcken immer grö-

Sonderdruck der „Blätter für deutsche und internationale Politik"
Heft 3/1960

Harzburger Front 1960

von

KURT HIRSCH

„Die Mitverantwortung und Schuld des deutschen Bürgertums an allem, was die Katastrophen und insbesondere das Emporkommen des Nationalsozialismus vorbereitet hat, ist nicht gering."

Prof. Friedrich Meinecke (1)

Die Harzburger Front 1931

„Wir sind daher entschlossen, die Auseinandersetzung zwischen dem Bolschewismus und dem Antibolschewismus in Deutschland mit allen Mitteln bis zur letzten Konsequenz im Sinne der Erhaltung der deutschen, abendländischen und christlichen Kultur durchzuführen."

Aus dem „Großen Manifest" vom Harzburger Treffen 1931 (2)

„Wir sind fest entschlossen, daß die SPD niemals an die Macht kommt. Warum sind wir so fest entschlossen? ...

Sondern, weil wir glauben, daß mit einem Sieg der Sozialdemokratischen Partei der Untergang Deutschlands verknüpft ist."

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer am 7. Juli 1957 in Nürnberg

Ehe wir uns mit den Harzburgern des Jahres 1960 auseinandersetzen, dürfte es nicht überflüssig sein, an die Harzburger des Jahres 1931 — die schon lange vorher existierten und wirkten — zu erinnern.

Nachdem ein vom „Stahlhelm" und ebenfalls von Hugenberg inspiriertes „Volksbegehren" im Februar 1931 gescheitert war und die „Nationale Opposition" manche nicht übersehbare Sprünge aufzuweisen hatte, war man bestrebt, die antirepublikanische Front zu aktivieren. Zu diesem Zwecke wurde in Bad Harzburg ein Treffen der verschiedenen rechtsstehenden Verbände, Parteien und Persönlichkeiten vorbereitet. Man wählte diese in Braunschweig gelegene Badestadt, denn in diesem Lande war schon erreicht, was man erst mit der Harzburger Tagung bezweckte: eine deutschnationale-nationalsozialistische Koalition. Sie war in Braunschweig seit 1930 am Ruder.

Es wäre zweckentsprechender und naheliegender gewesen, diese Kundgebung in Berlin durchzuführen, doch fürchtete man damals, daß die in ihrer Mehrheit linksstehende Bevölkerung der Reichshauptstadt einem solchen Aufmarsch „gewisse Schwierigkeiten" (3) bereiten würde.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß konservative Historiker und Publizisten bestrebt sind, das Treffen in Harzburg, wenn überhaupt, nur sehr nebensächlich zu erwähnen, denn nirgends kam der die sehr unterschiedlichen Teilnehmer verbindende Haß und ihre Abneigung gegen die Republik so eindeutig zum Ausdruck, wie dies bei der Demonstration in Harzburg der Fall war. Diese Grundtendenzen mit dem dazugehörigen antikommunistischen Aufguß waren es auch, die diese im schlechtesten Sinne des Wortes politisch gemischte Gesellschaft verband. Wie gemischt diese antidemokratische Zusammenfassung war, sei anhand der folgenden, unvollständigen Aufstellung der Teilnehmer dieser Kundgebung belegt. Neben führenden Politikern der DNVP, DVP, Wirtschaftspartei und der NSDAP waren die maßgebenden Männer der Wirtschaftsverbände des Reichslandbundes sowie der „Nationalen Wehrverbände" und selbstverständlich die „Alldeutschen" vertreten. Bei dieser antirepublikanischen Demonstration fehlten auch nicht die Offiziere jener Reichswehr, deren Aufgabe es gewesen wäre, die Republik zu schützen. Die prominente Reihe der Teilnehmer umfaßte:

„Hugenberg und Hitler mit ihren Reichstags- und Preußischen Landtagsfraktionen, Seldte und Duesterberg mit dem Führerstab des Stahlhelms, ferner Graf Kalckreuth mit der Führung des Reichslandbundes ...

Daneben stand die Elite der Alldeutschen mit Justizrat Claß, v. Vietinghoff-Scheel, Graf v. Brockdorff, v. Hertzberg. Zu den fünfzehn pensionierten Offizieren im Generals- oder Admiralsrang, die — wie v. d. Goltz, v. Dommes,

v. Lüttwitz, v. Einem, v. Gallwitz, v. Hutier, v. Möhl, v. Falkenhausen, v. Levetzow — ausgeprägt antirepublikanisches Profil besaßen, gesellte sich auch v. Seeckt, der hier nicht nur seine eigene politische Einstellung als „überparteilich-unpolitischer" Diener der Republik, sondern als Reichstagsabgeordneter zugleich den Kurswechsel der DVP demonstrierte. Dynastisch-monarchische Interessen vertraten in diesem bunten Lager die Prinzen zu Lippe, zu Salm-Horstmar sowie Eitel Friedrich und August Wilhelm in Hohenzollern. Vor allem aber fanden sich neben namhaften Repräsentanten der akademischen Schicht prominente Wirtschaftsführer ein, unter denen Schacht, der einstige Demokrat, Unterzeichner, dann Gegner des Young-Plans, Fritz Thyssen, der langjährige Förderer der NSDAP, Poensgen von den Vereinigten Stahlwerken, Schlenker vom Langnamverein, Ravené vom Eisengroßhandelsverband, Generaldirektor Krieger-Wintershall, Geheimrat Kreth, Generaldirektor Gottstein, Hüttendirektor Quebier und die Direktoren der größten deutschen Schiffswerft Gock & Blohm aus Hamburg herausragten. Dazu kamen noch die Bankiers v. Strauß, Regendanz, Lubarsch, Sogemeyer und zahlreiche andere" (4).

In Harzburg begann jenes kulinarisch-politische Menü Hitlers und der NSDAP mit dem Ankauen der alten reaktionären Knochen, das dann nur zu bald mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes im Jahre 1933 — bei dem die bürgerlichen Parteien ihren Selbstmord legalisierten — mit deren Verschlingen ihr Ende fand.

Für unsere weitere Betrachtung ist es wichtig, festzustellen, daß die in der Harzburger Front zusammengeschlossenen Organisationen, Parteien und Wehrverbände kein gemeinsames Programm und Ziel hatten und auch nicht haben konnten, sondern daß sie sich nur in ihrer antirepublikanischen und extrem nationalistischen Gesinnung, die mit Hilfe eines antibolschewistischen Aufputzes gesellschaftsfähig und schmackhaft gemacht wurde, einig waren. Aber diese schmale geistige Plattform genügte für eine breite politische Sammelbewegung, da diese Front nicht zuletzt mit Hilfe und Spenden der deutschen Industrie verbunden und gefestigt war.

Die politischen Ziele und Bemühungen der Harzburger Front fanden in den verschiedenen Ansprachen, die während des Treffens gehalten wurden, ihren Ausdruck. So erklärte z. B. Herr Hugenberg:

„Hier ist heute die Mehrheit des deutschen Volkes. Sie ruft den Pächtern der Ämter und Pfründen, den Machtgenießern und politischen Bonzen, den Inhabern und Ausbeutern absterbender Organisationen, sie ruft den regierenden Parteien zu: Es ist eine neue Welt im Aufstieg — wir wollen Euch nicht mehr! In dem Volke, das in hellen Scharen hinter dieser Versammlung steht und durch sie verkörpert wird, stecken die tragenden Kräfte der Zukunft. Aus ihnen heraus wird ein neues, jüngeres und wahres Deutschland erwachsen... Die bisherigen Machthaber hinterlassen Berge von Sünden und Scherben. Es ist die bittere und doch erhebende Aufgabe eines notgestählten Volkes, die Scherbenberge abzuarbeiten und die überkommenen Sünden zu büßen..."

Herr Schacht führte u. a. aus:

„In der Tat hat die deutsche Wirtschaft an dem Enderfolg der nationalen Bewegung das brennendste Interesse. Was unter dem bisherigen Nachkriegssystem an wirtschaftlicher Substanz wie an wirtschaftlichen Möglichkeiten vergeudet worden ist, das läßt jetzt auch die produktiv gerichtete Wirtschaft verzweifelt nach Rettung von diesem System verlangen... Ein zweiter grundlegender Fehler dieses Systems ist seine Rechtsunsicherheit ... Und ein dritter ist verurteilt, mit diesem System zugrunde zu gehen. Das ist der Mangel an Mut zum Handeln... Die Gesundung Deutschlands ist nicht eine Frage von einzelnen Programmpunkten, ist nicht eine Frage der Intelligenz, sondern eine Frage des Charakters. Die Wiederherstellung einer dauernden Rechtssicherheit, die Aufrichtigkeit in allen Fragen des öffentlichen Lebens und der Wille zum eigenen Handeln sind das entscheidende" (5).

Schacht brachte in dieser Rede nicht nur zum Ausdruck, daß er vom Dritten Reich eine Beseitigung der demokratischen „Rechtsunsicherheit" und „Mut zum

Handeln" erwartete, sondern er versicherte seinen Zuhörern als der zweifellos befugte Sprecher des von der NSDAP so bekämpften „raffenden Kapitals" das „brennendste Interesse" der „deutschen Wirtschaft an dem Enderfolg der nationalen Bewegung". Dieses Interesse fand in der nun stärker einsetzenden finanziellen Unterstützung der NSDAP durch Industrie und Wirtschaft seinen klingenden Ausdruck.

Schacht's Handel und Wandel

„Was tut sich wieder an der Ruhr?
Die Herren sind seltsam rührig.
Und kennt man ihre Kraftnatur,
weiß man, der Fall ist schwierig.
Sie, die die Schwerter schmieden,
sind meistens gegen den Frieden.
Und sind wir wieder auf dem Hund,
hat mancher den Verdacht,
im Hintergrund, im Hintergrund,
im Hintergrund ... steht Schacht!

Wo man zu straff den Bogen spannt,
ist Hjalmar meist nicht ferne, —
wo es nach Katastrophen riecht,
da strahlen seine Sterne!
Wie alle Nationalen
denkt er zumeist in Zahlen —
und wo sich Kapital gesund
auf anderer Kosten macht:
Im Hintergrund, im Hintergrund,
im Hintergrund steht Schacht!"
Simplizissimus — 1931

Herr Reichsbankpräsident a. D. Dr. Hjalmar Schacht war mehr als einer jener einflußreichen Männer, die der Republik von Weimar nach außen hin dienten und sie zu gleicher Zeit unterhöhlten; der maßgeblich an Hitlers Kriegsvorbereitungen beteiligt war; der zu den wirtschaftlichen Vorläufern des Dritten Reiches und einflußreichen Mitläufern des Unrechtstaates zählte und der heute in der Bundesrepublik eine einflußreiche wirtschaftliche und damit politische Funktion bekleidet. Dieser Herr Schacht, der Herrenreiter des Bankgeschäfts, dessen politischer Sattel aus Aktienpaketen bestand und besteht, symbolisiert gemeinsam mit Papen jenes Bürgertum, das sich vorgestern alldeutsch, gestern deutschnational und heute abendländisch und europäisch gebärdet und das ungeachtet kleiner, unterschiedlicher, politischer Varianten eines gemein hatte und auch weiterhin hat: Sie betrachten das parlamentarische System, das sie aus tiefster Überzeugung ablehnen, nur als vorübergehendes notwendiges Übel und als einen Hafen, in dem man nach einem sorgfältig vorbereiteten, geplanten, aber verlorenen Krieg vorübergehend Schutz sucht, um in Ruhe neue wirtschaftliche, politische und militärische Raubzüge vorzubereiten. Daß sich diese auch gegen das eigene Volk richten und dieses weitgehend davon in Mitleidenschaft gezogen wird, unterscheidet sie von den unpolitischen Piraten der Vergangenheit. Aus diesen Gründen sei ein kleiner Überblick über Schacht's Handel und Wandel gestattet. — Ein Handel und Wandel, der nicht zuletzt charakteristisch ist dafür, wie wenig sich das deutsche Bürgertum in seiner großen Mehrheit gegenüber dem Bazillus der Rechtsradikalen als immun erwies und erweist.

1918 — bemühte sich der Chefredakteur des liberalen „Berliner Tagblatt", Theodor Wolff, einige Persönlichkeiten für die Gründung einer linken Bürgerpartei zu gewinnen. Er berichtete: „Schacht und seine Freunde wünschten sich uns anzuschließen. Allerdings wollten sie sich nicht, wie es in dem Aufruf hieß, „zur Politik bekennen", sondern nur „die Republik anerkennen".

1923 — berichtet Schacht: „Vertauscht ich meinen privaten Beruf als Geschäftsinhaber der Darmstädter- und Nationalbank mit dem öffentlichen Amte eines Reichswährungskommissars. Kameraden hatten mich daran erinnert, daß ich mich schon zwölf Jahre früher mit dem Wunsche getragen hatte, meine Kräfte einmal in den Dienst der Allgemeinheit stellen zu können."

1925 — bezeichnete der nationalsozialistische Schriftsteller Piechottka Schacht im „Völkischen Kurier" als „den Vater des größten Volksbetruges aller Zeiten" und als den „Urheber der radikalsten Volksausbeutung".

1926 — schreibt der NS-Theoretiker Rosenberg über Schacht: „... sonst hätten sie wohl kaum zugelassen, daß ein Mann namens Hjalmar mit der Aufgabe betraut wurde, die Reichsbank des internationalen Judentums als Präsident zu leiten... Daß Dr. Schacht auch seine Ehre verloren hat, hat er bisher noch gar nicht bemerkt, hat er doch schon viermal den öffentlichen Vorwurf, Verbrecher am deutschen Volk und der Henker der deutschen Wirtschaft zu sein, verjähren lassen, ohne eine Beleidigungsklage zu versuchen, weshalb ich ihm hier nochmals die Gelegenheit bieten möchte, freundlichst das Versäumte nachzuholen."

Diese nationalsozialistischen Angriffe hinderten Herrn Schacht keineswegs, sich einige Jahre später mit Hitler und seiner Partei auf Tod und Leben zu verbinden.

1927 — schrieb der Journalist Morus über Schacht: „Das Publikum fühlt, daß von dem Posten des Reichsbankpräsidenten heute die stärksten politischen Triebkräfte ausgehen und daß der Leiter der Diskontpolitik zugleich einer der ehrgeizigsten Politiker Deutschlands ist."

1929 — notierte Carl von Ossietzky in seiner Zeitschrift „Die Weltbühne": „Man weiß seit Jahr und Tag, daß Schacht sich für die Finanzdiktatur berufen fühlt."

1932 — richtete Schacht folgenden Brief an Hitler: „Lieber Herr Hitler! Darf ich hoffen, daß Sie mir diese Form der Anrede gestatten werden, da es der alleinige Zweck meines Briefes ist, Sie in den Zeiten großer Prüfungen meiner unwandelbaren Sympathie zu versichern. Rechnen Sie immer mit mir als Ihrem zuverlässigen Mitarbeiter. — Mit einem kräftigen Heil Hjalmar Schacht."

Im gleichen Jahr notierte Goebbels in sein Tagebuch: „In einer Unterredung mit Dr. Schacht stelle ich fest, daß er absolut unseren Standpunkt vertritt. Er ist einer der wenigen, die ganz konsequent zum Führer stehen."

1933 — versicherte Schacht dem „Führer": „Sie können auf mich zählen als Ihren zuverlässigen Helfer."

Kommentar von Konrad Heiden: „Schacht ist immerhin von Beruf Bankier; und er hat als Minister Dinge getan, die für einen privaten Bankier gar nicht auszusprechende Folgen gehabt hätten."

1934 — führte Schacht in einer Ansprache u. a. aus: „Und wenn von einer nationalsozialistischen Bankreform gesprochen wird, so muß man sich vor Augen halten, daß Nationalsozialismus nicht ein äußeres System, sondern eine innere Gesinnung ist."

1935 — erklärte Schacht in einer Rede: „Alles, was ich sage und mache, geschieht mit vollem Einverständnis des Führers, und ich sage in der Zukunft nichts und mache nichts, was der Führer nicht billigt."

1936 — machte Schacht in der Berliner „Allgemeinen Deutschen Zeitung" folgende Feststellung: „Deutschland steht und fällt mit dem Gelingen der Politik Adolf Hitlers. Die Politik ist in ihrem kühnen, großen Wurf der Wiederwehrhaftmachung Deutschlands zunächst ein außenpolitisches Problem. Sie wäre aber gar nicht zu wagen und durchzuführen gewesen ohne eine entsprechende kühne Wirtschafts- und Finanzpolitik, zu deren wichtigsten Spitzen und Trägern die Reichsbank zu rechnen ist. Die Leistung, die hier von einem Volk, das im Krieg, im Friedensvertrag und in der Nachkriegswirtschaft bis aufs Äußerste erschöpft wurde, vollbracht werden muß, diese von uns allen geforderte Leistung geht weit über das hinaus, was jemals vorher in der Geschichte den Bürgern einer Nation zugemutet worden ist... Jedes Abirren von dieser, einer großen geschichtlichen Aufgabe bedeutet Gefahr. Alle Störungen der Willenskonzentration auf diese eine Aufgabe sind Verderb, mögen nun die Störungen auf geistigem oder auf wirtschaftlichem Gebiete geschehen..."

1938 — schreibt André Francois-Poncet in seinem Tagebuch ‚Als Botschafter in Berlin 1931 bis 1938': „Auch Schacht ist ein Zyniker. Ein verwegener Blender, von hemmungslosem Ehrgeiz. Dieser große, trockene und magere Teufel, mit einem Gesicht, wie mit dem Rebmesser geschnitzt, mit langem, faltigem Raubvogelhals, fliehendem Kinn, einem lächerlich hohen Umfallkragen, der an Karikaturen des alten Simplizissimus erinnert, hat auf den Nationalsozialismus gesetzt. Er sah die Machtergreifung voraus und trug dazu bei. Er wurde dafür belohnt, wenn auch nicht in dem Maße, daß die erlangten Vorteile seinen Verdiensten entsprachen.

Er zögerte auch nicht, die Aufwendungen für die Rüstung durch die Reichsbank zu unterstützen und zu ihrer Ermöglichung in aller Stille Papiergeld zu drucken."

1945 — berichtete Schuschnigg, der damals mit Schacht zusammen war, über dessen damalige Ansichten: „Er denkt pessimistisch. Nicht so sehr der wirtschaftlichen und finanziellen Katastrophe halber; die ließe sich meistern. Aber weil Hitler das moralische und ideelle Erbe Deutschlands vertan; weil größenwahnsinnige Ignoranten und Hasardeure das Kapital des Vertrauens verspielten... Er glaubt nicht, daß auf absehbare Zeit eine Wiederaufrichtung der deutschen Staatsmacht in Sicht sei. Ein englischer Dominienstatus wäre derzeit für Deutschland das beste..."

1949 — schreibt Schacht in seiner ‚Abrechnung mit Hitler': „Der politische Hasardeur, der verantwortungslose Abenteurer, dem das Schicksal Deutschlands in die Hände fiel und der es frevelhaft verspielte, das unselige Geschöpf Adolf Hitler kam aus der Tiefe."

Nur vergaß Herr Schacht, zu erinnern, daß es er und seine Gesinnungsfreunde waren, die Hitler aus „der Tiefe" des braunen Schlamms hervorholten und in Harzburg — im Jahre 1931 — gesellschaftsfähig machten.

1950 bis 1952 — Schacht und Gattin in angeregter Unterhaltung mit Mussolini-Befreier Skorzeny in Madrid! Der „Volkswirt" feiert anläßlich Schacht's 75. Geburtstag dessen Verdienste! Unter dem Titel „Der große Zauberer" veröffentlicht das von Bischof Lilje herausgegebene „Sonntagsblatt" eine Würdigung Dr. Schacht's und bedauert es, daß ihm „in Deutschland kein Raum mehr gewährt wird!"

1953 — geht folgende Meldung durch die deutsche Presse: „Auf einem Empfang zur Geschäftseröffnung des Bankhauses Schacht & Co. in Düsseldorf, der unter besonderem Polizeischutz in Düsseldorfs vornehmsten Hotel stattfand, begrüßten der NRW-Innenminister Dr. Meyers (CDU) und der NRW-Wirtschaftsminister Dr. Sträter (CDU) den früheren Reichsbankpräsidenten im Auftrag der Landesregierung. Neben Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums nah-

men ... zahlreiche leitende Persönlichkeiten der Wirtschaft an Rhein und Ruhr, darunter Otto Stinnes, an dem Empfang teil... In das Bankhaus, das am Donnerstag erstmalig seine Schalter öffnete, wurden in den Vormittagsstunden ununterbrochen Präsentkörbe, Blumengebinde, Uhren und andere Geschenke aus Wirtschaftskreisen gebracht. Dr. Schacht äußerte freudig überrascht: „Ich habe nicht erwartet, in so ausgezeichneter Weise von der Ruhrwirtschaft aufgenommen zu werden."

1955 — wird in der Öffentlichkeit bekannt, daß Schacht als früherer Reichsbankpräsident eine monatliche Pension von DM 2800,— bezieht.

1956 — schrieben die der CDU nahestehenden „Bonner Hefte": „Schacht, der langjährige Reichs-Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident, ist seit seiner Entlassung aus alliierter und deutscher Haft ein in der Stille und von der Öffentlichkeit fast unbemerkt wirkender, sehr aktiver Mann. Seine großen Verbindungen zu wichtigen Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik und seine weltweiten Beziehungen zu vielen fremden Ländern spielen dabei eine wichtige Rolle."

1958 — spricht Schacht vor einer „Gesellschaft für soziale Forschung" zu dem Thema „Währungs- und Finanzfragen der Zukunft". Bei dieser Tagung traten auch die folgenden, rechtsradikalen Persönlichkeiten als Redner auf: August Haußleiter, der Vorsitzende der „Deutschen Gemeinschaft", Erich Kernmayr, Chefredakteur der „Deutschen Soldaten-Zeitung", und Herbert Böhme vom „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes".

Die SPD von Rothenburg o. d. T., wo diese Tagung stattfand, protestierte dagegen, daß die Stadt den Teilnehmern dieser Veranstaltung einen Empfang gab.

Die Harzburger Gesinnung — eine politische Richtung

„Die größte Aufmerksamkeit werden wir der Ausmerzung des nationalsozialistischen und militaristischen Geistes in Deutschland widmen müssen. Die aktiven Nationalsozialisten und die aktiven Militaristen, die für den Krieg und seine Verlängerung Verantwortlichen, dazu gehören insbesondere auch gewisse Wirtschaftsführer, müssen aus ihren Stellen entfernt werden. Sie müssen je nach Lage des Falles von deutschen Gerichten bestraft, ihr Vermögen muß ganz oder teilweise beschlagnahmt werden. Das Elend, das sie über Deutschland, über die ganze Welt gebracht haben, schreit zum Himmel... Die Erfinder des Nationalsozialismus waren militärische Kreise, waren hohe Militärs. Sie erkannten, daß es zwei Schlagworte von fabelhafter Zugkraft für die große Masse des deutschen Volkes gab, die Worte „national" und „Sozialismus"... Sie verbanden sie zu einem Wort und schufen eine neue Art Sozialismus, den Nationalsozialismus. Sie sagten sich, daß man, um dem Instinkt breiter Massen entgegenzukommen, einen namenlosen Soldaten an die Spitze stellen müsse. So verfielen sie auf Hitler, der in politischen Diskussionsabenden, die von Formationen der Reichswehr in München veranstaltet wurden, durch seine populäre Rhetorik aufgefallen war..."

Dr. Konrad Adenauer

Während es schon auf Grund der reichlich vorhandenen Literatur relativ einfach ist, eine Definition des Begriffes Faschismus zu geben, erweist sich demgegenüber eine Konkretisierung dessen, was wir als Harzburger Gesinnung bezeichnen, um vieles schwieriger. Als Wegweiser zu einer solchen Definition können uns die oben zitierten Worte dienen, die Dr. Adenauer am 24. März 1946 in der Kölner Universitätsaula sprach.

Der nach 1945 aus dem nur allzu kurz währenden politischen Scheintod wiedererwachte Geist von Harzburg ist das ungeratene Kind, das dem Verhältnis des „militaristischen Geistes" — dessen „Ausmerzung" Bundeskanzler Dr. Adenauer 1946 forderte — mit jenen „Wirtschaftsführern" — die nach Ansicht Bundeskanzlers Dr. Adenaur „für den Krieg und seine Verlängerung" verantwortlich waren und deshalb „aus ihren Stellen entfernt werden" müßten — entsprang. Begünstigt

und gefördert wurde das Wachsen dieser für die demokratische Entwicklung so verhängnisvollen Mißgeburt durch die nach Beendigung des zweiten Weltkrieges stärker werdenden weltpolitischen Spannungen und des damit einsetzenden Kalten Krieges.

Ihre grundsätzliche, antidemokratische und autoritäre Einstellung versuchen die Harzburger Bannerträger unserer Zeit, mehr oder weniger geschickt, ebenso wie ihre Gesinnungsfreunde im Jahre 1931 durch ihre antikommunistische Propaganda zu tarnen. Selbstverständlich wird der Begriff Kommunist von diesen Leuten in weitgehendstem Maße in Anwendung gebracht, und alle jene, die es wagen, in irgendwelchen innen- oder außenpolitischen Fragen anderer Meinung zu sein, als offiziell angeordnet wird, werden als Kommunisten diskriminiert und gelten als „suspekt".

Auch diese Methode der Hexenverfolgung hat sich in der Weimarer Republik im Sinne deren Gegner bewährt und war eine jener antirepublikanischen Kampf- und Propagandamethoden, die den Staat von Weimar bis zu dessen bitterem Ende begleiteten und dieses weitgehendst beschleunigten.

Die bundesdeutschen Repräsentanten der Harzburger Gesinnung sind nicht jene geistigen und politischen Halbstarken, die neonazistische und antisemitische Schmierereien durchführen, und es sind auch nicht die physisch und psychisch braunbehemdeten „Führer" dieser Gruppen oder die Herausgeber eindeutig neonazistischer Literatur- und Presseerzeugnisse. Daß dies alles möglich ist, obwohl die bestehenden Gesetze bei richtiger Auslegung sehr wohl genügen würden, diesen braunen Jahrmarkt zu unterbinden, ist als nicht übersehbares Symptom der bestehenden und immer stärker zum Ausdruck kommenden Harzburger Gesinnung zu bezeichnen. Begnügten wir uns aber, nur diese Symptome anzukreiden, so würden wir — zur Freude vieler — an dem Widerhaken der Oberflächlichkeit hängen bleiben und nicht den um vieles gefährlicheren restaurativen Hintergrund erkennen und aufzeigen, der es überhaupt erst ermöglicht, daß solche neonazistischen und antisemitischen Ausschreitungen in diesem Ausmaß vorkommen, und dies wäre wiederum gleichbedeutend damit, daß wir nur einen Teil des Problems — und nicht einmal den wichtigsten — in unsere Betrachtung einbeziehen. Diese Harzburger Gesinnung, die wir als politische Richtung bezeichnen und die der Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik den verhängnisvollen Stempel des Kalten Krieges aufdrückt, setzt sich naturgemäß aus den sehr unterschiedlichen Strömungen zusammen, die durch die verschiedensten Persönlichkeiten repräsentiert werden. Wie unterschiedlich dieser Harzburger Kreis ist, der mit Hilfe der verschiedenen zur Propagierung dieser politischen Ziele geschaffenen und bezahlten Organisationen an die Öffentlichkeit tritt, wird im folgenden, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, noch ausgeführt werden. Doch vorerst drängt sich uns die Frage auf, welches sind die gemeinsamen politischen Ziele, die es zustande bringen, die bewußten und nichtbewußten Harzburger, die propagandistischen Nachläufer des zweiten und Vorläufer eines dritten Weltkrieges, die, von denen viele gestern von einem antibolschewistischen Europa unter dem Vorzeichen der SS-Rune träumten und heute die abendländische Mission Europas unter dem Vorzeichen des Antikommunismus propagieren; die pseudoliberalen und republikanischen Embryos, die sich nur zu leicht von ihrer antisozialen Einstellung in die Fangarme der Reaktion und Restauration treiben lassen? Welches sind die gemeinsamen Berührungspunkte des Ungeistes, die es zustande bringen, jüdische Antikommunisten, Rabbiner und Theologen, Professoren und rechtsradikale Landsknechte, die Anhänger der Lehre Frau Ludendorffs und gläubige Katholiken, prominente Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien und die Führer der SS-Verbände, antinationalsozialistische

Publizisten und rechtsradikale Schriftsteller auf einer gemeinsamen Schlamm-Plattform der Harzburger Gesinnung zu vereinigen?

Sehen wir von der direkten und indirekten Korruption, die in der Bundesrepublik zu einem soziologischen Faktor geworden ist, ab, und lassen wir auch den Tatbestand, daß sich diese Geisteshaltung des Ungeistes für ihre Redner und Schreiber gut bezahlt macht, in unserer Betrachtung unberücksichtigt und wenden wir uns jenen geistigen Schlamm-Bächen zu, die sich zu einem bundesdeutschen Fluß der Harzburger Gesinnung vereinigen. Diese schmutzig schwarz-braune Flut setzt sich heute aus ebenso verschiedenen Strömungen zusammen wie im Jahre 1931. Die Teilnehmer des Harzburger Treffens einigte der gemeinsame Haß gegen die Republik und der Wunsch, die von den Siegermächten gezogene Grenze der deutschen Aufrüstung zu durchbrechen und mit den ihnen notwendig erscheinenden Kriegsvorbereitungen zu beginnen. Außerdem wünschten sie der bolschewistischen Gefahr zu begegnen, und als bolschewistisch galt in den Augen der Harzburger die soziale Gesetzgebung, jeder Versuch einer Landreform, und als bolschewistisch wurde jede Handlung diskriminiert, die geeignet hätte sein können, den Staat von Weimar zu festigen und vor den rechtsradikalen Feinden zu schützen, und als Bolschewiken oder deren Freunde und Wegbereiter wurden alle jene beschimpft, die vor dem heraufziehenden braunen Gewitter warnten.

Auf der gemeinsamen politischen Plattform der Harzburger Gesinnung des Jahres 1960 finden sich alle jene zusammen, die geistig das Geschehen des Dritten Reiches und den zweiten Weltkrieg sowie den unzertrennbaren Zusammenhang, der zwischen diesen beiden besteht, nicht überwunden haben und auch nicht zu überwinden bereit sind. Auf dieser Schlamm-Plattform begegnen sich auch jene politischen Köche, die die Dolchstoßlegende des Krieges 1914/18 für den zweiten Weltkrieg neu aufgewärmt haben und mit einer, der Zeit angepaßten Phraseologie garniert, in Wort und Schrift servieren. Sie erklären, die Hitler-Regierung habe den Krieg verloren, weil die „Feinde im Inneren" Verrat und Sabotage verübt hätten, während es in dem zweiten, heute leichtbekömmlicheren restaurativen Menü heißt, die Armee hätte den Krieg gewonnen, wenn Hitler als Oberster Befehlshaber „nicht so viel Fehler gemacht" hätte. Beide Variationen leiden an politischer Schizophrenie, weil sie bewußt außer acht lassen, daß Hitler nicht nur gegen andere Völker, sondern auch gegen das eigene Volk Krieg führte — auch wenn dies großen Teilen des deutschen Volkes nicht bewußt war —, und daß die militärische Niederlage des NS-Regimes in Wirklichkeit einen größtenteils nicht gewollten und bewußten Sieg für das deutsche Volk bedeutete.

Doch als verbindend wirkt sich in dieser im schlechtesten Sinne des Wortes gemischten Gesellschaft der primitive Antikommunismus aus. Als kommunistisch gelten Lohnforderungen der Gewerkschaften; das Verlangen nach einer demokratischen Innen- und Außenpolitik; der Hinweis auf die Gefahren der hierzulande betriebenen Politik der Stärke, die glaubt, sich am Feuer des Kalten Krieges ihre staatlichen Hände erwärmen zu können, ohne daran zu denken, daß sich hierbei das gesamte, in zwei Staaten geteilte Volk die Hände und das Leben verbrennen können; die Warnung vor einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr; und als kommunistisch oder Wegbereiter des Kommunismus gelten hier alle jene, die es wagen, eine andere Politik zu fordern, als sie von Männern betrieben wird, die aus geistigen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen aus ihrer Harzburger Haut einfach nicht mehr heraus können.

Von Harzburg 1931 bis Bonn 1960

„Das große Rudel der Mitläufer, Beamten, Professoren und Generäle, die gestern pro Hitler und vorgestern pro Weimar und vorvorgestern pro Kaiser waren — und heute

schon wieder mit den Zonenbefehlshabern liebäugeln —, hinweg mit ihnen. Hinweg auch mit jenen, die da von draußen hier herein reisen in das verwüstete Land und plötzlich schmeicheln: „Keiner ist schuld. Ihr wart alle unter dem Zwang." Hinweg mit dem ganzen Geschmeiß, das uns das Recht auf unsere Zerknirschung, das uns die Pflicht zu unserer Erneuerung, das uns die Hoffnung auf Gnade fortschwatzen will aus der Brust — weil es das politische Schachspiel der Gegenwart schon wieder einmal so erheischt."

Fritz von Unruh — 1948

Der republikanische Schriftsteller Fritz von Unruh forderte 1948 „Hinweg mit ihnen"! Doch die anderen, die damals die Macht besaßen und die Entnazifizierung gerade recht und schlecht beendet hatten, viele Belastete unbelastet ließen und manchen Unbelasteten belasteten, begannen, wenn auch leise und noch oft undeutlich und zögernd, „Her mit Euch" zu rufen. — Ein Ruf, der „wie Donnerhall" im Laufe der Zeit immer lauter wurde und mit dem Aufstellen der Bundeswehr zu einem nicht mehr überhörbaren Kriegsgeschrei anschwoll.

Der zwar nicht erstaunliche, aber zum Verständnis der Situation beitragende Tatbestand ist, daß es teilweise dieselben Schreier aus der Zeit vor und nach 1933 sind, die heute wieder die mit so viel Blut und Tränen befleckte und benetzte Fahne von Harzburg hoch halten. — An ihr klebt das Blut der Opfer der nationalsozialistischen Machtergreifung, die nicht zuletzt eine Folge des Treffens von Harzburg war; das Blut der Soldaten aller Völker des zweiten Weltkrieges, zu dem es infolge dieser Machtergreifung kam, und die Tränen der Töchter, Frauen und Mütter der Opfer dieses Krieges und der nationalsozialistischen Barbarei.

Einige dieser Harzburger und NS-Propagandisten von gestern, die heute wieder, wenn auch manchmal mit anderen Worten, das gleiche verkünden, was sie gestern schrieen und schrieben, wollen wir im folgenden selbst zu Worte kommen lassen. Aus Platzmangel müssen wir uns damit begnügen, aus den verschiedenen Sektoren der Politik und der Verwaltung nur je einen Vertreter dieser Gesinnung Revue passieren zu lassen:

Professor Dr. Wilhelm Grewe, Botschafter der Bundesrepublik in den USA:

Vor 1945: „Es entspricht daher dem Gebot der Selbsterhaltung, wenn das Deutsche Reich entschlossen ist, zur Wiederherstellung der Grundlagen einer vernünftigen mitteleuropäischen Ordnung entscheidend einzugreifen und die sich daraus ergebenden Anordnungen zu treffen. Denn es hat in seiner tausendjährigen geschichtlichen Vergangenheit bereits bewiesen, daß es dank sowohl der Größe als auch der Eigenschaften des deutschen Volkes allein berufen ist, diese Aufgabe zu lösen ..." — 1939 — (6).

„Die Operationen im Osten sind nach deutscher Auffassung nicht als Krieg im formellen Sinne des Völkerrechtes aufzufassen ... Für das Kriegsrecht ergibt sich aus dieser Lage die Schlußfolgerung, daß für das östliche Operationsgebiet die Grundsätze und Regeln des Kriegsrechts nur im Sinne der Analogie anwendbar sind." — 1939 — (7).

„An diesem Aufbau des Generalgouvernements zeigt sich ebenso wie an den ganz andersartigen des Protektorats, daß hier im Osten innerhalb der Machtsphäre des Großdeutschen Reiches eine politische Ordnung entsteht, die jenseits der Begriffe Staat, Staatenbund, Staatenverbindung neue Formen der verfassungs- und völkerrechtlichen Organisation eines großräumigen, in sich gegliederten Völkerrechtssubjekts entwickelt ..." — 1940 — (8).

„Denn ehe noch die Klärung in diesem Raum weitere Fortschritte machen konnte, trat am 22. Juni jenes Ereignis ein, das alle anderen Schauplätze der europäischen Raumrevolution überschattet: der Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion. Die beiden, einander widerstrebenden Ströme der territorialen Umbildung Europas waren endlich aufeinander gestoßen ...

Eine ungeheure Anspannung aller Kräfte wird notwendig sein, um diesen Raum zu bezwingen. Ist er bezwungen, so ist zugleich die Entscheidung im weltpolitischen Ringen mit der angelsächsischen Welt zu unseren Gunsten entschieden ..." — 1942 — (9).

Nach 1945: „Notwendig ist allerdings noch eins: Eine gewisse Remission unserer politischen Ideenwelt. Solange wir an der Rousseau'schen Ideologie festhalten und unter Demokratie die Herrschaft des Volkswillens verstehen, werden uns die Parteien stets ein Dorn im Auge bleiben, und man wird sie immer wieder beschuldigen, den Volkswillen im Interesse ihrer parteipolitischen Ziele zu verfälschen ...

Wir sollten uns endlich entschließen, das ideologische Gerümpel des 18. Jahrhunderts über Bord zu werfen, und sollten zugeben, daß es einen Volkswillen im Sinne Rousseau's ... nicht gibt. Die überwältigende Mehrheit der Staatsbürger hat über die komplizierten Entscheidungen, die das moderne Staats- und Wirtschaftsleben verlangt, überhaupt kein Urteil, zumindest kein vernünftiges und sachlich begründetes Urteil" (10).

„Wir waren in der Vergangenheit immer in der Lage, der Bevölkerung zu beweisen, daß der einzige Weg, einen russischen Angriff zu vermeiden, darin besteht, bei einer harten Politik zu verbleiben" (11).

„... Er ist der unentbehrliche Vertragssachverständige der deutschen Außenpolitik ... In Bonn sieht Professor Grewe täglich den Bundeskanzler und gehört ... zu dessen engsten Beratern ..." (12).

„... Meldungen, daß Grewe wegen seinen früheren Veröffentlichungen in der „Zeitschrift für Politik" für die Bundesrepublik nicht mehr tragbar sei, wurden von maßgeblicher Seite als unzutreffend zurückgewiesen ..." (13).

Dr. Eberhard Taubert, Propagandist des Antibolschewismus:

Vor 1945: „Aktion der jüdischen Rasse zur Herbeiführung der Weltrevolution und zur Aufrichtung eines Weltstaates unter jüdischer Führung nach dem Muster der Sowjetunion ... Der Bolschewismus ist weder eine Idee noch eine Weltanschauung, sondern ein im Weltmaßstabe organisiertes Verbrechertum unter jüdischer Führung mit antisozialistischem Inhalt ... Ebenso wie die Drahtzieher dieses Vernichtungsfeldzuges den Frieden bewußt und planmäßig bekämpfen, tut es die große Meute jener kleinen Juden und Bolschewisten in aller Welt, der zersetzten und halbzersetzten, der bolschewisierten und halbbolschewisierten Intellektuellen, die als getarnter Vortrupp Moskaus arbeiten ..." — 1937 — (14).

„Zur Erkenntnis des Wesens der bolschewistischen Gefahr ist die Einsicht unentbehrlich, daß der Bolschewismus Werk und Waffe des Judentums ist ... So sehen wir denn in aller Welt das, was wir in Deutschland erlebten: Wo Kommunismus ist, da ist das Judentum, und wäre nicht das Judentum, so gäbe es auch keinen Kommunismus. Überall in der Welt ist der Jude das wirksame Ferment der nationalen Dekompensation. So ist denn auch die Weltgefahr des Kommunismus im Grunde eine Gefahr des Weltjudentums. Die jüdische Herrenschicht ... strebt danach, ihre Macht mittels der Weltrevolution auf den gesamten Erdball auszudehnen ... Der Führer hat das getan, was noch keiner vor ihm gewagt hat: Er hat dem jüdischen Weltfeind den Fehdehandschuh hingeworfen und wird diesen Kampf kompromißlos bis zum siegreichen Ende durchkämpfen ...

Das gewaltige Anwachsen der jüdischen Macht ... in US-Amerika wurde von der deutschen Presse ... aufgedeckt. Der bolschewistische Gegenpol in Moskau dürfte jedoch die erste Bastion des Judentums sein ...

Sämtliche Sektoren der Industrie und Wirtschaft, des kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Lebens werden nach wie vor von Juden beherrscht ..." — 1939 — (15).

Nach 1945: „Als dem Herausgeber Karl Marx ... anhand alter Taubert-Publikationen klar wurde, wessen Geisteskind dieser Mann im Dritten Reich gewesen war, konnte er sich nicht vorstellen, daß die Bundesregierung von der anrüchigen Vergangenheit des Dr. Eberhard Tauber wisse, ihn aber gleichwohl gewähren lasse. So veröffentlichte Marx das Material über Taubert's Vergangenheit nicht, sondern rief am 1. Juli 1955 um 10.30 Uhr vormittags im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen an ...

Marx bekam also den Ministerialrat von Dellingshausen an den Apparat, den er fragte, ob er Taubert's antisemitische Artikel kenne. Der Ministerialrat anwortete: „In dieser Zeit mußte man viel schreiben, man konnte sich nicht dagegen wehren ...".

Marx: „Wissen Sie, daß Taubert auch an einer Reihe von Sitzungen des Volksgerichtshofes des Herrn Freisler teilgenommen hat?"

Dellingshausen: „Das ist eine olle Kamelle. Die Sache wurde seinerzeit vom Amt für Verfassungsschutz geprüft und man gab sich mit einer Erklärung Taubert's, er habe nur in Fällen, in denen leichte Strafen verhängt wurden, mitgewirkt, zufrieden. Diese Angelegenheit ist erledigt."

Marx: „Sie wissen auch, daß Taubert in einer gehobenen Position im Reichspropagandaministerium tätig war?"

Dellingshausen: „Ja, auch das ist hier bekannt."

Marx: „Soweit ich gehört habe, hat Taubert auch bei Urteilen mitgewirkt, bei denen Todesstrafen verhängt wurden. Abgesehen aber davon scheint mir, daß die Teilnahme an Sitzungen des Volksgerichtshofes schon eine erhebliche Belastung darstellt."

Dellingshausen: „Ich sagte Ihnen ja, daß diese Angelegenheit als erledigt betrachtet werden muß, nachdem man sich mit seinen Erklärungen begnügt hat ..."

Marx: „... Ich möchte also die Frage so formulieren: Glauben Sie, daß Ihr Ministerium gegenüber Eberhard Taubert, der zumindest zu der ideologischen Vorbereitung zum Massenmord beigetragen hat, die notwendigen Konsequenzen ziehen wird ...?"

Dellingshausen: „Ich kann Ihnen erklären, daß das Ministerium Taubert gegenüber keine derartigen Konsequenzen ziehen wird; denn Taubert ist ein Mann, den wir brauchen und er ist auch unentbehrlich."

Marx: „Ein derartiger Nazi kann doch nicht tragbar sein für die Bundesrepublik."

Dellingshausen: „Es gibt bei den Bundesministerien viel größere Nazis, die ich Ihnen nennen könnte. Taubert hat Erfahrungen und wir können ihn — wie gesagt — nicht entbehren. Aber schicken Sie mir doch einmal die Unterlagen ein, ich werde sie dann prüfen und Stellung nehmen."

Marx: „Dazu kann ich mich in diesem Augenblick nicht bereitfinden. Ich habe von Ihrer Erklärung Kenntnis genommen und werde jetzt zu prüfen haben, was ich tun muß. Nach Ihren Antworten werde ich mich bedauerlicherweise doch entschließen müssen, die Angelegenheit in meiner Zeitung zu behandeln."

Dellingshausen: „Da kann ich Sie nur warnen. Sie würden viel Porzellan zertrampeln und letztenendes doch nichts erreichen. Man würde Sie einreihen in die Gruppe derjenigen Journalisten, die in letzter Zeit, wie z. B. Herr Zehrer, für den Kommunismus eintreten und unseren antibolschewistischen Kampf damit unterbinden. Ich habe in der Ostzone meine persönlichen Erfahrungen gemacht und weiß, daß alle diese Leute lügen, daß man ihnen nicht, auch nicht ihre jetzigen Versprechungen, glauben kann."

Marx: „Das heißt also, Kollektiv-Verurteilung, d. h. zum Heißen Krieg hintreiben."

Dellingshausen: „Eine andere Sprache verstehen diese Leute nicht ..." (16).

General Förtsch, Kommandeur der 2. Grenadier-Division in Kassel und Militärschriftsteller:

Vor 1945: „Adolf Hitler war Soldat der deutschen Armee. Er war es freiwillig und mit allen Fasern seines Herzens in dem größten Kriege, den eine Armee je durchzufechten hatte ... Er war ein aufmerksamer Beobachter. Er begriff, was die November-Revolte niemals begreifen konnte und begreifen durfte, wollte sie ihr Tun nicht als unerhörten Volksverrat offenbar werden lassen: Daß ein Volk nicht zu arbeiten vermag, das unfähig ist, den Arbeitsplatz auch noch seines geringsten Sohnes vor feindlichem Zugriff zu schützen ... Mit innerer Anteilnahme und großer Genugtuung sah der Führer, daß es der Reichswehr gelang, inmitten des Pazifismus und Defaitismus, des Verrats und der Verkommenheit der November-Republik die deutsche Wehrmacht in Form zu halten, ja, aus ihr eine starke und brauchbare Waffe im Rahmen der Möglichkeiten zu schmieden. Schon früh ergab sich daher eine Verbindung zwischen Reichswehr und dem Führer der NSDAP. Namentlich die jüngeren Offiziere erkannten bald, daß hier ein Mann stand, der allein imstande war, einmal wieder die deutsche Armee aufzurichten. Das wußte auch der Soldat, und deshalb kann es nicht wundernehmen, daß der Entschluß des damaligen Reichspräsidenten von Hindenburg, den Führer mit der Kanzlerschaft zu betrauen, gerade in der Wehrmacht begeistert begrüßt wurde, denn, wenn überhaupt eine Macht in Deutsch-

land Heer und Marine von den drückenden Fesseln von Versailles befreien konnte, dann war es die Macht dieses Kanzlers ... Man war sich aber auch in den Reihen der Reichswehr darüber klar, daß diese Befreiungstat kein Kinderspiel sein konnte, sondern mit allergrößten Schwierigkeiten zu rechnen hatte. Felsenfest aber war auch das Vertrauen, daß der Führer, und nur der Führer, diese Tat zu vollbringen in der Lage sein würde ... Wer diesen nationalsozialistischen Staat nicht aus der Fülle seines Herzens heraus bejaht, wer diesem Staat und der Weltanschauung, die ihn gefordert hat und nun trägt, gleichgültig oder ablehnend gegenübersteht, der hat als Offizier in der neuen deutschen Wehrmacht nichts zu suchen ... Alle Gesetze des Volkstums und der Rasse, alle Grundsätze des politischen, wirtschaftlichen, geistigen Lebens im neuen Staat müssen dem Offizier eigen sein. Alle Bestrebungen, die diesen Zielen dienen, erfordern seine Förderung und Hilfe ..." (17).

Nach 1945: „Fürwahr, das Bundesverteidigungsministerium beweist ein besonderes Geschick in der Auswahl seiner Mitarbeiter. Mag auch aus dem hitlerischen Saulus Förtsch ein demokratischer Paulus geworden sein — Gesinnungswandel wäre hier wirklich erfreulich —, so kann man die Einfaltsarmut des Ministeriums nur bewundern. Es scheint fast so, als hätte es keinen qualifizierten und dazu auch noch demokratischen Militärschriftsteller in Deutschland als eben diesen Herrn Förtsch gegeben. Wenn dem so ist, dann dürfte der Traum von der demokratischen Armee endgültig ausgeträumt sein" (18).

Professor Pasqual Jordan — der Stahlhelm-Propagandist der Atombombe:

Vor 1945: „Der Krieg ist das vornehmlichste Mittel zur Schaffung objektiver, historischer Tatbestände. — Das heißt, solcher Tatbestände, deren Tatsächlichkeit auch von widerstreitenden Nationen anerkannt werden muß. Und der Krieg bildet die objektive Probe für das Verhältnis der beiderseitigen Kräfte und Waffen." — 1935 — (19).

„Der Nationalsozialismus hat nicht nur zwischen Nationalismus und Sozialismus ... eine Synthese gefunden, er hat auch in den vielfältigen anderen Streitfragen, welche Deutschland zerrissen und zerspalteten, nicht einfach der einen oder der anderen der streitenden Parteien recht gegeben, sondern auf einer höheren Ebene neue, überraschende Lösungen gefunden ... Dieser Krieg — was immer die andere Seite von seinem Ausgang sich erhoffen mag — hat eine Entscheidung schon endgültig vollzogen: der parlamentarisch-demokratische Gedanke lebt nicht mehr. Darüber gibt es keine ernsthafte Meinungsverschiedenheit. Es gibt vor dieser Tatsache nur noch den Unterschied freudiger oder erzwungener Anerkennung ... Autoritäre und diktatorische Regierungsreformen kennzeichnen die Zeit und drücken die überall zum Durchbruch gelangte Einsicht aus, daß die unerhörten Leistungen und Kräfte einer der Technik verfallenen Menschheit nur dann in Ordnung gehalten werden können, wenn ein Führungswille von äußerster Stärke und Härte auf allen Gebieten unseres Lebens die losgelassenen Gewalten bändigt ... Während ich diesen Abschnitt schreibe, mischt sich das Klappern der Schreibmaschine mit dem Knattern und Krachen leichter und schwerer Flak; unwillkürlich wandern ab und zu die Gedanken zu dem Feuerwerk da draußen, dessen in den Himmel aufsteigende Lichterreihen an perlenden Sekt erinnern — und warum sollten wir die Gedanken all zu fest halten im Bezirk wissenschaftlicher Arbeit? —, gerade heute, in Tagen und Jahren, die ... in mitreißendem Rhythmus eines weltumspannenden Geschehens unser Denken, Fühlen und Handeln zu einer neuen Einheit führen ...

Nicht jeder Nation ist ein Mann mit der Kraft eines Vulkans geschenkt." — 1941 — (20).

Nach 1945: „Pasqual Jordan ist nicht nur ein Wissenschaftler von unbestrittenem Rang, sondern auch ein Mann von klarer politischer Einsicht, die ihn gehindert hat, trotz aller persönlichen und fachlichen Bindungen an die 18 Professoren, die das Göttinger Manifest erlassen haben, in dieses Horn zu tuten ..." (21).

„Es ist peinlich, peinlich auch für die CDU. Nicht jeder alte SA-Mann ist heute noch seinem alten Geiste oder Irrtum treu. Aber die es noch sind, machen es den gewesenen SA-Männern schwer, insbesondere in der Bundestagsfraktion der CDU. Das eine gilt für unseren Innenminister, das andere für Pasqual Jordan. Damit hier nichts verwechselt wird. Wir notierten schon einiges über die schiefe Ebene des Hamburger Professors ...

Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Aber hier wird es zu billig. Das Vereinsregister hat den Namen des Professors häufig festgehalten: Beim „Deutschen Kreis

58" von München, bei „Rettet die Freiheit", und wer nicht wußte, was das bedeutet, dem demonstriert es der streitbare Professor jetzt unmißverständlich. Am Geist des „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten" soll Deutschland genesen ...

Und so glaubt denn Pasqual Jordan seinen Weg offenbar frei in jene Vergangenheit, die er mit der Zukunft verwechselt, die William S. Schlamm und Otto Stolz offenbar meinen ...

Jedenfalls: am 29. und 30. August tagte die Bundesdelegiertentagung des „Stahlhelm" in Oldenburg. Bundeshauptmann Girgensohn von der alten SA leitete die Veranstaltung. Professor Pasqual Jordan (MdB) fand, „der Stahlhelm mit seiner Einstellung zur Sachlichkeit ist die beste Medizin für das deutsche Volk, da er keinen Raum für Illusionen läßt". In der Tat nicht. Im übrigen brachte der Professor die sattsam bekannte Hetze gegen die unfolgsame Presse, gegen die es „leider keinen Polizeischutz gibt".

Wir konstatieren, daß Pasqual Jordan den Stahlhelm auffordert, gegen diese Presse aktiv zu werden, weil er bei ihm den rechten Geist findet. Wir konstatieren auch, daß der Bundestagsabgeordnete Jordan die grundsätzlich verankerte Meinungsfreiheit durch polizeiliche Maßnahmen abzuwürgen wünscht. Und wir erinnern uns daran, daß ein anderer Professor, Herr Hagemann, aus der CDU ausgeschlossen wurde und dann anderen Maßnahmen als der politischen Diskussion zum Opfer fiel. Vielleicht versäumt es die CDU, im Falle des Professor Jordan ihre Linie und ihre Grenzen ebenso exakt zu bestimmen. Dann müßte man daraus schließen, daß der Jordan-Geist für den Hagemann-Ausschluß verantwortlich ist und daß dieser Geist sich mit dem Stahlhelm-Geist identifizieren läßt." (22).

Professor Dr. Otto Koellreutter, ehemaliger NS-Propagandist, heute Prüfer und Professor an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Regensburg:

Vor 1945: „Auch die faschistische Revolution und die nationale deutsche Revolution des März 1933 sind in diesem Sinne echte Revolutionen, weil sie an die Stelle der politischen Grundsätze der liberalen Demokratie das neue Staatsbild des nationalen Rechtsstaates als Führerstaat gesetzt haben. Die nationale Revolution knüpft dabei bewußt wieder an die traditionellen Werte der deutschen Verfassungsentwicklung an und hebt altes deutsches Rechtsgut wieder ans Licht. Jeder gesunde Staat muß sich der politischen Weltanschauung, auf der er aufbaut, klar bewußt sein. Es ist deshalb immer ein Zeichen politischer Schwäche und einer Staatskrise, wenn ein Staat mehrere Parteien, die in ihren weltanschaulichen Grundlagen Gegenpole sind, als „revolutionär" oder „staatsfeindlich" auf dieselbe Stufe stellt und bekämpft. In der gleichzeitigen Bekämpfung der kommunistischen Partei und der nationalsozialistischen Bewegung zeigte sich deshalb die Schwäche des deutschen und österreichischen Parteistaates nach dem Weltkrieg, die zum Zusammenbruch dieses politischen Systems führen mußte ...

Nur aus der gewaltigen politischen Umwälzung der Revolution des März 1933 ist es auch zu verstehen, daß dem Deutschen Reich neue Symbole gegeben wurden. Diese bringen das Wesen der nationalen, d. h. in diesem Sinn traditionell „konservativen" Revolution dadurch zum Ausdruck, daß die Flagge des Bismarck'schen Reiches neben der Hakenkreuzflagge, die ihrerseits über die staatlichen Grenzen des Reiches hinaus die Flagge der deutschen Volkserhebung ist, zum Symbol des neuen Deutschen Reiches wurde. Aber auch die Hakenkreuzflagge allein weist in ihrer Farbenzusammenstellung schwarz-weiß-rot und in der Anordnung dieser Farben sowohl in die Vergangenheit wie in die Zukunft. Ein besonders starkes Symbol der nationalsozialistischen Bewegung ist auch das „Braunhemd" als Zeichen der Volksverbundenheit aller schaffenden Stände und als Bekenntnis des soldatischen Geistes zur neuen politischen Form." — 1933 — (23).

„Professor Otto Koellreutter begrüßte die katastrophale Wahl von 1930, die mehr als hundert Nationalsozialisten in den Reichstag brachte, als die Erhebung jener Jugend, die einen neuen Staat schaffen werde ... Als der neue Staat 1933 geschaffen war, feierte der Enthusiast die „völkische Lebensordnung" als „Grundlage jeder politischen und kulturellen Aufwärtsbewegung". Aufwärtsbewegung nannte er, was Thomas Mann einen „Hunneneinbruch" nannte. In einer zweiten Hymne, die er „Der deutsche Führerstaat" überschrieb, sprach er den echt hitlerischen Gedanken aus, daß es keine beziehungslose Gerechtigkeit gebe: Die Entfernung der Juden aus der deutschen Volksgemeinschaft sei

zwar „nach liberal-demokratischer Auffassung ungerecht", aber sie entspreche „den Forderungen einer völkischen Gerechtigkeit, für die die Erhaltung des rassischen Volksbestandes höchstes Gebot sein" müsse. Die Rechtswissenschaft, sagte er, werde sich auf die völkischen Zusammenhänge des Rechts wieder besinnen müssen, denn Roland F r e i s l e r habe gesagt: „Der Richter hat nicht nur die Aufgabe, Recht zu schaffen, sondern Recht zu schöpfen, zu schöpfen aus dem Born der Normen, die das Volk im Volksstaat durch den Führer gesetzt hat."

In einer dritten Hymne, die den Titel „Nationalsozialistischer Rechtsstaat" führt, sagte er, daß im abgelaufenen, individualistischen Zeitalter das Gefühl für den „echten Rechtsstaat" verlorengegangen sei, aber, nachdem der Führer „die Formen des ideenmäßig erstarrten liberalen Rechtsstaates zerstört" und „im deutschen Volk wieder das Gemeinschaftserlebnis erweckt" habe, sei der „nationalsozialistische Rechtsstaat die höchste Erfüllung und Gestaltung der nationalsozialistischen Revolution" geworden ... (24).

N a c h 1 9 4 5 : „Programm der Internierten-Kundgebung am 25. 7. 1954 in Fallingbostel. Es wurde u. a. angekündigt: „Prof. Dr. Otto Koellreutter über „Die Entnazifizierung — eine Sünde wider das Recht"! (25).

„Prof. Dr. Otto Koellreutter, der bekannte Vorkämpfer gegen das Unrecht der Nachkriegszeit und Redner in den Versammlungen der Internierten, hat eine neue Schrift veröffentlicht: „Über Schuld und Sühne der geistigen Führerschicht im deutschen politischen Leben der Gegenwart" ... (26).

„Kurioses Zusammentreffen bei der Rede des Professors der Universität München, Otto Koellreutter. Während der Hochschullehrer behauptet, die Bundesrepublik sei kein Rechtsstaat, solange den Entnazifizierungsgeschädigten kein Wiedergutmachungsanspruch zugestanden werde, näherte sich der Protestzug des DGB dem Versammlungslokal. Gerade ruft Koellreutter erregt ins Mikrophon: „Hält die Bundesregierung uns denn für vogelfrei?", da beweist das Polizeikommando dem Professor schlagartig das Gegenteil. Die Gummiknüppelschläge treffen nicht seine Freunde, sondern die Mitglieder des DGB. Ihr Demonstrationszug war offiziell genehmigt. Sie waren jedoch nicht — wie angeordnet — an dem Lokal vorbeimarschiert, sondern hatten davor Aufstellung genommen und in Sprechchören die Auflösung des NS-Treffens verlangt. Minister P a g e l beobachtete den Einsatz der Polizei. „Die Sache hat gut geklappt", lobte er hinterher die Arbeit der Beamten." (27).

Erich K e r n m a y r , NS-Schriftsteller:

V o r 1 9 4 5 : „Langsam, Schritt für Schritt, kommt das Auto heran. Die Hände der SA verkrampfen sich eisern ineinander. Starr blicken die Augen dem Manne entgegen, der aufrecht und tapfer hineinfährt in den größten Sieg seines reichen Lebens.

Eine heiße Welle geht von uns weg und brandet an den Wagen heran. Und er spürt diese Welle und weiß in dieser Stunde um alles, um alles. Um unsere jahrelange Sehnsucht, um unsere rauschhafte Freude. Er weiß um jeden Augenblick in unser aller Leben. Blaß blickt er ins Wesenlose. Er scheint weit weg zu sein. Und doch war er uns noch nie so nahe.

Unser Führer! — — —

Die Fahnen auf den Giebeln und Dächern, die Fackeln in den Straßen berauschten ihn, und mit einem Male schrie er den Namen mit, den die Stadt zum Feldgeschrei in allen Straßen und auf allen Plätzen jauchzte: Hitler!

Josef wußte wenig von dem Mann, der der Welt ein neues Antlitz geben wollte durch Deutschlands übergroßes Beispiel. Er wußte gar nichts vom Traum des ewigen Reiches und seiner Herrlichkeit. Aber nach wenigen Tagen schon wußte er um das große Geheimnis des Mannes, der für Millionen ein neues Leben formte." — 1942 — (28).

N a c h 1 9 4 5 : „Erich Kernmayr, Chefredakteur der „Soldatenzeitung" und nach eigener Aussage Bundespressereferent der HIAG, erklärte am 13. Oktober auf einer Versammlung der Landshuter Ortsgruppe der HIAG (Hilfsgemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS) unter anderem:

„Die 20.-Juli-Leute waren Feiglinge. Wenn sie echte Rebellen oder Meuterer gewesen wären, würde ich nichts gegen sie sagen. Um so mehr, als es vielleicht passieren kann, daß die vierhunderttausend Überlebenden der Waffen-SS einmal zu solchen Meuterern gegen die Bundesrepublik werden können. Jawohl, ich wage das ganz offen zu sagen, ob-

wohl ich mir natürlich im klaren bin, daß bombensicher hier im Saale auch jemand vom Verfassungsschutz sitzt." (29).

„Knüpfen wir an das zuletzt Gesagte an, dann können wir feststellen, daß auch der Herr Kernmayr, Bundesreferent der HIAG, in diese edlen Fußstapfen jeden nazistischen Neubeginns getreten ist, indem er in einer Versammlung, über die auch die „Neue Presse" in ihrem Neustadter Lokalteil ohne Kommentar berichtet hat, die „Verfrachtung von Rundfunkleuten und Parteivertretern in die Irrenanstalt nach München-Haar" forderte." (30).

Bundesminister Dr. Fritz Schäffer:

Vor 1945: „Wir haben keinen Anlaß, uns gegen diese Verbände zu wenden, wir haben keinen Anlaß, ihnen mit Mißtrauen entgegenzutreten. Die Interpellation der SPD müßte eigentlich lauten: Was gedenkt die Bayerische Staatsregierung zu tun, um die Bayerische Sozialdemokratie vor einem unangenehmen parteipolitischen Gegner zu bewahren. — Die Nationalsozialisten haben allerdings hierbei ihre körperliche Überlegenheit zu sehr ausgenützt und haben allerdings hierbei über die Abwehr hinaus von ihrer körperlichen Gewandtheit Gebrauch gemacht ...

Soll es unsere Aufgabe sein, dem Marxismus einen Gegner zu ersparen?" — 1922 — (31).

„Im Vorzimmer war bereits der Führer der Bayerischen Volkspartei, Schäffer ... Fritz Schäffer vertritt — im Gegensatz zu den anderen Parteiführern — eine ganz andere Meinung über Hitler und seine NSDAP. Die Gefahr liege, meint der Bayer, weniger in der Person Hitlers als in seiner Umgebung, die auf einen Mißbrauch der Macht durch eine Parteidiktatur dränge. Gegen eine Kanzlerschaft Hitlers erhebt Schäffer keine prinzipiellen Einwendungen ..." — 1932 — (32).

„Als nächsten Politiker empfängt Herr von Papen den führenden Mann der Bayerischen Volkspartei, Fritz Schäffer. Dieser erklärt, er sei durchaus bereit, in eine Regierung Hitler einzutreten, dagegen werde seine Partei ein Kabinett Papen keineswegs unterstützen." — 1933 — (33).

„Über allem steht für die Bayerische Volks-Partei der große Gesichtspunkt, daß ein Scheitern der jetzigen Reichsregierung (Anm. d. Verf.: gemeint war die Regierung Hitler) ein Unglück und eine Gefahr für das ganze deutsche Volk wäre." — 1933 — (34).

„Die Aufgabe, zu der Adolf Hitler als Erneuerer des Reiches berufen ist, ist so groß, daß es notwendig wäre, alle Kräfte wach zu rufen und einzusetzen, daß dem Kanzler um Deutschlands willen die gigantische Aufgabe gelingt. Nichts wäre wahnsinniger als eine politische Spekulation auf ein Scheitern dieser Aufgabe." — 1933 — (35).

Nach 1945: „Bundesjustizminister Schäffer hat in einer CDU-Wahlversammlung erklärt, das Schicksal der Nation könne in Zeiten der Not einmal davon abhängen, daß man „auch an das Leben eines Landesverräters herangehe". Schäffer, der im Gegensatz zu seinem früheren Vorgänger, Justizminister Dehler (FDP), die Todesstrafe bejaht, ist danach der Ansicht, daß dann, wenn sich der Gesetzgeber zur Wiederaufnahme der „in Stunden idealistischer Aufwallung" abgeschafften Todesstrafe in das Grundgesetz entschließt, dabei auch das Delikt des Landesverrats zu berücksichtigen sei ..." (36).

„Am letzten Sonntag nahm in Passau Bundesjustizminister Fritz Schäffer wiederum Stellung zu einer im vergangenen Dezember in Plattling gehaltenen Rede zur Wiedergutmachungsfrage. Schäffer meinte, es sei ihm bei seiner Forderung, die Summen für die Wiedergutmachung herabzusetzen, um die Wahrhaftigkeit in der Finanzpolitik gegangen: „Das kann mir keine Rasse der Welt übel nehmen", formulierte er. Nun ist schon das Wort „Rasse" in diesem Zusammenhang eine peinliche Fehlleistung ... Wenn Schäffer wirklich sachliche Einwände gegen die Wiedergutmachungspraxis vorzubringen hat, so bestand die Möglichkeit, sie innerhalb des Kabinetts rechtzeitig zur Debatte zu stellen. Die vielen Opfer des NS-Regimes freilich, die bisher vergebens auf eine Wiedergutmachung warten, können erheblich handfestere Beschwerden gegen die Behandlung ihrer Ansprüche anmelden als der Minister. Über die Praxis der Wiedergutmachung nämlich scheint Minister Schäffer gar nicht oder höchst einseitig unterrichtet zu sein. Und an die sehr erheblichen Beträge, die an einst führende Nazis oder an Schergen des Regimes in der Form von Pensionen gezahlt werden, denkt er nicht. Mehr Sorgen als die Wiedergutmachung bereitet den Hütern der deutschen Währung die Rüstung, die unvorhergesehene Summen verschlingt und noch verschlingen wird. Im Vergleich zu diesen Mam-

mutbeträgen sind die Wiedergutmachungsbeträge verschwindend klein, sowohl die vom Minister genannten wie die vermutlich wirklich aufzubringenden ..." (37).

„Es sind wieder mächtige Kräfte am Werk, die Todesstrafe soll populär werden. Bundesjustizminister Fritz Schäffer hat in einer öffentlichen Versammlung völlig überraschend Stimmung gemacht für diese „Reform". Es ist ja so, daß stets, wenn ein Kapitalverbrechen, wie Kinderentführung oder Mord, die Gemüter erregt, der Ruf nach dem Henker erschallt. Er verhallt nicht ungehört. In Bayern haben sich an 40 CSU-Abgeordnete für die Wiedereinführung der Todesstrafe ausgesprochen. Seitdem die Aktion gegen den „Atomtod" läuft, liebäugeln auch manche Befürworter der massiven Vergeltungswaffen mit der Abschreckung, evtl. „Landesverräter" durch das Richtbeil ...

Das muß man wissen, um ermessen zu können, warum Bundesjustizminister Schäffer plötzlich in Düren einer unvorbereiteten Versammlung gegenüber erklärte, man werde es den „Müttern" — nämlich von den entführten Kindern — nicht gut versagen können, die Todesstrafe wieder einzuführen. Diese sollte außerdem in Zeiten des nationalen Notstandes dem Landesverräter drohen ...

Es geht aber in Wirklichkeit um die Wiedereinführung der Todesstrafe für sogenannte Landesverräter. Im Geist eines Regimes der „starken Hand" und der Aufrüstung macht sie sich gut. Das bloße Vorhandensein des Henkers wirkt nun einmal auf Leute, denen Gewaltsamkeit imponiert. Ihnen macht es nichts aus, daß jede vom Staat gewollte Tötung die Achtung vor dem Menschenleben erschüttert ..." (38).

„Innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Rundfunkanstalten besteht die Übereinstimmung, daß der gesetzlich verankerte, zivilrechtliche Persönlichkeits- und Ehrenschutz völlig ausreicht. Die von Justizminister Schäffer vorgeschlagene gesetzliche Neuordnung sei daher entbehrlich.

Auch die „Arbeitsgemeinschaft kirchliche Presse" hat Schäffers Referentenentwurf mit der Begründung abgelehnt, der Entwurf zeige nicht die notwendige klare und maßvolle Abgrenzung zwischen der Ehre der Persönlichkeit und der Freiheit der Presse. In der Arbeitsgemeinschaft sind nach den Angaben des Vorstandes Verlage und Redaktionen der katholischen kirchlichen Presse mit einer Gesamtauflage von rund 12 Millionen zusammengeschlossen." (39).

Carl von Ossietzky — der unermüdlich vor den blutig-braunen Früchten der Harzburger Politik warnte, schrieb schon im Jahre 1930 über die Blutlinie der Weimarer Republik. — Eine Blutlinie, die sich durch die Justiz, aber auch durch alle anderen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Institutionen dieses Staates zog.

Wer könnte heute die Blutlinie der Harzburger Gesinnung übersehen, die sich von Herrn Grewe's „völkerrechtlichen" Auffassungen während der Jahre des zweiten Weltkrieges bis zu seiner in der gleichen Richtung liegenden diplomatischen Tätigkeit der Gegenwart zieht?

Dem Jahrmarktschreier des billigen, nur allzubilligen, primitiven Antibolschewismus, Dr. Eberhard Taubert, blieb es erspart, seine antisemitischen und antikommunistischen Auffassungen zu ändern, und er bewegt sich heute, genau wie zu Klumpfuß's Zeiten, auf der Blutlinie des Antikommunismus und versucht diesen, ebenso wie unter Goebbels, zu verkaufen und er ist heute wie gestern wieder bestrebt, auf dem Schachbrett der psychologischen Kriegsvorbereitung die wirkungsvollsten Züge beizusteuern und erfreut sich hierbei der wohlwollenden Unterstützung der hierfür zuständigen Ministerien.

Der Militärschriftsteller Förtsch hatte sehr richtig erkannt, daß die Festigung des Bündnisses zwischen der NSDAP und der Wehrmacht auf der Blutlinie von Harzburg liege, und es entspricht der militärpolitischen Logik des Antibolschewismus, daß er vor einiger Zeit an einem von der Nato herausgebrachten mehrsprachigen Werk als Vertreter der Bundeswehr mitarbeitete und daß er anscheinend auf Grund seiner Erfahrungen, die er in den Ostfeldzügen Hitlers sammeln konnte, Chef der Planungsabteilung und stellvertretender Chef des Generalstabes

im Hauptquartier der Nato für Europa wurde. Als solcher fährt er im März d. J. — er ist inzwischen General geworden — nach Washington, um die Nato bei Besprechungen im amerikanischen Verteidigungsministerium zu vertreten. „General Förtsch wird bei dieser Gelegenheit auch militärische Einrichtungen und die Offiziersakademie West-Point besuchen, wo er vor den Kadetten einen Vortrag" halten wird. — Hoffentlich vertauscht der gegenwärtige General und ehemalige Oberstleutnant nicht sein Manuskript und spricht über „Der Führer und die Wehrmacht".

Kann nicht der Hitler verehrende, den zweiten Weltkrieg bejahende, die Atombomben-Politik der Stärke propagierende und den Stahlhelm-Geist rühmende CDU-Abgeordnete Professor Jordan als Musterexemplar der Harzburger Menagerie von gestern und heute bezeichnet werden? Wir sollten ihm dankbar sein, daß er es uns so leicht macht, die Harzburger Linie von 1931 bis 1960 zu verfolgen!

Muß es nicht als ein wahres Symptom der Harzburger Gesinnung gewertet werden, daß einem nationalsozialistischen Völkerrechts- und Staatsrechtsverdreher, wie Professor Dr. Otto Koellreutter, und nationalsozialistischen Propagandisten die Schulung des bundesdeutschen Beamtennachwuchses auf einer Verwaltungsakademie überlassen bleibt?

In diesem Harzburger Reigen ist der nationalsozialistische Propagandaschreiber von gestern und heute (Erich K e r n , alias Erich Kernmayr) einer jener publizistischen Knechte — Landsknechte —, die nicht ohne Erfolg bestrebt sind, zur Schlamm-Flut des Kalten Krieges unter Berufung auf ihre SS- und NS-Vergangenheit auch einige braune Ergüsse beizusteuern, die nur allzu gern entgegengenommen und gut honoriert werden.

Das letzte Glied in unserer sehr unvollständigen Kette des Harzburger Ringes bildet jener heutige Minister Schäffer, der es 1922 ablehnte, gegen die Rechtsradikalen einzuschreiten, weil er in ihnen Verbündete gegen die „Sozialdemokratie" sah; der zehn Jahre später „gegen eine Kanzlerschaft Hitlers ... keine prinzipielle Einwendung" erhob und der noch ein Jahr später bereit war, „in eine Regierung Hitler einzutreten", und der gleiche Herr Schäffer ist es heute, der im Sinne der Harzburger Blutlinie in einem in zwei Staaten geteilten Lande die Einführung der Todesstrafe für „Landesverräter" fordert und Gesetze zu schaffen wünscht, die z. B. Ausführungen, wie die hier gemachten, verhindern würden.

Der Kalte Krieg der Harzburger findet im Saale statt...

„William Schlamm ruft es der Intelligenz zu, Karl M o m m e r seinen sozialdemokratischen Parteifreunden, Pater L e p p i c h seinen erschrockenen Zuhörern und einige Bundesminister über die Aktion „Rettet die Freiheit" dem ganzen Bundesvolk: Wir wollen ein Volk von Antikommunisten werden ...

Manchem Bürger wäre die Antwort leicht gemacht, wenn der Antikommunismus eine nagelneue, politische Haltung wäre. Das ist er aber nicht. Er hat seine Geschichte, eine keineswegs fleckenlose Geschichte, wie man sich erinnert. Er hat auch seine Schattierungen, und nicht jede dieser Schattierungen kann als honorig gelten.

Wer sich in die Reihen der Antikommunisten stellt, ist gegen schlechte Gesellschaft nicht versichert. Er kann in die fatale Lage kommen, sich für ein Plakat verantwortlich fühlen zu müssen, das einen Sowjetsoldaten als knochenbrechendes Ungeheuer zeigt; die Anhänger der überkommenen Untermenschentheorie sind auch Antikommunisten. Er kann es nicht ändern, wenn einem seiner hochgestellten Mitstreiter wieder einmal der Kreuzzugssäbel juckt; denn jene Leute, die von den „Roten" sprechen und den Leibhaftigen meinen, sind auch Antikommunisten. Es kann ihm passieren, daß auch in seinem Namen Opposition verleumdet, Kritik diffamiert wird, Gesinnung klischiert und Gewissen eingelullt werden; denn die Hexenjäger und die Feinde einer freien Lebensordnung sind ja meist auch Antikommunisten ...

Weiterhin wird die stumme Frage umgehen: „Sind Sie schon Antikommunist?" Aber man kann sie mit gutem Gewissen so beantworten: „Nein, danke, ich bin darüber hinaus. Ich bin ein freier Bürger . . ."

„Die Welt" (40)

Kriege, d. h. weltanschauliche, militärische Kreuzzüge werden in unserer Zeit nicht nur von Generalstäblern vorbereitet und begonnen, sondern der Krieg wird im Kino um die Ecke, in der Zeitung und der Illustrierten, er wird an der großen Front der geistigen Beeinflussung vorbereitet. Hierzu gehören aber auch Organisationen, deren Aufgabe es ist, den Kalten Krieg zu intensivieren und damit den Heißen Krieg geistig vorzubereiten.

Um dem Leser ein Bild davon zu vermitteln, von wievielen Organisationen — die meist aus den gleichen finanziellen Quellen gespeist werden — hierzulande die Kalte Kriegs-Propaganda betrieben wird, seien im folgenden einige von ihnen genannt. Man muß kein Psychologe sein, um zu erkennen, daß die Manager dieser Vereinigungen, deren Tätigkeit mit ihrer wirtschaftlichen Existenz identisch ist, an einer Beendigung der weltpolitischen Spannungen ebenso wenig interessiert sind als etwa jene, deren wirtschaftliche, politische und militärische Stärke nicht zuletzt in der Fortdauer des Kalten Krieges liegt.

Unter den regierungsamtlichen Kalten Kriegs-Organisationen verdient vor allem die „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" erwähnt zu werden. Ihr Gründer war der inzwischen verstorbene Staatssekretär Dr. Otto Lenz. Die Arbeitsgemeinschaft verfügt über außerordentlich hohe Geldmittel, die sie in einer äußerst aggressiven, antibolschewistischen Propaganda umsetzt.

Der „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen" steht unter der Leitung eines Mannes, der sich Dr. Theo Friedenau nennt. Er bezeichnet sich fälschlicherweise als Doktor und heißt in Wirklichkeit Horst Erdmann und war hauptamtlich als Gaujugendwalter im Dritten Reich tätig.

Die kürzlich aufgelöste „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" war bestrebt, mit Hilfe gefälschter Dokumente und Briefe den Kalten Krieg zu schüren, und brachte durch ihre Propaganda- und Terroraktionen Hunderte von Menschen in Zuchthäuser. Ihr ehemaliger Leiter, Ernst Tillich, hielt sich längere Zeit in Amerika auf und war von der Organisation „Kreuzzug für Europa" eingeladen, Vorträge über die „Soziologie der Halbkommunisten" zu halten. Als solche bezeichnete er auch Spitzenfunktionäre der SPD und des DGB.

Der Gründer des „Volksbund für Frieden und Freiheit" und dessen langjähriger zweiter Vorsitzender war der eben schon erwähnte Dr. Eberhard Taubert, der sich im Dritten Reich als Ministerialdirektor im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda betätigte.

Im Jahre 1958 wurde in München der „Deutsche Kreis 1958" gegründet, der das Handwerk der antibolschewistischen Propaganda auf höherer und teils intellektuellerer Ebene betreiben soll.

Doch alle diese Bauern auf dem Schachbrett des Kalten Krieges wurden durch die im Jahre 1959 aus der regierungsamtlichen Taufe gehobene Organisation „Rettet die Freiheit" in den Schatten der Kriegspropaganda gedrängt. Dieser Verein unterscheidet sich vor allem von den vielen anderen schon bestehenden Organisationen dadurch, daß hier offener als sonst üblich die regierungsamtliche Beteiligung an das restaurative Tageslicht trat. Vorsitzender dieser Vereinigung ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Rainer Barzel. Zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufes gehören neben Bundesministern rechtsgerichtete Professoren und Funktionäre der sogenannten Vertriebenenverbände. Der SPD-Pressedienst bezeichnete diese Gründung als eine „von der Bundesregierung

angeregte und unterstützte Propagandaaktion der psychologischen Kriegsführung". Sie wird aus Quellen der Industrie und aus den dem Minister Strauß zur Verfügung stehenden Mitteln für „psychologische Kampfführung" (1958 waren es DM 716 000 und 1959 waren es DM 809 400) gespeist. Über die Ursache dieser Gründung schrieb ein gutunterrichtetes Nachrichtenmagazin:

„Tatsächlich waren es die propagandistischen Erfolge der Atomtod-Bewegung, die direkt zur Vereinsgründung der Freiheits-Retter führten. ‚Rettet die Freiheit' soll eine Anti-Anti-Atomtod-Bewegung werden. Welche Freiheit damit gerettet werden soll, macht ein Blick auf Geburtshelfer, Förderer und Gründer deutlich. Darunter befinden sich Verteidigungsminister Strauß, Innenminister Schröder und Staatssekretär Globke. Ferner: der Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Ruge, der Leiter des Ministerbüros Strauß, Major Fred Sagner, der christdemokratische Bundestagsabgeordnete Rainer Barzel, dem die Katholische Nachrichtenagentur die Einsicht zuschreibt, daß „auch das Atom ein Geschenk Gottes" sei, und der Freiherr von der Heydte, Mitglied jener „Abendländischen Akademie", die von der Demokratie nichts hielt" (41).

Als wahre klassische Beispiele der Harzburger Gesinnung müssen die „Abendländische Akademie" und die „Deutsche Atlantische Gesellschaft" bezeichnet werden. Etwas stärker nach rechts neigend ist die durch den Bayerischen BHE im Mai 1959 erfolgte Gründung der „Nationaldemokratischen Union". Ein Versäumnis wäre es, in diesem Zusammenhang nicht den „Witikobund" zu erwähnen, der eine Zusammenfassung jener prominenten Nationalsozialisten aus Henlein's Partei darstellt, die heute in den Vertriebenenverbänden eine führende Rolle spielen und deren nach innen und außen gerichtete aggressive Politik bestimmen.

Abschließend seien noch Vereinigungen und Zusammenschlüsse wie die „Bruderhilfe"; das „Komitee zum Schutze der Bürger gegen Diffamierung durch die Linkspresse" (München); das „Komitee zur Wiederherstellung der historischen Wirklichkeit" (Coburg); die „Gesellschaft zum Studium von Zeitfragen" (Mainz) genannt, die das restaurative Bild der Harzburger Organisationen des Jahres 1960 abrunden. Zu ihnen müssen wir allerdings noch die rund 1200 bestehenden SS-, Soldaten- und Marinebünde sowie einen großen Teil der Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen zählen.

Nicht alle der hier genannten Vereinigungen stehen unter der Führung ehemaliger NS-Propagandisten und nicht alle legen schwarze Listen der ihnen unangenehm erscheinenden Personen an. Aber alle, jede in ihrer Art, sind bestrebt, nach bestem Wissen und Gewissen die restaurative Entwicklung und damit die vor sich gehende und ihrer Vollendung entgegenstrebende schleichende Machtergreifung der Harzburger von gestern und heute zu fördern.

Angesichts der vielen Freiheitsretter drängt sich doch dem Betrachter die Frage auf, ob überhaupt die Freiheit der Bundesrepublik bedroht ist. Diese Frage ist zweifellos in bejahendem Sinne zu beantworten.

Die Freiheit der Bundesrepublik und die der Rechtssprechung ist bedroht durch die Richter, die im Dritten Reich Unrecht gesprochen haben und von denen viele das ihre dazu beitrugen, die Mordaktionen der Nationalsozialisten juristisch zu tarnen und deren illegale Handlungen zu legalisieren und die heute wieder im Amte sind, und sie ist bedroht durch alle jene, die Rechtsprechung mit Rechts-Sprechung verwechseln!

Die Freiheit der Bundesrepublik und die der Hochschulen ist bedroht dadurch, daß ehemalige NS-Theoretiker heute wieder lehren und daß die Korporationen an den bundesdeutschen Hochschulen an Stärke und Einfluß ständig im Anwachsen sind und daß es Rektoren gibt, die es mit ihrer akademischen Würde ver-

einbaren können, einem Herrn William Schlamm die Hörsäle zur Verfügung zu stellen!

Die Freiheit der Bundesrepublik und die der Presse ist bedroht durch die großen Zeitungskonzerne, die ihrerseits wiederum von Großunternehmen finanziell abhängig sind und denen von diesen der publizistische Weg abgesteckt wird, und sie ist bedroht von Gesetzen, die die Freiheit der Meinung einzuschränken wünschen!

Die Freiheit der Bundesrepublik und die der Gewerkschaften ist bedroht durch Grundsatzentscheidungen hoher Gerichte, die Streiks unter Strafe stellen, und die stark vorhandenen Tendenzen, die Gewerkschaften zu unpolitischen Interessenverbänden der Arbeiter und Angestellten zu degradieren!

Die Freiheit der Bundesrepublik und aller in diesem Staate lebenden Menschen ist bedroht durch die Pseudoverteidiger der Freiheit, durch die „Freiheitskämpfer" des Kalten Krieges, und sie ist nicht zuletzt dadurch bedroht, daß man Andersdenkende als Kommunisten diskriminiert!

Diese bedrohte Freiheit der Bundesrepublik muß gegenüber jenen verteidigt werden, die zwar nicht mehr braune Hemden tragen und Heil Hitler brüllen, die aber in ihren gutsitzenden Einreihern und in ihren Reden von der Notwendigkeit der Rettung des Abendlandes und mit dem von ihnen propagierten Geist von Harzburg um vieles gefährlicher sind.

Die restaurative Praxis der Harzburger des Jahres 1960

„Die eigentliche Gefahr für die Demokratie sind nicht die Grüppchen der Deutschen Reichspartei und die wichtigtuerischen, neurotischen Anstreicher, sondern die in dem Staats- und Gesellschaftsapparat sitzenden Halbdemokraten, die über ihre vergangenen Sünden und Irrtümer nicht hinwegkommen und daher immer wieder für solche Fehler anfällig werden oder sie doch bei anderen decken."

Der Limburger Weihbischof Walter K a m p e

Im Rahmen der bisherigen Darlegungen wurde der Versuch unternommen, die geistigen Ursachen der Harzburger Tendenz unserer Zeit zu skizzieren, und es wurde des weiteren mit Hilfe einiger weniger Bispiele auf die personelle Identität der Verfechter dieser Politik vor und nach 1945 hingewiesen. Auch die Organisationen und Vereinigungen, die unter der Nebelwand der antibolschewistischen Propaganda antidemokratische und autoritäre Tendenzen vertreten, wurden — wenn auch ohne Anspruch auf Vollständigkeit — angeführt.

Doch wie wirken sich diese mannigfaltigen Agitationswellen des Kalten Krieges und der Harzburger Gesinnung praktisch aus?

Sie wirken sich so aus, daß ein rechtsradikaler Schriftsteller in einer „Analyse der deutschen Situation" zu dem Resultat gelangt, „die Entfaltungsmöglichkeiten des deutschen Nationalismus sind durch die Wandlungen der letzten Zeit wesentlich günstiger geworden" (42); daß ein Angehöriger des Jahrganges 1938 nach Erfüllung seines Grundwehrdienstes der Überzeugung Ausdruck gibt, daß „das nationalsozialistische Gedankengut in bestimmten Bundeswehrkreisen heute noch sehr lebendig ist", und des weiteren auf Grund seiner persönlichen Erlebnisse und Eindrücke zur folgenden Feststellung gelangte:

„Ich glaube, daß der Jugend kein guter Dienst erwiesen wird, wenn unverbesserliche, ehemalige Waffen-SS- und ‚Großdeutschland'-Angehörige heute wieder als Ausbilder bei der ‚demokratischen' Bundeswehr fungieren.

Ebenso hatten wir Wehrpflichtige immer ein ungutes Gefühl, wenn in einer extremen und kompromißlosen Form über aktuelle politische Probleme gesprochen wurde. Immer wieder war von den ‚kommunistischen Todfeinden' die Rede. Wer versuche, den Linksradikalismus in irgendeiner Form zu bagatellisieren, sei entweder eine geistige Matt-

scheibe oder aber ein Verbrecher. Bei dieser Art politischer Belehrung wurde mitunter sogar die legale politische Linksopposition in der Bundesrepublik mit den Kommunisten in einem Atemzug genannt.

Ich weiß nicht, was mit der unbedingten Kompromißlosigkeit erreicht werden soll. Ich glaube nur, daß diese extremen Kreise bei der Bundeswehr dem Frieden auf die Dauer nicht förderlich sind." (43);

daß Angehörige der Bundeswehr vormilitärische Lehrgänge der neonazistischen Jugendbewegung „Junge Adler" leiten, „die Kinder trugen schwarze Uniformen mit Schulterriemen und die Übungen gingen bis zum Strafexerzieren" (44); daß die rechtsradikale Marinejugend, deren Aufnahme von Stadt- und Landesjugendringen wegen ihrer extremen Gesinnung verweigert wurde, an Übungen der Bundesmarine teilnimmt; daß Bundeswehrangehörige in Uniform nach Lourdes wallfahrten; daß einflußreiche Kreise der Bundesrepublik mit dem innenpolitisch gefährlichen und dem militärisch provokatorischen Gedanken spielen, einen neuen „Volkssturm" aufzustellen, den man „Landeswehr" (45) nennen möchte; daß die Hamburger Polizei anläßlich einer „Reichsgründungsfeier" der DRP gegen die demonstrierenden Demokraten in einer Art und Weise vorgeht, daß sich der Bezirksvorstand der IG Metall zu der folgenden Stellungnahme veranlaßt sah:

„Anscheinend haben einige leitende Beamte noch nicht begriffen, was wir zur Verteidigung der Demokratie und zum Schutz des Ansehens der anständigen Menschen in Deutschland tun müssen. Die Vorgänge erinnern uns peinlich an die Zeit vor 1933, in der ja auch die republikanische Polizei die Demokraten niederknüppelte und die Antidemokraten schützte." (46);

daß ein Abgeordneter, wie Dr. Thomas Dehler, in aller Öffentlichkeit erklärt, der Bundesverband der Deutschen Industrie, vertreten durch „die Herren Fritz B e r g und Gustav S t e i n", habe versucht, die Politik der FDP in der Saar-Frage zu beeinflussen, und daran die folgende Kommentierung knüpft:

„Das ist die schlimmste Seite des Kapitalismus, wenn er versucht, sich in politische Macht umzusetzen...

Ich habe es als Parteivorsitzender immer abgelehnt, für finanzielle Unterstützung von außen irgendwelche politischen Zugeständnisse zu machen und ich habe mir dadurch den Groll dieser Leute zugezogen" (47).

Ein wichtiges Instrument zur Durchführung der Harzburger Politik sind die von den Unternehmerverbänden gegründeten Organisationen, deren Aufgabe es ist, die Regierungsparteien — und manchmal auch Parteien, die noch weiter rechts stehen — finanziell zu unterstützen und damit weitestgehenden Einfluß auf deren Politik zu nehmen. Sie nennen sich Fördergesellschaften und wurden auf Grund eines Beschlusses der im Bundesvorstand der Deutschen Industrie und in der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände zusammengeschlossenen gewerblichen Wirtschaft im Jahre 1952 gegründet. Als ihre Aufgabe bezeichneten es ihre Gründer, „die soziale Marktwirtschaft von Minister E r h a r d zu unterstützen". Als im Juli 1953 seitens der SPD auf die Finanzierung neonazistischer Unterwanderer innerhalb der Deutschen Partei durch die Fördergesellschaften hingewiesen wurde, wandten sich die Repräsentanten dieser Vereinigung in einer Verlautbarung sehr energisch gegen die Beschuldigung, sie hätten bewußt rechtsradikale Kreise unterstützt. Drei Jahre später erfuhr die Öffentlichkeit, daß eine eindeutig antidemokratische Gruppe, wie die DRP, von der Fördergesellschaft Niedersachsen unterstützt wird, obwohl diese Gesellschaften auf Grund ihrer Statuten nur jenen Parteien finanzielle Hilfe zukommen lassen dürfen, deren Bestrebungen „sich nicht gegen die freiheitliche Ordnung richten".

Am 25. November 1952 wurde beim Amtsgericht Köln unter der Nummer 2231 und dem Namen „G e m e i n s c h a f t z u r F ö r d e r u n g d e s s o z i a l e n

Ausgleichs" eine neue Vereinigung registriert, die sich nur zu bald als „Waage-Verein" der Öffentlichkeit repräsentierte.

Die Fördergesellschaften treten in den Bundesländern unter verschiedenen Namen auf:

Bayern: „Volkswirtschaftliche Gesellschaft Bayern e. V."

Bremen: „Verein zur Förderung der freien Marktwirtschaft in Bremen e. V."

Hamburg: „Verein zur Förderung des hamburgischen Wirtschaftslebens e. V."

Hessen: „Fördergesellschaft der Hessischen Wirtschaft e. V."

Niedersachsen: „Institut für die Niedersächsische Wirtschaft e. V."

Nordrhein-Westfalen: „Verein zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft in NRW."

Rheinland-Hessen: „Verein zur Förderung der rheinischen Wirtschaft e. V."

Rheinland-Pfalz: „Verein zur Förderung der pfälzischen Wirtschaft."

Schleswig-Holstein: „Zentralausschuß der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft e. V."

Baden-Württemberg: „Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg e. V."

Zu ihnen gesellen sich noch wirtschaftspolitische Unterorganisationen, wie z. B. in Bayern der „Wirtschaftspolitische Verein des Groß- und Außenhandels".

Die Beeinflussung gewisser Parteien, bzw. Politiker, geschieht durch die in Bonn tätigen rund 300 Büros verschiedener Firmen und Verbände. Im Bonner Telefonbuch kann man z. B. die Bekanntschaft mit Organisationen wie mit dem „Fachverband Deutscher Schmalzsiedereien und Talgschmelzen", mit der „Fachvereinigung Hufeisen und Hufnägel", mit der „Viehverkehrs-Gesellschaft Deutscher Viehverwertungsverbände G. m. b. H.", mit dem „Verband Deutscher Rauch-, Kau- und Schnupftabakhersteller", mit dem „Zentralverband des Butter-, Käse-, Fettwaren-, Eier-, Wild-, Geflügel-, Honig-Großhandels" machen. Dazu kommen bekannte Vereinigungen wie „Deutscher Genossenschaftsverband e. V.", „Deutscher Raiffeisen-Verband e. V.", „Zentralverband des Deutschen Handwerks" usw...

Neben diesen hier genannten Vereinigungen unterhalten große und kapitalkräftige Einzelfirmen in der Bundeshauptstadt eigene Büros. Diese dienen als Verbindungsstellen zu parlamentarischen Kreisen. Die offizielle Aufgabe dieser Agenturen ist es, sowohl mit den Parlamentariern wie auch den Ministerien Verbindung zu halten und diese fachlich und sachlich zu unterrichten, bzw. die Interessen ihrer Firmen zu vertreten. Hierbei liegt das Schwergewicht eindeutig auf dem Kontakt zu den Ministerien.

In den letzten Jahren hat die „Bearbeitung" der Abgeordneten unmittelbar vor Abstimmungen schon sehr handfeste Formen angenommen. So wurde z. B. beobachtet, daß Interessenvertreter verschiedener Verbände in der Vorhalle des Plenarsaales bereits fertigausgearbeitete Zusatzanträge an die Abgeordneten verteilen. Es wurde des weiteren berichtet, daß es Abgeordnete während der Beratung eines wichtigen Gesetzes vorgezogen hätten, wegen der Belästigung

durch Interessenvertreter ihr Mittagessen nicht mehr im Bundeshausrestaurant einzunehmen. Es handelt sich bei der Tätigkeit dieser sogenannten Lobbyisten im wesentlichen um Leute, deren Aufgabe es ist, unbequeme Stimmen mit politischem Honig zu versüßen, Fette und Öle, die eine „schmierende" Wirkung erzeugen, zu verbreiten und politisch angehauchten Schnupftabak anzubieten.

Auch die Macht der Konzerne und Monopole, die durch diese Vereinigungen und Verbände vertreten werden und weitgehendst die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik beeinflussen, gehört zu der Harzburger Gesinnung des Jahres 1960. Es ist nicht zuletzt auf ihren Einfluß zurückzuführen, daß es in den letzten Jahren bei Wahlen immer wieder zur Bildung von „Bürgerblocks" und „Antimarxistischen Listen" gekommen ist, die als klassischer Ausdruck der Harzburger Gesinnung gelten können.

Schon im Jahre 1949 kam es anläßlich der Hamburger Bürgerschaftswahl zur Gründung eines „Vaterstädtischen Bundes", dem die CDU, die FDP und die „Deutsche Konservative Partei" angehörten. 1952 wurde in Wilhelmshaven ein „Antimarxistischer Wahlblock" gebildet, in dem außer der CDU, der DP und FDP die „Nationale Opposition", die DRP und die SRP vereint waren. Diesem Block hatte sich des weiteren der „Deutsche Handlungsgehilfen-Verband", die SRP-Gründung „Deutscher Arbeiterverband", ferner ein „Verband der Kriegsbeschädigten", die Haus- und Grundbesitzer-Vereine und schließlich zu allem Überfluß der „Stahlhelm mit Frauenbund Königin Luise" (48) angeschlossen.

Ein Jahr später entstand der gegen die rote Stadtverwaltung gerichtete „Hamburger Block", der sich aus CDU, FDP, DP und BHE zusammensetzte. Damals berichtete eine Zeitung: „Die Siegesgewißheit des „Hamburger Blocks", durch persönliche Briefe Dr. Adenauers noch gestärkt, ist so stark, daß bereits jetzt fertige Pläne vorliegen, wie die Mandate unter den Wahl-Block-Partnern aufgeteilt werden sollen" (49).

Über diese so stark vorhandenen Tendenzen der Block-Bildung schrieb das Zentralorgan des Deutschen Gewerkschaftsbundes im März 1954:

„Solche Blockbildungen haben etwas Verführerisches. Sie stärken das Machtbewußtsein der Mehrheitsgruppe. Sie tragen die Gefahr in sich, daß man auch bei anderen Anlässen das Gewicht der geschlossenen Stimmen gegen den Widerspruch durchzusetzen sucht, der sachlich stark begründet ist. — Wenn der Meinungsaustausch im Parlament, der dem Außenstehenden oft so ermüdend erscheint, nicht zur Klärung und zum gesunden Kompromiß, sondern nur zur Instandsetzung des Abstimmungsapparates einer festgefügten Mehrheit führt, dann erstarrt die Demokratie in einem unfruchtbaren Formalismus" (50).

Wie verschwommen die Grenzen zwischen der Harzburger Blockbildung und dem eindeutig rechtsradikalen Lager sind, beweist die „Arbeitsgemeinschaft Vaterländischer Verbände" in Hamburg, die von dem zweiten Vorsitzenden des Hamburger Stahlhelms ins Leben berufen wurde. Ihr gehören u. a. die folgenden Vereinigungen an: der Frauenbund „Königin Luise", die „Gesellschaft für deutsche Traditione. V.", der Frauenverein „Die Hanseatin", die „Arbeitsgemeinschaft der West- und Übersee-Vertriebenen", der „Deutsche Marinebund" und der „Bund ehemaliger deutscher Fallschirmspringer", der „Bund der Frontsoldaten", „Der Stahlhelm" sowie verschiedene andere Soldatenverbände und Flüchtlingsorganisationen.

Im Jahre 1955 schlossen sich in Bremen die CDU, DP und FDP sowie der BHE mit dem Ziel zusammen, „die Regierung des Sozialdemokraten Kaisen durch eine solche dieser Parteien zu ersetzen" (51). Diesem Block traten dann noch die folgenden Gruppen bei: DRP, „Wählergemeinschaft der Fliegergeschädigten", „Verband der Entnazifizierungsgeschä-

digten", „Notgemeinschaft des Mittelstandes" sowie eine „Gruppe der sozialen Mitte".

1957 erfolgte in Wetzlar die Gründung einer „Sozial-konservativen Gesellschaft", in der sich die DP mit der FDP zu vereinigen suchte.

Diese Beispiele der antidemokratischen Blockbildung könnten noch lange fortgesetzt werden, und dieser Ausdruck der Harzburger Gesinnung ist auch für die Politik der Bundesregierung nach innen und außen, aber auch für das Verhalten Bundeskanzlers Dr. Adenauer gegenüber der Opposition, sowie gegen Andersdenkende in den eigenen Reihen oder innerhalb der mit ihm verbündeten Parteien charakteristisch. Nur so ist es auch zu erklären, daß sich z. B. ein Herr Oberländer beim Regierungschef größerer Sympathie als der CDU-Abgeordnete Peter Nellen erfreut.

Der Geist von Harzburg und das Notstandsgesetz

„Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren."

Der SPD-Abgeordnete Wels am 23. März 1933 — einen Tag vor der Verkündung des „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" — bei der Reichstagsdebatte über das von Hitler geforderte Ermächtigungsgesetz.

„Die Dinge sind so weit gediehen, daß ich, obwohl ich die Notwendigkeit einer Notstandsgesetzgebung anerkenne, sage: Dieser Regierung gebe ich kein Notstandsrecht, weil ich das Gefühl habe, daß sie keine demokratische Regierung ist. Die Entwicklung in Bonn ist gefahrdrohend für unser Volk — außenpolitisch und, wenn es darauf ankommt, auch innenpolitisch."

Bundestagsabgeordneter Thomas Dehler im November 1959 (52).

Die Auswirkungen des Ungeistes von Harzburg bei Behörden und Ministerien sind ebenso vielseitig wie mannigfaltig, und diese nicht bewältigte oder neuauferstandene Vergangenheit begegnet uns in Gestalt von Ministern, Ministerialräten, Richtern, Polizeipräsidenten usw., usw., so daß wir uns hier aus Platzmangel darauf beschränken, auf ein Gewächs dieser schleichenden Machtergreifung, und zwar die Notstandsgesetzpläne der Bundesregierung, hinzuweisen.

Gesetze sind das Spiegelbild der jeweiligen Staatsform und der politischen Machtverhältnisse. Selbst für Analphabeten der Zeitgeschichte sollte klar sein, daß die „Machtergreifung" nicht am 30. Januar 1933 wie ein braunes Gewitter aus heiterem demokratischen Himmel kam, sondern daß ihr die schleichende Machtergreifung der Harzburger voranging.

Eine wichtige Schnellzugsstation der republikanischen Fahrt ins Verderben war auf dem gesetzlichen Sektor die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932, auf Grund „des Artikel 48, Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung":

„Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des Preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissar des Reiches mit der Führung der Preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des Preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der Preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der Preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der Preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des Preußischen Staatsministeriums aus.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft."

Nach Artikel 48 der Reichsverfassung war die Einsetzung eines Reichskommissars sehr wohl möglich, und es gab in der Geschichte der Weimarer Republik dafür schon ein Beispiel, und zwar im März 1920, als Reichspräsident Ebert den Artikel 48 gegen eine sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierung in Sachsen in Anwendung brachte. Damals entschloß sich die Reichsregierung, „dem militärischen Befehlshaber die vollziehende Gewalt zu übertragen".

Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, daß sich der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident von Preußen, Otto Braun — der nach seinen Angaben im Jahre 1920 gegen die „Anwendung des Artikel 48 der Verfassung gegen verfassungsgemäß eingesetzte Minister" (53) war —, 1932 von Hindenburg sagen lassen mußte: „Was wollen Sie, Ihr verstorbener Freund ist ja seinerzeit gegen die sächsische Regierung viel schärfer vorgegangen als ich." (54)

Sicherlich ist es richtig, wenn in der nach 1945 erschienenen politischen Publizistik der Bundesrepublik darauf hingewiesen wird, daß die Voraussetzungen des Eingreifens der Reichsgewalt gegen die Preußische Regierung im Jahre 1932 durch Papen selbst nach Artikel 48 fehlte. — Diese zwei Voraussetzungen, daß das in Frage kommende Land Preußen die ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe oder daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet sei, war 1932 in Preußen ebenso wenig als zwölf Jahre vorher in Sachsen gegeben. Doch die Legalitiker der nach 1945 erschienenen politischen Publizistik haben noch immer nicht begriffen, daß man Gesetze sehr wohl auslegen kann und daß ihre Anwendung nicht zuletzt eine Machtfrage ist und daß die Gegner der Demokratie niemals gezögert haben, die ihnen zur Verfügung stehende, wirtschaftliche und militärische Macht weitgehendst in die Waagschale des politischen Geschehens zu werfen, um diese damit zu ihren Gunsten zu neigen. — Diese Feststellung bezieht sich nicht nur auf die Vergangenheit!

Der Anwendung des Artikel 48 im Juli 1932 folgte im März 1933 das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich". Damit war der Hitlerdiktatur auch der scheinlegale Weg geöffnet, und des weiteren war auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung der Kreis von Harzburg geschlossen.

Mit Hilfe des Artikels 48 wurde die deutsche Demokratie vernichtet, und sehr richtig gelangte eine in Südwestdeutschland erscheinende Tageszeitung zu folgenden Erkenntnissen:

„Schließlich gingen die Dinge so, wie sie gekommen sind. Das Ganze endete über das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 in der Diktatur... Streng genommen könnte man den Notstandsgesetzentwurf des Bundesinnenministers mit jenem Ermächtigungsgesetz vergleichen, gegen das damals die Sozialdemokraten als einzige Partei gestimmt haben..." (55).

Die sich ergebenden Parallelen zwischen dem Artikel 48 der Weimarer Republik und seinen beidermaligen, mißbräuchlichen Anwendungen und dem Notstandsgesetzentwurf Minister Schröders sind unübersehbar. Nicht ohne Grund hatte der Parlamentarische Rat bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes ganz bewußt darauf verzichtet, den § 48 der Weimarer Verfassung zu übernehmen, denn man war mit Recht der Meinung, daß der Artikel 91 der bundesdeutschen Verfassung voll genüge, der es der Bundesregierung jederzeit ermögliche, alle in den Ländern vorhandenen Polizeikräfte — ihre Zahl beträgt über 100 000 Mann — und den Bundesgrenzschutz einzusetzen. Vielleicht ist es auch gut, daran zu erinnern, daß die Militärgouverneure während der Beratung des Grundgesetzes am 22. November 1948 in einem Memorandum dahingehend ihren Wunsch zum Ausdruck brachten, „daß die Ausnahmebefugnisse der Exekutive, wenn über-

haupt, so beschränkt werden müssen, daß sie unverzüglich einer gesetzlichen oder gerichtlichen Nachprüfung bedürfen".

Ehe wir auf Grund und Ursachen der Notstandsgesetzgebung der Bundesregierung eingehen, sei dieser „Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ergänzung des Grundgesetzes" im folgenden wiedergegeben:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates unter Einhaltung der Vorschrift des Artikels 79 Abs. 2 des Grundgesetzes das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

In das Grundgesetz wird hinter Artikel 115 folgender neuer Abschnitt X a eingefügt:

X a — Ausnahmezustand, Artikel 115 a

(1) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, der mit den Mitteln des Artikels 91 nicht mehr begegnet werden kann, kann der Bundestag den Ausnahmezustand beschließen. Sein Beschluß wird vom Bundespräsidenten verkündet.

(2) Stehen der Beschlußfassung des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegen, so kann bei Gefahr im Verzug der Bundespräsident mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers den Ausnahmezustand anordnen und verkünden. Der Bundespräsident soll zuvor die Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates hören.

(3) Bei Verkündung des Ausnahmezustandes kann der Bundespräsident von den Vorschriften des Artikels 82 abweichen.

(4) Während des Ausnahmezustandes ist die Bundesregierung ermächtigt,

1. gesetzesvertretende Verordnungen zu erlassen, und zwar auch auf Sachbereichen, die nicht zur Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes gehören, sie auch abweichend von Artikel 82 zu verkünden und diese Befugnisse für bestimmte Aufgaben widerruflich auf Behörden des Bundes oder der Länder zu übertragen;

2. in solchen Verordnungen

a) für die Dauer des Ausnahmezustandes die Grundrechte aus Artikel 5, 8, 9, 11 und 12 über das sonst vorgesehene Maß einzuschränken und für Freiheitsentziehungen Artikel 104 Abs. 2 und 3 außer Kraft zu setzen, wobei eine richterliche Überprüfung gewährleistet sein muß;

b) bei Enteignungen abweichend von Artikel 14 Abs. 3 Satz 2 Art und Ausmaß der Entschädigung einer späteren Regelung vorzubehalten;

3. in gesetzesvertretenden Verordnungen, die spätestens mit Beendigung des Rechnungsjahres, in dem der Ausnahmezustand aufgehoben wird, außer Kraft treten, von den Vorschriften der Artikel 106 und 107 abzuweichen;

4. die Polizeikräfte des Bundes und die Polizeikräfte in den Ländern sowie, falls die Polizeikräfte nicht ausreichen, auch die Streitkräfte einzusetzen und zur einheitlichen Führung aller eingesetzten bewaffneten Kräfte einen Beauftragten zu bestellen;

5. die Ausführung der Bundesgesetze und gesetzesvertretenden Verordnungen sowie die Bundesverwaltung durch gesetzesvertretende Verordnungen für die Dauer des Ausnahmezustandes abweichend von Abschnitt VIII und X zu regeln.

(5) Während des Ausnahmezustandes endende Wahlperioden des Bundestages verlängern sich bis zum Ablauf von drei Monaten nach Aufhebung des Ausnahmezustandes. Während des Ausnahmezustandes endende Amtsperioden des Bundespräsidenten verlängern sich bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Aufhebung des Ausnahmezustandes. Der Bundestag kann Abweichendes beschließen.

(6) Sind im Verteidigungsfall die Nachrichtenverbindungen zum Sitz der Bundesregierung nicht nur vorübergehend unterbrochen oder ist die Bundesregierung außerstande, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, so sind die Ministerpräsidenten der Länder und, falls diese Voraussetzungen auch im Verhältnis eines Landes zu Teilgebieten dieses Landes gegeben sind, die Regierungspräsidenten, äußerstenfalls die leitenden Verwaltungsbeamten der Landkreise und kreisfreien Städte zu einstweiligen Maßnahmen im Sinne des Absatz 4 für ihren Bereich befugt. Einstweilige Maßnahmen nach Satz 1 können durch die Bundesregierung im Verhältnis zu nachgeordneten Behörden auch durch die Ministerpräsidenten der Länder jederzeit aufgehoben werden.

(7) Dem Bundestag ist von allen nach Absatz 4 und 6 getroffenen Maßnahmen Kenntnis zu geben. Er kann den Ausnahmezustand und die auf seiner Grundlage getroffenen Maßnahmen jederzeit aufheben.

§ 2

Artikel 143 wird aufgehoben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft" (56).

Diese hier verlangte Änderung des Grundgesetzes bedarf der Zustimmung durch 2/3 der Abgeordneten, aber den sich daraus ergebenden Ausnahmezustand kann der Bundestag mit einfacher Mehrheit beschließen und wenn es nach Ansicht der Regierung oder des Innenministers zur „Abwehr einer drohenden Gefahr" notwendig ist, d. h., wenn dieser mit Hilfe des Artikels 91 des Grundgesetzes nicht begegnet werden kann, oder wenn es des weiteren bei der Einberufung des Bundestages bei dieser Abstimmung „unüberwindliche Hindernisse" gibt oder „Gefahr im Verzug" ist, dann kann der Bundespräsident ebenfalls die verfassungsgemäß bestehenden Gesetze außer Kraft setzen und den Ausnahmezustand verhängen.

Wann nach Ansicht der Bundesregierung ein solcher Gefahrenmoment eingetreten ist, darüber lesen wir in der „Begründung" dieses Gesetzentwurfes:

„Es muß sich um sehr ernste und schwere Gefahrenzustände handeln. Gedacht ist vor allem an die äußere Bedrohung des Bundes, die entweder schon zur Feststellung des Verteidigungszustandes geführt hat oder unmittelbar zu führen droht. Ein schwerer Notstand kann jedoch von einer feindlichen Macht auch mit den Mitteln des innenpolitischen Kampfes gegen den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes herbeigeführt werden. Selbst ein nicht von außen hervorgerufener innerer Notstand kann solche Ausmaße annehmen, daß er mit den Mitteln des Artikel 91 nicht mehr bekämpft werden kann."

Die gesamte nicht bedingungslos regierungstreue bundesdeutsche Presse ließ in ihren Kommentaren keinen Zweifel darüber, daß das Gesetz nur für den „inneren Notstand", d. h., gegen den „inneren Feind", gedacht ist:

FDP-Pressedienst vom 6. November 1958:

„Seit etwa einem Jahr werden dem Bundesbürger in sorgfältig abgewogener Dosierung Maßnahmen schmackhaft gemacht, die, wenn sie insgesamt Wirklichkeit würden, eine erhebliche Veränderung der „freiheitlich-demokratischen" Struktur der Bundesrepublik zur Folge hätten. Die Zielrichtung der geplanten „Reformen", die B r e n t a n o , Schäffer und Schröder in letzter Zeit vorgeschlagen haben, ist so eindeutig, daß man dahinter eine ordnende Hand vermuten muß. Dabei ist den Verantwortlichen allerdings insofern ein Regiefehler unterlaufen, als in letzter Zeit die Pläne zur Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte in derart rascher Reihenfolge bekannt werden, daß der an homöopathische Dosen zum Entzug seiner Freiheit gewohnte Bundesbürger hellhörig geworden ist.

Den vorläufigen Höhepunkt setzte Bundesinnenminister Schröder mit seinem Vorschlag, die Verfassungsschutzämter in Staatssicherheitsämter umzubenennen und ihnen Exekutivgewalt zu verleihen ...

Nach seiner Auffassung haben die Väter des Grundgesetzes bei der Wahl des Namens „Verfassungsschutz" eine wenig glückliche Hand gehabt. Bei der den Ämtern gestellten Aufgabe handele es sich um Staatssicherheit. Es soll den Beamten ermöglicht werden, jedem verfassungsmäßigen Träger der Staatsgewalt bei der Verwirklichung jener politischen Ziele zu helfen, die in den allgemeinen Wahlen die Billigung der Mehrheit gefunden haben."

Der Spiegel vom 22. Juli 1959:

„Der Eindruck, es mit einem Polizeiminister zu tun zu haben, der seine besonderen Dossiers für seine politischen Ziele und gegen seine politischen Gegner einzusetzen weiß,

hat sich in den vergangenen Wochen durch die Häufung Schröder'scher Andeutungen in der Fraktion erstmalig festgefressen und ist nicht ohne Folgen geblieben ...

Folgende Posten sind dubios: Konrad Adenauer muß bei zumindest physischer Gesundheit bleiben, 1961 noch einmal mit der Kanzlerschaft betraut werden.

Heinrich von Brentano abhalftern und Gerhard Schröder zum Außenminister machen, 1962 zurücktreten, und zwar unter der ausdrücklichen Bedingung, daß Gerhard Schröder ihm nachfolgt ... Herrlichen Zeiten geht die Bundesrepublik entgegen."

Revue vom 31. Oktober 1959:

„Das geht uns alle an! Es geht um unsere Verfassung! Die wichtigste Aufgabe des Bundesinnenministers Dr. Schröder ist es, unsere Verfassung zu schützen — vor jedem Mißbrauch, vor jedem Verfassungsbruch. Aber gerade Dr. Gerhard Schröder, der oberste Verfassungsschützer, will jetzt die Verfassung mißbrauchen: Wenn er sich durchsetzt, wird der Bundestag in den nächsten Wochen die Änderung unseres Grundgesetzes beschließen. Dann darf die Regierung immer, wenn sie „Notstand!" ausruft, unsere Grundrechte einschränken und ohne Kontrolle durch den Bundestag herrschen. Das ist höchst gefährlich! Zu genau wissen wir, wie leicht deutsche Politiker der Verführung zur Macht erliegen. Einige Minister unserer Regierung A d e n a u e r haben schon erkennen lassen, wie lästig ihnen Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Post- und Telefongeheimnis sein können. Und wissen wir, ob nicht nach Adenauer ein skrupelloser Ehrgeizling an die Spitze der Bundesregierung kommt? ...

Dr. Schröder malt die düsteren Schatten eines „Notstandes" an den Horizont und ruft zur „Vorsorge". Ja, sorgen wir vor, daß sich die fatale Entwicklung der Weimarer Republik nicht wiederholt! Damals gab der Notstandsparagraph 48 zwar B r ü n i n g die Möglichkeit, durch Notverordnungen mit der Minderheit zu regieren. Aber Hitler erhielt durch diesen Paragraphen die Chance, seine parlamentarische Macht in eine schrankenlose Diktatur umzufälschen. Ein Notstandsparagraph, leichtfertig gehandhabt nach dem Motto, „was Notstand ist, bestimme ich", wäre das Ende unserer Freiheit. Darum, Herr Dr. S c h r ö d e r : Hände weg vom Grundgesetz! Nie wieder Notstandsgesetze, die den Staat retten sollen und in Wirklichkeit die Demokratie zugrunde richten!"

Süddeutsche Zeitung vom 19. Januar 1960:

„Unser Bundesinnenminister hat seinen Ruf, ein forscher Mann zu sein, der zudem seines Kanzlers Ohr besitzt, wiederum bekräftigt. Vor einigen Monaten beendete er die Diskussion über die Rundfunkgesetzgebung kurzerhand dadurch, daß das Kabinett einen Gesetzesentwurf verabschiedete, über den man sich nun nachträglich zu unterhalten hat. Und heute wendet er das gleiche Verfahren auf die seit fünf Jahren diskutierte Notstandsgesetzgebung an, wobei die Begleitumstände, namentlich die Geheimhaltung des Kabinettsbeschlusses, das Ganze noch effektvoller gestalten. Man kann auch nicht sagen, es seien in diesem Gesetzentwurf über den Ausnahmezustand irgendwelche im Verlauf der öffentlichen Diskussion vorgebrachte Bedenken oder kritische Anregungen berücksichtigt worden. Im Gegenteil, es ist an dem Text, vom Standpunkt der parlamentarischen Demokratie und noch mehr natürlich der Opposition aus gesehen, sozusagen „alles dran". Tatsächlich hätte es danach eine starke Regierung mit einer ihr ergebenen Parlamentsmehrheit — wie sie heute besteht — theoretisch in der Hand, sich auf Grund irgendwelcher Vorkommnisse den Ausnahmezustand bescheinigen zu lassen und hinfort autoritär zu regieren."

Frankfurter Rundschau vom 19. Januar 1960:

„Aber der vorliegende Text zeigt, daß der Innenminister — wie es seinem Ressortdenken entspricht — vor allem den inneren Notstand vor Augen hat. Und hier wird die Sache gefährlich."

Westfälische Rundschau vom 19. Januar 1960:

„Das Erregendste dabei ist die unverblümte Art, mit der die Regierung Adenauer glaubt, nun auch die Bundeswehr bei innenpolitischen Konflikten einsetzen zu können ...

Was es an Verfassung und Gesetz in der Bundesrepublik gibt, reicht völlig aus, um die demokratische Grundordnung in Friedenszeiten zu schützen. — Nur vor einem hüte man sich: Mit dem Gedanken zu spielen, wirtschaftliche Schwierigkeiten, soziale Spannungen oder innerpolitische Differenzen mit Polizeimitteln „aufzufangen". Darauf hinzuweisen, besteht vor allem deshalb Veranlassung, weil der Gesetzentwurf den Artikel 9 des Grundgesetzes über die Koalitionsfreiheit auf die Liste derjenigen bürgerlichen Freiheiten gesetzt hat, die aufgehoben werden können ..."

Stuttgarter Zeitung vom 20. Januar 1960:

„Daß eine einfache Mehrheit des Bundestages das Recht haben soll, den unbefristeten Notstand auszurufen, ist eine Zumutung, die unmöglich hingenommen werden darf. Des Ministers Hinweis, man könne ja das Verfassungsgericht anrufen, grenzt an Zynismus, wenn man bedenkt, daß in diesem Notstand die sogenannten Grundrechte der Meinungs-, der Versammlungs-, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit und der Arbeitsplatzwahl aufgehoben werden können. Besonders schlimm dürfte die Aufhebung des Artikels 104 sein, der eine richterliche Entscheidung über Freiheitsentziehung spätestens innerhalb der darauffolgenden 24 Stunden vorsieht. In dem neuen Gesetz heißt es zwar, es müsse eine richterliche Überprüfung gewährleistet sein, aber diese kann auch erst nach vier Monaten stattfinden. Schließlich gehört die Bundeswehr nicht in das Notstandsgesetz. Sie ist für den äußeren Notstand geschaffen, und äußerer Notstand bedeutet nichts als Krieg. Kann man wirklich verantworten, ein Gesetz zu machen, das dem Landrat die Entscheidung darüber läßt, ob ein Streik noch ein legaler Arbeitskampf ist? Von welchem Zeitpunkt an — und wer entscheidet darüber — reichen die Polizeikräfte nicht mehr aus, die ja schließlich geschaffen worden sind, um Ruhe und Ordnung zu bewahren?"

Stuttgarter Nachrichten vom 20. Januar 1960:

„Nicht nur bei den Sozialdemokraten werden Gefahrenquellen gesehen und befürchtet, sie stützen sich auf die Erfahrungen mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung, jenes Verfassungsartikels, der zunächst theoretisch und dann später praktisch alle Macht in die Hände des Reichspräsidenten legte. Mit diesem Artikel 48 ist die deutsche Demokratie erschlagen worden."

Handelsblatt vom 20. Januar 1960:

„Für den Verteidigungsfall nach außen haben wir bereits das Sicherstellungsgesetz. Das Notstandsgesetz soll deshalb offenbar vornehmlich bei inneren Unruhen angewandt werden. Auf Grund des zur Debatte stehenden Gesetzes wäre die Regierung in der Lage, die gesamte Wirtschaft zentral zu steuern ...

Der Staat will im Falle eines Notstandes Rohstoffe, Produktion und Absatz sowie die Arbeitskräfte dirigieren können ...

Demnach könnte die Regierung gegen große Streiks auf Grund des Notstandsgesetzes vorgehen. Bei der Verkündung des Notstandes ist nicht immer ein Beschluß des Parlaments erforderlich, nämlich dann, wenn die Situation im Inland turbulent geworden ist ...

Eine Aufhebung ist dagegen nur durch das Parlament möglich. Falls ein Parlament aber nicht mehr existiert, kann theoretisch die Regierungsgewalt für eine unabsehbare Zeit ihre Vollmachten ausüben. Das Gesetz wäre, sollte es beschlossen werden, zweifellos eine große Versuchung für verkappte Diktatoren."

Hamburger Echo vom 23. Januar 1960:

„Statt in das Grundgesetz hineinzuzwängen, was seine Väter, erschreckt durch die Spuren des Artikels 48 von Weimar, draußen lassen wollten, sollten Bundesregierung und Bundestagsmehrheit erst einmal diejenigen Aufträge erfüllen, die das Grundgesetz ihnen ausdrücklich gestellt hat. So ist nach über zehn Jahren das Ausführungsgesetz zu Artikel 26 mit Strafbestimmungen gegen die Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und gegen die Vorbereitung von Angriffskriegen noch nicht einmal als platonischer Entwurf in Angriff genommen. Statt Herrn Schlamm gemäß dem Völkerfriedensgebot des Grundgesetzes das Handwerk zu legen, treiben einige nicht einflußlose Leute in der Bundesrepublik mit ihm gefährliche politische Berggrat-Akrobatik. Das ist unsere Verfassungswirklichkeit, die Verfassung, die wir zwar nicht haben, aber in der wir uns befinden."

Auf einer im November 1959 stattgefundenen Tagung der Deutschen Sektion der „Internationalen Juristen-Kommission" setzte sich der der SPD nahestehende Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Dr. Rudolf Katz, für das Notstandsgesetz ein und bezeichnete „das Staatsnotrecht als ein demokratisches Anliegen". Mit einer nichts zu wünschen übriglassenden Deutlichkeit hob Dr. Katz „die Gefahr durch inneren Notstand" hervor und erklärte hierzu u. a.:

„Staatsrechtlich bedenklich aber muß die Lage werden im Falle des sogenannten „inneren" Notstandes, also im Falle des Verkehrsstreiks, des Generalstreiks, von Versorgungsschwierigkeiten in unseren großen industriellen Zentren und ähnliches. Ich weiß nicht, ob dieser Fall nicht auch relativ schnell kommen könnte. Wie ja überhaupt das Abrutschen aus dem Zustand des „Sonnenscheins" in den des „Gewittersturmes" sehr schnell vor sich gehen kann.

Dabei dürften wahrscheinlich in der heutigen Zeit nicht so sehr die rein politischen, sondern eher die wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnisse den Anlaß für den Notstand bieten. Ich bin mir nicht sicher, ob ein totaler Metallarbeiterstreik von vier Monaten, wie ihn die Vereinigten Staaten erst jetzt durchgemacht haben, von Deutschland als einem Export- und Industrieland ohne Krisenzustand verdaut werden könnte, ob etwa ein Streik solchen Ausmaßes hier nicht schon einen Zustand der inneren Krise und des inneren Notstandes hätte hervorrufen können ...

Aber vielleicht noch zwei Gedanken dazu: Auch Notstände haben graduelle Unterschiede. Es gibt kleinere, mittlere und größere Notstände. Da doch in der Hauptsache mit wirtschaftlich-sozialen Notständen zu rechnen ist, die ich noch nicht einmal zu den schwersten rechne ...

Ich wiederhole: Die Situation hat etwas außerordentlich Beunruhigendes an sich. Man hat sich — vielleicht bedauerlicherweise — in den letzten zehn Jahren seit 1949 bei dem dauernden „schönen Wetter" daran gewöhnt, anzunehmen, daß das immer so weitergehen werde. Es ist doch, nach allen geschichtlichen Erfahrungen, außerordentlich unwahrscheinlich, daß in Deutschland, in Europa und in der Welt immer „schönes Wetter" herrschen wird. Schon die ungewöhnlich lange Dauer des Sonnenscheins der letzten zehn Jahre ist erstaunlich. Es mag zwar noch 5, noch 10, es mag 20, es mag noch 30 Jahre weiter so gehen. Aber sicher ist das keineswegs. Und die Gefahr, daß ein Notzustand kommen kann, hängt unheilschwanger über uns. Daher ist es, um den Rechtsstaat zu erhalten, außerordentlich dringend, daß diese notwendige Ergänzung des Grundgesetzes möglichst bald im Bundesgesetzblatt erscheint. Denn sonst könnte der deutsche Rechtsstaat schon in der nächsten Krise zusammenbrechen. Jetzt zu handeln, ist besser, als eine Vogel-Strauß-Politik zu betreiben und so zu tun, als wenn immer herrliches Sonnenwetter bleiben müßte." (57).

Minister Schröder und seine Freunde wären dumm — und das sind sie sicherlich nicht —, wenn sie den ihnen von einem prominenten sozialdemokratischen Juristen zugeworfenen, bejahenden Notstands-Ball nicht aufgefangen hätten, denn sie nehmen nicht mit Unrecht an, daß sich Bundesrichter Dr. Katz vor seinem Aufsehen erregenden Plädoyer für das Notstandsgesetz mit einigen seiner Parteifreunde unterhalten hat und deren Zustimmung fand. Es sind dies jene Mitglieder des Parteivorstandes der SPD, die eine Kompromißlösung mit dem Notstandsgesetzentwurf Minister Schröders anstreben.

Um die Gefahren des Gesetzes in seiner ganzen Tragweite erfassen zu können, ist es nicht nur notwendig, sich des schon aufgezeigten Mißbrauches des Artikels 48 der Weimarer Republik, der mit Hilfe des Staatsstreiches Papen's die scheingesetzliche Tür zum Dritten Reich öffnete, zu erinnern, sondern man muß auch das im Hintergrund dieses Notstandsgesetzentwurfes hängende, zeitgeschichtliche Harzburger Porträt der politischen Situation mit in diese Betrachtung einbeziehen. Diese sehr deutlichen Konturen des Hintergrundes sind, daß nach Ansicht des Bundeskanzlers eine aus freien Wahlen hervorgehende sozialdemokratische Regierung den „Untergang Deutschlands" bedeute und daß man, um diesen „Un-

tergang" zu verhindern, jederzeit bereit sein muß, den „Notstand" zu erklären; daß auf Grund der verschiedenen Äußerungen der Begriff „Notstand" so weit ausgelegt wird, daß darunter z. B. Streiks fallen und daß nicht übermäßig viel Phantasie dazu gehört, sich vorzustellen, wie diese Notstandsgesetzgebung in der Praxis von einer Regierung der Harzburger Gesinnung gehandhabt wird, deren Chef den Wahlsieg der Opposition als Unglück betrachtet und der bestrebt ist, sein Regierungsboot auf den weltpolitischen Wogen des Kalten-Kriegs-Meeres treiben zu lassen und dessen Besatzung sich hierbei übermäßig wohlfühlt und nichts mehr als ein Nachlassen dieses Wellenganges befürchtet.

Der Sieg der Harzburger — das politische Stalingrad der Demokratie

„Sie setzen alles auf einen einzelnen Mann in einem patriarchalischen Alter, wenn auch von selten glücklicher Konstitution. Welch' eine Abdizionsstimmung bei einer Demokratie, die es lange aufgegeben hat, ihre Position zu verteidigen, die sich schutzsuchend hinter einem 83jährigen verkriecht und den anstürmenden Gegnern beschwörend zuruft: Tut uns nichts! Er ist ja so ehrwürdig!

Das ist nicht mehr Politik, sondern Byzantinismus und schlechtweg zum Kotzen."
Carl von Ossietzky — 1932

Vor einiger Zeit vertrat der Pressedienst der SPD die Meinung, die Außenpolitik der Bundesregierung führe zu einem neuen militärischen Stalingrad. Es muß aber als eine geschichtliche Tatsache gewertet werden, daß, ehe es zu der für das ganze deutsche Volk sichtbaren Niederlage von Stalingrad kommt, es schon vor 1933 ein geistiges Stalingrad der Demokratie gab. Wir denken hier an die damals durchgeführte antirepublikanische Harzburger Propaganda, deren Bogen des Ungeistes von nationalsozialistischen bis zu konservativen Kreisen reichte. Daß sich die in Wort und Schrift gegen die Demokratie gerichtete und diese unterhöhlt habende Agitation auch einer aggressiven, antikommunistischen Phrasologie befleißigte, ändert deshalb nichts an ihrem antirepublikanischen Charakter, und es wurde schon darauf hingewiesen, daß man unter dem Begriff Bolschewismus z. B. auch gewerkschaftliche Forderungen oder eine fortschrittliche Kommunalpolitik verstand und bekämpfte.

Ein Versuch, die heute angeblich bedrohte Freiheit mit den Vertretern der Unfreiheit von gestern verteidigen zu wollen, ein Bündnis mit jenen, bei denen die antikommunistische Gesinnung um vieles eindeutiger als ihr demokratisches Wollen ist, und denen, die sich nur des gängigen Antibolschewismus bedienen, um dahinter ihre rechtsradikalen Tendenzen zu verbergen, ein solches Bündnis ist gleichbedeutend mit einem Schritt zu jenem geistigen Stalingrad, an dem auch die Weimarer Republik mit zugrunde gegangen ist und dem nur zu leicht auch ein militärisches Stalingrad folgen kann.

Der Kampf der Harzburger des Jahres 1960 findet auch darin seinen Ausdruck, daß die Anhänger einer restaurativ-autoritären Staatsreform, die faschistischen Jungfrauen und Jungmänner mit pseudodemokratischen Hemmungen sich nach einem alles lenkenden und bestimmenden „Führer" sehnen, der ihren unterentwickelten staatsbürgerlichen Gefühlen Rechnung trägt und sie in pseudo-väterlicher Weise regiert.

Deshalb, weil die meisten der Staatssekretäre und Ministerialräte bis heute ebenso wenig wie ihre Vorgänger in der Weimarer Republik ein vernünftiges

und gesundes Verhältnis zum demokratischen Staate und dessen Einrichtungen gefunden haben, deshalb sind sie auch nur zu gerne bereit, mit allen autoritären, reaktionären und faschistischen Gedankengängen fremd zu gehen und die Demokratie zu betrügen. Sie dienten und dienen niemals dem demokratischen Staatswesen, sondern bestenfalls dem jeweiligen, ihnen vorgesetzen Minister, und nur zu oft wurde und wird der Minister zum Befehlsempfänger seiner Ministerialbürokratie, ohne dies selbst zu bemerken. Nur so ist es auch zu erklären, daß wir auf dem politischen Parkett der Bundesrepublik heute wieder so viele Persönlichkeiten finden, die gegen die Weimarer Republik intrigiert hatten, die unter Hitler in die innere Emigration gingen, aber nach außen hin dem NS-Staat treu und ergeben dienten und zur Tarnung ihrer „Widerstandstätigkeit" sogar Kommentare für die ihnen verhaßte Regierung schrieben und heute wieder da sind.

Sie, die Harzburger Großfürsten des restaurativen Kaiserreichs, sind es, die planmäßig und zielbewußt alles nur Erdenkliche tun, um jeden echten Funken einer demokratischen Entwicklung und eines demokratischen Lebens mit dem rauhen Militärkolter des primitiven, nach politischen und militärischen Kreuzzügen rufenden Antibolschewismus zu ersticken. Sie, die das politische Flirten mit den Gegnern der Demokratie niemals aufgeben können und wollen, sind die wahren Inspiratoren der schleichenden Machtübernahme der Harzburger des Jahres 1960!

Quellennachweis:

(1) Friedrich Meinecke „Die deutsche Katastrophe", Eberhard Brockhaus-Verlag, Wiesbaden — 1947.
(2) „Völkischer Beobachter" vom 13. Oktober 1931.
(3) Hans Otto Meissner/Harry Wilde „Die Machtergreifung — Die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs", J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf., Stuttgart — 1958.
(4) Karl Dietrich Bracher „Die Auflösung der Weimarer Republik — Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie" — Ring-Verlag Stuttgart und Düsseldorf — 1957.
(5) Dr. Karl Mielcke „Dokumente zur Geschichte der Weimarer Republik", Verlag Albert Limbach, Braunschweig — 1951.
(6) „Monatshefte für Auswärtige Politik", Heft 4, April 1939.
(7) „Monatshefte für Auswärtige Politik", Heft 10, Oktober 1939.
(8) „Monatshefte für Auswärtige Politik", Heft 9, September 1940.
(9) „Jahrbuch der Weltpolitik 1942" — Junker & Dünnhaupt-Verlag, Berlin.
(10) „Der Monat" vom September 1951.
(11) „Der Spiegel" vom 19. Februar 1958.
(12) „Der Tag" vom 24. Januar 1954.
(13) „Süddeutsche Zeitung" vom 5. März 1954.
(14) „Contra Komintern" vom April 1937.
(15) „Zeitschrift für Politik" Jahrgang 1939.
(16) „Der Spiegel" vom 17. August 1955.
(17) Oberstleutnant Förtsch „Der Offizier der Deutschen Wehrmacht — Eine Pflichtlehre" — Berlin 1942.
(18) „Frankfurter Rundschau" vom 3. November 1956.
(19) Pasqual Jordan „Physikalisches Denken in der neuen Zeit", Hamburg 1935.
(20) Pasqual Jordan „Die Physik und das Geheimnis des organischen Lebens" — 1941.
(21) „Rheinischer Merkur" vom 30. August 1957.
(22) „CrP-Informationsdienst" vom September 1959.
(23) Professor Dr. Otto Koellreutter „Grundriß der allgemeinen Staatslehre", Tübingen.
(24) „CrP-Informationsdienst" vom Juni 1957.
(25) „Die Anklage" vom 1. Juli 1954.

(26) „fnb" vom 5. Dezember 1955.
(27) „Frankfurter Rundschau" vom 14. Juni 1955.
(28) Erich Kern „Fahne im Sturm", Deutscher Verlag für Jugend und Volk, Wien — 1942.
(29) „CrP-Informationsdienst" vom Oktober 1956.
(30) „Vorwärts" vom 19. April 1957.
(31) zitiert nach „Tagesspiegel" Berlin vom 20. Mai 1948.
(32) Meißner-Wilde „Die Machtergreifung — Die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs", J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf., Stuttgart — 1958.
(33) Meißner-Wilde „Die Machtergreifung — Die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs".
(34) „Regensburger Anzeiger" vom 8. April 1933.
(35) „Regensburger Anzeiger" vom 4. Mai 1933.
(36) „Frankfurter Rundschau" vom 14. Juni 1958.
(37) „Frankfurter Rundschau" vom 7. März 1958.
(38) „Welt der Arbeit" vom 21. Juni 1958.
(39) „dpa" vom 3. Februar 1959.
(40) „Sind Sie schon Antikommunist?", Gerhard E. Gründler „Die Welt" vom 7. August 1959.
(41) „Der Spiegel" vom 4. Februar 1959.
(42) Gerhard Opitz „Eine Analyse der deutschen Situation zum Jahresanfang 1960 in der Sicht der nationalen Opposition" — „Studien von Zeitfragen, Analysen und Berichte" vom 27. Januar 1960.
(43) „Frankfurter Rundschau" vom 30. Januar 1960.
(44) „CrP-Informationsdienst" vom Dezember 1959.
(45) „Hamburger Echo" vom 4. Februar 1960.
(46) „Hamburger Echo" vom 20. Januar 1960.
(47) „Hamburger Echo" vom 2. November 1959.
(48) „Welt der Arbeit" vom 5. September 1952.
(49) „Süddeutsche Zeitung" vom 17. Oktober 1953.
(50) „Welt der Arbeit" vom 5. März 1954.
(51) „Vorwärts" vom 16. September 1955.
(52) „Hamburger Echo" vom 2. November 1959.
(53) Otto Braun „Von Weimar zu Hitler", Hammonia — Norddeutsche Verlagsanstalt Hamburg — 1949.
(54) Otto Braun „Von Weimar zu Hitler".
(55) „Stuttgarter Nachrichten" vom 20. Januar 1960.
(56) „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" vom 20. Januar 1960.
(57) „Frankfurter Rundschau" vom 2. Dezember 1959.

Für Abonnenten als kostenlose Beilage. Einzelpreis 0,50 DM

„Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 3/1960

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 3 Köln, 25. März 1960 **Preis DM 1,50**

Fünfter Jahrgang – Postverlagsort Köln – G 1800 E

Inhalt:

- *Dr. Archim von Borries, „Die Lage"* S. 213
- *Prof. D. Hans Joachim Iwand, „Die Lebensfrage von heute — der Frieden"* S. 220
- *Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, „Die veruntreute Freiheit"* S 223
- *Prof. Dr. Renate Riemeck, „Ein politischer Prozeß erschüttert die Demokratie"* S. 228
- *Major a. D. Hans-Moritz v. Frankenberg und Proschlitz, „Auf dem Wege zur totalen Mobilmachung"* S. 234
- *Dr. Erich Küchenhoff, „Staatsgefährdender Nachrichtendienst' und Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes"* S. 240
- *Johannes Weidenheim, „Schattensehen"* S. 253
- *Kurt Pritzkoleit, „Konzentration — Fiktion oder Wirklichkeit?"* S. 256
- *E. S. Sachs, „Der südafrikanische Boykott"* S. 261
- *Dr. jur. Elsa Hennings, „China — Stein des Anstoßes"* S. 268
- *Hans Andresen, „Der Nationalsozialismus in Schulbüchern"* S. 280
- *„Neutralisiertes Programm für die deutsche Einigung"* S. 288
- *„Akten sagen aus" (II)* S. 296
- *Dokumente zum Zeitgeschehen* S. 300

Dr. Achim von Borries

Die Lage

In anderer Stimmung als bei allen früheren Gelegenheiten dieser Art wird diesmal der Bundeskanzler von seiner USA-Reise nach Bonn zurückkehren. Denn die politischen Erfahrungen, die er diesmal in den Vereinigten Staaten hat machen müssen, waren andere als sonst, ungewohnt, wenn auch nicht eben überraschend. Offensichtlich ist sein verzweifelter Versuch gescheitert, durch nachhaltigen persönlichen Druck auf Präsident Eisenhower wenige Wochen vor der Gipfelkonferenz das Rad der Geschichte noch einmal auf den „Kalten Krieg" zurückzudrehen oder doch zumindest die fortschreitende weltpolitische Entspannung zu hemmen. Denn das und nichts anderes war das Ziel dieser Reise. Man begreift es und kann es sinnbildlich finden, daß Dr. Adenauer längere Zeit am Grabe John Forster Dulles', seines alten „Kriegs-Kameraden" aus den Jahren des „Kalten Krieges" verweilte; er mag an diesem Grabe wehmütig der Zeit nahezu absoluter weltpolitischer Eintracht zwischen Washington und Bonn gedacht haben, einer Zeit, in der die militärischen Rüstungen in Ost und West ins Riesige wuchsen und die weltpolitische Spannung zwischen beiden Machtblöcken immer grö-

ßer wurde. Das waren die Jahre der weltpolitischen Hochkonjunktur der Bundesrepublik — als des wichtigsten militärpolitischen Exponenten der amerikanischen Roll-back- und Containment-Politik in Europa! Dementsprechend wohlgelitten war Dr. Adenauer selbst, als der deutsche Repräsentant dieser Militärpolitik, dessen politisches Prestige in den USA sich kaum überschätzen ließ. Verglichen damit wirkt die Aufnahme, die der Kanzler diesmal in den USA fand, kühl und reserviert; und er selbst tat im Verlaufe seines Besuches wenig zu einer Erwärmung dieses politischen Klimas. Die formellen Ehrungen, die ihm auch auf dieser Reise in großer Zahl zuteil wurden (vor allem in Gestalt weiterer Ehrendoktorate!), galten nur mehr dem Manne, dem man immer noch Respekt und eine gewisse unbestimmte Bewunderung entgegenbringt, nicht mehr wie früher auch der Politik, die er mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit zu vertreten gekommen war. Von einer prinzipiellen Übereinstimmung zwischen Bonn und Washington war zwar auch diesmal wieder die Rede; in allen konkreten Fragen traten indes Meinungsverschiedenheiten zutage, die jene Einigkeitserklärungen recht platonisch erscheinen lassen. Dr. Adenauer hat den amerikanischen Präsidenten nicht zu einer Abschwächung seiner erklärten Kompromißbereitschaft in der Berlin-Frage bewegen können. Vielmehr ist er selbst dem Entspannungswillen Eisenhowers unmißverständlicher denn je konfrontiert worden. Und er hat zudem erkennen müssen, daß ein großer Teil der amerikanischen Öffentlichkeit in dieser Frage Eisenhower voll unterstützt, für die Adenauersche Obstruktions-Taktik aber kein Verständnis mehr aufbringt!

Das ist, jenseits aller absichtsvollen Bonner Interpretationen, das entscheidende Ergebnis der Gespräche in Washington. Es gibt einige Nuancen, die darauf schließen lassen, wie ernüchternd sie für den Bundeskanzler gewesen sind. Vor Antritt seiner Reise hatte Dr. Adenauer wiederholt mit Emphase jede Modifikation des heutigen Berlin-Status abgelehnt, mit der Begründung, jede Änderung dieses Status sei eine Änderung zum Schlechten, die die Freiheit und Sicherheit Westberlins gefährden müsse. Diese absolut intransigente Haltung der Bundesregierung in der Berlin-Frage wurde auch von den westdeutschen Bevollmächtigten bei den westlichen Vierer-Gesprächen auf diplomatischer Ebene vertreten, die der Ausarbeitung einer gemeinsamen westlichen Konzeption für die Gipfelkonferenz dienen sollen, ohne daß es dabei bisher zu einer Einigung gekommen ist. Bonn blieb schon hier ohne Erfolg. Über das Ausmaß der innerwestlichen Meinungsverschiedenheiten wußte ein namhafter deutscher Korrespondent in den USA, Dr. Hans Steinitz, zu berichten, diese Verhandlungen seien in einer „ausgesprochen deprimierenden Atmosphäre" vonstatten gegangen. Gleichzeitig wurde in den Wochen vor Dr. Adenauers USA-Reise von führenden Bonner Politikern die Berlin-Frage in der Öffentlichkeit unermüdlich dramatisiert, ohne daß von dieser Seite irgendein konkreter politischer Vorschlag gekommen wäre. Aber wenn diese Agitation zugunsten eines heute auch von den USA und Großbritannien als änderungsbedürftig anerkannten Status quo in der Bundesrepublik hier und da einmal mehr die Gemüter hat verwirren können: Regierung und öffentliche Meinung in Großbritannien und in den USA haben sich von ihr nicht beeindrucken lassen. Die Regierungen beider Staaten, die ja selbst in Berlin engagiert sind, waren und blieben entschlossen, mit der Sowjetunion über ein neues Berlin-Statut zu verhandeln, unter Wahrung ihrer eigenen Rechtsansprüche als Besatzungsmächte, mit dem Bemühen um eine unbedingte Sicherung der Freiheit Westberlins, aber auch unter Berücksichtigung der besonders exponierten Stellung Westberlins in jenem „Kalten Krieg", den man heute in Washington und in London durch verbindliche politische Absprachen mit der Sowjetunion Zug um Zug zu beenden wünscht. Soweit aus der anhaltenden west-

deutschen Polemik gegen diese Kompromißbereitschaft die Absicht sprach, durch ein Hochspielen des Berlin-Problems die westliche Entspannungspolitik zu diffamieren und zu torpedieren, ist sie im Westen in den Wochen vor Adenauers neuer USA-Reise unverhohlenem Unwillen begegnet. Das Kommunique aber, das nach dem Abschluß der Besprechungen zwischen Eisenhower und Adenauer veröffentlicht worden ist, zeigt nun, in welchem Maße der Kanzler sich zu einem Nachgeben im Grundsätzlichen gezwungen gesehen hat. Es heißt darin, „daß die Erhaltung der Freiheit der Bevölkerung von Westberlin und deren Rechte auf Selbstbestimmung Grundlage jedes künftigen Abkommens, das die Stadt betrifft, sein müssen." Das klingt anders, vorsichtiger, als jene früheren apodiktischen Auslassungen Dr. Adenauers, in denen jedes künftige Abkommen über Berlin als solches von vornherein abgelehnt worden war. Es muß in diesem Zusammenhang an eine von der unermüdlichen Bonner Propaganda immer wieder einfach unterschlagene Tatsache erinnert werden: die Sowjetregierung hat, welche Absicht immer man ihr unterstellen mag, in dem Berlin-Vorschlag vom November 1958, der der Ausgangspunkt der heutigen weltpolitischen Berlin-Diskussion ist, das Recht der Bevölkerung Westberlins auf Freiheit und Selbstbestimmung jedenfalls ausdrücklich anerkannt und ihm mit der Konzeption einer „Freien Stadt" Rechnung zu tragen versucht. Sie hat niemals gefordert, Westberlin müsse kommunistisch werden, sondern lediglich eine Entschärfung der weltpolitischen Spannungen an diesem neuralgischen Punkte verlangt, durch eine Befreiung Westberlins von den von ihr, der Sowjetunion, selbst als belastend empfundenen Hypotheken des Kalten Krieges! Und sie hat ihre Bereitschaft erklärt, auch über andere Vorschläge zur Lösung dieses Problems sowie über eine Garantie des Selbstbestimmungsrechtes Westberlins durch die Weltmächte oder sogar durch die UN zu verhandeln. Und zu solchen Verhandlungen sind die Westmächte, jedenfalls die USA und Großbritannien, bereit, weil ihnen heute die Lösung des Berlin-Problems als besonders wichtiger Modell-Fall der Entspannungspolitik gilt. In Washington hat nun der Kanzler zum ersten Male ihrer Kompromißbereitschaft auch verbal eine Konzession machen müssen!

Aber er ließ nichts unversucht! Nachdem es ihm nicht gelungen war, Präsident Eisenhower auf den Berliner Status quo festzulegen, improvisierte Dr. Adenauer vor dem National Press Club das Projekt einer „Volksabstimmung" in Westberlin — über die Aufrechterhaltung des von der amerikanischen Regierung selbst bereits als „anomal" bezeichneten Berliner Besatzungsstatuts. Dieser Vorschlag wurde von der amerikanischen Öffentlichkeit teils reserviert, teils ausgesprochen unfreundlich kommentiert, konnte man in ihm doch nur ein neues Bemühen sehen, eine befriedigende Lösung des Berlin-Problems durch die in Berlin engagierten Großmächte um jeden Preis zu verhindern. Die angesehene Washingtoner Post schrieb am 17. März in einem Leitartikel vorsichtig, aber doch bestimmt, selbst wenn man sich darin einig sei, daß die Freiheit Berlins nicht gefährdet werden dürfe, habe der Bundeskanzler „seiner Sache durch seine außerordentlich streitbare Rede am Mittwoch nicht unbedingt gedient". Diese Rede werde als Versuch ausgelegt, einen Druck auf die Vereinigten Staaten und die anderen westlichen Verbündeten auszuüben. In der Folge könnte Adenauer dafür getadelt werden, die vor der Gipfelkonferenz herrschende Ruhe gestört und dadurch die Aussichten auf eine Verständigung gefährdet zu haben.

Das Wiedervereinigungs-Problem

Der Besuch des Bundeskanzlers in den USA hatte jedoch noch einen vielerorts als sensationell empfundenen Ausklang. Am 19. März erklärte Dr. Adenauer in Los Angeles auf einer Pressekonferenz auf diesbezügliche Fragen der Journali-

sten, er wolle Gespräche zwischen Bonn und Ostberlin über die Wiedervereinigung „nicht gern für immer ausschließen", wenn er sie auch nicht für wahrscheinlich halte. Man hat in Bonn diese Äußerung sofort zu bagatellisieren versucht, die immerhin allem widerspricht, was man bisher aus dem Regierungslager zum Wiedervereinigungsproblem gehört hat, und darum diesen Kreisen etliche Verlegenheit bereitet. Es ist vorläufig kaum zu sagen, ob diese merkwürdige Formulierung bereits einen Sinneswandel des Bundeskanzlers andeutet, der psychologischen Vorbereitung der Öffentlichkeit auf eine gewisse Kursschwenkung dienen soll oder ob sie nur eine Art Verlegenheits-Auskunft gewesen ist. Bemerkenswert bleibt diese Äußerung auf jeden Fall, vor allem, weil Adenauer sie nach seinen Gesprächen mit Eisenhower, also doch wohl unter dem Eindruck dieser Gespräche, und weil er sie vor amerikanischen Journalisten getan hat. Und wenn in Bonn der stellvertretende Bundespressechef, Herr Krüger, ihre Tragweite ein für allemal durch die Erklärung glaubte abschwächen zu können, man müsse berücksichtigen, „in welcher Situation und aus welcher Atmosphäre heraus" der Kanzler so gesprochen habe, so hat er damit der Bundesregierung selbst kaum einen Dienst getan. Denn nimmt man Krüger beim Wort, so läßt die Formulierung des Bundeskanzlers in Los Angeles doch Schlüsse auf die „Situation" und „Atmosphäre" in den USA zu, die den von der Bonner Regierungspropaganda vertretenen Behauptungen hinsichtlich der amerikanischen Haltung in der Wiedervereinigungsfrage durchaus widersprechen. Offensichtlich sehen also weite Kreise zumindest der amerikanischen Öffentlichkeit in einem Agreement mit Pankow den einzigen Weg, den Bonn noch einschlagen kann, wenn es in der Wiedervereinigungsfrage noch etwas erreichen will! Hat der Kanzler in Los Angeles eine Konzession an sein journalistisches Publikum gemacht, um nicht abermals das Odium des unverbesserlichen Befürworters des „Kalten Krieges" auf sich nehmen zu müssen? Oder hat man gar in Washington Dr. Adenauer bedeutet, er möge endlich daran denken, sich um der Entspannung wie um der Wiedervereinigung willen in das Unvermeidliche, in Verhandlungen mit Pankow zu schikken?

Zweifellos muß der Bundeskanzler in Eisenhowers Bereitschaft, über ein neues Berlin-Statut zu verhandeln, einen schweren Schlag für seine gesamte Deutschland-Kozeption sehen. Und das hartnäckige Beharren der Bundesregierung auf diesen Status quo in Berlin entspringt denn auch vor allem der bitteren Gewißheit, daß bei jeder Neuregelung des Berlin-Status in irgendeiner Form auch die deutsche defacto-Zweistaatlichkeit zum Ausdruck kommen und politisch relevant werden wird! Denn bedroht ist durch diese nicht mehr aufzuhaltende Entwicklung nicht die Freiheit Westberlins, sondern der nationalpolitische Absolutheitsanspruch der Bundesregierung! Was hinsichtlich Berlin zu erwarten ist, dürfte der Bonner Korrespondent zahlreicher schweizerischer Zeitungen, Herr Schnetzer, am 25. Februar 1960 in den Luzerner Neuesten Nachrichten richtig prognostiziert haben: „Voraussichtlich wird es für Westberlin zu einer Interimslösung kommen, die formell die westlichen Rechte wahren, praktisch jedoch mit erheblichen Zugeständnissen an das unmittelbare Mitspracherecht der Pankower Regierung in bezug auf die Verkehrswege verbunden sein wird. Angesichts der schwachen Verhandlungsposition der (unter sich uneinigen) Westmächte, müßte man darin wohl sogar die maximal erreichbare Durchsetzung westlicher Vorstellungen sehen. Jedenfalls ist es ausgeschlossen, daß Adenauer mit seinem Ruf ‚alles soll beim alten bleiben' durchdringen wird." Die große Sorge Bonns aber ist es, daß — unvermeidlicherweise — hier Pankow ins Spiel kommt! Denn noch immer klammert man sich in der Bundeshauptstadt an das zur Absurdität gewordene Dogma „Es gibt nur einen deutschen Staat, die Bundesrepublik", und noch immer

ist die Aufrechterhaltung dieses politisch heute unsinnigen Absolutheitsanspruches das A und O der Bonner Politik. So fürchtet man den Tag, da ein neues Berlin-Statut diesen Anspruch auf nationaler wie auf internationaler Ebene abermals durchlöchern wird. Diese Furcht beruht auf der bitteren Gewißheit, daß man mit einer Unterstützung dieses Anspruches durch die Westmächte heute in der Praxis nicht mehr rechnen kann, und auf der Möglichkeit, daß er morgen von ihnen vielleicht auch formell desavouiert werden wird.

Wenn die Sowjetunion seit Jahr und Tag offiziell den Standpunkt vertritt, die deutsche Wiedervereinigung sei Sache der Deutschen selbst — und das kann heute nur heißen: der beiden faktisch in Deutschland existierenden Staaten! — so hat sich zwar nicht offiziell, wohl aber in der Praxis die westliche Haltung in der Wiedervereinigungsfrage dieser sowjetischen These mehr und mehr genähert. Ohne daß sie es aussprechen, sind die Westmächte längst nicht mehr bereit, der Wiedervereinigungskonzeption Bonns praktische Unterstützung zu leihen; diese Konzeption entstammt der Zeit des Kalten Krieges, und sie abermals zu unterstützen würde heißen, die Entspannung ernstlich zu gefährden. Der gesamtdeutsche Anspruch Bonns war seinerzeit ein Element der westlichen Politik des Kalten Krieges. Diese weltpolitische Konstellation ist endgültig vorbei. Und man wird in Bonn endlich die Konsequenzen daraus ziehen müssen. Freilich bedeutet diese neue Situation der Bundesrepublik das völlige Fiasko der Bonner Wiedervereinigungspolitik, die in der vermeintlichen Permanenz des Kalten Krieges ihre sichere Grundlage, in der neuen westdeutschen Nato-Armee ihr Machtinstrument haben sollte. Alle Bedenken gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik sind von der Bundesregierung nicht zuletzt immer wieder durch die Behauptung beschwichtigt worden, man habe damit die unschätzbare Unterstützung der Bonner Wiedervereinigungskonzeption (Liquidation der DDR durch „Freie Wahlen" und Ablehnung jeder Diskussion über eine militärpolitische Neutralisierung Gesamtdeutschlands!) durch die Westmächte erkauft.

Jahrelang hat die Bundesrepublik nicht mehr Außenpolitik getrieben, sondern nur noch — gerüstet! Und sie hat dabei in der Illusion gelebt, die Zeit werde für sie arbeiten. In Wahrheit aber hat die Zeit gegen Bonn gearbeitet. Dem Westen geht es heute in Deutschland nicht um die Wiedervereinigung, sondern um die Entspannung. Er ist durchaus bereit, um dieser willen sich in irgendeiner verklausulierten Form mit dem Faktum der deutschen Zwei-Staatlichkeit abzufinden, die Lösung des Problems Wiedervereinigung-in-Etappen ganz den Deutschen zu überlassen. *Er sieht sich dabei heute einem Ostdeutschland gegenüber, das er nicht* mehr, wie früher, einfach der Bundesregierung zuliebe politisch übergehen kann. Die außenpolitische Konsolidierung der DDR macht von Monat zu Monat neue Fortschritte (siehe den Fall Guinea!). Und auch die innenpolitische ist nicht mehr zu übersehen, man mag sich in Bonn vormachen, was man will. So rückt der Augenblick immer näher, wo die Bundesrepublik — jeder internationalen Unterstützung ihres utopischen Wiedervereinigungsanspruches beraubt — vor der Alternative steht: deutsche Koexistenz oder deutscher Bürgerkrieg! Verhandeln oder schießen! Der Augenblick, in dem es etwas Drittes nicht mehr gibt. Seit 1948 mußte es klar sein (und Grundlage jeder deutschen Wiedervereinigungs-Politik von der Bundesrepublik aus), daß eine Wiedervereinigung Deutschlands überhaupt nur bei sorgfältigster Abwägung der überaus komplizierten internationalen Verhältnisse, nur bei besonnenster und vertrauenswürdigster Berücksichtigung der mannigfachen Sicherheitsinteressen aller Nachbarn Deutschlands, vor allem aber der Sowjetunion, möglich sein werde. Über solche Erwägungen hat die Bundesregierung sich seit 1950 bedenkenlos hinweggesetzt. Sie ist den Weg einer verhängnisvollen außenpolitischen „terrible simplification" gegangen mit einem eindeutigen

Ergebnis. Leichtfertig und überheblich, in völliger Verkennung ihrer politischen wie ihrer moralischen Situation, hat sie es in diesem Jahrzehnt mutwillig unterlassen, in der Wiedervereinigungsfrage einen Kompromiß mit der Sowjetunion zu suchen: so wird sie denn n u n einen Kompromiß mit der inzwischen in jeder Hinsicht erstarkten DDR suchen m ü s s e n, wenn sie nicht eine ungeheure Katastrophe über Deutschland und ganz Europa heraufbeschwören will!

D i e n e u e A u f g a b e

Die Bundesrepublik steht heute vor der geschichtlichen Aufgabe einer langfristigen friedlichen Koexistenz mit dem anderen deutschen Teilstaat. Nur im Rahmen einer solchen wird eine Wiedervereinigung-in-Etappen, der eine Wiederannäherung-in-Etappen vorausgehen muß, möglich sein. Eine andere Lösung des Deutschland-Problems gibt es nicht mehr. Dies ist die einzige nationalpolitische Chance der Deutschen in beiden deutschen Staaten.

Es ist ungeheuer bedrückend, daß die Bundesrepublik völlig unvorbereitet auf d i e s e Friedens-Aufgabe in die Zukunft geht! So wie man sich in Bonn noch immer hartnäckig der Entspannungspolitik der Großmächte widersetzt — die mit dem Beginn der neuen Abrüstungskonferenz in Genf im März in ein neues Stadium getreten ist — und mit einem auch den Westen immer mehr beunruhigenden Eifer die Aufrüstung fortsetzt[1]), so versucht man auch nach wie vor, einer Entspannung im nationalen Rahmen auszuweichen. Die Bundesrepublik ist — nach einem Jahrzehnt eines hysterisch-irrationalistischen, maßlosen Antikommunismus als einziger politischer Erziehung der Bevölkerung! — psychologisch und politisch auf eine solche deutsche Koexistenz nicht vorbereitet, die Bundesregierung zu ihr nicht bereit! Indessen schreitet in Westdeutschland die Desillusionierung rasch fort, sowohl hinsichtlich der eigenen internationalen Abwertung, wie auch hinsichtlich der Position der DDR. Auf der einen Seite wächst dumpfe Resignation. Es besteht aber unter den verhängnisvollen politisch-psychologischen Voraussetzungen der Bundesrepublik die Gefahr, daß auf der anderen Seite gewisse Kreise, machtbesessen und von einem fanatischen Antikommunismus getrieben, ein bürgerkriegsartiges Abenteuer einem politischen Kompromiß vorziehen und die ganze Nation in ein solches Abenteuer stürzen.

Man hört aus Bonn immer wieder, man wolle jetzt erst einmal wieder „Zeit gewinnen"! Zeit — wofür? Die politische Situation Bonns, und zwar im internationalen wie im nationalen Rahmen, wird sich „mit der Zeit" nicht bessern, sondern nur weiter verschlechtern, wenn man sich einfach auf die Zeit verläßt. Oder will man Zeit nur für eine weitere Fortsetzung der Aufrüstung? Und was will man mit dieser? Doch noch eines Tages dem nationalpolitischen Absolutheitsanspruch Geltung verschaffen, den man auf politischem Wege nicht mehr durchsetzen kann? Mit der stillen, ungeheuer trügerischen Hoffnung etwa, die Russen würden schon nicht eingreifen, weil sie ja keinen Weltkrieg wünschen? Niemand

---

[1]) Die Spanien-Affäre Ende Februar war hinsichtlich des expansiven Charakters der Bonner Militärpolitik weniger überraschend als alarmierend und ist so auch im Westen verstanden worden. Sie hat die Konsequenzen der westdeutschen Aufrüstung-um-jeden-Preis ebenso wie das Liebäugeln mit einer gewissen — vorläufig „gewissen"! — Emanzipation von der Nato (unter dem Vorwand der Erfüllung der Nato-Pflichten!) und auch die Bedenkenlosigkeit erkennen lassen, mit der man in Bonn mit dem faschistischen Spanien sympathisiert! Es heißt den symptomatischen Charakter dieser Affäre bagatellisieren, wenn man sie nur auf „Ungeschicklichkeiten" zurückführt. Der Rheinische Merkur war am 4. März offenherzig: „Wir brauchen Freunde, die uns verstehen und uns helfen wollen. Diese Krise hat sehr eindrucksvoll gezeigt, wo solche zu finden sind. Auch wenn es manchen nicht paßt: in Paris und Madrid zum Beispiel."

in der westdeutschen Öffentlichkeit kennt das Wiedervereinigungskonzept Adenauers und der Männer, die nach seinem Tode versuchen werden, in der Bundesrepublik ihre Macht auch ohne Adenauer zu behaupten und womöglich noch auszuweiten. Niemand kennt ihre geheimen Pläne, niemand auch nur ihre geheimen Gedanken. Sie selbst schweigen, forcieren die Rüstung und den Antikommunismus. Und wenn sie reden, dann reden sie von „Befreiung", vom notwendigen „Opfer" . . . Grund genug für alle Verantwortungsbewußten, mißtrauisch zu sein und nach Vernunft zu rufen! Alles, was man in diesen Monaten aus Bonn vernimmt, macht solches Mißtrauen geradezu zur nationalen Pflicht!

Fürchten etwa gewisse heute in der Bundesrepublik herrschende Kreise einen friedlichen Wettbewerb mit dem anderen deutschen Teilstaat? Haben sie im stillen Angst vor dem offenen Konkurrenzkampf mit dem Gesellschaftssystem der DDR, das sich zweifellos weiter entwickelt und seine höchste Leistungsfähigkeit noch nicht erreicht hat? Fühlen sie sich ihm im Grund nicht gewachsen? Und sind sie d a r u m — um die eigene Position zu retten! — ohne schon jetzt offen davon zu sprechen, zum „Äußersten" bereit? Wenn dem so wäre, dann müßte rechtzeitig verhindert werden, daß diese Kreise die ganze Nation in den Untergang hineinreißen. Und das könnte nur verhindert werden durch ihre Entmachtung, dadurch, daß man ihnen die ungeheuer gefährlichen militärischen Machtinstrumente ein für allemal aus der Hand schlägt, an die sie sich klammern und deren Besitz ihnen den Verstand zu rauben scheint! Und zum anderen nur durch den konsequenten demokratischen Ausbau der Bundesrepublik zu einem wirtschaftlich, sozialpolitisch, gesellschaftlich und in jeder anderen Hinsicht auch auf lange Sicht wirklich konkurrenz- und darum koexistenzfähigen Staate! Einem Staate ohne die ungeheure politische und moralische Hypothek der hemmungslosen Restauration — einem Staate ohne die Korrumpierung der politischen Gesittung durch grenzenlosen Gesinnungsopportunismus — einem Staate ohne großkapitalistische Wucherungen — einem Staate ohne die nahezu völlige Vernachlässigung des gesamten Bildungswesens — einem Staate ohne die in Bonn selbstverständlich gewordene Herabwürdigung des Staatsbürgers zum gehorsamen Untertan einer atomar bewaffneten Kanzler-„Demokratie"! Wenn der unerbittliche Zwang zur Wettbewerbsfähigkeit, zur deutschen Koexistenz die Bürger der Bundesrepublik endlich aus ihrem politischen Halbschlaf, aus ihrer Lethargie und ihrem Fatalismus erwachen läßt, wenn er zum Anstoß wird für eine gründliche politische und vor allem sittliche Reform dieses Staatswesens, zu einer sinnvollen, vernünftigen wirtschaftspolitischen Planung — dann wird es ein heilsamer Zwang sein! Die Atomwaffen helfen der Bundesrepublik nicht mehr! Wenn dieser Staat endlich sich auf seine internationalen und seine nationalen Friedensaufgaben besinnt, hat er die Zukunft nicht zu fürchten, die im Zeichen des friedlichen Wettbewerbs stehen wird. Zu diesem Wettbewerb ist er herausgefordert. Um ihn kommt er nicht mehr herum — es sei denn um den Preis des gemeinsamen Unterganges!

Prof. D. Hans Joachim Iwand

Die Lebensfrage von heute — der Frieden

Das Folgende ist eine kurze Ansprache, die ich am 20. März durch den Deutschlandsender gehalten habe. Es ist ein Versuch, eine Sprache zu sprechen, die hier und drüben verstanden wird. Wir dürfen das Suchen nach den Gemeinsamkeiten nicht den Sportlern und den Wirtschaftsführern (siehe Leipziger Messe, „Welt" vom 8. 3.) überlassen. Es genügt auch nicht, daß wir uns damit trösten, daß der Satz des Pythagoras in Rom, New York, Warschau und Peking noch derselbe ist. Das gemeinsame Fundament der einzig und allein rettenden Koexistenz in dieser zweigeteilten, damit unnatürlich zerrissenen Welt muß ein ethisches sein und dieses wiederum wird von der gemeinsamen Aufgabe des Friedens seine Entfaltung nehmen müssen. Die Aufgabe des Friedens ist heute eine andere als zuvor. Das macht die Rede des Ministerpräsidenten Chrustschow vor der UNO deutlich. Ich wünschte, es käme bei uns — den Theologen, Philosophen, Moralisten und last not least, bei den Bürgern mit dem gesunden Menschenverstand einmal zu einer gründlichen Diskussion über Recht- und Zweckmäßigkeit der Forderung einer allgemeinen Abrüstung. Für die, die an die Möglichkeit des Friedens glauben, ist der Weg nicht schwer und nicht weit, für die, die nicht an den Frieden mit der anders ausgerichteten Welt im Osten glauben, ist er eine Ewigkeit ferne. Das ist das unheimliche Ringen dieser Tage. Vielleicht hat es seit langen Zeiten eine so bedeutsame Wende in der Geschichte des ganzen Menschengeschlechts kaum gegeben, wie die, in der wir augenblicklich stehen.
Der Verfasser

Nicht viele Menschen werden während des letzten Krieges geahnt haben, welche ungeheuren Wandlungen dieser Krieg in den Lebensverhältnissen der ganzen Welt wie auch in unserem Denken hervorbringen würde. Das ist heute noch so. Wir sitzen noch in dem Gehäuse unserer alten Vorstellungen, vor allem verteidigen wir das herkömmliche Vorurteil, daß die Welt ohne Krieg nicht denkbar sei. Wir sind begrenzt in unserer Phantasie und können nicht glauben, daß es einmal ein Zusammenleben der Völker geben sollte, ohne daß ein Volk oder eine Macht auf die Vernichtung und Ausrottung der anderen sinnt. Seltsamerweise ist das aber heute unsere einzige Alternative. Wir müssen diesen allgemeinen Völkerfrieden anstrebten, wenn wir leben sollen, und darum war der Vortrag, den der Ministerpräsident der UdSSR am 18. September 1959 auf der Generalversammlung der UNO gehalten hat, geistig und geschichtlich gesehen, eines der bedeutsamsten Ereignisse, die wir seit der Beendigung des letzten Krieges und der doch nicht immer glücklichen Nachkriegspolitik erlebt haben. Ich bedaure, daß eine solche Rede nicht in einer ganz anderen Weise, aufmerksamer, offener, mit konkreter Kritik, aber auch konkreter Zustimmung zum Gegenstand einer allgemeinen Erörterung gemacht worden ist. Man kann diese Rede nur schwer gedruckt erhalten. Ich mußte sie mir in einigen Exemplaren aus Wien kommen lassen, um sie genau zu lesen und auch einigen Freunden weiterzugeben.

Aber wenn ich damit etwas Kritisches gegen die hierzulande übliche Mentalität sage, so muß ich doch zugleich etwas Positives anfügen. Man kann, wenn man will, diese wichtigen Dokumente zu Gesicht bekommen, und man gilt nicht als Staatsfeind, wenn man es tut. Es liegt an uns und unserer geistigen Regsamkeit, uns die Kenntnisse zu verschaffen, die nötig sind, wenn wir aufmerksam die Zeichen der Zeit verfolgen wollen. Das aber müßte an allen Stätten politischer Arbeit und geistiger Erziehung geschehen. Denn anders als früher betrifft der Frieden, das Gewinnen des Friedens, heute jedermann. Alles, was wir nach diesem hoffentlich letzten Kriege geschaffen haben, was wir aus den Ruinen aufbauten, Arbeit und wirtschaftliche Sicherheit, der ganze Hochstand unserer Zivilisation ist nicht nur bedroht, er ist sinnlos, er ist nicht mehr Fundament für die künftige

Entwicklung der Menschheit, sondern nur noch ein flüchtiger, verantwortungsloser Lebensgenuß für den Tag, er ist ohne jede tiefere Bedeutung, wenn wir den Frieden nicht gewinnen und dieses Ziel als ethische Aufgabe nicht allem anderen Aufbau voranstellen. Es geht nicht an, sich wieder mit einem Waffenstillstand zu begnügen, wie wir das zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg getan haben. Denn der jetzige Waffenstillstand wäre ein ständiges Hängen über dem schrecklichsten Abgrund, der sich je vor der Menschheit aufgetan hat. Jeder Einsichtige weiß, daß nicht der böse Wille, sondern schon das Versagen eines einzelnen, auf den es bei der Auslösung des Verfahrens ankommt, oder sogar eines Apparates — es hat schon einmal so etwas gegeben — genügt, um den Untergang der Völker, die in atomar gerüsteten Räumen leben, auszulösen. Ich will noch etwas hinzusetzen, was vielleicht sehr gewagt ist und bei dem optimistischen Charakter, der leider unsere Öffentlichkeit weiterhin beherrscht, kaum aufgenommen werden wird. Ich glaube, daß die Katastrophe dieses Teiles der Menschheit unweigerlich kommt. Sie kommt mit Sicherheit, wenn es so weitergeht. Die Lage ist zu ernst, als daß wir mit einem bloßen: So schlimm wird es ja nicht werden! auskommen. Vor allem sollten dort keine atomaren Waffen gelagert oder gar produziert werden, wo schwere politische und gesellschaftliche Spannungen vorhanden sind, unter gar keinen Umständen in unserem mitteleuropäischen Raum. Hier sind die Folgewirkungen der unermeßlichen Leiden und Grausamkeiten des letzten Krieges und der ihm vorangegangenen Naziherrschaft noch längst nicht behoben. Wenn wir hier nicht möglichst alle Waffen und Gewaltmittel anderer Art ausschalten, wird diese schwere Krankheit, an der heute die Völker in der Mitte Europas leiden, nie überwunden werden. Die Wunden werden immer aufs neue aufbrechen, weil der Gegensatz der Menschen untereinander in dem Augenblick, wo die Menschlichkeit, die Vergebung und die Zeit ihn heilen möchten, durch die Aussicht auf Revanche und Abrechnung mit allen Mitteln am Leben erhalten wird. Denn um die Rüstungen in diesem Raum zu steigern, müssen Angst voreinander und Haß gegeneinander ständig neu angefacht werden, wie wenn man mit einem Blasebalg die verglimmende Kohle neu in Glut bringt.

Wir sollten wenigstens wissen, was wir tun. Ich bin der Meinung, daß Kirchen und Universitäten hier vorangehen sollten. Über die politischen Parteien will ich nichts sagen, da ich keiner von ihnen angehöre. Ich wäre glücklich, wenn auch dort jene von mir erwähnte Rede zum Gegenstand einer Erörterung oder gar eines gesamtdeutschen Gespräches gemacht würde. In England hat ein Erzbischof die Gelegenheit wahrgenommen und diese Rede als etwas Erstaunliches und Positives gepriesen. Bei uns sind wir durch die lokalen Konflikte und die Hinterlassenschaften des Krieges gehindert, ein ähnliches Wort von den älteren Kirchenführern zu vernehmen. Gleichwohl aber ist die jüngere Mannschaft der Theologen, Pfarrer und Studenten hellwach und zuweilen den Berufspolitikern aller Schattierungen ziemlich voraus. Das gilt von der ganzen jüngeren Generation weithin und weit, weit über Deutschland hinaus. Der Ernst, mit dem hier der Friede gewollt und ersehnt wird, ist weit größer als 1918.

Im Blick auf diese unübersehbare Wandlung in der psychologischen Situation der europäischen Jugend tritt neben jene gräßliche Aussicht einer Totalkatastrophe eine zwar leise, aber innige und leidenschaftliche, wenn auch wiederum bange Hoffnung. Es gibt im Blick auf den Krieg ein Erwachen unter den Menschen. Noch ringen Licht und Finsternis, noch ringt ein menschenmörderischer Skeptizismus mit einem Glauben an neue Wege und befreiende Taten. Noch weiß man nicht, wer in diesem Ringen um Krieg und Frieden die Oberhand behalten wird. Das Schlimmste ist: Der Krieg hat das Leben der meisten Nationen jahr-

zehntelang bestimmt, er ist uns fast zur Gewohnheit geworden. Manche meinen immer noch, er sei ein guter Erzieher. Den wahren Frieden und sein wohltätiges Ethos, seine Bedeutung für Kunst und Wissenschaft kennt unsere Generation nicht mehr. Was wir heute Frieden nennen, ist nicht überzeugend, nicht bis in die Tiefe unserer menschlichen Beziehungen als solcher fundiert. So erleben wir zur Zeit den aufregenden Versuch, der unsere ganze Welt in Atem hält, das Gestern des Krieges los zu werden und das Morgen des Friedens zu gewinnen. Solch ein Ringen ist das Wesen jeder echten Krise. Auch vor den beiden letzten Kriegen war es nicht anders. Auf der einen Seite stehen die sogenannten Realisten, die aber mit dem Wort Realismus Schindluder treiben, denn es sind die Herzlosen, die Grausamen, die schlechthin Hoffnungslosen unter den Menschen, und auf der anderen Seite die, welche der Schrecken des Krieges im tiefsten getroffen hat mit seinen Leiden und Verwüstungen im Bereiche des menschlichen Ethos. Sie haben dem Kriege den Krieg erklärt. Sie strecken sich nach vorn, ihnen schwebt ein Bild der Zukunft vor, das nicht aus den Stoffen von gestern gewebt ist. Die Überwindung des Krieges ist in der Tat die Lebensfrage der Menschheit von heute geworden. Unser Hochstand von Wissenschaft und Technik macht diese Aufgabe unausweichlich. Menschen, die das begriffen haben, gibt es heute überall. Der Wille dazu ist da, in einem Ausmaß, das zu bester Hoffnung berechtigt. Es fragt sich nur, ob es gelingt, dieses Hoffen und Wollen politisch so zum Einsatz zu bringen, daß es gelingt, auch das Ansehen in dem Sinne dessen zu gestalten, was uns im Innersten bewegt.

Die erste Bedingung dafür ist: Wir müssen aktiv sein und dürfen nicht dem gefährlichen Wahn verfallen, der Friede unter den Menschen gleiche einem Naturprozeß, der komme, wie der Frühling kommt. Nein, dieser rettende Akt angesichts der größten Gefahr, die die Menschheit in historisch überlieferter Zeit je vor sich gesehen hat, kommt heute durch die Menschen selbst. Wir müssen wach sein und müssen wissen, wozu wir Ja und wozu wir Nein sagen. Wir sollten angesichts dieser Gefahren alles das unterlassen in unseren Wünschen, Reden und Handlungen, was sie vergrößert, und alles das tun und wagen, was uns dem Tage näherbringt, da die Menschheit auf den Krieg zurücksehen kann wie wir heute auf die einstmals übliche Blutrache. Die Epoche in der Völkergeschichte, welche die moderne Technik heraufgeführt hat, verlangt nach einem ihr gemäßen ethischen Bewußtsein. Wenn der Ausgleich von Ethos und Technik erreicht sein wird, dann wird der Friede da sein. Immerhin will es mir so scheinen, als ob die beiden Riesen unter den Weltmächten von heute, die USA und die UdSSR, uns voraus wären und unbekümmerter, unverdorbener, freier von alten Hemmungen daran gingen, sich über dieser gefährdeten Welt die Hand zu reichen, damit wir den Übergangszustand, in dem sich heute alles befindet, ohne eine für Jahrhunderte nicht wieder gut zu machende Katastrophe hinter uns bringen. Insofern ist hier ein Gegengewicht spürbar geworden, das unserem begründeten Pessimismus einen gleichfalls begründeten Optimismus entgegensetzt. Wenn die Boote im Sturm sich neigen, muß die Besatzung auf die richtige Seite treten, damit sie nicht umkippen. Treten wir alle auf die richtige Seite unserer kleinen Boote, in denen wir auf dem wogenden Meere des Weltgeschehens einhertreiben, damit es in diesem kritischen Augenblick kein Kentern gibt.

Prof. Dr. jur. Helmut Ridder

Die veruntreute Freiheit

„Ich glaube wirklich, daß diese Debatte ihren Eindruck nicht verfehlen wird." Mit dieser Verbindung von Bekenntnis und treffender Vorausschau schloß am 10. Februar 1960 Vizepräsident Dr. Preusker im Plenum des Deutschen Bundestages den Austausch von nationalen Kernsprüchen, leicht abgenutzten Klassikerzitaten und Beteuerungen zieleinheitlichen Wollens aus Anlaß einer „Großen" Anfrage der FDP-Fraktion in Sachen der Deutschen Einheit. Welchen Eindruck konnte dieses bescheidene Spectaculum am Beginn des zweiten Lebensjahrzehnts der Bundesrepublik Deutschland hinterlassen? Doch wohl nur den längst vorhandenen vertiefen, daß Politik schlechthin hierzulande nur noch ein Rinnsal ist, das sich seinen Lauf zwischen wachsenden Blöcken von Tabuierungen immer mühsamer suchen muß, um früher oder später völlig zu versiegen.

Politik, Innen- wie Außenpolitik, lebte in der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie einst aus dem vollen Pluralismus des Rivalisierens und Konkurrierens furchtlos ausgesprochener Konzeptionen, von denen eine oder allenfalls ein Kompromiß einiger den einzigen Vorrang hatte, kraft legitimierender demokratischer Mehrheitsentscheidung für eine begrenzte Zeit die Möglichkeit der Verwirklichung zu erhalten, über deren Wert oder Unwert aber keine Instanz verbindlich entscheiden konnte. Es ist gewiß richtig, daß dieses grandiose System politischer Freiheit dem die Jahrhunderte überblickenden Auge des Historikers nicht als Regel, sondern als außergewöhnliche, späte und sublime Frucht des opferreichen Ringens zwischen Herrschern und Beherrschten erscheinen muß, nur da und nur dann möglich — freilich noch längst nicht gesichert —, wo bzw. wenn durch Demokratisierung des Staates der dialektische Prozeß der Identifizierung von Herrschern und Beherrschten eingesetzt hat. Es ist ebenso richtig, daß im industriellen Zeitalter der Zirkel oder besser die Spirale von Arbeitsteilung, „Selbstentfremdung", wachsender öffentlicher Wohlfahrtsverwaltung und Bürokratisierung schwer vermeidbare Oligarchisierungseffekte hervorbringt und schon die Belastung des wichtigsten der kontrollierenden Verfassungsorgane, des Parlaments, mit routinemäßigen materiellen Verwaltungsaufgaben den Gewährleistungen politischer Freiheit im Gefüge der staatlichen Institutionen Abbruch tun muß. Um so wichtiger muß es sein, durch Ausschöpfung aller verfassungsmäßigen Möglichkeiten die Kräfte zu stärken und zu mobilisieren, die einer autokratischen Willensbildung im Staat, der seinerseits zum Werkzeug anonymer Verbandsmacht herabgewürdigt zu werden droht, in voller demokratischer Öffentlichkeit kritisierend, kontrollierend und balancierend entgegenwirken können.

Es zeugt von der beklagenswerten Dürftigkeit deutscher demokratischer Tradition, dem erschreckenden Mangel an staatsbürgerlicher Bildung und Gesinnung, der formalen Einseitigkeit der Rechtserziehung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes und dem Fortwirken des aus liberalistischem Positivismus und Obrigkeitsstaat kumulierten politischen Überhangs, daß vielfach zwar den rechtsstaatlichen Ausgrenzungen der privaten Freiheits- und Vermögenssphäre aus dem staatlichen Zugriffsbereich jede Reverenz erwiesen, die Behauptung des Bereichs gesellschaftlich-öffentlicher politischer Freiheit gegenüber staatlichem oder regierungsparteilichem Dirigismus hingegen als verdammenswerte Beraubung der staatlichen Autorität oder als Betätigung nichtsnutzigen Intellektualismus verurteilt wird. Dabei tut die Katastrophe des Jahres 1933 in aller wünschenswerten Deutlichkeit dar, wie eine wurzeltief zerstörte Demokratie bei völlig intakter

Rechtsstaatlichkeit leichte Beute eines faschistischen Regiments wird. Die englische Demokratie leitet ihre vergleichsweise geringe Anfälligkeit unzweifelhaft daraus hervor, daß sie den politischen Meinungspluralismus und die unbehinderte Oppositionsbildung im parlamentarischen wie im gesellschaftlichen Raum wirklich nur in der äußersten und jedermann als objektiv gegeben einsichtigen Gefährdung der ganzen Nation, nämlich im Kriegsfall und nur für diesen und keinen Tag länger, zugunsten einer integrierenden Koalierung aller politischen Kräfte preisgibt. In der Bundesrepublik Deutschland, die ausweislich ihres Grundgesetzes jedenfalls für sich selbst jegliche Handlung pönalisiert, „die geeignet (ist) und in der Absicht vorgenommen (wird), das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören" (Art. 26), ist unter dem Gifthauch des Kalten Krieges nahezu seit ihrer Geburt nach innen wie nach außen „die Lage ernst", wenn nicht „außerordentlich gefährlich und kritisch" (das etwa, wenn der Auftakt zu Wahlkämpfen irgendwelcher Art gegeben ist). Was kann aus einer außenpolitischen Parlamentsdebatte werden, wenn schon der erste Sprecher der „Opposition", des verständnisinnigen Beifalls aller vom „nationalen" Geschichtsbild Geformten und der Ideologie angeblicher Entideologisierung (genannt „Versachlichung") Verfallenen sicher, Uneinigkeit in wichtigen außenpolitischen Fragen — in einer freiheitlichen Demokratie doch wohl das Natürlichste von der Welt und auch bei anderen wichtigen Fragen oft um so stärker, je wichtiger der Gegenstand ist und je verantwortungsbewußter die politischen Konzeptionen eingesetzt werden — bereits für ein nationales Unglück erachtet? Damit entschwindet die Fähigkeit, „dran seiende" Konzeptionen als ablösbare Alternativen zu betrachten, die bei uns freilich unter dem Traditionsdruck von „Weltanschauungs"-Parteien ohnehin niemals sonderlich goutiert worden ist. Wirkliche Opposition, lebensnotwendig für die freiheitliche Demokratie, die nur aus dem starken Sammelbecken politischer Parteien heraus sich heute noch Beachtung verschaffen kann, wandert ab zu ohnmächtigen Gruppen, Grüppchen und Konventikeln, gerät in die durch Lächerlichkeit tötende Nachbarschaft von Narren und anderen Armen am Geiste, vergeht als Quijoterie oder Kohlhaaserei minderen Zuschnitts ohne Echo oder schlägt allenfalls als verallgemeinernd und ohne persönliche Bezugnahmen an den Zeitläuften im Pressefeuilleton — „unterm Strich" — geübte Kritik noch einmal leicht an die Oberfläche (man darf nach den derzeitigen ungeschriebenen Tabuierungsregeln in der Haltung der Salons, die einen Rousseau zu ihren Gästen zählen durften, z. B. Brecht oder Reinhold Schneider in guter Gesellschaft durchaus lesen, hören, sehen und diskutieren und glaubt, wenn man nur die eigene Schizophrenie jenen andichtet, selbst von ihr befreit zu werden). Opposition verschwimmt zum Hochverrat. Damit ist, noch bevor das angekündigte Gesetz über den Ausnahmezustand da ist und das „Herrn Schäffers Maßschneiderei " (E. Dombrowski) entstammende, in weit mehr als 90 % aller Anwendungsfälle die freie Presse treffende Gesetz über den Persönlichkeitsschutz (der politischen Prominenz) seine Werkstatt verlassen hat, der Ausnahmezustand als Psychose faktisch bereits Dauererscheinung geworden. Man erinnert sich des treffenden Worts eines der bedeutendsten und geistvollsten Zerstörer der freiheitlichen Demokratie, des Staatsrechtslehrers Carl Schmitt, der den Inhaber der Waffe des Ausnahmerechts, das er natürlich nicht als ein Mittel zur Wiederherstellung verletzter Freiheit betrachtete, als den wahren Meister der politischen Lage bezeichnet hat, und stellt mit Staunen fest, daß das Opfer der Waffe entgegenlechzt.

Nun könnte es freilich sein, daß das Grundgesetz der hier nur mit wenigen Akzenten angedeuteten Fehlentwicklung der politischen Wirklichkeit den Weg gewiesen hat. Wenn dem so wäre, so dürfte aus verfassungsloyaler Haltung

heraus auf nichts anderes als auf schleunigste Verfassungsrevision gesonnen werden. Aber dem ist nicht so!

Wohl hat das peinlich um Sekurität bemühte Grundgesetz z. B. manche Institutionen der Weimarer Reichsverfassung abgebaut, die es der politischen Gesellschaft ermöglichten, sich außer in periodischen Wahlen auch durch plebiszitäre Akte rechtsverbindlich in die Kontrolle und die Förderung des Ablaufs der Betätigung staatlicher Gewalt einzuschalten. Der Parlamentarische Rat ist nicht nur der innenpolitischen Legende von der zwangsläufig demagogisierenden Wirkung der plebiszitären Einrichtungen und des Verhältniswahlrechts in der „Massendemokratie" erlegen (die politische und die historische Wissenschaft sind in der Lage, einen exakten Nachweis dafür zu erbringen, daß ein Persönlichkeits- und Mehrheitswahlrecht die Weimarer Republik schon in den ersten Jahren ihrer Existenz an den Rand einer tödlichen Krise geführt hätten, daß die Versuche, mit Hilfe des Referendums zu demagogisieren, alle gescheitert sind und daß auf der andern Seite die zwar in plebiszitären Formen, der Sache nach aber als notorische Persönlichkeitswahl getroffene Entscheidung, die den „greisen Feldmarschall" als „zeitlos Deutschen" an die Spitze des Staates und an den Schalthebel politischer Machtausübung berief, eine der Hauptursachen für den Niedergang und den Zusammenbruch der ersten staatlichen Demokratie Deutschlands gewesen ist). Der Grundgesetzgeber hat auch mit dem „konstruktiven Mißtrauensvotum" und mit den zum „Kanzlersystem" gehörenden Einrichtungen Faktoren geschaffen, die nicht nur der Regierungsstabilisierung dienen, sondern in verhängnisvoller Weise auch den im modernen Verwaltungsstaat ohnehin gegebenen Trend potenzieren müssen, der das Verhältnis von Parlament und Regierung auf den Kopf stellt, der das von den Nöten der Verwaltungsgesetzgebung geplagte Parlament dem „Fachverstand" der Gesetzgebungsministerien ausliefert und damit seinen politischen Entscheidungsspielraum einengt, es zum Gesetzgebungsausschuß der Regierung anstatt zu ihrem Kontrollorgan macht.

Dennoch bietet das Grundgesetz nicht nur hinreichende Möglichkeiten, solchen Verengungen und Uniformierungen entgegenzuwirken, es hat vor allem auch unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, daß es eine freiheitliche demokratische Grundordnung voraussetzt und — soweit sie nicht vorhanden sein sollte — geradezu gebietet. Und diese freiheitliche demokratische Grundordnung wird zum geringeren Teil durch verfassungsorganisatorische Bestimmungen, zum größeren als eine Verhältnisordnung von Staat und Gesellschaft durch staatsbürgerliche Grundrechte abgestützt. Auf beiden Gebieten fehlt es aber offenbar an dem Willen, praktische Konsequenzen zu ziehen.

Im staatsorganisatorischen Bereich etwa werden die spezifischen Minoritätenschutzrechte nicht benutzt. Angesichts des Obsoletwerdens des freiwilligen Ministerrücktritts — man scheint ihn für verboten zu halten, da das Grundgesetz ihn nicht erwähnt — und angesichts der Seßhaftigkeit eines Bundesministers, gegen den schwerstwiegende und jedenfalls nicht völlig unbegründete Vorwürfe tatsächlicher Art erhoben werden — man will sich „das Gesetz des Handelns nicht von den Kommunisten aufzwingen lassen", als ob sie es gewesen wären, die den Herrn zum Gauamtsleiter der NSDAP gekürt hätten — wagt es die nach Art. 44 des Grundgesetzes dazu kompetente Bundestagsminorität nicht, den hier allein angemessenen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der in vollem Licht demokratischer Öffentlichkeit die erforderlichen Beweise erheben könnte. Eine ständige Versammlung von mehr als 500 Politikern sieht gelassen zu, wie ein Privatausschuß von Gnaden des Angegriffenen bestellt wird. Das exemplarische Institut der Sauberhaltung der Politik und der freiheitlichen Limitierung

der Mehrheitsherrschaft wird aber unbedenklich eingesetzt, wenn man damit einem darniederliegenden politischen Gegner den Todesstoß versetzen kann.

Das Institut der Bundesstaatlichkeit, das durch den Bundesrat und die Veranstaltung von Landtagswahlen den Wegfall der plebiszitären Einrichtungen im Interesse des freiheitlichen Widerspiels der Meinungen und Kräfte im politischen Ganzen teilweise auszugleichen vermöchte und nach dem Grundgesetz, das im geschichtlichen Ablauf einen Einheitsstaat r ü c k föderalisiert, primär nur so verstanden werden kann, wird nach den föderalistischen Rezepten einer Zeit ausgewertet, in der die Deutschen den Weg zur Nation noch nicht vollendet hatten, also primär zur Wahrung von Landesreservaten eingesetzt. „Bundespolitik gehört nicht auf die Landesebene!" — wo nach der grundgesetzlichen Verteilung sachentscheidender Kompetenzen über die Methoden der Reblausbekämpfung und den Schutz der regionalen Forsten gehandelt werden mag. Schon ist der Vorschlag zur Terminkoppelung von Bundestags- und sämtlichen Landtagswahlen gemacht worden. Der Wiederholung des Gleichschaltungsgesetzes vom Frühjahr 1933 bedarf es dann nicht mehr.

Im gesellschaftlichen Bereich der politischen Parteien wird ein amerikanisches Modell kopiert — dessen Funktionen, drüben auf andersartiger soziologischer Schichtung beruhend, nicht mit eingekauft werden können. Die Programme wandern aufeinander zu und überschneiden sich. Unerfindlich, wie das eigentlich mit dem Gebot der inneren demokratischen Ordnung der Parteien nach Art. 21 Abs. 1 S. 3 des Grundgesetzes in Einklang gebracht werden kann, wenn sich nicht alle Mitglieder gleich a l l e Parteibücher besorgen! Soll der denkende Wähler, der noch nicht ganz ausgestorben sein dürfte, jetzt nur noch nach der Photogenität der Parteipolitiker oder der Garderobe ihrer Gattinnen entscheiden, oder soll er Dauerurlaub vom Wählen nehmen?

Eine Fraktion, nicht nur Teil des staatlichen Verfassungsorgans Parlament, sondern als Spiegel einer politischen Partei auch Vertretung, Auge, Ohr und Mund der ständig präsenten gesellschaftlichen Öffentlichkeit und ihr verantwortlich, tritt an zum Berichtsempfang — ohne Fragen, ohne Auseinandersetzung, ohne Kritik; und sollte ein Barde das Lied vom Männerstolz vor Königsthronen anstimmen — er kommt nicht weit, denn wieder ist „die Lage ernst".

Die Lage war ernst nach außen, als es anfing und noch keine Bundeswehr da war. Weil sie ernst war, wurde die bewaffnete Macht und wurden ihre atlantischen Bindungen geschaffen. Die unterlegene (parlamentarische) Opposition stieg ein, weil sie nicht zu Fuß hinter dem abfahrenden D-Zug hereilen wollte. Darauf war die Lage noch ernster. Deshalb brauchte die Armee die modernste Rüstung. Jetzt ist die Lage außerordentlich ernst. Was nun? — Das Tragische an der Groteske ist, daß die Lage wirklich ernster geworden ist. Aber hat man sich über die Kausalitätskette wirklich Rechenschaft abgelegt? Und weiß man, was nun auch nach innen am allerernstesten bedroht ist? Offenbar nicht, sonst hätte es nicht zu dem Entwurf eines Notstandsgesetzes kommen können, mit dessen Hilfe all das an freiheitlicher demokratischer Grundordnung beseitigt werden kann, was die Politiker noch nicht veruntreut haben und was nun einigermaßen heimatlos und daher den Versuchlichkeiten der Infiltration, des Täufertums und der Schwarmgeisterei um so leichter ausgesetzt im Raume irrt.

Freiheitliche demokratische Grundordnung — sie umfaßt außer den schon genannten Institutionen den ganzen breiten Bereich der gesellschaftlichen, mit dem Staat konfrontierten Meinungs- und Willensbildung, der den Grundrechtsschutz der Meinungs-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit (Art. 5, 8, 9 GG) genießt. Sollte der Gesetzesplaner etwas anderes darunter verstehen, befände er sich in einem elementaren Irrtum. Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für

diese freiheitliche demokratische Grundordnung nun sollen eben diese Grundrechte „eingeschränkt" (auf Null?), soll also die freiheitliche demokratische Grundordnung selbst beseitigt werden dürfen. Das ist in der Tat probat. Denn was nicht mehr da ist, kann auch nicht mehr gefährdet sein. Es ist die homöopathische Roßkur mit Dosierungen frei nach Doktor Eisenbart: „Ich schlug ihn mit dem Beil vor'n Kopf / gestorben ist der arme Tropf!"

Es ist richtig, daß das Grundgesetz selbst mit der Gestattung der Illegalisierung von politischen Parteien (Art. 21 Abs. 2) und der Verwirkung von Grundrechten (Art. 18) einen Schritt auf dem Wege zur Umwandlung der überlieferten politischen Freiheitlichkeit in ein „positives" Freiheitssystem getan hat. Immerhin hat es die Anwendung dieser die Freiheit verkürzenden und daher restriktiv auszulegenden Vorschriften unter die Kontrolle des Bundesverfassungsgerichts gestellt. Schon deswegen wird die Zulässigkeit der geplanten Verfassungsrevision in Zweifel zu ziehen sein. Die Unabänderlichkeitsschranken des Art. 79 Abs. 3 GG decken die grundgesetzliche Grundentscheidung für die Demokratie als eine freiheitliche; und wenn danach überhaupt weitere Einschränkungen der freiheitlichen Demokratie statthaft sein sollten, dann allenfalls solche, die der Kontrolle des höchsten Gerichtshofs unterliegen. Aber das ist nicht die wichtigste Frage. Man muß sich endlich einmal klar darüber werden, daß jeder Schritt auf dem Wege des hier einsetzenden Versicherungsperfektionismus gerade näher an das System heranführt, das man doch wohl vermeiden will. Es ist nun einmal nicht möglich — weder logisch noch sachlich —, Freiheit durch Verkürzung zu vermehren, mag man die Verkürzung auch durch eschatologische Visionen verschleiern oder als Schutz ideologisieren. Und man muß sich darüber klar werden, daß freiheitliche Demokratie nicht ohne Risiko sein kann. Ob im Schatten des Kalten Krieges die Risiken überhaupt noch unbefangen gesehen werden können, mag hier dahinstehen; selbst wenn sie beträchtlich sein sollten, ist es dann nicht immer noch ein schlechtes Geschäft, das Risiko des Verlusts gegen die Gewißheit des Verlusts einzutauschen?

Wie konnte es überhaupt so kurze Zeit nach dem Ende eines verbrecherischen Regimes zum Ausrinnen freiheitlicher demokratischer Politik kommen? Es liegt daran, daß ihr die Chance der Traditionsbildung verwehrt wurde und — wird. Es sei gestattet, noch einmal die Parallele zum Rechtsstaat zu ziehen. Der ruht bei uns auf Traditionen, die das auch ihm innewohnende Risiko und den von ihm geforderten Aufwand in Kauf nehmen. Mit gutem Grund respektiert der Rechtsstaat die private Freiheitssphäre skrupulös. Mit gutem Grund läßt er unter allen Umständen lieber hundert Rechtsbrecher davonkommen als einen Unschuldigen hängen. Mit gutem Grund hebt er um eines geringen Formfehlers willen ein Strafurteil auf. Mit gutem Grund will er nicht nur Gerechtigkeit werden lassen, sondern auch der Optik der Gerechtigkeit dienen. Und all das empfindet er nicht als Luxus. Am Beginn einer freiheitlichen demokratischen Tradition muß die Überzeugung stehen, daß das, was dem Rechtsstaat, dessen Existenz im übrigen von der freiheitlichen Demokratie abhängt, recht ist, dieser mindestens billig zu sein hat. Nur auf dieser Grundlage läßt sich der Bruch der Tabuierungen und Sprachregelungen bewirken, die politische Diffamierung eingrenzen, der politisch-psychologische Ausnahmezustand liquidieren, die politische Hexenjagd beenden und schließlich der Consensus einer ganzen Nation darüber erzielen, daß der Aufwand für die Erhaltung der politischen Freiheit keine Provokation zum Hochverrat und nicht Sand im Getriebe der staatlichen Maschinerie, sondern die lohnendste aller denkbaren Investitionen ist.

Prof. Dr. Renate Riemeck

Ein politischer Prozeß erschüttert die Demokratie

Vor vierzig Jahren — am 13. März 1920 — begann der Kapp-Putsch. Vor vierzig Jahren — am 12. März 1920 — endete einer der größten politischen Prozesse der neueren deutschen Geschichte. Zwischen dem rechtsradikalen Umsturzversuch Kapps und dem skandalösen Ausgang des Prozesses Erzberger-Helfferich stellt Erich Eyck in seiner „Geschichte der Weimarer Republik" (Rentsch-Verlag, Zürich 1956, 2 Bände) einen unmittelbaren Zusammenhang her. Eyck schreibt: „Die politische Wirkung des Prozesses war gewaltig. Der Sieg Helfferichs erschien als Triumph der alten Ordnung, für Nationalismus und Militarismus, die Niederlage Erzbergers als eine schwere Niederlage der Republik. So erschüttert erschien ihr Ansehen jetzt, daß ihre Gegner glaubten, es bedürfe nur eines Stoßes, um sie zu stürzen. Am 12. März wurde das Urteil gegen Erzberger verkündet, am 13. März morgens 6 Uhr marschierten die rebellischen Truppen der Brigade Ehrhardt durch das Brandenburger Tor und eine Stunde später erschien der ostpreußische Generallandschaftsdirektor Dr. Wolfgang Kapp in der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße, um die Gewalt und den Titel des Reichskanzlers an sich zu reißen." (Bd. I, 202)

Was war geschehen, daß Erzberger, der Reichsfinanzminister der jungen Weimarer Demokratie, vor Gericht gehen mußte? Und weshalb erschütterte das Urteil die Grundlagen der Demokratie? Es handelte sich um nicht mehr und nicht weniger als um die Niederkämpfung eines Mannes, der sich für Frieden und Verständigung eingesetzt hatte und den seine Gegner politisch vernichten wollten, indem sie ihn moralisch bloßstellten.

Weh dem, der sich wandeln kann!

Erzberger gehörte dem Reichstag seit 1903 als Mitglied der Zentrumspartei an und war damals der jüngste Abgeordnete des Hauses. Er war Volksschullehrer gewesen, hatte sich dann durch seinen sprichwörtlichen Fleiß und seine Arbeitskapazität überragende Kenntnisse auf dem Finanzsektor angeeignet und galt als außerordentlich scharfsinniger Kritiker. Während des Krieges trat Erzberger anfänglich für den „Siegfrieden" ein und schlug sich auf die Seite der „Annexionisten". Sein Besuch an der Ostfront bei deren Generalstabschef Max Hofmann im Frühsommer 1917 und sein Kontakt zu dem österreichischen Kaiser Karl, der ihm die Augen über die verzweifelte Lage in der Donaumonarchie geöffnet hatte, führten zu einer grundlegenden Wandlung in Erzbergers politischer Haltung. Er erkannte, daß die unnachgiebige Politik der Reichsregierung zum Scheitern verurteilt war und Deutschland in eine Katastrophe geführt wurde. Erzberger war überzeugt, daß alles getan werden mußte, um unverzüglich eine Verständigung mit dem Gegner herbeizuführen. Er säumte nicht lange, diese seine Überzeugung in aller Öffentlichkeit kundzutun. Als der Reichstag Anfang Juli 1917 zusammentrat, hielt Erzberger eine wohlfundierte Rede, in der er die Politik der Regierung angriff und die Mehrheit des Reichstags aufforderte, sich zu einer Kundgebung für den „Verständigungsfrieden" zusammenzuschließen. Die Rede kam einer Sensation gleich. Erzberger wurde zum Urheber der neuen Reichstagsmehrheit, die sich auf der Basis einer Friedensresolution zusammenfand. Von diesem Augenblick an hatte sich Erzberger den unversöhnlichen Haß des damaligen Staatssekretärs (= Finanzminister) Helfferich und aller Militaristen und Nationalisten zugezogen. Es blieb Ludendorff vorbehalten, der Gesinnung dieser Kreise Ausdruck zu geben, die gegen den Willen und gegen das deutsche Inter-

esse an der Politik der Unnachgiebigkeit festzuhalten gedachten. In einem Brief an den preußischen Innenminister (vom 8. Dezember 1917) erklärte Ludendorff: „Ich bin der Ansicht, daß der Krieg uns wahrlich keinen Grund zur Demokratisierung und Parlamentarisierung gegeben hat... Vielmehr halte ich eine Politik des Nachgebens gegenüber dem ‚Zeitgeist' für außerordentlich gefährlich. Sie muß in ihren Konsequenzen zum Niedergang führen."

Daß die Anerkennung von Realitäten als „Politik des Nachgebens" diffamiert, für „außerordentlich gefährlich" ausgegeben und der „Niedergang" prophezeit wird, ist in Deutschland offenbar immer dann üblich, wenn man sich in eine Sackgasse manövriert hat.

Als Matthias Erzberger in jener Rede vor dem Reichstag nachwies, wie sehr sich die Regierung verrechnet hatte, als sie glaubte, England durch den U-Boot-Krieg in die Kniee zwingen zu können, hatte er in der Tat den entscheidenden Stoß gegen eine verfehlte Politik geführt und ihre verhängnisvollen Irrtümer aufgedeckt. Seine Forderung nach einem Verständigungsfrieden aber blieb so lange unerfüllt, bis es zu spät war. — Die Warner und Mahner haben leider oft die undankbare Aufgabe, die böse Hinterlassenschaft zu liquidieren, vor der sie gewarnt hatten. Erzberger mußte 1918 die Verhandlungen über den Waffenstillstand führen und durfte sich dafür auch noch von denjenigen beschimpfen lassen, denen es zuzuschreiben war, daß die Kapitulation im Walde von Compiègne einem Diktat der Sieger gleichkam.

Die Rache der Getroffenen

In der Weimarer Nationalversammlung wurde Erzberger abermals zum Stein des Anstoßes für seine alten Gegner. Er trat für die Unterzeichnung des Friedensvertrages ein und geriet dadurch nicht nur in Gegensatz zu den nationalistischen Gruppen, sondern auch zur sozialdemokratischen Fraktion. Während Scheidemann pathetisch ausrief: „Welche Hand müßte nicht verdorren (!), die sich und uns in diese Fessel legt?" und die meisten Redner der Nationalversammlung ihr stereotypes „Unannehmbar" wiederholten, ließ sich Erzberger von dem Aufschrei gegen den „Schmachfrieden" nicht beirren. Die alten Militärs versuchten im Volk Propaganda für einen „Untergang in Ehren" zu machen. Aber die sozialdemokratische Arbeiterschaft dachte in ihrer Mehrheit wie der Zentrumsmann Erzberger: Die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrags mußte katastrophale Folgen für die außenpolitische Lage der jungen Republik haben und im Innern zu einem Rückfall in die Diktatur der Militärs führen.

In der SPD-Fraktion trat ein Umschwung ein. Die Mehrheit schwenkte auf die Linie Erzbergers ein. Scheidemann demissionierte als Reichskanzler. Auch Ebert trug sich mit Rücktrittsgedanken, ließ sich aber dann doch bestimmen, im Amt zu bleiben. Der Sozialdemokrat Gustav Bauer bildete ein „Unterzeichnungskabinett", das sich aus den verhandlungsbereiten Parteien (SPD, Zentrum und Bayr. Volkspartei) zusammensetzte. In diesem Kabinett wurde Erzberger Finanzminister.

Hatte Erzberger schon bisher die Gegnerschaft der Nationalisten und Militaristen herausgefordert, so mußte er sich jetzt klar darüber sein, daß sie ihm einen Kampf bis aufs Letzte liefern würden, zumal er sich zum Gegenspieler der Reaktionäre aus den Kreisen der Schwerindustrie gemacht hatte. In einer temperamentvollen Rede vor der Nationalversammlung hatte Erzberger die Manipulationen dieser Schwerindustriellen enthüllt, die der Reichsregierung Hugo Stinnes als „Sachverständigen" aufzwingen wollten. In der Debatte rief er dem Stinnes-

Freund und Volksparteiler Vögler zu: „Die Zeit Ihrer Herrschaft ist vorbei!" Es war Erzbergers schwerster Irrtum.

Als er nach seiner Ernennung zum Finanzminister der Nationalversammlung sehr bald Gesetzesentwürfe zur Sanierung der Reichsfinanzen vorlegte, löste er den Konflikt aus, an dem er zerbrechen sollte. Den neuen Steuergesetzen lag der Gedanke zugrunde, das Kapitaleinkommen stärker zu belasten als das Arbeitseinkommen, und durch Einführung eines sogenannten „Reichsnotopfers" die Besitzenden zu einer erheblichen Vermögensabgabe zu verpflichten. In der Debatte über die Gesetzesvorlage bezeichnete Erzberger den ehemaligen kaiserlichen Staatssekretär *) für das Finanzwesen Dr. Carl Helfferich als den „leichtfertigsten aller Finanzminister" und machte ihn für die verhängnisvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik während des Krieges verantwortlich.

Nun herrschte zwischen Erzberger und Helfferich schon seit der Friedensrevolution von 1917 erbitterte Feindschaft. Aber daß Erzberger jetzt eine Reichsfinanzreform durchführen wollte, daß er erklärte, „vor dem Kapital nicht Halt machen" zu wollen und gleichzeitig Helfferichs Methoden während des Krieges anprangerte — das war zu viel.

Die deutschnationalen Parteifreunde Helfferichs warfen Erzberger vor, er wolle das Eigentum vernichten, und bezichtigten ihn der „Arbeit zugunsten des Feindes". Helfferich selbst war sich jedoch darüber klar, daß Erzberger seine politische Linie durchsetzen würde und daß der Vorwurf des Verräters und der Feindbegünstigung ihn einfach nicht traf. Man mußte ihn auf andere Weise erledigen.

Die moralische Vernichtung

Helfferich veröffentlichte im Juli und August 1920 in der „Kreuzzeitung", dem Traditionsorgan der Konservativen, eine Reihe von Artikeln, in denen er die schwersten persönlichen Vorwürfe gegen Erzberger führte und die Wahrhaftigkeit seiner Absichten in Zweifel zog. Diese Artikelserie ließ Helfferich dann unter dem Titel „Fort mit Erzberger" als Broschüre drucken und vertreiben.

Der Zweck der ganzen Sache: Erzberger sollte gezwungen werden, einen Prozeß anzustrengen, der ihn politisch ruinieren mußte. Worin bestanden die Anschuldigungen, die gegen Erzberger erhoben wurden?

Erzberger war bis 1917 Mitglied des Aufsichtsrats im Thyssen-Konzern. Helfferich unterstellte Erzberger, daß er seine Wendung vom Annexions- zum Verständigungspolitiker im Zusammenhang seines Ausscheidens aus dem Thyssen-Konzern vollzogen habe. Er warf ihm ferner vor, unsaubere persönliche Geldgeschäfte gemacht und seine Stellung als Abgeordneter mißbraucht zu haben, um dem Thyssen-Konzern und anderen Firmen Vorteile zu verschaffen.

Erzberger stellte Strafantrag. Der Prozeß begann am 19. Januar 1920 vor dem Landgericht I Berlin und endete am 12. März mit einem Triumph Helfferichs. Er wurde aus formalen Gründen wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt. Aber das Gericht erklärte die erhobenen Beschuldigungen in fast allen Punkten für erwiesen. Darauf kam es allein an. Der schwer kompromittierte Erzberger mußte von seinem Ministeramt zurücktreten.

Für den Prozeßverlauf war bezeichnend, daß Erzberger unter Eid über Vorgänge aussagen mußte, die jahrelang zurücklagen und kaum noch zu rekonstruieren waren. So sollte er Einzelheiten über seine Stellung zu Reichskanzler Bethmann-Hollweg in den Tagen der Friedensresolution von 1917 darlegen. Er gab bei dieser Gelegenheit Äußerungen des Kanzlers wieder, die dieser vor Gericht bestritt. Das Gericht glaubte daraufhin, Erzbergers Unwahrhaftigkeit fest-

*) Im Bismarckreich hatten die Ressortminister den Rang eines Staatssekretärs.

stellen zu müssen. Als man sehr viel später die Bundesratsakten einsah, war klar zu erkennen, daß Bethmann-Hollweg sich geirrt hatte.

Auch in allen andern Fällen, wo die Strafkammer Erzberger der Unwahrheit überführt zu haben glaubte, hat später ein Meineidsverfahren den Verdacht beseitigt.

Aber da war das Urteil schon gefällt und Erzberger aus der politischen Arena ausgeschaltet.

Zweifellos hat Erzberger als Aufsichtsratsvorsitzender Praktiken angewandt, die damals für einen Parlamentarier kleinbürgerlicher Herkunft ungewöhnlich waren und befremden mußten. Helfferich bestritt selbstverständlich nicht, daß viele Abgeordnete der Reaktion nicht nur in einem, sondern in mehreren Aufsichtsräten saßen. Aber diese, meinte er, seien Männer des Wirtschaftslebens — und Erzberger war schließlich nur Volksschullehrer.

Das Gericht scheint sich dieser Auffassung angeschlossen zu haben. Es begründete das für Helfferich so überaus günstige Urteil mit den Worten: „Bei der Strafbemessung war namentlich zu beachten, daß der Angeklagte (Helfferich) aus vaterländischen Beweggründen gehandelt hat (!), mag ihm auch der Haß die einmal angesetzte Feder geführt haben."

„Vaterländische Beweggründe" gestand man offenbar auch dem Attentäter zu, der noch während des Prozesses — am 26. Januar — einen Mordanschlag auf Erzberger verübte. Der ehemalige Fähnrich und damalige Gymnasiast Oltwig von Hirschfeld versuchte Erzberger zu erschießen, als dieser das Gerichtsgelände verließ. Er verletzte ihn jedoch nur an der Schulter und kam auf Grund „seiner idealen Gesinnung" mit anderthalb Jahren Gefängnis davon. Wegen angeblicher Krankheit erhielt er dann jedoch „Urlaub" aus dem Gefängnis, den er im Schwarzwald verbrachte. Das Verfahren gegen Hirschfeld endete wenige Tage nach der Verkündung des Urteils gegen den Grafen Arco, den Mörder des bayrischen Ministerpräsidenten Eisner. Arco bescheinigte man, daß er aus „glühender Vaterlandsliebe" gehandelt habe. Das Gericht erkannte auf lebenslängliche Festungshaft. Nach einiger Zeit wurde der Graf begnadigt.

Erzberger-Prozeß und Kapp-Putsch

Mit Erzberger war einer der profiliertesten Demokraten der Weimarer Republik gestürzt worden. Es war ein klarer Sieg der Reaktion. Sie fühlte sich durch den Verlauf des Prozesses offenbar so gestärkt, daß sie zu einem weiteren Vorstoß ansetzte und glaubte, diesmal aufs Ganze gehen zu können.

Der Mann der Friedensresolution, der Verfechter der Unterzeichnung des Versailler Vertrags, der Verständigungspolitiker war ausgeschaltet. Man schien zu glauben, daß die Stunde der Gegenrevolution gekommen sei.

Ein Kreis von Offizieren um den General v. Lüttwitz, dem auch Ludendorff nahestand, war entschlossen, die Verminderung der Truppen mit allen Mitteln zu verhindern, das heißt die Unterzeichnung des Friedensvertrages rückgängig zu machen. Man glaubte in diesem Kreis, daß ein Krieg mit der Sowjetunion unmittelbar bevorstehe und der Westen sich deshalb — trotz der entgegenstehenden Artikel des Versailler Vertrages — mit der Erhaltung des militärischen Potentials Deutschlands abfinden würde. Daß die Vorbereitung auf einen neuen Krieg stärksten Widerstand in Deutschland selbst finden würde, war diesem Offizierskreis klar. Man spielte deshalb mit dem Gedanken, die parlamentarische Demokratie, die man ohnehin für eine verächtliche Staatsform hielt, zu beseitigen und eine Diktatur zu errichten. Anscheinend hielt man es sogar für möglich, den rechten Flügel der SPD für diese weitgesteckten innen- und außenpolitischen Ziele gewinnen zu

können und nahm zu diesem Zweck mit dem sozialdemokratischen Reichswehrminister Gustav Noske Fühlung auf. Noske hatte sich in den Tagen der Novemberrevolution mit der alten Armee verbündet, um „die Ordnung wiederherzustellen" und der „Straßenunruhen" Herr zu werden. („Einer muß der Bluthund werden; ich scheue die Verantwortung nicht," hatte er damals nach seinem eigenen Zeugnis gesagt.) Man glaubte deshalb, Noske das Amt des Diktators anbieten zu können. Aber Noske schreckte zurück. Er lehnte das ungeheuerliche Ansinnen ab.

Von der Gruppe Lüttwitz liefen Fäden zu dem ehemaligen ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Dr. Wolfgang Kapp, der seinerseits zahlreiche Kontakte zu rechtsradikalen „Zivilisten" hatte.

Kapp, ein erbitterter Gegner Erzbergers und der Friedensresolution von 1917, war durch seine scharfmacherischen Reichstagsreden für die Fortsetzung des Krieges bis zum deutschen Endsieg bekannt geworden. Im Jahre 1919 wollte er von Ostpreußen aus durch einen Überfall auf Polen die verlorenen deutschen Ostgebiete zurückgewinnen, und als das fehlschlug, arbeitete er auf einen innenpolitischen Umsturz hin. Er schien der Offizierclique um Lüttwitz nach Noskes Ablehnung der geeignete Mann für einen Staatsstreich zu sein.

Unter Lüttwitz' Kommando stand die Marinebrigade Ehrhardt, die in Döberitz stationiert war und durch die Unterzeichnung des Friedensvertrags von der Auflösung bedroht wurde. Lüttwitz erschien am 10. März — zwei Tage vor der mit Spannung erwarteten Urteilsverkündung im Erzberger-Prozeß — bei Ebert und trug ihm in Gegenwart von Noske einige Forderungen der Rechtsparteien vor, die er sich zu eigen gemacht hatte. Gleichzeitig aber entwickelte er dem deutschen Reichspräsidenten weitergehende Pläne: keine Truppenverminderung, keine Auslieferung von Kriegsmaterial, sondern Vorbereitung auf einen Krieg mit Sowjetrußland. Ebert glaubte, ihm solche Forderungen in aller Ruhe ausreden zu können. Noske jedoch, der die Absichten dieser Militärs ja bereits kannte, wurde jetzt nervös. Er verfügte am nächsten Tag die Verhaftung von Kapp und ließ Lüttwitz seines Postens entheben. Aber Kapp entzog sich der Polizei, und Lüttwitz nahm indessen zur Kenntnis, daß die Brigade Ehrhardt zum Putsch bereit war.

Die alarmierende Nachricht von den Vorgängen in Döberitz traf mit dem Bekanntwerden des Erzberger-Urteils zusammen. In der Nacht vom 12. zum 13. März erfuhren die eiligst zusammengerufenen Kabinettsmitglieder von Noske, daß die Brigade Ehrhardt auf dem Marsch zur Reichshauptstadt sei. In dieser Situation zeigte es sich, wie wenig sich die Reichsregierung auf die Generalität der Armee verlassen konnte. Der Chef des Truppenamtes im Reichswehrministerium, General v. Seeckt, erklärte: „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr", und ließ Noske und die Reichsregierung im Stich. Die Regierung mußte noch in der Nacht Berlin verlassen, um der Verhaftung durch die Putschisten entgehen zu können. Sie floh nach Dresden. Am Morgen des 13. März rückten die 5000 Mann der Brigade Ehrhardt, ohne auf Widerstand zu stoßen, in Berlin ein. Die Regierungsgebäude wurden besetzt, Kapp esrchien in der Reichkanzlei, und die Ehrhardt-Leute verteilten Flugblätter: „Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet!" Sie hatten Hakenkreuze auf ihre Stahlhelme gemalt und Totenköpfe an die Panzerwagen... Der deutsche Faschismus inszenierte sein erstes makabres Vorspiel.

„Reichskanzler" Kapp und seine „freiheitliche" Regierung dokumentierten ihren Willen zur „Ordnung" und zur „Tat", indem sie als eine ihrer ersten Maß-

nahmen verkünden ließ, daß man den Juden das Mehl für die Herstellung des Mazzen beschlagnahmt hatte.

Daß der Umsturzversuch mißlang und Kapp am fünften Tag seiner „Regierung" am Ende war und abtreten mußte, ist allein der Tatsache des größten Generalstreiks, den die Welt je erlebt hat, zu verdanken. Die Gewerkschaften retteten im März 1920 die Demokratie in Deutschland, vielleicht sogar den Frieden in Europa. An dem geschlossenen Willen der Arbeiterschaft scheiterten die ehrgeizigen Pläne der Vorboten des deutschen Faschismus.

Der Generalstreik wurde so vollständig befolgt, daß die Putschisten zur Machtlosigkeit verurteilt waren. Die Brigade Ehrhardt zog am 17. März 1920 wieder ab, Kapp floh ins Ausland, die Reichsregierung konnte nach Berlin zurückkehren.

Das Blutbad aber, das die hakenkreuzgeschmückten Ehrhardt-Leute bei ihrem Ausmarsch anrichteten, als sie in die triumphierende Menge am Brandenburger Tor schossen, war ein Signal für die Dinge, die noch kommen sollten.

Die Ermordung Erzbergers

Die Angst vor der radikalen Linken war in der Weimarer Demokratie immer größer als die Angst vor dem Rechtsradikalismus. Schon bald nach der Niederschlagung des Kapp-Putsches glaubte die Reichsregierung sich wieder mit der Truppe verbinden zu müssen, die sie am 12. März im Stich gelassen hatte. Die Reichswehr erhielt „Aktionsfreiheit", um gegen die roten Arbeiterwehren im Ruhrgebiet vorgehen zu können, die sich dort während des Generalstreiks gebildet hatten und mit „radikalen Forderungen" aufgetreten waren. Es zeigte sich jetzt, daß die Reichswehr nur zur Verfügung stand, wenn es galt, auf die Linken zu schießen. Carl Severing, der als Reichskommissar ins Ruhrgebiet entsandt worden war, um die Arbeiterwehren von „kommunistischen Elementen" zu säubern und ein Abkommen über die Entwaffnung zu schließen, mußte später in seinen Lebenserinnerungen bekennen: „Was nach dem Einmarsch der Truppen an Terrormaßnahmen gegen die friedliche Bevölkerung berichtet wurde, an willkürlichen Erschießungen ohne Verhandlung und Aburteilung, an Massenverhaftungen auf Grund einseitiger Denunziation und an Mißhandlungen Gefangener — das alles blieb hinter den Schreckenstaten der Rotgardisten leider nicht zurück."

Da sich aber nun die Regierung wieder auf die reguläre Truppe stützte, nimmt es nicht wunder, daß der Kapp-Putsch ohne Nachspiel für die Hochverräter blieb. Bis auf v. Jagow, der Minister in der „Regierung" Kapp gewesen war, und der eine kurze Festungshaft erhielt, gingen die Putschisten straffrei aus. Die rechtsradikalen Offiziere der Brigade Ehrhardt wurden zwar steckbrieflich gesucht, aber sie konnten sich des Schutzes bayrischer Regierungsstellen erfreuen und München zu einem Zentrum politischer Geheimbündelei machen. Ehrhardt selber soll bei dem Münchener Polizeipräsidenten Pöhner aus- und eingegangen sein, — eben jenem Pöhner, der 1923 mit Hitler den Marsch zur Feldherrnhalle anführte. Als Berater für den geplanten „Marsch auf Berlin", der auf die Machtergreifung in Bayern folgen sollte, war dann auch Herr Ehrhardt im Spiel!

Nachdem es den Ehrhardt-Leuten geglückt war, in Bayern Unterschlupf zu finden, versuchten sie von dort aus politisch zu agitieren. Nach wie vor betrachteten sie Erzberger als einen ihrer Todfeinde, dessen Wiederkehr in das politische Leben sie mit allen Mitteln verhindern wollten.

Erzberger war trotz seiner schweren Niederlage vor dem Landgericht I in Berlin drei Monate später, bei der Neuwahl des Reichstages, wiedergewählt worden. Er hielt sich zunächst sehr zurück. Erst als er durch das gegen ihn eingeleitete Meineidsverfahren rehabilitiert worden war, ließ er im Juli 1921 vernehmen, daß er politisch wieder aktiv werden wollte. Vier Wochen später mußte ihm sein Freund, der Reichskanzler Dr. Wirth, die Grabrede halten. Auf einem Spazier-

gang mit dem badischen Reichtsagsabgeordneten Diez bei Griesbach im Schwarzwald wurde Matthias Erzberger am 26. August 1921 durch mehrere Pistolenschüsse getötet. Die beiden Mörder Schultz und Tillesen waren Offiziere in der Brigade Ehrhardt gewesen. Sie entkamen nach Ungarn. Ein dritter Erhardt-Offizier, Manfred von Killinger, wurde verhaftet und der Mitwisserschaft am Mord angeklagt. Das Schwurgericht in Offenbach sprach ihn frei. Der politische Meuchelmord traf den Mann, der es auf sich genommen hatte, den Gang nach Compiégne zu tun, um das deutsche Volk vor einer größeren Katastrophe zu retten.

Die reaktionäre Presse brach über die Mordtat in lauten Jubel aus. Ungeniert freute man sich des gelungenen Verbrechens. Es war damals noch eine Minderheit, die so dachte. Die Mehrheit empfand den Mord an Erzberger als Schlag gegen die Demokratie. Die Berliner Bevölkerung fand sich im Lustgarten zu einer Massenkundgebung zusammen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellte. Mehrheitssozialisten, USPD und Gewerkschaften vergaßen ihre inneren Auseinandersetzungen und ehrten gemeinsam einen Zentrumspolitiker. Die Massen, die in Berlin und überall im Reich nach der Ermordung Erzbergers demonstrierten, waren bereit, die Demokratie zu verteidigen. Weil man sie zwölf Jahre später nicht rechtzeitig rief und den 30. Januar 1933 ohne Generalstreik geschehen ließ, konnte der Terror, dem eine Minderheit beim Tode Erzbergers zügellos gehuldigt hatte, zum System erhoben werden.

Major a. D. Hans-Moritz v. Frankenberg u. Proschlitz

Auf dem Wege der totalen Mobilmachung

Der sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollziehenden militärischen Aufrüstung in der Bundesrepublik kommt auf allen Gebieten unseres täglichen Lebens spürbar eine immer größere Bedeutung zu. Die durchgeführten Rüstungspläne haben in den letzten Jahren einen weit größeren Umfang angenommen, als es die verhältnismäßig spärlich bekannt gewordenen Einzelheiten den harmlosen und vertrauensseligen Bürger vermuten lassen. Denn wie in den Jahren vor dem 2. Weltkrieg sind auch heute alle möglichen Manipulationen und Tricks aufgeboten, um das Ausmaß der in Gang gesetzten Kriegsmaschine zu verschleiern. Erst als in den letzten Monaten einschneidende Verordnungen und Gesetzesvorlagen für den „Ernst"-fall Schlag auf Schlag bekannt wurden, begann die Öffentlichkeit hellhöriger zu werden und besorgt zu fragen, wo das alles noch hinführen solle.

Während die USA vor der Pariser Gipfelkonferenz unverkennbar eine Bereitschaft zeigen, Kompromisse einzugehen, Englands Haltung darauf hindeutet, sich auf einen modus vivendi zu einigen, der bevorstehende Besuch Chrustschows in Paris ein französisch-sowjetisches Arrangement im Geiste von Camp David anzeigt, ist Bonn darauf bedacht, nur ja keine Entspannung zuzulassen, um in einer verschärften Atmosphäre eines neu entfachten kalten Krieges seine hemmungslose Aufrüstung ungestört und unter allen Umständen weiterführen zu können.

So nimmt die Entwicklung in der Bundesrepublik allmählich einen Charakter an, der in vieler Hinsicht an die Zeit vor dem 2. Weltkrieg erinnert. Die Tatsachen sprechen für sich.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst noch einmal die Zeitfolge: Am 22. November 1949 erfolgte die Unterzeichnung des Petersberger Abkommens, wodurch die offizielle Genehmigung zur Bildung einer starken „Polizei- und Sicherheitstruppe" gegeben wurde. Am 29. August 1950 forderte Adenauer die Eingliederung der zu bildenden westdeutschen Wehrmacht in eine „Europa-Armee". Am 19. September 1950 akzeptierten die Westalliierten dieses Ersuchen Adenauers und der Nordatlantik-Rat beschloß, „daß (West-) Deutschland in die Lage versetzt werden sollte, einen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas zu leisten."

Am 16. Oktober 1950 wurde die „Prüfstelle Godesberg" zur Auswahl der Führungskader der künftigen Bundeswehr eingerichtet. Am 30. Oktober 1950 trat Blank seinen Posten als „Beauftragter des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung und Unterbringung der alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen" an. Am 19. Juli 1951 wurde das bestehende Rüstungsverbot durch Gesetz 61 der Alliierten Hohen Kommission in eine „Überwachung der Rüstungsproduktion" gemildert. Als „Kompromiß" nach dem Scheitern der geplanten EVG kam es im Oktober 1954 zum Abschluß der „Pariser Verträge" und damit zur uneingeschränkten Aufrüstung der Bundesrepublik im Rahmen der Westeuropäischen Union und Nato. Am 7. Juni 1955 erhielt Blank den offiziellen Titel „Bundesverteidigungsminister". Ein Jahr später löste ihn Strauß in dieser Stellung ab. Am 6. Juli 1956 wurde die allgemeine Wehrpflicht in der Bundesrepublik eingeführt, wodurch die Bundeswehr von den ersten 56 000 Freiwilligen auf den heutigen Stand von 250 000 Mann gebracht wurde. Am 25. März 1958 beschloß der Bundestag die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen, und seitdem reißt die Kette der Maßnahmen nicht mehr ab, um in kürzester Zeit die modernste und stärkste kontinental-europäische Wehrmacht aufzustellen.

Was geschah zu diesem Zweck? Zunächst wurde das Heer von Divisionen auf selbständige Brigaden umgegliedert, damit den Verbänden des Heeres — man rechnet nämlich in jedem Falle mit einem Atomkrieg — ein optimaler Grad an motorisierter Beweglichkeit und eigener Kriegführung erhalten bleibt.

Neben der der Nato unterstellten Bundeswehr wird die Aufstellung einer Territorialarmee in Stärke von 150 000 Mann vorbereitet, die ausschließlich einem nationalen Kommando, also dem Verteidigungsminister, untersteht. Die Soldaten dieser Armee sind Angehörige der Bundeswehr und rekrutieren sich aus Wehrpflichtigen und Gedienten. Im Wehrbereich I, Schleswig-Holstein, sollen noch in diesem Jahr die ersten „Kurzausbildungskompanien", wie Strauß am 14. Februar erklärte, aufgestellt werden. Die „Allgemeine Militärrundschau" vom Juni 1959 schrieb dazu:

„Ohne die deutsche Territorialarmee kann das Oberkommando der Natotruppen in Europa niemals seinen in Zukunft doch offensiv gedachten Auftrag durchführen. Denn ohne Territorialarmee fehlt den dem Oberkommando unterstellten Verbänden einfach das Fundament für ihre Kampfaufgaben."

Zu der vorläufig geplanten Bundeswehrstärke von 350 000 Mann (später 500 000 Mann) und 150 000 Mann der Territorialarmee kommen noch zusätzlich die ausgebildeten Reserven, der Bundesgrenzschutz und die Bereitschaftspolizei der Länder hinzu. Wie die „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" vom 4. 8. 1959 schrieb, gehen die Pläne dahin, alle Vorbereitungen zu treffen, um „im Ernstfall innerhalb weniger Tage eine Millionenarmee zu mobilisieren."

Zu diesem Zweck wurde am 20. Januar 1960 dem Bundestag eine Novelle zum Wehrpflichtgesetz vorgelegt, wonach das Wehrpflichtalter auf 18 Jahre herab-

gesetzt wird und alle Männer vom 18. bis 65. Lebensjahr und alle Frauen von 18 bis 55 Jahren eingezogen werden können. Strauß sagte, dies sei „ein Schritt in Richtung auf die Bundesverteidigungspflicht". Männer und Frauen erhalten sogenannte „Bereitstellungsbescheide" und können zu 14-tägigen Übungen eingezogen werden.

Am 24. Februar 1960 verabschiedete das Kabinett ein Notdienstpflichtgesetz, wonach der Fortgang des zivilen Lebens im Kriegsfall gesichert werden soll. Kräfte sollen für die Versorgung der Truppen, für Instandsetzungsarbeiten und zur Verstärkung der Polizei verpflichtet werden. Vor allem will man dem Luftschutz das geplante Personal in Höhe von 160 000 Helfern zuführen, da die Freiwilligenzahl auf diesem Sektor nur 20 000 beträgt. Ein Gesetz über den Schutzraumbau liegt im Innenministerium bereit, welches den Bau von Schutzräumen anordnen wird, wofür in den nächsten 8 Jahren 28 Milliarden aufgebracht werden sollen. Dabei ist der Vermieter ermächtigt, die aufzubringenden Lasten auf den Mieter abzuwälzen. Das Luftschutzwarnsystem soll Ende 1961 mit 10 Warnämtern fertiggestellt sein. Allein der Bau eines Warnamtes kostet 8 Millionen DM.

Sechs Tage nach der Erklärung Chrustschows, 2 Millionen Mann sowjetischer Truppen zu demobilisieren, antwortete Strauß am 20. Januar 1960 im Bundestag mit dem beharrlichen Rückgriff auf kriegsgediente Jahrgänge, deren erster der Jahrgang 1922 ist, um die westdeutschen Truppen „verwendungsfähig und damit ernsthaft und glaubwürdig zu machen". Man könne sich „nicht auf die jederzeit todsichere Hilfe der Amerikaner, der Engländer und der anderen Bundesgenossen verlassen".

Am 26. Februar 1960 wurde im Bundesrat ein Notstandsgesetz beraten, wonach die Bundesregierung mit einfacher Mehrheit des Bundestages den Ausnahmezustand verkünden — und dies schon bei internationalen Spannungen —, ohne Parlament Gesetze erlassen und jeden Widerstand notfalls unter Einsatz der Bundeswehr brechen kann. Eine Trennung von äußerem (im Falle eines Krieges) und innerem Notstand (im Falle von Unruhen, Aufständen, Naturkatastrophen und selbst Streiks) kennt dieser Gesetzentwurf nicht. Das Kernstück der ganzen Notstandsgesetzgebung ist eindeutig der sogenannte innere Notstand. Bereits durch einen Streik kann die Auslösung des Notstandes herbeigeführt und durch Aufhebung des Art. 104, Abs. 2 und 3 GG jeder hinreichend verdächtige Bundesbürger auf unbestimmte Zeit hinter Schloß und Riegel gebracht werden. Der hessische Ministerpräsident Zinn (SPD) sagte in einem Rededuell mit Innenminister Schröder: „Wenn dieses Gesetz Wirklichkeit würde, könnte die Bundesregierung oder der von ihr ermächtigte Diktator alle Macht an sich reißen, KZ einrichten, um politische Gegner einzusperren, und einen perfekten Einheitsstaat errichten." Wer erinnert sich dabei nicht an den berüchtigten Art. 48 der Weimarer Verfassung, der die Regierung mit diktatorischen Vollmachten ausrüstete und Hitler später gestattete, mit seiner Hilfe die Demokratie abzuwürgen!

Zu den besonderen Maßnahmen, die bei Einführung des Notstandes vorgesehen sind, gehören Zwangsevakuierungen bei Kriegsdrohung von rd. 15 Millionen Menschen aus einem Grenzstreifen von ca. 150 km Tiefe in Richtung Westen. 50 000 Flüchtlingspolizisten sollen dafür sorgen, daß diese Millionenmassen nur Straßen 2. Ordnung benutzen, denn von anderen militärisch wichtigen Straßen würden sie durch Panzer rücksichtslos abgekämmt. Dieser von dem Bundeswehrmajor Kohler, Wehrbereichskommando Stuttgart, in der Wehrkunde 4/58 ausgeplauderte Plan wurde im Februar 1960 in erweiterter Form von dem CDU-Bundestagsobgeordneten Vizeadmiral a. D. Heye als „Plan für zivilen Bevölkerungsschutz im totalen Krieg" dem Parlament vorgelegt. Was totaler Krieg be-

deutet, haben wir im letzten Krieg erlebt. Jetzt soll also die westdeutsche Bevölkerung erneut auf den totalen Krieg vorbereitet und zusätzlich mit den Auswirkungen eines Atomkrieges vertraut gemacht werden! Nichts anderes bedeuten der „Kohler"- und der „Heye-Plan".

Schleswig-Holstein ist z. Zt. das Land der Bundesrepublik, welches als Nato-Festung bevorzugt ausgebaut wird. Wie der Präsident der Wehrbereichsverwaltung, W i c h m a n n , am 11. Januar 1960 in Kiel mitteilte, wird bis 1963 der Bau von Kasernen, Rollbahnen, Militärschulen, Marinehäfen und Truppenübungsplätzen 1,66 Milliarden DM gekostet haben. Aber damit nicht genug. Der Ministerpräsident v. H a s s e l (CDU) forderte Anfang dieses Jahres, neben der starken Bundeswehr „in Schleswig-Holstein taktische US-Streitkräfte zu stationieren", wobei man in der Annahme wohl nicht fehlgeht, daß es sich hierbei um Spezialraketeneinheiten handeln dürfte. Inzwischen werden nach offiziellen Angaben für die eigene Ausrüstung der Bundeswehr laufend Raketen in den USA eingekauft, wie die Typen „Honest John", „Nike" und „TM76A Mace" („Kriegskeule").

So war es kein Wunder, daß während des letzten Manövers „Winterschild" von der Bundeswehr 2 Raketen vom Typ „Honest John" — auch für Atomsprengkopf geeignet — abgeschossen wurden, um zu demonstrieren, daß man in einem Kernwaffenkrieg ebenfalls in der Lage ist, einen Schuß abzugeben, mag auch alles dabei zum Teufel gehen. Denn Raketen sind Magneten! Dieses Manöver, welches vom 1. bis 7. Februar in Bayern mit 65 000 US-Soldaten und 7000 Bundeswehrangehörigen durchgeführt wurde, war aus folgenden Gründen besonders bemerkenswert. Der Angreifer begann in 40 km Breite und unter ständiger Atomgefahr mit einem Übergang über die Donau (Sollte damit vielleicht das Überschreiten der Elbe geübt werden?). Nach 3 Tagen Angriff wurde dann ein Tag zum Scharfschießen eingelegt, und schließlich folgte ein 3 Tage dauernder Gegenangriff. Auch das für diese Übungen ausgesuchte Gelände, welches nach der Vorschrift dem Übungszweck zu entsprechen hat, hatte eine frappierende Ähnlichkeit mit der südthüringischen Gebirgsgegend, und nicht zuletzt war auffallend, daß ein Wintermanöver unter kriegsmäßigen Bedingungen und bei 15 Grad Kälte durchgeführt wurde, was es weder in der kaiserlichen Armee, noch in der Reichswehr, noch in der hitlerschen Wehrmacht gegeben hat. Dort kannte man immer nur Frühjahrsübungen und Herbstmanöver. Aber der Grund für das Wintermanöver — bei dem übrigens für 5 Millionen Manöverschäden angerichtet wurden — wird einem sehr schnell klar, wenn man den „Industrie-Kurier" v. 25. 3. 58 nachliest, der über die Ausbildung der Bundeswehrsoldaten im arktischen Kanada unter härtesten klimatischen Bedingungen folgendes berichtet: „Sie lernen dort, was der letzte Krieg ihnen fast ohne Übergang aufzwang: in Eis und Schnee sich zu bewegen. Die Gewißheit, Ausbilder zu gewinnen, die auch in härtesten Kältegraden ebenso zu bestehen wissen, wie Angehörige sibirischer Divisionen, ist angenehm." Und dazu paßt auch das Wort des Ministers Strauß im Bundestag, er kenne in seinen militärischen Plänen „nurmehr einen einzigen Fall: das ist der Fall R o t". Dieses Manöver war also nicht eine Truppenübung konventioneller Streitkräfte, sondern eine Erprobungsübung für aktive Atomkampfweise gegen den Osten, wozu der Abschuß von 105 Nukleargeschossen mit einer Sprengwirkung von 1,5 Mill. t TNT und einer Vernichtung von 16 000 qkm Land angenommen wurde! Was dabei im „Ernstfall" aus der dort lebenden Zivilbevölkerung geworden wäre, wird nicht gesagt, aber man kann es sich ausmalen an Hand der Worte, die Minister Strauß auf der letzten Nato-Konferenz sagte: „Wir sind trotz der dichten Besiedlung der Bundesrepublik bereit, die damit verbundenen

Belastungen auf uns zu nehmen und die dabei sich ergebenden Risiken vor unserem eigenen Volk zu vertreten."

Während die westlichen Außenminister sich beeilen, immer wieder zu betonen, daß die Eingliederung der Bundesrepublik in die Nato das beste Mittel sei, um eine westdeutsche Militärmacht nicht wieder aufkommen zu lassen und das westdeutsche Kriegspotential in Schranken zu halten, ist inzwischen die Bundesrepublik längst dabei, sich in Westeuropa die Militärhegomonie zu sichern und die militärische Führung in der Nato weitgehend zu bestimmen. Nur wenn sie dabei allzu unvorsichtig vorprescht, erregt dies im Ausland noch Widerspruch und Aufsehen. Wie jüngst, als plötzlich bekannt wurde, daß die Bundeswehr über die Anlage von Depots und Stützpunkten in Spanien mit F r a n c o , hinter dem Rücken der Nato, in Verhandlungen eingetreten war. Während man sonst nicht lautstark genug die sogenannte „Freie Welt" im Munde führt, scheut man sich nicht, sich in ein Techtelmechtel mit dem Diktator Franco, dem blutigen Henker spanischer Demokraten und Verfolger protestantischer Christen, einzulassen. Nun, der Zweck heiligt die Mittel, und die deutsche „Legion Condor" im spanischen Bürgerkrieg und die spanische „Blaue Division" im Hitlerkrieg gegen die Sowjetunion sind eine hinreichende Legitimation für freundschaftliche Zusammenarbeit. Vielleicht dachte man auf bundesrepublikanischer Seite auch daran, daß auf spanischem Boden, also außerhalb der Nato, keine Inspektion eigener Rüstungsproduktion erfolgen könne. Man begründet die Ausweitung der Bundeswehr auf andere Länder mit der Behauptung, der Raum für militärische Anlagen in der Bundesrepublik sei zu gering. So benutzt die Bundeswehr bereits den Schießplatz Bandirma in der Türkei, die Flugplätze Rimini und Neapel in Italien, den Raketenübungsplatz in Lybien, den Flakraketenschießplatz in Texas, Luftwaffenausbildungsstellen in Kanada, England und Portugal und neuerdings auf Sardinien. Ferner sind Stützpunkte in Holland, Dänemark und Norwegen vorgesehen. Wie die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit" schreibt, werden noch Nachschublager für 2,1 Millionen t im Ausland benötigt.

Wie dem auch sei, man möchte wieder Großraumstrategie betreiben und auf jeden Fall „Ellbogenfreiheit" haben, um die „europäische Aufgabe" im Osten erfüllen zu können. Hierzu gehört auch die Forderung der Bundesrepublik an die Nato, ein spezielles „Ostseekommando" zu schaffen, was die Unterstellung ganz Nordeuropas und des Ostseeraumes unter das Kommando des Generals S p e i d e l bedeuten würde. Auf dem gleichen Blatt steht auch das Programm der forcierten Aufrüstung zur See, nachdem die Aufhebung der wesentlichsten Tonnagebeschränkungen für Kreuzer und U-Boote bei der Weu durchgesetzt ist. Die größte Gefahr der Bundeswehrstützpunkte in fremden Ländern liegt aber darin, daß die Bundesrepublik bei einem Alleingang gegen den Osten diese Verbündeten — auch gegen ihren Willen — automatisch in den Konflikt hineinziehen würde, wodurch der dritte Weltkrieg da wäre. Selbst der regierungsfromme „Rheinische Merkur" v. 26. 2. 1960 beschäftgt sich mit dieser Tatsache, indem er schreibt, daß die westdeutsche Rüstung forciert werde, „um durch eine militärische Aktion auf eigene Faust die Westmächte zum Krieg gegen die Sowjetunion zu zwingen".

Aus den zahlreichen Rüstungsverpflichtungen mit dem westlichen Ausland sei nur herausgehoben, daß mit England die gemeinsame Herstellung eines „Europa-Panzers" vereinbart und mit Belgien und Holland am 5. März 1960 ein Vertrag über die gemeinschaftliche Produktion des amerikanischen Düsenjägers „Starfighter" F 104 G abgeschlossen wurde. 96 „Starfighter" bezieht die Bundesrepublik direkt aus den USA, während 570 gemeinsam mit Holland und Belgien nachgebaut werden. Dabei muß man bedenken, daß zum Nachbau zunächst jedes

kleinste Einzelteil des Flugzeuges vom amerikanischen Zollmaß auf das europäische Metermaß umgerechnet werden muß, was den Lizenzbau natürlich erheblich verteuert. Allein die belgische Flugzeugindustrie erhält durch diesen Auftrag von der Bundesrepublik 1,5 Milliarden DM.

Alle diese vielen, hier aufgeführten, militärischen Maßnahmen, die in den letzten Monaten und Wochen in beängstigend rascher Folge bekannt wurden, erheben noch nicht einmal einen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie dürften aber genügen, um jedem zu zeigen, auf welchem verhängnisvollen Weg wir uns schon wieder befinden, besonders wenn man sich als Parole dazu die Worte vergegenwärtigt, die Bundeskanzler Adenauer — vor einem Jahr mit dem Mantel des Deutsch-Ritterordens drapiert — anläßlich einer Audienz zum Papst sagte: „Gott hat dem deutschen Volk eine besondere Aufgabe gegeben, Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns einwirken."

Das ist es also wieder: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen." Können wir uns dann noch wundern, wenn selbst das verbündete westliche Ausland erschreckt und entrüstet aufhorcht? Der bekannte englische Abgeordnete der Labour-party C r o s s m a n drückte diese Gefühle in der Februar-Ausgabe der Londoner Zeitschrift „New Statesman" so aus:

„Das alte Deutschland erprobt seine Muskeln, und mit der Wiederkehr der physischen Stärke kommt auch die alte Arroganz zurück. Es gab eine Zeit, wo sich Dr. Adenauer zu Füßen der britischen Besatzungsmacht wand. Jetzt diktiert er die Bedingungen für eine Lösung des Europa-Problems. Seine Äußerungen sind mit Bildern von Gewaltanwendung gespickt. Wie Hitler verbreitet er sich über die „historische Rolle" Deutschlands als eines Schützers der europäischen Zivilisation. In der Zwischenzeit geht die Wiederaufrüstung der deutschen Streitkräfte heimlich vor sich, und in zwei Jahren wird Westdeutschland mehr Bodentruppen haben als die anderen Nato-Alliierten zusammengenommen."

Deshalb ist es höchste Zeit, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik sich über den Ernst der Situation Klarheit verschafft, damit der heraufkommenden Gefahr rechtzeitig begegnet werden kann. Es geht nicht mehr an, daß man sich spießbürgerlich von der Politik fern hält unter dem billigen Motto „Politik, ein garstig Lied". Wenn man sich um die Politik nicht kümmert, dann kommt die Politik auf den Menschen zu. Das sollte jeder doch noch aus der Vergangenheit wissen! Diesmal aber würde die Politik mit der Atombombe in der Hand kommen. Die Gefahr ist also groß. Die Welt darf nicht wieder durch uns Deutsche an den Rand eines Krieges, ja in einen Krieg selbst, getrieben werden. Die Abrüstungskonferenz in Genf und das Gipfeltreffen in Paris sind Möglichkeiten für Entspannung, Frieden und Koexistenz. Hierfür einen beispielhaften Beitrag zu leisten, ist unsere deutsche Aufgabe!

Dr. Erich Küchenhoff

„Staatsgefährdender Nachrichtendienst" und Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes

Die folgende Abhandlung ist zuerst unter dem Titel „Tatbestand und Praxis des § 92 StGB und das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes" in der Neuen Juristischen Wochenschrift (NJW) 1960 S. 221—226 (Heft 6) erschienen. Der Bitte um Veröffentlichung auch in der vorliegenden Zeitschrift komme ich um so lieber nach, als sie es mir ermöglicht, Mißverständnissen abzuhelfen, die offenbar dadurch entstanden sind, daß Fragen der Wiedervereinigung in Deutschland selbst juristisch nicht mehr unvoreingenommen diskutiert werden können.

Nach § 92 StGB[1]) wird mit Gefängnis, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft,

Hierunter fallen nach der ständigen Rechtsprechung des BGH in Strafsachen nicht nur konspirative Nachrichtensammler und nicht nur Sammler von Nachrich-

---

[1]) Die folgenden Ausführungen gehen von dem allgemein mit dem Kurzwort „staatsgefährdender Nachrichtendienst" bezeichneten Tatbestand des § 92 StGB aus. Entsprechend gelten sie auch für alle anderen Tatbestände des politischen Strafrechts, zu deren Tatbestandsmerkmalen „die Beeinträchtigung des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland" (vgl. sogleich im Text) gehört, insbesondere für die §§ 93 und 100 d Abs. 2 (für diesen auch in Verbindung mit Abs. 3 und 4 ebenda).

wer in der Absicht, den Bestand oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen, einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze[1a]) zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben oder eine solche Bestrebung zu fördern, für eine Dienststelle, eine Partei oder eine andere Vereinigung außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes, für eine verbotene Vereinigung oder für einen ihrer Mittelsmänner

über Verwaltungen, Dienststellen, Betriebe, Anlagen, Einrichtungen, Vereinigungen oder Personen, die sich im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes befinden, Nachrichten sammelt oder zu diesem Zwecke einen Nachrichtendienst betreibt, für eine solche Tätigkeit anwirbt oder sie unterstützt.

[1a]) § 88 StGB lautet:

„(1) Im Sinne dieses Abschnitts ist eine Handlung auf die Beeinträchtigung des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland gerichtet, wenn sie darauf hinzielt, die Bundesrepublik Deutschland ganz oder teilweise unter fremde Botmäßigkeit zu bringen, ihre Selbständigkeit sonst zu beseitigen oder einen Teil des Bundesgebietes loszulösen. Als Beeinträchtigung des Bestandes der Bundesrepublik Deutschland im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht die Teilnahme an einer Staatengemeinschaft oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung, auf die die Bundesrepublik Deutschland Hoheitsrechte überträgt oder zu deren Gunsten sie Hoheitsrechte beschränkt.

(2) Verfassungsgrundsätze im Sinne dieses Abschnitts sind

1. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer ,freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
2. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
3. das Recht auf die verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
4. die parlamentarische Verantwortlichkeit der Regierung,
5. die Unabhängigkeit der Gerichte,
6. der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft."

ten über geheime oder vertrauliche militärische und rüstungswirtschaftliche Tatsachen oder auch nur über allgemeine volkswirtschaftliche Sachverhalte, die zwar nicht „geheim" oder „vertraulich", aber doch der Öffentlichkeit weithin unbekannt sind. Es fallen darunter auch offene Sammler von „Nachrichten" über durch und durch offene und allgemein bekannte Sachverhalte wie z. B. die Höhe bestimmter Arbeitnehmerbezüge oder die Stimmung in der Bevölkerung zu bestimmten Sach- und Personalfragen. Erforderlich ist nur die am Anfang des Tatbestandes angeführte „Absicht".

So wurde z. B. ein Mitglied einer Betriebsgewerkschaftsleitung wegen Versuchs nach § 92 bestraft, weil es im Auftrag des FDGB mit Mitgliedern des Betriebsrats einer Firma in Frankfurt a. Main Gespräche über Atomrüstung und Wiedervereinigung führen wollte. Die Strafverfolgungsbehörde hat ferner ein staatsgefährdendes Nachrichtensammeln angenommen, als „ein FDGB-Vertreter sich über lohn- und arbeitsrechtliche Fragen (u. a. die Preise der Winterkartoffeln oder die Höhe des Weihnachtsgeldes) in der Bundesrepublik" informieren wollte[2]*). Korrespondenten von Presse und Rundfunk der DDR werden anscheinend nur deshalb nicht nach § 92 bestraft, weil man ihnen einen besonderen Rechtfertigungsgrund (Zulassung als Korrespondenten oder „Pressefreiheit") zubilligt.*

Nach dieser Rechtsprechung ist damit zu rechnen, daß auch die im Bundesgebiet ansässigen Gesprächsparter solcher Gesprächs-Reisender der Beihilfe zu deren Tätigkeit oder sogar selbst als Täter zumindest beschuldigt werden können und gegebenenfalls nur aus subjektiven Gründen straffrei bleiben. Dieser außerordentlich weitgefaßte Tatbestand und seine entsprechend weite Praxis ist bisher vor allem unter allgemeinen Gesichtspunkten eines rechtsstaatlich-„tatbestandssicheren" Strafrechts, insbesondere einer Abgrenzung des modernen Täterstrafrechts von einem totalitären Gesinnungsstrafrecht (Grenzen der Tatherrschaft!) angegriffen worden. So sehr dies auch berechtigt ist, so bedarf diese Kritik der Ergänzung unter einem spezielleren verfassungsrechtlichen Gesichtspunkt, der bisher allenfalls nur am Rande und nur knapp behandelt worden ist: dem Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes.

1. Es besteht eine enge Beziehung zwischen den Schutzobjekten des § 92 StGB und dem Wiedervereinigungsgebot des GG für den Fall solcher privater und öffentlicher Wiedervereinigungsbestrebungen, die nicht auf einen „Beitritt" der DDR zur Bundesrepublik und zum GG gemäß Art. 23 Satz 2 gerichtet sind, sondern auf eine neue Verfassunggebung ohne jede inhaltliche Bindung an das GG unter der einzigen Voraussetzung einer „freien Entscheidung des deutschen Volkes" gemäß Art. 146 Wiedervereinigungsbestrebungen in b e i d e n Richtungen befolgen und erfüllen den Aufruf im Schlußsatz der Präambel des GG[2]) an „das gesamte deutsche Volk ..., in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden"[3]). Daher sind die hier zu erörternden Wiedervereinigungsbestrebungen auf dem Wege des Art. 146 außer von diesem Schluß-Artikel des GG auch vom Schlußsatz seiner Präambel gedeckt. Wer auf diesem Wege die Wiedervereinigung erstrebt, erfüllt nach Gegenstand und Inhalt seiner Tätigkeit notwendige Tatbestandsmerkmale des § 92 StGB, ob ein spezieller „Plan" dies in seiner gängigen Kurzbezeichnung nun offen erkennen läßt oder

---

[2]) Vgl. Heinemann und Posser, NJW 59, 121 ff. (S. 125 zu Anm. 48).

[3]) Vgl. dazu die Auslegung und Bewertung des Schlußsatzes der Präambel und des Art. 146 in Leitsatz 1 und in den Gründen unter B III 2 des KPD-Urteils des BVerfGE in BVerfGE 5, 85 ff., (126—128) = NJW 56, 1393 ff.; zu den beiden Wegen, die das GG für eine Wiedervereinigung vorsieht, ferner: Friedrich Klein: „Bonner GG und Wiedervereinigung Deutschlands" in Jellinek-Gedächtnisschrift 1955 S. 119—140 sowie Friedrich Klein in von Mangoldt-Klein, „Das Bonner GG", 2. Aufl. Bd. I 1957 Anm. IV 1 und 2 zu Art. 23 S. 653/4.

nicht. Nicht nur „Konföderation", „Transföderation", „Gesamtdeutscher Ausschuß", „Gesamtdeutsche Gespräche", „Gesamtdeutscher parlamentarischer Rat", sondern auch „Wiedervereinigung durch einen vom Volke in einer Volksabstimmung zu ratifizierenden Friedensvertrag" und „freie Wahlen zu einer gesamtdeutschen verfassunggebenden Nationalversammlung" sind darauf gerichtet, „den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen", nämlich mindestens „ihre Selbständigkeit sonst zu beseitigen" im Sinne der Legaldefinition der Bestandsbeeinträchtigung in § 88 Abs. 1 Satz 1 StGB. Sie sind ferner auch darauf gerichtet, mit dem GG zugleich dessen „in § 88 bezeichnete Verfassungsgrundsätze zu beseitigen". Und um diese Absichten zu verwirklichen, ist es bei allen Planungen unumgänglich, mit „Dienststellen, Parteien oder anderen Vereinigungen" „außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs" des § 92, und zwar stets einschließlich der DDR, „Nachrichten" auszutauschen, ob man diesen Austausch nun als „technische Kontakte", „technische Vorbereitungen für ein gesamtdeutsches Wahlgesetz" oder „gesamtdeutsche Gespräche" bezeichnet.

a) In allen diesen Fällen besteht nicht etwa eine rechtliche Beschränkung auf „Gespräche" zwischen Staats- und Parteifunktionären, von denen sich die Partner aus der Bundesrepublik gegenüber § 92 womöglich mit Erfolg auf den besonderen Rechtfertigungsgrund einer „Amtspflicht" berufen würden. Vielmehr haben auch die Staatsbürger der Bundesrepublik als solche einen Anspruch, sich daran zu beteiligen. Sie haben diesen Anspruch nicht nur aus ihren negativen Grundrechten der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und der Vereinigungsfreiheit, sondern auch zur Verwirklichung ihrer aktiven Grundrechte des Petitionsrechts und des freien Wahlrechts. Aus allen diesen Grundrechten folgt in Verbindung mit der Beschränkung der politischen Parteien auf eine „M i t wirkung" an der politischen Willensbildung des Volkes gemäß Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG, daß Staats- und Parteifunktionäre kein Monopol auf aktive Wiedervereinigungsbestrebungen besitzen. In einer Lebensfrage der Gesamtnation wird man zu den vorstehend angeführten Grundrechten zum Schutze der politischen Willensbildung und Willensbetätigung des Volkes auch noch das Grundrecht zum Schutze der Gewissensfreiheit in Art. 4 Abs. 1 GG gesellen müssen. Von allen diesen Grundrechten her gewinnt die Verpflichtung[4]) jedes Staatsbürgers, gemäß dem Schlußsatz der Präambel für die Wiedervereinigung einzutreten, besonderes Gewicht und besondere Kraft.

b) Bei solchen „Gesprächen" „sammelt" der Gesprächspartner in der DDR direkt, sein Partner in der Bundesrepublik, soweit er seinerseits zur Vorbereitung seines Gesprächs in der Bundesrepublik „Nachrichten sammelt", indirekt, jedenfalls aber im Wege der Beihilfe tatbestandsmäßig „Nachrichten" „für eine Dienststelle . . . ," und zwar zumindest „Nachrichten . . . über . . . Personen im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes."

c) Besonders intensiv und umfangreich wird diese „An-sich"-Erfüllung des Tatbestands bei denjenigen Gruppen sein, nach deren Meinung eine Wiedervereinigung nur (noch) auf dem Wege eines langfristigen Zusammenwachsens der beiden deutschen Teile möglich erscheint, das in vielen Phasen unter behutsamem beiderseitigem Nachgeben auch auf vielen Ebenen „Gespräche" zwischen Bewohnern der Bundesrepublik und Bewohnern der DDR erfordert. Auch diese Mei-

---

[4]) Diese Verpflichtung entspricht der vom BVerfG, a.a.O. B III 2 Abs. 3 ausdrücklich „aus dem Vorspruch für alle politischen Staatsorgane der Bundesrepublik" abgeleiteten „Rechtspflicht . . . , die Einheit Deutschlands mit allen Kräften anzustreben, ihre Maßnahmen auf dieses Ziel auszurichten und die Tauglichkeit für dieses Ziel jeweils als einen Maßstab ihrer politischen Handlungen gelten zu lassen."

nung und ein ihr entsprechendes Handeln sind mit dem Wiedervereinigungsgebot des GG vereinbar, sofern damit nicht ein einseitiger „Anschluß" ohne freie Entscheidung des deutschen Volkes oder ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik als solcher vor und ganz unabhängig von der Wiedervereinigung angestrebt wird. Insoweit stehen auch diese Meinung und ein ihr gemäßes Handeln unter dem Schutze des verfassungsrechtlichen Wiedervereinigungsgebotes.

2. Dieses Wiedervereinigungsgebot geht als Verfassungsrechtssatz[5]) gemäß Art. 20 Abs. 3 GG dem Gesetzesrecht vor, mithin auch dem § 92 StGB (und verwandten Tatbeständen). Deshalb ist es von Verfassungs wegen nach § 92 StGB nicht strafbar, gemäß Art. 146 in Verbindung mit dem Präambel-Schlußsatz „den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen", und das GG einschließlich seiner Verfassungsgrundsätze im Sinne des § 88 Abs. 2 StGB zugunsten einer gesamtdeutschen „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossenen" Verfassung zu beseitigen. Denn mit deren Inkrafttreten ordnet das GG ja selbst in seinem letzten Art. 146 sein eigenes Außerkrafttreten an und schützt so mit Verfassungskraft — anders als wohl alle bisherigen Verfassungen derart ausführlichen Inhalts — eben nicht nur seinen eigenen Bestand bis zur Wiedervereinigung, sondern auch seine eigene Ablösung bei der Wiedervereinigung.

3. Dieser Vorrang des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes gegenüber § 92 StGB (und verwandten Tatbeständen) war dem Strafrechtsänderungsgesetzgeber v. 30. 8. 1951 anscheinend noch so selbstverständlich, daß er in § 88 Abs. 1 Satz 2 ausdrücklich als Ausnahme von dem Tatbestand der Bestandsbeeinträchtigung nur angab „die Teilnahme an einer Staatengemeinschaft oder einer zwischenstaatlichen Einrichtung, auf die die Bundesrepublik Deutschland Hoheitsrechte überträgt oder zu deren Gunsten sie Hoheitsrechte beschränkt", also nur ein Handeln im Sinne des Art. 24 GG, nicht dagegen ein Handeln im Sinne des Schlußsatzes der Präambel und des Art. 146 GG. Leider ist die Straflosigkeit von Wiedervereinigungsbestrebungen durch Handlungen, die „an sich" den Tatbestand des § 92 StGB erfüllen, heute nicht mehr allgemein selbstverständlich. Vielmehr muß befürchtet werden, daß künftig niemand mehr mit dem Einwand gehört wird, sein „an sich" tatbestandsmäßiges Handeln nach § 92 StGB sei von dem Wiedervereinigungsgebot des GG gedeckt.

4. Diese Befürchtungen sind deshalb angebracht, weil in letzter Zeit angesehene Wissenschaftler, politische Publizisten und auch Politiker mit einer Wiedervereinigungskonzeption hervorgetreten sind, die Mißverständnisse über den Inhalt des Wiedervereinigungsgebotes des GG entweder impliziert oder sogar ausdrücklich ausspricht. Von den einschlägigen Äußerungen seien hier diejenigen des bekannten Publizisten M a r t i n i als Beispiel[6]) angeführt, weil sie nicht nur be-

---

[5]) Zu dem Rechtscharakter des Präambel-Schlußsatzes als verfassungsrechtliche Auslegungsregel und als Grundlage von Rechtspflichten vgl. BVerfG, .a.aO. B III 2 Abs. 3 (vgl. auch die vorigen beiden Fußnoten); darüber, daß in dem Präambel-Schlußsatz „mehr als nur ein Programm enthalten" ist, vgl. auch von Mangoldt-Klein, a.a.O. Anm. XI 1 zur Präambel, S. 49.

[6]) Als weitere Beispiele seien genannt: Eschenburg: „Zweimal Deutschland, Freiheit der Zone durch Verzicht auf Wiedervereinigung?", „Die Zeit" v. 30. 1. 1959 S. 1; ders., „Die deutsche Frage, Die Verfassungsprobleme der Wiedervereinigung", München (Oldenbourg) 1959 (Forschungsinstitut der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik; 2. Aufl. auch „überreicht" durch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen); Schuster (Assistent von Eschenburg): „Die Schein-Konföderation als Nahziel der sowjetischen Deutschlandpolitik, Die aktuellen Probleme eines deutschen Staatenbundes", „Europa-Archiv" v. 20. 6.

sonders krasse Mißverständnisse offen aussprechen, sondern sogar ausdrücklich die Bedeutung der bisherigen Rechtsprechung in politischen Strafsachen für das Verständnis des Wiedervereinigungsgebotes des GG betonen. Martini hat unter dem Titel „Einheit oder Freiheit?" in einer Monatsschrift, die mit besonderem Nachdruck die Politik der Bundesregierung vertritt, die Meinung propagiert[7]) und sie gegen verfassungsrechtliche Klarstellungen verteidigt[8]), die Rechtsprechung des BGH in Hochverrats- und Landesverrats-Sachen (offensichtlich einschließlich von Staatsgefährdung und Verfassungsverrat) wirkten de facto der „Theorie" entgegen, die Bundesrepublik sei nur ein Provisorium; überdies wür-

---

1959 S. 349—368; Rapp (Bonner Redakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung) im Schlußkapitel seines Buches „Bonn auf der Waage", auszugsweise abgedruckt in FAZ v. 26. 9. 1959 S. 2 unter der Überschrift „Die neue Dolchstoßlegende"; Franzel: „Ein Tabu zerbricht", „Deutsche Tagespost" (Offiziöses Organ der Kreise um die sogenannte Abendländische Akademie) v. 6./7. 2. 1959 S. 1 unter ausdrücklicher Berufung auf einen einschlägigen Rundfunk-Kommentar von Martini im Bayer. Rundfunk am 30. 1. 1959; schließlich zahlreiche Beiträge der verantwortlichen Redakteure des einflußreichen „Rheinischen Merkur". — Schuster beruft sich in seinem umfassenden Beitrag, der anscheinend aus der Sicht eines Politologen geschrieben sein soll, auf folgende weitere Autoren und deren folgende von ihm nach seiner Darstellung sinngemäß oder wörtlich wiedergegebene Ausführungen: 1. „Die Bundesrepublik betrachtet sich rechtlich als die derzeitige Erscheinungsform des 1867 als Norddeutscher Bund gegründeten, 1871 durch den Beitritt der 4 süddeutschen Staaten zum Deutschen Reich erweiterten, 1918 auf revolutionärem Wege von einer Monarchie in eine Republik umgewandelten, seit 1933 in einen nationalsozialistischen Führerstaat übergeführten und auch durch die Ereignisse des Jahres 1945 nicht untergegangenen deutschen Staates" (S. 351 im Text zu Anm. 8; unter Berufung auf „die umfassende Untersuchung von Klaus Vocke, ‚Deutschlands Rechtslage im Spiegel der Lehre und Praxis', Diss. Würzburg 1957, Teilabdruck in ‚Europa-Archiv' 19/1957, Seiten 10 199 ff." [S. 365 Anm. 8]); die jedoch in gründlicher und ausgewogener Darstellung zu ganz anderen und teilweise entgegengesetzten Ergebnissen kommt, als ihr mit Schusters Zitat unterschoben werden; 2. „Die Wiedervereinigung ist aus dieser Sicht auf der Ebene des Völkerrechts ein Anschluß, ..." (S. 351, unmittelbar anschließend an das vorige Zitat im Text zu Anm. 9; sinngemäß nach einem Vortrag des damaligen Staatssekretärs Hallstein am 11. 4. 1957 in Bad Segeberg, aus dem Schuster „nach dem vom Tonband abgenommenen Manuskript" insbesondere die folgenden Ausführungen wörtlich zitiert: „... juristisch und politisch ist die Hereinnahme der Sowjetzone nichts anderes als das letzte Viertel desselben Vorganges, der einmal durch die Zusammenfassung von drei anderen Besatzungszonen zur Herstellung der Bundesrepublik geführt hat" und „... Herstellung der Einheit Deutschlands, d. h. die Einbeziehung der Sowjetischen Zone ..." [S. 365/66 Anm. 9]); 3. „In letzter Zeit wird immer häufiger erwogen, ob nicht die Frage nach der Freiheit von dem Problem der Einheit zweckmäßigerweise getrennt werden sollte" (S. 358/59 unter der Überschrift „Die Trennung von Einheit und Freiheit als Lösung?"; sinngemäß unter Berufung auf wörtlich und sinngemäß wiedergegebene Ausführungen von [in dieser Reihenfolge] Bundesverteidigungsminister Strauß und Bundeskanzler Adenauer im Deutschen Bundestag am 20. 3. 1958 und von Adenauer am 25. 3. 1958 [beides S. 358 im Text zu Anm. 50 und 51 und in diesen Anmerkungen S. 368]; weiter unter Berufung darauf, daß „namhafte Politiker und Publizisten ... diese Gedankengänge weiter ausgesponnen ... haben" [S. 358 im Text zu Anm. 52 und in dieser Anmerkung S. 368, mit Berufung auf „z. B. Franz Böhm" (gemeint ist sein Aufsatz ‚Sowjetkonzern und Wiedervereinigung" in FAZ v. 21. 3. 1959 S. 2, vgl. Schusters Anm. 32 S. 367), „Eschenburg, ‚Zweimal Deutschland' in: Die Zeit, 14. Jahrg. Nr. 5, 30. 1. 1959, S. 1; Paul Wilhelm Wenger, ‚Wer gewinnt Deutschland?', Stuttgart 1959, insbes. S. 353; Peter Dürrenmatt, ‚Die Zweiteilung und Wiedervereinigung Deutschlands im weltpolitischen Zusammenhang' in: Mitteilungsblatt des Königsteiner Kreises, Jahrg. 1958, Nr. 12 (Dezember)"]).

[7]) „Die politische Meinung" Heft 34, März 1959, S. 42—50, S. 44 oben bzw. S. 45 unten.

[8]) Heft 36, Mai 1959, S. 91/92.

den „unter dem Aspekt, daß die Bundesrepublik nur ein Provisorium sei", Hochverrat und Landesverrat „das Pathos der Niedertracht" verlieren; „der Anspruch auf Wiedervereinigung" sei „der Anspruch der Bundesrepublik, ihre Herrschaft auf das Gebiet der Zone auszudehnen". Diese Ausführungen von Martini entsprechen mindestens in ihrer Theorie der Wiedervereinigung nur durch „Anschluß" dem Reden und Handeln von Wissenschaftlern, Politikern und Publizisten, welche die Bundesrepublik zum einzigen deutschen Staat oder zum „deutschen Kernstaat" mit (anscheinend nichtstaatlich organisierter) mitteldeutscher Irredenta proklamieren)[9]). Sie entsprechen auch der Identifizierung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Deutschen Reich durch die sogenannten Identitäts-, oder Kontinuitäts- oder Bürgerkriegstheorien über das Verhältnis des fortbestehenden Deutschen Reiches zur Bundesrepublik Deutschland und zur DDR —,[10]) Theorien,

---

[9]) Vgl. insbesondere die oben Anm. 6 angeführten Autoren.

[10]) Vgl. dazu neuestens Freiherr Marschall von Bieberstein: „Zum Problem der völkerrechtlichen Anerkennung der beiden deutschen Regierungen, Ein Beitrag zur Diskussion über die Rechtslage Deutschlands", Schriften zum Öffentlichen Recht, Bd. 3, Berlin (Duncker & Humblot) 1959 (hervorgegangen aus Freiburger Diss. vom Frühjahr 1958). — Freiherr Marschall von Bieberstein entscheidet sich dafür, daß von den Theorien „über die Rechtslage Deutschlands" heute nur noch eine spezielle erst von ihm entwickelte als Bürgerkriegstheorie zu verstehende Identitätstheorie mit (im Unterschied zu den sonstigen Identitäts-, Kontinuitäts- und Bürgerkriegstheorien) Identifizierung nicht von Bundesrepublik und Deutschem Reich und auch nicht von Reichsgebiet und Geltungsbereich des Grundgesetzes, sondern nur von Bundesregierung und Reichsregierung ohne Staatseigenschaft von DDR u n d Bundesrepublik (S. 127—131) richtig sei. Daß nur diese, seine Theorie, und nicht die sog. Dachtheorien (Bundesrepublik und DDR zwei Teilstaaten oder Teilordnungen [daher auch Teilordnungstheorien] unter dem fortbestehenden „Dach" des Deutschen Reiches) zutreffen, leitet er an mehreren Stellen (z. B. S. 124 zu Anm. 215 und 216, S. 125 in Anm. 216 vorletzter Absatz, S. 152 im Text zu Anm. 329, S. 160/1 Ziff. 7 und 8, S. 161 zu und in Anm. 368 i. V. m. S. 162/3) ausdrücklich und entscheidend aus der „Staatenpraxis" ab. Daran ändern auch die vielen Vorbehalte und Widersprüche nichts, welche diese Entscheidung und Ableitung nicht gerade sehr deutlich erkennbar machen (besonders kraß zwischen den Aussagen S. 83 in Anm. 57 Abs. 3 Satz 1, „es erscheine richtiger, von einer rechtlichen ‚Mehrlösbarkeit' dieser Frage zu sprechen" und S. 161 am Anfang des vorletzten Absatzes: Man müsse darauf verzichten, „von der ausschließlichen ‚Richtigkeit' einer einzigen staats- und völkerrechtlichen Auffassung auszugehen und gleichzeitig die Unhaltbarkeit aller entgegenstehenden Ansichten beweisen zu wollen", einerseits und der Aussage S. 162/3: „Der augenblicklichen Situation in Deutschland wird vielmehr n u r die Konzeption einer bürgerkriegsähnlichen Situation gerecht, die es ermöglicht, die vom Völkerrecht entwickelten Rechtssätze über den völkerrechtlichen Aufstand ... analog auf die deutschen Verhältnisse anzuwenden", andererseits). Hier ist neben der sachlichen Unrichtigkeit (vgl. im Text) auch der Selbstwiderspruch anzumerken, daß die Staatenpraxis eine Theorie angenommen haben soll, die Freiherr Marschall von Bieberstein erst gleichzeitig mit dieser seiner Behauptung im selben Werk und ganz allein entwickelt hat. Selbst wenn Freiherr Marschall von Bieberstein in diesem Selbstwiderspruch als „von der Staatenpraxis gebilligt" nicht seine eigene spezielle Identitäts-Bürgerkriegstheorie, sondern die bisherigen von ihm abgelehnten Identitäts-, Kontinuitäts- oder Bürgerkriegstheorien mit ihrer (trotz der vielen Unklarheiten und Widersprüche doch mindestens in ihnen implizierten) Identifizierung von Bundesrepublik und Deutschem Reich oder (und) von Reichsgebiet und Geltungsbereich des Grundgesetzes meinen sollte, so sind diese Theorien zwar in der Tat von der Bundesregierung und von der übrigen westlichen Staatenpraxis, den Mehrheitsfraktionen des Bundestages und anscheinend auch von weiten Kreisen der parlamentarischen Opposition angenommen worden; diese Staatenpraxis ist aber nicht d i e Staatenpraxis schlechthin und selbst Staaten außerhalb des Ostblocks haben auch bei Unterlassen einer formalen Anerkennung der DDR mit dieser doch Handelsbeziehungen (teilweise sogar „auf Regierungsebene") aufgenommen,

die gelegentlich sogar damit begründet worden sind, daß es sich bei ihnen auch um „Kampfthesen" handele.

5. Gleichwohl sind alle diese Auffassungen und Theorien mit dem Wiedervereinigungsgebot des GG nicht vereinbar. Denn einmal bedingen Provisoriums- (Transitoriums-) Charakter und Wiedervereinigungsgebot des GG einander. Zum anderen reduzieren jene Auffassungen und Theorien entgegen der Doppelspurigkeit des Wiedervereinigungsgebotes die Wiedervereinigung auf den „Beitritt" der DDR gemäß Art. 23 Satz 2 GG oder sie verlangen gar einen nicht einmal von dieser Vorschrift gedeckten einseitigen „Anschluß". Beides wäre nur zulässig, wenn die zur verfassungsrechtlichen Rechtfertigung jener Auffassungen und Theorien häufig zitierte politische These verfassungsrechtlich haltbar wäre, daß „die Bundesrepublik stellvertretend für ganz Deutschland steht und spricht" [11]). Dies ist jedoch nicht der Fall. Zwar heißt es in Satz 2 der Präambel des GG, aus dem fast durchweg versucht wird, jene These verfassungsrechtlich zu begründen, daß der Grundgesetzgeber „auch für

---

eine Staatenpraxis, die von der Anerkennung der bisherigen Identitäts-, Kontinuitäts- oder Bürgerkriegstheorien deshalb weit entfernt ist, weil nach diesen Theorien die DDR überhaupt keine rechtliche Existenz als Staat besitzt, also auch nicht Partner zwischenstaatlicher Handelsbeziehungen sein kann. Auch Freiherr Marschall von Biebersteins Bewertung der DDR-Regierung als „aufständische Regierung" (S. 128 Abs. 3 und im Text hinter Anm. 224, S. 162/3 im Text zu Anm. 375) enthält neben ihrer sachlichen Unrichtigkeit einen Selbstwiderspruch insofern, als das Objekt des „Aufstandes" gerade nach seiner eigenen speziellen Identitäts-Bürgerkriegstheorie nicht ersichtlich ist. Ein Aufstand gegen das Grundgesetz kommt gerade nach dieser Theorie nicht in Betracht, weil nach ihr das Grundgesetz nur in der Bundesrepublik gilt. Ein Aufstand gegen die Zwischenverfassung des Kontrollrats und der Militärbefehlshaber kann er auch nicht meinen, da er selbst vom Zusammenbruch dieser Zwischenverfassung ausgeht. Einen Aufstand gegen die noch weiter zurückliegenden Verfassungen des Dritten Reiches oder der Weimarer Republik wird und kann er ebenfalls nicht meinen. Die Hypothese Freiherr Marschall von Biebersteins wird also von seinen eigenen juristischen Voraussetzungen widerlegt und erweist sich damit in seiner Deduktion als rein politische These, und zwar eine politische These mit den gefährlichsten juristischen und politischen Konsequenzen, indem nach traditioneller Auffassung im Staats- und Völkerrecht die gewaltsame Beseitigung einer aufständischen Regierung nicht nur erlaubt sondern sogar geboten ist (vgl. etwa Art. 2 Abs. 2 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 10. Dezember 1948, wonach eine Tötung, die nach Abs. 1 nur in der Form der „Vollstreckung eines Todesurteils, das von einem Gericht im Falle eines mit der Todesstrafe bedrohten Verbrechens ausgesprochen worden ist", zulässig ist, „nicht als Verletzung dieses Artikels betrachtet ... wird, wenn sie sich aus einer unbedingt erforderlichen Gewaltanwendung ergibt: ... c) um im Rahmen der Gesetze einen Aufruhr oder einen Aufstand zu unterdrücken."!) Man darf nur hoffen, daß die Bundesregierung der Auffassung Freiherr Marschall von Biebersteins nicht auch in dieser Konsequenz folgt, obwohl Hans H. Mahnke in seiner Besprechung des Werkes von Freiherr Marschall von Bieberstein in der Deutschen Zeitung mit Wirtschaftszeitung Nr. 19 vom 23./24. 1. 1960 S. 5 abschließend sagt: „Es stellt zum ersten Male den offiziellen Standpunkt der Bundesregierung auf eine überzeugende Rechtsgrundlage." Auch in der Geschichte der deutschen Spaltung finden Freiherr Marschall von Biebersteins Thesen keine Stütze. Denn diese begann bekanntlich mit dem Widerspruch der Franzosen gegen die Errichtung der in Abschnitt III a Ziff. 9 Abs. IV des Potsdamer Abkommens vorgesehenen gesamtdeutschen Staatssekretariate. Auch die westlichen Berichte über die weiterhin entscheidende Londoner Außenministerkonferenz vom November/Dezember 1947 weisen die Entstehung der beiden deutschen Teilstaaten klar als eine Dismembration und nicht als eine Separation der DDR aus.

[11]) So z. B. Rapp, a.a.O.

jene Deutschen gehandelt" hat, „denen mitzuwirken versagt war". Dieser Satz vermag jedoch jene These selbst dann verfassungsrechtlich nicht zu begründen, wenn man nur seinen Inhalt untersucht und die Problematik seiner rechtlichen Wirkungskraft[11a]) außer Betracht läßt. Entsprechendes gilt von der Formel „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden" im Präambel-Schlußsatz für sich und in Verbindung mit Satz 2.

a) Im Zusammenhang der Präambel bezieht sich ihr Satz 2 nur auf den Beschluß über das Grundgesetz, nicht dagegen auf „die Bundesrepublik" als die inhaltliche, organisatorische und personelle Verfassungswirklichkeit im Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Das GG selbst nennt sich in Satz 1 der Präambel eine Ordnung des staatlichen Lebens für eine Übergangszeit und eröffnet zwei alternative Wege zur Wiedervereinigung: Beitritt anderer Teile gemäß Art. 23 Satz 2 oder Inkrafttreten einer neuen Verfassung, „die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist", gemäß Art. 146. Für beide alternative Wege, nicht nur für den Weg des Beitrittes, gilt die Aufforderung des letzten Präambel-Satzes an „das gesamte deutsche Volk ..., in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." Das GG selbst kennt demnach kein Monopol für eine Wiedervereinigung im Wege des Beitritts anderer Teile gemäß Art. 23 Satz 2, sondern läßt gemäß Art. 146 eine Wiedervereinigung ohne jede Bindung an den Inhalt des GG unter der einzigen Voraussetzung zu, daß eine neue Verfassung „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist". Eine Wiedervereinigung im Wege des einseitigen „Anschlusses", wie er etwa von Martini als „Anspruch der Bundesrepublik, ihre Herrschaft auf das Gebiet der Zone auszudehnen", definiert wird[12]), ist dem GG nicht nur unbekannt, sondern wird von ihm sogar ausgeschlossen.

Zunächst ist der Beitritt andrer Teile Deutschlands gemäß Art. 23 Satz 2 etwas ganz anderes als ein solcher einseitiger „Anschluß". Denn dieser Beitritt ist freiwillig, geht von dem beitretenden Teil aus und setzt damit formal nach allgemeiner Meinung nur eine einseitige Erklärung des beitretenden Teiles voraus. Der Schlußsatz der Präambel mit seiner Aufforderung an „das gesamte deutsche Volk ..., in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden", hat hier nur die Funktion, den aufnehmenden Teil zur Aufnahme des beitretenden Teils anzuhalten. Demgemäß könnte man auch an eine zweiseitige Abmachung zwischen dem beitretenden Teil und der Bundesrepublik denken. Dagegen schließt Art. 23 Satz 2 für sich und i. V. m. dem Präambel-Schlußsatz einen einseitigen Anspruch der Bundesrepublik auf Herrschaftsausdehnung absolut aus.

11a) In der Fachliteratur wird eine rechtliche Wirkungskraft dieses Satzes 2 der Präambel überwigend verneint, vgl. etwa Andreas Hamann, „Das Grundgesetz", Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis, Berlin, Neuwied, Darmstadt [Luchterhand] 1956 Anm. C 6 zur Präambel S. 64: „Der Satz, daß das Volk der Bundesrepublik auch für ‚jene Deutschen gehandelt hat, denen mitzuwirken versagt war', hat nur politische, nicht rechtliche Bedeutung, jedenfalls nicht in dem Sinne, daß damit ein Anspruch auf Geltung des GG im gesamtdeutschen Raume erhoben würde; das verbietet sich durch Art. 23, 146."; Theodor Maunz, „Deutsches Staatsrecht" 9. Aufl. München und Berlin [Beck] 1959 S. 44 Abs. 2: „Wie freilich die Schwierigkeit gelöst wird, daß sich das Bonner GG auch auf den Osten, die Verfassung der DDR auch auf den Westen erstrecken will, kann nur durch das politische Geschehen der Zukunft entschieden werden; der Vorspruch des GG kann keine Lösung anbieten."; bei v. Mangoldt-Klein Anm. X zur Präambel, S. 48 wird Satz 2 schlicht als „diese Fiktion" bezeichnet.

12) Vgl. oben Ziffer 4 im Text zwischen Anm. 8 und 9.

Zu demselben Ergebnis führt die Auslegung des Art. 146. Ein einseitiger „Anschluß" in dem dargelegten Sinne kann niemals die von dieser Vorschrift für die Wiedervereinigung geforderte Voraussetzung einer Verfassunggebung „von dem deutschen Volke in freier Entscheidung" erfüllen. Die Formulierung „von dem deutschen Volke" weist mit ihrem bestimmten Artikel und durch das Fehlen jeder Einschränkung genau wie die Formulierung „das gesamte deutsche Volk" im Präambel-Schlußsatz auf alle entscheidungsfähigen Deutschen hin und unterscheidet diese damit klar von „dem deutschen Volk in den Ländern ..." (der Bundesrepublik) des ersten Satzes der Präambel des GG. Art. 146 verlangt damit ebenso wie der Präambel-Schlußsatz eine Tätigkeit in unmittelbarer Entscheidung aller Deutschen oder kraft unmittelbarer Wahl durch alle Deutschen. Ein einseitiger „Anschluß" könnte dieses Erfordernis nicht erfüllen. Denn dabei würden nicht alle Deutschen unmittelbar in freier Selbstbestimmung mitwirken: die „Angeschlossenen" könnten allenfalls „ja" oder „nein" zu Tatsachen sagen, die bereits von außen her vollendet sind, besäßen aber kein eigenes Gestaltungsrecht.

Demnach ist die aus Satz 2 der Präambel gezogene Folgerung, daß „die Bundesrepublik stellvertretend für ganz Deutschland steht und spricht", schon deshalb nicht haltbar, weil ihr der Inhalt des GG widerspricht, auf den eben sich der in Satz 2 der Präambel allein angesprochene Grundgesetz-Beschluß bezieht.

b) Dies wird dadurch bekräftigt, daß der Verfassunggeber des GG nicht mit dem „gesamten deutschen Volk" bzw. „dem deutschen Volke" identisch ist, an welches der Schlußsatz der Präambel und Art. 146 das Wiedervereinigungsgebot richten. Verfassunggeber des GG, der nach Satz 2 der Präambel beim Beschluß über das GG „auch für jene Deutschen gehandelt" hat, „denen mitzuwirken versagt war", ist nicht „das deutsche Volk" oder „das gesamte deutsche Volk", sondern nur „das deutsche Volk in den Ländern ..." (der Bundesrepublik). Würde dieser Teil des deutschen Volkes über das stellvertretende Handeln bei der Beschlußfassung über das GG hinaus auch bei der Wiedervereinigung den Platz „des gesamten deutschen Volkes" einnehmen wollen, so wäre dies auch mit der Unterschiedlichkeit der Subjekte in Satz 2 und in dem Schlußsatz der Präambel nicht vereinbar, von den im vorvorigen Absatz dargelegten besonderen Voraussetzungen des Art. 146 ganz abgesehen.

c) Zur Unterstützung der politischen These, „daß die Bundesrepublik stellvertretend für ganz Deutschland steht und spricht", und der mit ihr untrennbar verbundenen Reduzierung der Wiedervereinigung auf „Beitritt" oder gar auf „Anschluß" der DDR wird häufig auch als angebliches verfassungsrechtliches Gebot des Grundgesetzes hingestellt, daß die Wiedervereinigung nur als „Wiedervereinigung in Freiheit", also „nur unter Weitergeltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes" zulässig sei. Ein solches verfassungsrechtliches Gebot besteht jedoch nicht. Vielmehr ist nach allgemeiner Meinung im wissenschaftlichen Schrifttum die gesamtdeutsche Verfassung des Art. 146 GG von jeder inhaltlichen Bindung an das Grundgesetz frei.

Das Gegenteil ergibt sich nicht etwa aus der Formel „die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden" im Präambel-Schlußsatz. Wenn es bisher auch an einer näheren juristischen Interpretation dieser Formel zu fehlen scheint, so muß doch aus der allgemeinen Meinung, daß der gesamtdeutsche Verfassunggeber im Sinne des Art. 146 GG „an den formellen und materiellen Inhalt des Grundgesetzes nicht gebunden" ist[12a]), geschlossen werden, daß die beiden Worte

[12a]) Vgl. Friedrich Klein, Jellinek-Gedächtnisschrift S. 130 im Text zu Anm. 44—46 und S. 128 Abs. 3, jeweils mit Berufung auf weitere Literatur und Rechtsprechung.

„und Freiheit" hier keine inhaltliche Vorwegnahme der gesamtdeutschen Verfassung, sondern nur eine Absage an besatzungsrechtliche Auflagen und Einwirkungen enthalten sollten, wie sie das Grundgesetz bekanntlich wesentlich beeinflußten[12b]), und daß die „Vollendung der Freiheit" auch auf das Wiedererringen der Souveränität bezogen ist.

Eine inhaltliche Bindung der gesamtdeutschen Verfassung an inhaltliche Vorschriften des Grundgesetzes ergibt sich ferner aus dem Begriff „frei" in den Formulierungen „freie Selbstbestimmung" des Präambel-Schlußsatzes und „freie Entscheidung des deutschen Volkes" in Art. 146. Diese beiden Formulierungen betreffen nicht den Inhalt der gesamtdeutschen Verfassung, sondern nur das Verfahren ihres Zustandekommens. Insoweit sind diese Formulierungen allerdings nach den Vorstellungen des Grundgesetzes von „Freiheit" einer Wahlhandlung oder einer Abstimmungshandlung zu interpretieren. Insbesondere ist der Begriff „frei" in jenen beiden Formulierungen von Präambel-Schlußsatz und Art. 146 den Grundsätzen der „freien Wahl" im Sinne des Art. 38 I 1 GG unterworfen. Damit ist für das Verfahren der Wiedervereinigung sowohl eine den freien politischen Wettstreit der nun einmal vorhandenen heterogenen politischen und ideologischen Interessen und Kräfte ausschließende staatlich verordnete Einheitsliste als auch jede Wahlpropaganda unzulässig, die darauf ausgeht, auch noch das Mindestmaß staatsbürgerlicher ratio, auf dem die demokratischen Wahlrechtsgrundsätze aufbauen, aus der Wahlentscheidung auszuschalten[12c]). „Frei" ist eine „Selbstbestimmung" oder „Entscheidung" des Volkes weder unter offenem Terror noch unter dem Einfluß eines Appells an obrigkeitlich verursachte oder gelenkte emotionale und damit a-politische Affekte noch unter systematischer Verkürzung der Information über die zur Entscheidung stehenden Fragen und Probleme.

Die so verstandenen Formeln „freie Selbstbestimmung" im Präambel-Schlußsatz und „freie Entscheidung" in Art. 146 betreffen schließlich nur die Entscheidung über die künftige gesamtdeutsche Verfassung als solche; weder umfassen sie die sogenannte außenpolitische Entscheidungsfreiheit noch gebieten sie für ihre Verwirklichung einen absoluten Zeitpunkt im Ablauf des gesamten Wiedervereinigungsverfahrens.

Die sogenannte außenpolitische Entscheidungsfreiheit des wiedervereinigten Deutschland ist keine Frage der gesamtdeutschen Verfassung, sondern eine Frage der Souveränität. Die Souveränität aber ist in beiden deutschen Teilstaaten und damit auch für die Wiedervereinigung und für das wiedervereinigte Deutschland schon von der dem Grundgesetz und der DDR-Verfassung vorgegebenen[12d]) Kriegs- und Besatzungsrechtslage her keine absolute. Die Bundesrepublik hat überdies durch Art. 24 I GG und seine lebhafte Praxis ausdrücklich einer absoluten Souveränität abgesagt.

Dem Zeitpunkt der „freien Selbstbestimmung" bzw. der „freien Entscheidung" im gesamten Wiedervereinigungsverfahren ist von dem Inhalt des Begriffs „frei" in den beiden Formulierungen „freie Selbstbestimmung" und „freie Entscheidung des deutschen Volkes" nur insoweit ein Rahmen gesteckt, als bis zu diesem Zeitpunkt der Inhalt der Verfassung nicht etwa schon so weitgehend von anderer Seite vorentschieden sein darf, daß „das

---

[12b]) Vgl. ebenda S. 130 im Text zu Anm. 45 und 46 sowie Helmut K. J. Ridder, „Vom Grund des Grundgesetzes", Juristenzeitung 1958 S. 322—324.

[12c]) V. Mangoldt-Klein Anm. III 2 e Abs. 1 a. E. zu Art. 38, S. 881.

[12d]) Vgl. Ridder a.a.O.

(gesamt)deutsche Volk" in seiner „freien Entscheidung" gar nichts Wesentliches mehr zu entscheiden hat.

d) Führt somit die Auslegung des GG nach Wortlaut und systematischem Zusammenhang zur Unhaltbarkeit einer verfassungsrechtlich gemeinten These, daß „die Bundesrepublik für ganz Deutschland steht und spricht", so führt auch eine Auslegung nach dem Sinn und Zweck des GG als einer freiheitlich-demokratischen Verfassung nicht zu einem anderen, sondern gerade zu demselben Ergebnis. Denn es wäre eine undemokratische „U s u r p a t i o n", 17 bis 18 Millionen Unbeteiligte und Ungefragte außer für das Grundgesetz in seiner Vorläufigkeit und mit seinem eben an „das gesamte deutsche Volk" gerichteten Wiedervereinigungsgebot noch für die ganze Verfassungswirklichkeit oder gar für die jeweilige Regierungsmehrheit und ihre Regierungspolitik in der Bundesrepublik in Anspruch zu nehmen. Ein solcher Anspruch ist rechtlich auch nicht etwa aus der innerdeutschen Bevölkerungsbewegung von Ost nach West zu rechtfertigen. Denn ganz sicher gilt diese innerdeutsche Bevölkerungsbewegung von Ost nach West, auch soweit sie wirklich von dem Gefälle in der formalen staatsbürgerlichen Freiheit und ihren organisatorischen Sicherungen verursacht ist, nicht ohne weiteres der ganzen Verfassungswirklichkeit oder gar einer bestimmten Regierungspolitik in der Bundesrepublik. Wer aus der innerdeutschen Bevölkerungsbewegung von Ost nach West jene Inanspruchnahme ableitet, müßte überdies folgerichtig gleichzeitig aus Verbleib und Rückkehr anderer gegenteilige Folgerungen ziehen. Vor allem aber ist es der klare Sinn und Zweck des Wiedervereinigungsgebots des GG, insbesondere seines Art. 146, dem ganzen deutschen Volke die freie Selbstbestimmung gerade unabhängig von jeder Art fremdbestimmter „vollendeter Tatsachen" offenzuhalten. Die „freie Entscheidung", von der Art. 146 spricht, und die „freie Selbstbestimmung", zu der der Schlußsatz der Präambel „das gesamte deutsche Volk" auffordert, stehen und sprechen nicht nur gegen die Einflußnahmen der damaligen Besatzungsmächte, sondern auch gegen jede Politik vollendeter Tatsachen seitens deutscher Gruppen und Gruppierungen, mögen diese nun in mehr oder weniger enger Verflechtung mit ausländischen Gruppen und Gruppierungen zusammenhängen oder nicht.

e) Wer die Wiedervereinigungspolitik in Deutschland auf die „Maximalforderung" des einseitigen „Anschlusses" in dem früher dargelegten Sinn beschränkt, verletzt damit in substantiell gleicher Weise das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes wie diejenigen, welche die von ihnen auch noch als solche bezeichnete „Wiedervereinigungs"politik von vornherein, unmittelbar und ausschließlich auf das Erhalten des kleineuropäisch verflochtenen Rumpfdeutschlands, der Bundesrepublik minimalisieren. Der Maximalismus: Wiedervereinigung nur durch einseitigen „Anschluß" und der Minimalismus: „Wiedervereinigung" nur durch Erhalten der kleineuropäisch verflochtenen Bundesrepublik nehmen als Entwicklungstendenzen stetig zu. Beide finden ideologisch und politisch vielfältigst gestimmte Resonanz bis in durchaus einflußreiche Kreise[13]). Beide können aber unter den heute und wohl auf immer gegebenen äußeren Bedingungen, welche für jede juristische Betrachtung als rechtserhebliche Tatsachen von Bedeutung sind, nur noch zur Verewigung des rumpfdeutsch-bundesrepublikanischen Status quo, zum Hinaufsteigern von Bundesrepublik und GG zu endgültigen Größen und zu einer Wiedervereinigung nur im Wege ultimativer Drohung mit militärischer Gewalt und schließlich des Einsatzes derselben führen[14]). Beides verstößt gegen das

---

[13]) Vgl. auch hierzu die oben zu und in Anm. 6, 7 und 10 angeführten Äußerungen.

[14]) Darauf hinzuweisen besteht hier um so mehr Anlaß, als für den letzteren „Weg zur Wiedervereinigung" nicht nur Außenseiter ohne Anhang und Einfluß eintreten. Das zei-

Wiedervereinigungsgebot, der Weg der gewaltsamen Wiedervereinigung zudem gegen Völkerrecht sowie gegen Art. 25 und 26 I GG. Nicht, wer die Wiedervereinigungspolitik im Wege und Sinne des Art. 146 betreibt, sondern wer sie schlechthin auf das „Erhalten des Kernstaates Bundesrepublik" minimalisiert oder auf den einseitigen Anschluß in dem dargelegten Sinne maximalisiert, vergeht sich daher gegen Staat und Verfassung.

6. Noch bedenklicher als die bisher behandelten zwar einflußreichen, aber immerhin noch der Verbindlichkeit staatlicher Hoheitsakte ermangelnden Äußerungen und Entwicklungstendenzen ist es, daß der BGH in einer Entscheidung v. 28. 7. 1955[15]) zu der dem § 92 StGB verwandten Vorschrift des § 90 a StGB gegen Vereinigungen, „deren Zweck oder deren Tätigkeit sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung ... richtet", ausgeführt hat, es sei unerheblich, ob die etwa geplante Verwirklichung einer Verfassungsänderung alsbald oder später — z. B. „erst nach der Wiedervereinigung" ins Auge gefaßt wird. Denn dieser Satz bedeutet klar eine verfassungswidrige Reduzierung der Wiedervereinigung auf den „Beitritt" gemäß Art. 23 Satz 2, wenn nicht gar auf einen nicht einmal von dieser Vorschrift gedeckten einseitigen „Anschluß".

---

gen besonders deutlich die Vorgänge und Hintergründe um das Auftreten von William S. Schlamm, dessen Thesen der obigen Formulierung einer gewaltsamen Wiedervereinigungspolitik zugrundegelegt wurden. Diese Thesen laufen letztlich auf die gegen Völkerrecht und Verfassungsrecht (Art. 25 u. 26 I GG) verstoßende Forderung nach einem Angriffskrieg zur Befreiung des Ostraums unter Inkaufnahme von 600—700 Millionen Toten hinaus, die Schlamm in der öffentlichen Diskussion der letzten Monate daher völlig zu Recht zugeschrieben wurde. Dies bestätigt nicht nur der Verlauf der Veranstaltung in Münster am 14. 12. 1959 (vgl. die Meldungen in FAZ vom 11. u. 14. 1. 1960 S. 3) sondern auch Schlamms diesbezügliches Dementi (FAZ v. 20. 1. 1960 S. 4, Westf. Nachrichten v. 20. 1. 1960 S. 2; vgl. dazu die dpa-Meldung über die Erklärung des LTAbg. Herzberg in Westdt. Tagebl. v. 22. 1. 1960 S. 2 sowie dessen und des Abg. Nellen Leserbriefe in „Die Welt" Nr. 24 v. 29. 1. 1960 S. 10; vgl. ferner u. a. die Berichte im „Vorwärts" v. 22. 1. 1960 S. 1, „Kölner Stadtanzeiger" v. 23./24. 1. 1960 S. 2 und 16, den Aufsatz von Martin Kriele über „Die Labilität der politischen Vernunft" in „Frankfurter Hefte" Februar 1960 S. 77—80. Gleichwohl finden die einschlägigen durchweg überfüllten Vortragsveranstaltungen mit Schlamm mittelbare finanzielle Förderung aus öffentlichen Mitteln (durch Förderung seiner verschiedenen Foren aus den Fonds für „Öffentlichkeitsarbeit", „Heimatdienst", „Kuratorium Unteilbares Deutschland", „Bundesjugendplan", Allgemeine Studentenausschüsse, politische Hochschulgruppen u. ä.). Sie finden weiter den Beifall nicht nur offensichtlich ebenso politisch und historisch desorientierter wie kreuzzungswilliger Auditorien (vgl. darüber besonders Kriele a.a.O.), sondern auch außenpolitisch einflußreicher Bundestagsabgeordneter der größten Regierungsparteien (vgl. den Brief von 31 BT-Abgeordneten der CDU/CSU an den Westd. Rundfunk [Dt. Zeitung vom 18. 2. 1960, S. 2], sowie die Berichte in der „Welt" und Dt. Zeitung vom 23./24. 1. 1960, S. 3, Süddt. Zeitung vom 12. 2. 1960, S. 3, im „Vorwärts" a.a.O., sowie vom 8. 1. und 19. 2. 1960, S. 4, bzw. 3, und das in mehreren weiteren undementierten Pressemeldungen belegte besondere Engagement für Schlamm, seine Thesen und gar noch über diese Thesen hinaus seitens der Abg. Fhr. zu Guttenberg, Graf Henckell-Donnersmarck und Baron Mantteufel-Szoege [„Ausrottung des Bösen mit Atombomben"]). Sie finden schließlich die Duldung der Innenminister und der sonstigen Polizeibehörden des Bundes und der Länder, von denen einige öffentlich erklärten, sie sähen weder Anlaß noch Gelegenheit zum Einschreiten. Alle diese Momente heben den „Fall Schlamm" über die Sphäre eines privaten Vortragsreisenden weit hinaus in die Sphäre der verfassungsrechtlich sowie wiedervereinigungs- und außenpolitisch erheblichen Tatsachen.

[15]) StE 213/52, unveröffentlicht, zitiert nach Heinemann-Posser, a.a.O., S. 123 zu und in Anm. 21.

7. Zu den materiellrechtlichen Bedenken gegen Tatbestand und Praxis des § 92 unter dem Gesichtspunkt des Wiedervereinigungsgebotes des GG kommt unter demselben Gesichtspunkt ein weiteres Bedenken, das gleichzeitig prozessual und „politisch" genannt werden kann, politisch aber nur in der engen verfassungsrechtlich erheblichen Bedeutung, in der jedes Befolgen eines Verfassungsgebots „politisch" genannt werden kann. Dieses Bedenken bezieht sich vor allem auf den Fall derjenigen Wiedervereinigungskonzeption, die eine Wiedervereinigung nur noch auf dem Wege eines langfristigen Zusammenwachsens der beiden deutschen Teilstaaten für möglich hält, das in vielen Phasen und auf vielen Ebenen behutsam zu führende Gespräche zwischen Bewohnern der Bundesrepublik und der DDR erfordert[16]). Dieses Bedenken besagt folgendes:

Um in Wiedervereinigungs-Gesprächen wirken zu können und wirklich ein Zusammenwachsen nach den Grundsätzen eines entspannenden Ausgleichs unter Ausschluß jedes einseitig gerichteten „Anschlusses" zu erreichen, müssen die Gesprächspartner mit äußerster diplomatischer Zurückhaltung und mit äußerstem diplomatischem Geschick verfahren. Das bedeutet für die hier erörterte Problematik, daß die Gesprächspartner schon eine Beschuldigung gemäß § 92 StGB nicht mit der Aufdeckung ihrer wahren Absichten begegnen können, wenn sie sich ihre politische Wirksamkeit erhalten wollen. Daraus folgt: Entweder wird ein solcher Gesprächsteilnehmer, wenn er erst einmal nach § 92 StGB beschuldigt ist, bestraft, oder er ist aus einem aktiven Eintreten für die Wiedervereinigung gemäß seinen eigentlichen und grundgesetzgemäßen Vorstellungen ausgeschaltet.

Diese die Wiedervereinigung hindernde Wirkung äußern Tatbestand und Praxis des § 92 StGB von jener Wiedervereingungskonzeption aus nicht nur gegenüber solchen Gesprächspartnern, die schon aktuell zu einer Wiedervereinigung im Wege beiderseitigen Nachgebens und Zusammenwachsens bereit sind. Sie äußern sie auch, und dies ist gerade in der gegenwärtigen Phase verhärteter offizieller Standpunkte noch beachtlicher, dahin, daß sie auch jede Einwirkung auf das Denken und Handeln nur potentiell bereiter Personen und erst recht solcher Personen behindern, die wegen einseitiger „Schulung" bisher auch potentiell noch nicht zu einer Wiedervereinigung im Wege behutsamen beiderseitigen Nachgebens bereit waren, wohingegen „Gespräche" mit solchen Personen jene Bereitschaft aktualisieren oder wecken könnten.

Durch die Strafverfolgungs- und Bestrafungspraxis gemäß § 92 StGB werden aber nicht nur die eben gezeigten Möglichkeiten verschüttet. Vielmehr wird gleichzeitig allen anderen Wiedervereinigungskonzeptionen einschließlich der Wiedervereinigungskonzeption der Bundesregierung entgegengewirkt. Es wird nämlich in zunehmendem Maße die ohnehin schon zur Wiedervereinigungs-Resignation tendierende große Masse der freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatlich gesinnten Bevölkernug in der DDR in ihrer Bewertung der Bundesrepublik als freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat unsicher gemacht. In ihr bildet sich infolge jener Praxis notwendig die Meinung, daß die Bundesrepublik „also doch" entsprechend der dortigen Regierungspropaganda eine Wiedervereinigung nur im Wege des einseitigen und womöglich sogar gewaltsamen „Anschlusses" anstrebe; wer überhaupt irgendeine Art von Wiedervereinigung wolle, könne ja nicht bloße Gesprächs-Reisende verhaften und bestrafen lassen. Erst recht verhärtet jene Praxis die schon bisher in dieser Richtung gehende Meinungsbildung und Meinungswirkung der einseitig geschulten Funktionäre. Da auch diese meinungsbildende Wirkung der Strafverfolgungs- und Bestrafungspraxis gemäß § 92 StGB

[16]) Vgl. darüber oben Ziff. 1 c.

die Aussichten für die Wiedervereinigung weiter verschlechtert, ist diese Praxis auch insoweit mit dem Wiedervereinigungsgebot des GG, insbesondere mit dessen Präambel-Schlußsatz und Art. 146, nicht vereinbar.

8. Der Schutz des Wiedervereinigungsgebots des GG gegen Durchbrechungen und Aushöhlungen seitens der Strafgesetzgebung und Strafrechtsprechung und damit der Schutz unseres Rechtsstaates, der zuvörderst ein Verfassungsstaat ist, machen es nach alledem erforderlich, nachdrücklich festzustellen, daß § 92 StGB schon jetzt objektive Grenzen im Wiedervereinigungsgebot des GG findet. Sie machen es weiter erforderlich, diese Grenzen auch durch Gesetzesänderung ausdrücklich in den Tatbestand dieser Vorschrift aufzunehmen. Eine Aufnahme in den Tatbestand der allgemeineren Vorschrift des § 88 Abs. 1, insbesondere als Pendant zu § 88 Abs. 1 Satz 2 als § 88 Abs. 1, Satz 3, würde deshalb nicht genügen, weil dort nur das Schutzobjekt „Bestand" der Bundesrepublik, nicht aber das Schutzobjekt„ Verfassungsgrundstze des GG in bezug auf die Zeit nach der Wiedervereinigung" ausgenommen ist. Sinnvoll wäre daher nur die Einfügung eines folgenden neuen Satzes des § 92 Abs. 1:

Unter diese Tatbestände fällt nicht, wer in Gesprächen jeder Art Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands im Sinne des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes gemäß dem Schlußsatz seiner Präambel in Verbindung mit seinem Art. 146 behandelt.

Johannes Weidenheim

Schattensehen

Namen tun hier nichts zur Sache, auch nicht der Ortsname; sonst glaubt womöglich noch jemand, die Geschichte hätte eben doch nur dort passiert sein können, wo sie passiert ist, und nicht auch an beliebigen anderen Punkten unseres schönen Vaterlandes.

Es ist eine schlimme Geschichte, doch hat sie ausnahmsweise einmal nichts mit Neonazismus, Antisemitismus und Militarismus zu tun; eine völlig zivile Geschichte also aus unserem Alltag. Nichtsdestoweniger beweist auch sie, daß in der Öffentlichkeit nicht umsonst so viel von unserer Justiz die Rede ist.

Im Jahre 1952 bekommt ein in seinem Dorfe angesehener Bauer Mieter in sein Haus eingewiesen, und zunächst geht ein paar Jahre lang alles recht gut, zumal die Mieter keine Flüchtlinge, sondern Menschen aus dem gleichen Ort sind. Es geht eben so lange gut, wie das weiter kein Kunststück ist: man hat nichts miteinander zu schaffen, man lebt nebeneinander her, und der Hausbesitzer fühlt sich respektiert.

Doch dann will seine Tochter heiraten, und er tritt selbstverständlich sogleich vor die Mieter hin mit den eindeutigen Worten: So, liebe Leute, jetzt habe ich euch lange genug Obdach gegeben, ich brauche meine Wohnung wieder, ihr müßt jetzt raus. Die Mieter indessen wissen nicht, wohin, der Wohnraum für arme Leute ist verteufelt knapp, und sie nehmen die Kündigung einfach nicht an; sie gehen nicht.

Von dieser Stunde an ist alles wie verwandelt. Der Besitzer fühlt sich nicht länger respektiert, man gehorcht seinem Befehl nicht, man macht gewissermaßen dem Besitzer-Ethos (das er auf seiner Seite weiß) eine lange Nase, und das weckt

in dem ehrbaren Mann die Dämonen (die Besitzer-Dämonen eben). Kein Tag vergeht mehr ohne Streit, der Bauer und sein Mieter rempeln sich an, wo sie nur können, der Bauer packt eines Tages — als ihr Mann nicht da ist — die Frau seines Mieters bei der Kehle und hängt ein andermal seinen Mietern die Glastür aus.

Wär ja auch noch schöner! Denn wer sind seine Mieter schließlich schon? Wenig angesehene Leute um die sechzig, die nichts weiter ihr eigen nennen als eine taubstumme Tochter; vor allem die Frau, von einem Unfall her übrigens auf einem Auge blind, erscheint wenig ehrfurchtgebietend, guckt sie doch manchmal gern ins Gläschen. Hingegen er, der Angesehene, ist nicht nur Haus- und Feldbesitzer, sondern auch noch Inhaber einer Reihe von Ehrenämtern im Dorf: kurz, eine Stütze der Gesellschaft.

Trotzdem: der Mann muß allmählich einsehen, daß die Leute sich nicht einfach von ihm hinausekeln lassen, und so strengt er denn eine Räumungsklage an. Vor dem Kadi läuft es dann aber wieder nicht so glatt, wie es seinem Besitzer-Ethos zufolge zu laufen hätte, und nun läßt er die Maske des Besonnenen, als den die Außenwelt ihn bisher nur kennengelernt hatte, fallen, stößt wüste Beschimpfungen auf die Gegenpartei und sogar auf seinen eigenen, nicht genügend forschen Rechtsvertreter aus und verläßt schließlich mitten in der Verhandlung einfach den Saal. Demokratie? Bei sowas spielt der Herr des Hauses nicht mit. Recht? Das Recht ist auf seiner Seite, und basta. Nun soll man aber nicht glauben, sein zynisches Verhalten vor Gericht hätte irgendwelche Folgen für ihn gehabt; eher schon, möchte man sagen, im Gegenteil: Das Gericht erlegte den Mietern auf, nach Ablauf eines halben Jahres das Haus auf alle Fälle zu verlassen.

Dem Hausbesitzer dauert es wieder entschieden zu lang. Nun ist die Temperatur so richtig beim Siedepunkt angelangt. Eines Vormittags kommt die sechzigjährige, auf einem Auge blinde Frau des Mieters die Treppe herunter, um einkaufen zu gehen, und läuft just dem Hausherrn über den Weg. Zunächst einmal tauschen die beiden die üblichen, längst alltäglich gewordenen Beschimpfungen aus. Es ist jener traurige Dialog zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, den es nach dem Willen des Ahlener Programms unserer Christdemokraten im neuen Deutschland nicht mehr geben sollte, den es aber im gleichen Maße wieder zunehmend gibt, wie es umgekehrt das Ahlener Programm abnehmend nicht mehr gibt, und der zu allen vertanen sozialen Möglichkeiten nach 1945 einen ebenso lapidaren Kommentar darstellt wie die als Ersatz für alles Vertane lancierte saccharinsüße Parole: „Seid (dann wenigstens) nett zueinander!"

Nun, der angesehene Hausbesitzer und die einäugige, manchmal ins Gläschen guckende Frau seines Mieters sind an diesem Vormittag nicht besonders nett zueinander. Das Weibsstück untersteht sich, dem Chef in seinem eigenen Hause Paroli zu bieten, und dafür haut er ihr einfach eins auf die freche Gosche. Und weil er grad schon so schön dabei und der Mann der Frau außerdem nicht in der Nähe ist, haut er ihr nicht nur auf die Gosche, sondern auch ins Gesicht, verschiedene Male, zuerst mit der flachen Hand, dann mit der Faust, und schließlich liegt die Frau am Boden, hält sich die Schürze vors Gesicht und jammert: „Ich seh nichts mehr!"

Der Bauer hat sein Mütchen gekühlt und ist wieder ganz ruhig. Seelenruhig geradezu. Er und seine bessere Hälfte gehen mehrmals an der Frau vorbei, die immer noch daliegt, setzen sich zum Mittagessen nieder, gehen wieder an der Frau vorbei, die aus lauter Bosheit immer noch daliegt, sperren das Haus ab und begeben sich hinaus aufs Feld, — freie Bauern auf freier Scholle, ländlich-sittlich, wissend um den Segen Gottes über ihrem Tun und Walten. Denn liegt nicht der Glanz der Gerechten über den Besitzenden und erklären nicht die Bauernver-

bandsführer immer wieder, die Erhaltung eines gesunden Bauernstandes sei schon deshalb notwendig, um der allgemeinen Gefahr einer materialistischen Lebenseinstellung, einer geistigen Verflachung und einer Schwächung des religiösen Lebens entgegenzuwirken?

Die Niedergeschlagene rafft sich schließlich auf, tastet sich zum Fenster und ruft um Hilfe. Eine Nachbarin läuft zum Arzt, der leuchtet der Frau in die Augen: Keine Reaktion. Die Frau kommt ins Krankenhaus, wird operiert, und nach sieben Wochen Aufenthalt im Krankenhaus besteht für niemanden mehr ein Zweifel: Nicht heilbar. Der Gerechte hat ihr das eine Auge, das sie noch besaß, kaputtgeschlagen, sie wird bis an ihr Lebensende blind bleiben; bestenfalls, heißt es, wird sie noch Schatten sehen können.

Allerdings: die sehen wir auch. Denn nun erst kommt das doppelt Erschreckende an der erschreckenden Geschichte: Für ein derart lückenloses gesellschaftliches wie menschliches Versagen hat unsere Justiz nur die gleichen rein formalen Ahndungsmittel wie zum Beispiel für eine bayerische Wirtshausrauferei aus purer Lust an der Freud. Der Mann, der durch sein gesamtes jahrelanges Verhalten — ohne welches seine Tat ja gar nicht denkbar ist — nichts geringeres bewiesen hat, als daß er nicht die geringste christliche, staatsbürgerliche, sittliche und soziale Reife besitzt und daß er den letzten Endes immer nur dem Glück zu verdankenden Umstand, Haus- und Feldbesitzer zu sein, nur als Vorrecht, nicht als Verpflichtung auffaßt, dieser Mann bekam ganze sechs Monate Gefängnis, — zunächst einmal in der ersten Instanz; in der zweiten, das lehren uns tausend vergleichbare Erfahrungen, dürfte es noch weniger werden. Sollte der gute Mann dann aber trotz allem eines Tages tatsächlich ins Kittchen müssen, wird er sich dazu wahrscheinlich auch noch eine Zeit aussuchen dürfen, in der seine Wirtschaft nicht allzusehr darunter leidet.

Und wenn man dann noch liest, daß ihm das Gericht seine gehobene Stellung in der Öffentlichkeit m i l d e r n d , statt erschwerend, in die Waagschale gelegt hat, packt einen schlicht das Grausen. Denn was bedeutet dies anderes als das schamlose Geständnis, daß ein niedriger Gestellter für das vollständige Blindschlagen einer wehrlosen, halbblinden sechzigjährigen Frau mehr bekommen hätte als ein sanftes halbes Jährchen?

Und um den Gespenstertanz abzurunden: Die Frau des Gerechten bekam für die unfaßliche Rohheit, daß sie der Niedergeschlagenen nicht wieder auf die Beine half, sondern sie im verschlossenen Haus kühl ihrem Schicksal überließ, sage und schreibe einhundertachtzig Mark Geldstrafe. Ein paar Ferkel, gut verkauft, und die Scharte ist ausgewetzt. —

Sagte ich, es bestehe keine Verbindung von diesem Fall zu Neonazismus, Antisemitismus und Militarismus? Auf den ersten Blick könnte es so scheinen; doch man sehe nur näher hin: Die G e s i n n u n g , die hier zutage tritt, — paßt sie nicht wie Topf und Deckel zu jenen anderen Gesinnungen? Der Antihumanismus des vom Besitz Verdummten wird immer auch dort zu finden sein, wo das politische Leben barbarische Blasen schlägt. Das wächst alles auf ein und demselben Holz, das sind, typologisch gesehen, ein und dieselben Muster.

Damit fertig zu werden, bedarf es — unter anderem — einer Justiz, die unter dem Gesichtspunkt der fortschrittlichen, humanitären Demokratie d e n g a n z e n M e n s c h e n und die Gesamtheit seiner sittlichen Verhaltensweisen zum Gegenstand nimmt. Jede andere kapituliert von Tag zu Tag neu, wie im vorliegenden Fall, vor der eigentlichen Triebkraft reaktionärer Taten: vor der menschenverächtlichen, uns von einem Greis mit aller Macht suggerierten Restauration jener „bürgerlichen" Gesellschaftsauffassung, die im Setzen schöpferischer Wertmaßstäbe bereits vor einem halben Jahrhundert abgedankt hat.

Kurt Pritzkoleit

Konzentration — Fiktion oder Wirklichkeit?

Marx verstand unter Konzentration die mit dem Fortschreiten der technischen Entwicklung auftretende Neigung, die industrielle Produktion in immer weniger und immer größere Betriebe zusammenzufassen, bis sie sich schließlich in wenige Riesenbetriebe „konzentriert" habe. Begleitet werde dieser Konzentrationsprozeß, so lautete seine Voraussage, vom Abstieg der kleinen und mittelständischen Existenzen, die unaufhaltsam in die Proletarisierung abgedrängt wurden.

An dieser These entzündete sich, namentlich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, um die Jahrhundertwende ein hitziger und langdauernder Streit. Stimmte sie eigentlich? Hatte sie in der wirtschaftlichen Entwicklung, die der Deutsche vor Augen hatte, ihre Bestätigung gefunden? Verhielt es sich so, daß der gewerbliche Mittelstand nach einem ehernen Gesetz dem Untergang, der Proletarisierung zuschritt?

Nein, antworteten die Revisionisten, allen voran Eduard Bernstein. In seiner Konzentrationstheorie hat Marx sich gründlich geirrt. Sie stimmt einfach nicht. In diesem Punkt muß Marx sich eine Revision seiner Lehre gefallen lassen.

Aber lassen wir die Tatsachen sprechen. Freilich, die Großbetriebe florieren: Die Zechen und Hüttenwerke stehen in Blüte; Riesenmaschinen werden in Riesenbetrieben — bei Krupp und bei Borsig — gebaut; die elektrotechnischen Firmen wie Siemens und die AEG beschäftigen Zehntausende von Arbeitern. Das geschieht allerdings, wie Marx prophezeit hatte, weil der technische Fortschritt es gebietet; weil es nicht möglich ist, mit den wirtschaftlichen Kräften des Kleinbetriebs Kohle in tausend Meter Tiefe zu gewinnen, die gewonnene Kohle zu verkoken, Kohlenwertstoffe, Gas und etwa noch elektrische Energie zu erzeugen; weil ein modernes Hüttenwerk mit seinen Hochöfen, Stahlkonvertern und Walzwerksanlagen nicht von kleinen Handwerkern betrieben werden kann; weil schon die Forschungsaufgaben, die ein elektrotechnisches Unternehmen bewältigen muß, um wettbewerbsfähig zu bleiben, viel zu kostspielig sind, um von einem Kleinunternehmer gelöst werden zu können. Zu schweigen davon, daß gerade die elektrotechnischen Riesenbetriebe sich ihren Abnehmerkreis erst aufbauen mußten, indem sie die Elektrizitätswerke im In- und im Ausland errichteten, den Städten Gelder für die Elektrifizierung des Verkehrs und der Straßenbeleuchtung vorstreckten, kurzum: indem sie zahlreiche Arbeiten verrichten und finanzieren mußten, die ihnen den Absatz ihrer Erzeugnisse sicherten. Daß alles das nur von Großbetrieben geleistet werden konnte, versteht sich von selbst.

Aber, konnten die Revisionisten einwenden, neben den Großbetrieben hatten die mittleren und kleinen Unternehmen sich auf das beste zu halten vermocht. Ihre Zahl war sogar noch im Wachsen. Sie wuchs vor dem ersten Weltkrieg, sie wuchs zwischen den beiden Weltkriegen und sie wächst — bis auf die handwerklichen Betriebe — auch heute noch. Und wie sollte es auch anders sein, da es genügte, ein paar Elektromotoren aufzustellen, um das Problem der Energieversorgung zu lösen, das früher die Errichtung eines eigenen Kesselhauses und einer verzwickten und kostspieligen Transmissionsanlage notwendig gemacht hatte.

Man braucht sich ja bloß umzusehen, um die Meinung bestätigt zu finden, daß die Konzentration der Erzeugung auf wenige Betriebe, weit davon entfernt, dem gewerblichen Mittelstand das Wasser abzugraben, im Gegenteil zahlreiche Mittelstandsexistenzen erst ins Leben ruft.

Nehmen wir etwa die Erdölraffination. Hier gibt es in Deutschland nur wenige Großunternehmen, von denen zwei ausländische Firmen, die Esso AG und die

Deutsche Shell AG, die Hälfte zur Deckung der deutschen Nachfrage beitragen. Aber diese Gesellschaften haben Tausende von Tankstellen ins Leben gerufen, die, teils von Pächtern, teils von Eigentümern bewirtschaftet, zahlreichen Vertretern des gewerblichen Mittelstandes nicht nur das Brot, sondern noch reichlich Schinken und Wurst zum Brot garantieren.

Nehmen wir die Automobilfabriken, die sich im Besitz von etwa einem Dutzend Gesellschaften befinden: wieviele Generalvertreter und Vertreter, Besitzer von Reparaturwerkstätten und Zubehörhändler, Unternehmen des Karosseriebaus und Autolackierer haben ihre Existenz auf dem Terrain errichtet, das ihnen die Automobilgesellschaften geschaffen haben, die doch nun wirklich Beispiele höchster betrieblicher Konzentration darbieten.

Nehmen wir die Radio- und Fernsehindustrie mit ihrem Kometenschweif von Groß- und Einzelhändlern, Vertrags- und freien Werkstätten; nehmen wir die Erzeugung von Kühlschränken oder von Waschmaschinen, von Zweirädern und von Möbeln: überall läßt sich feststellen, daß zwar die Produktion sich auf wenige und immer weniger Produktionsunternehmen vereinigt, daß dadurch aber die Fortexistenz mittelständischer Existenzen keineswegs ausgeschlossen ist, sondern immer nur gefördert wurde.

So ist es bis zum heutigen Tag geschehen. Die Frage ist allerdings, ob die Entwicklung auch morgen und übermorgen der ungebrochenen Linie folgen wird, die wir so viele Jahrzehnte zurückverfolgen können.

Wenn man sich daraufhin die Statistik ansieht, so können den unvoreingenommenen Beobachter doch schon leise Zweifel überkommen. Das Land Nordrhein-Westfalen, dessen Statistisches Amt hervorragende Arbeiten zur Frage der betrieblichen Konzentration vorlegt, besaß 1958 insgesamt 588 050 Gewerbe- und Handelsbetriebe, die 198,8 Milliarden umsetzten. Der Anteil, mit dem die einzelnen Größenklassen der Unternehmen am Gesamtumsatz beteiligt waren, war jedoch sehr unterschiedlich. Das lehrt ein Blick auf die beiden Enden der Skala: Auf der einen Seite sehen wir die kleinen und kleinsten Unternehmen, die bis zu 10 000 DM im Jahr umsetzten. Es waren ihrer 156 732 oder 26,65 Prozent aller in Nordrhein-Westfalen tätigen Gewerbe- und Handelsbetriebe. Ihr Jahresumsatz betrug 654 Millionen — sicherlich eine stattliche Summe, die aber beim näheren Hinsehen nur ein Drittel Prozent der Gesamtumsätze repräsentiert. Auf der anderen Seite der Skala stehen die Riesenbetriebe mit Umsätzen von zehn Millionen DM und mehr im Jahr. Ihre Zahl war gering: insgesamt 1853 oder knapp 0,32 Prozent der in NRW ansässigen Betriebe. Um so größer aber war ihr Anteil am Umsatz, der mit 107,78 Milliarden nicht weniger als 54,21 Prozent der Gesamtumsätze auf sich vereinigte.

Um es also noch einmal und so deutlich wie möglich zu sagen: Die Kleinen, 26,65 Prozent der Betriebe, vertraten oder vertreten 0,33 Prozent aller Umsätze; die Großen, 0,32 Prozent der Unternehmen, vereinigten oder vereinigen 54,21 Prozent der Umsätze in ihrem Geschäft.

Das hat freilich damit etwas zu tun, daß Bergbau, Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung einen ungewöhnlich hohen Anteil am nordrhein-westfälischen Erwerbsleben haben. Die meisten Zechen, Gruben und Eisenhütten sind in Nordrhein-Westfalen beheimatet. Aber dem steht gegenüber, daß auch andere Gewerbezweige der Neigung folgen, den Großteil der Umsätze in den Händen weniger Firmen zu vereinigen. In der chemischen Industrie zum Beispiel entfallen auf die Großunternehmen, die nur 5,57 Prozent der Betriebe in ihrer Kategorie zusammenfassen, nicht weniger als 86,02 Prozent aller Umsätze. Und selbst der Einzelhandel macht keine Ausnahme von der Regel, insofern nämlich, als 0,064

Prozent — der Bruchteil eines Zehntel Prozents — der Betriebe nahezu 30 Prozent, genau 29,54 Prozent, der gesamten Umsätze tätigen konnte.

Die Marx'sche Konzentrationstheorie, die durch die Wirklichkeit teilweise ad absurdum geführt worden ist, hat in ihrem positiven Teil also dennoch recht behalten: Der Großbetrieb ist in Handel und Gewerbe zu dominierender Stellung aufgerückt, der Kleinbetrieb hat seine Bedeutung fast völlig verloren.

Zu welcher Konsequenz führt uns diese Feststellung? Der Großbetrieb ist nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß er zahlreiche Menschen beschäftigt, sondern auch dadurch, daß er mit großen Kapitalien, eigenen und Fremdmitteln, arbeitet, deren Investition sich rentieren, das heißt, eine Rente abwerfen muß. Das kann natürlich nur geschehen, wenn die Räder sich unentwegt drehen und immer weiter drehen. Aber das ist nur möglich, wenn die Nachfrage ebenso fortdauert wie das Produktionsvermögen und wenn sie mit der Zunahme der Erzeugungskapazitäten steigt.

Nehmen wir etwa die Automobilindustrie, deren Erzeugung Jahr für Jahr um den Preis hoher Investitionen erweitert, verfeinert, rationalisiert, deren Erzeugungsvermögen in einem Jahrzehnt unerhört gesteigert worden ist. Ein großer Teil der Produktion — im Dezember 1959 waren es 37,5 Prozent — geht in die Ausfuhr und wird, wenn der Weltmarkt weiterhin aufnahmewillig und zahlungsfähig ist, auch künftig exportiert werden. Ein großer und beständig wachsender Teil aber muß im Inland abgesetzt werden.

Nun ist ein Automobil doch eigentlich ein langlebiges Verbrauchsgut oder, um mit der amtlichen Statistik zu reden, ein langlebiges Investitionsgut, dessen Lebensdauer man bei vernünftiger Wartung auf ein Jahrzehnt veranschlagen sollte. Aber wohin käme die Industrie, wenn jedermann sein Fahrzeug zehn Jahre lang fahren wollte? Wie sollten die Räder sich weiterdrehen, der Stamm wertvoller Fachkräfte erhalten, die Rente, Verzinsung der aufgenommenen Kredite, Dividende der Aktien erwirtschaftet werden, wenn die Kundschaft sich so vernünftig verhielte, wie sie es sicherlich könnte?

Bei aller Achtung, die die konservative Haltung der Käufer verdiente: das geht nicht an. Der Absatz muß vorwärtsgetrieben werden, auch dann, wenn er technisch, durch die Abnutzung der Fahrzeuge, nicht gerechtfertigt ist. Die Mode muß nach- und mithelfen, um den Verkauf zu steigern. Da grundlegende Verbesserungen kaum noch möglich sind, werden Formen und Farben der Karosserie geändert, Rundblickfenster eingeführt, hier eine Zierleiste zugeführt, dort etwas Chrom weggenommen, da wird an der Beleuchtung gebastelt, die Schaltung verändert, die „innere Sicherheit" durch Schaumgummileisten verbessert, und was es noch mehr gibt, um den Mann, der auf sein Prestige bedacht ist, lange vor der Zeit zum Kauf eines neuen Wagens zu bewegen.

Daß darüber die Reparaturwerkstätten zu kurz kommen, versteht sich von selbst. Denn wer einen Gebrauchtwagen kauft, ist nicht mehr so ängstlich darauf bedacht, gleich jede Beule im Blech ausbügeln zu lassen, wie es der sorgsam auf die Erhaltung des Fahrzeugs bedachte Käufer eines neuen Wagens zu sein pflegt.

Hinzu kommt noch eins: je weiter die Verwendung der Kunststoffe vorstößt, die großindustriell erzeugt und verwendet werden, desto kleiner werden die Chancen der Mittelbetriebe. Synthetische Werkstoffe lassen sich nur schwer reparieren. Brechen sie, so sind sie hin — ob es sich nun um Trinkgefäße, Klappstühlchen, Gartenmöbel oder Karosserien handelt. Man wirft sie weg, wenn sie schadhaft geworden sind, und kauft ein neues Teil. Es ist geradezu zum Charakteristikum unserer Zeit geworden, möglichst wenig zu reparieren oder reparieren zu lassen und das schadhafte Stück durch eine Neuanschaffung zu ersetzen. Um das nächstliegende Beispiel zu nennen: welche Frau stopft heute noch ihre Strümpfe, wenn sie

für eine bis drei Mark ein Paar neue Nylons kaufen kann? Welche Hausfrau belastet sich heute noch damit, dem Töchterchen die Unterwäsche zu flicken, wenn sie für zwei Mark einen tadellosen Schlüpfer kaufen kann?

Und so ist es überall: Verbrauchsgüter werden verbraucht; je schneller, desto lieber ist es der Industrie, deren Großbetriebe durch riesige Investitionen darauf eingerichtet sind, jeden Bedarf zu decken. Ab und zu entsteht eine Versorgungslücke; in einem guten Sommer fehlten die Einmachgläser; in der Bauindustrie sind und bleiben die Materialien (Glas, Klinker, Baustähle) knapp; sogar an Schreibpapier guter Qualität fehlt es zuweilen, und manchmal verschwinden Textilien vom Markt, deren Güte man als selbstverständlich hinzunehmen gewohnt war.

Das alles geschieht auf Kosten des gewerblichen Mittelstandes, der zwar nicht proletarisiert wird, sondern mehr und mehr aus der Produktion ausschert und von der Sphäre der Verteilung aufgesogen wird: der Klempner, der Tischler, der Schlosser werden zu Händlern; der Bäcker richtet sich immer mehr darauf ein, das Produkt großer Brotfabriken zu verkaufen; von Bremen bis ins Allgäu vertreibt der Lebensmittelhändler die gleichen Artikel, Standardwaren, Markenartikel, die ihm die Großerzeuger liefern: die gleiche Margarine, das gleiche Speisefett, den gleichen Honig, den gleichen Käse, die gleichen Suppenwürfel und die gleichen Teesorten und Schokoladen der bekannten Riesenbetriebe.

Das Großunternehmen, von denen eine Handvoll den deutschen Markt beherrscht, hat alle Differenzierung nach Herkommen und Landschaft ausgelöscht. Die kleinen und Kleinstbetriebe sind, bis auf wenige Ausnahmen, zu Agenten der Großen geworden.

Aber damit haben wir nur eine Seite der Entwicklung kennengelernt: diejenige, die man der Konzentrationstendenz zuschreiben könnte. Die andere Seite der Medaille zeigt uns das Bild der Zusammenfassung großer, aber auch kleiner Unternehmen unter einheitlicher Leitung: die Zusammenfassung zum Konzern.

Das deutsche Aktiengesetz vom 30. Januar 1937 definiert das Wesen des Konzerns in § 15 folgendermaßen:

„(1) Sind rechtlich selbständige Unternehmen zu wirtschaftlichen Zwecken unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt, so bilden sie einen Konzern; die einzelnen Unternehmen sind Konzernunternehmen. (2) Steht ein rechtlich selbständiges Unternehmen auf Grund von Beteiligungen oder sonst unmittelbar oder mittelbar unter dem beherrschenden Einfluß eines anderen Unternehmens, so gelten das herrschende und das abhängige Unternehmen zusammen als Konzern und einzeln als Konzernunternehmen."

Es braucht also nicht unbedingt eine Beteiligung des einen an dem anderen Unternehmen vorzuliegen, um beide zum Konzern zusammenzufassen, es würde schon die Personalunion in der Verwaltung, in Aufsichtsrat oder Vorstand hinreichen, um den Konzern herzustellen: vorausgesetzt, daß die personale Herrschaft genügte, eine Koordinierung der Fertigung sämtlicher zum Konzern gehörender Unternehmen oder Betriebe zu gewährleisten. Es wird darauf noch zurückzukommen sein.

Nun ist bekannt, daß nach den Potsdamer Verträgen von 1945 den Deutschen die Zusammenfassung übermäßiger Wirtschaftsmacht in einer Hand oder in der Hand einer Gruppe verboten wurde. Und vielleicht erinnern Sie sich auch, daß dieses Verbot den Praetext zu der sogenannten Entflechtungsaktion hergab, durch die die großen Komplexe der Montanindustrie, die Großbanken — Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank — und die IG-Farbenindustrie aufgelöst wurden.

Was ist aus dieser „Zerschlagung organisch gewachsener Zusammenhänge" — das vielgehörte Schlagwort — eigentlich geworden?

Die Großbanken wurden zunächst in je zehn oder elf Institute aufgegliedert, die das Geschäft in den Ländern, in denen und für die sie gegründet worden waren, zu bewältigen hatten. Später wurden aus diesen — sagen wir — Länder-

banken je drei Institute und in der Regel eine Berliner Bank gegründet. Und in den letzten zwei, drei Jahren wurden diese drei Nachfolgebanken wieder zu den ursprünglichen Großbanken zusammengeschlossen. Die Entflechtung wurde also durch eine Rückverflechtung sans phrase rückgängig gemacht. Und begleitet war dieser Prozeß von einer beispiellosen Kurssteigerung der Bankaktie: Die Aktien der Kreditbanken, die 1950 mit jahresdurchschnittlich 30 Prozent ihres Nennwerts an unseren Börsen gehandelt wurden, erzielten im Januar 1960 eine Durchschnittsnotierung von 752,8 Prozent. Um es ganz drastisch zu sagen: wer es sich leisten konnte, 1950 30 000 DM in Bankaktien anzulegen, hatte im Januar 1960 über 750 000 DM im Vermögen. Wer also nach der Abwertung im Verhältnis 100 : 6,5 einen Betrag von 30 000 DM zur freien Verfügung gehabt hatte — der Geldgläubiger, der eine Summe von 461 538 RM auf 30 000 DM hatte einschmelzen sehen und reichlich Tränen über seinen Verlust vergossen hatte — besaß dennoch die Chance, aus dem Schneider herauszukommen und ein gutes Geschäft zu machen. Er brauchte nur Bankaktien zu kaufen und die Hände in den Schoß zu legen. Ohne sein Dazutun — er hätte im Münsterland Ziegel brennen oder in Brasilien Tabak pflanzen können — wäre sein kärglicher Abwertungserlös von 30 000 DM im Laufe eines Jahrzehnts auf 752 800 DM angewachsen.

Die Nachfolge-Institute der IG-Farbenindustrie haben nicht mehr den Versuch gemacht, sich wieder zusammenzuschließen. Sie sind auch ohne die Wiedervereinigung prächtig gediehen. Was aber hat es mit den Montankonzernen auf sich?

Die Montankonzerne sind — bis auf eine Ausnahme — wieder hübsch beieinander. Die Ausnahme bilden die Vereinigten Stahlwerke. Vor der Neuordnung lagen ca. 42 Prozent der VSt-Aktien bei Großaktionären: bei Fritz Thyssen, Rheinstahl, und den Koninklijke Hoogovens. Nach der Neuordnung ist der Anteil der Großaktionäre größer, derjenige der Kleinaktionäre kleiner geworden: 40 bis 45 Prozent der GRAB liegt bei der Deutschen Bank, Hermann Krages und der BASF. Die Mehrheit der Hamborner Bergbau AG ist in die Hände der Josef-Thyssen-Nachfahren gekommen. Die Mehrheit der Deutsche Edelstahlwerke AG und der Niederrheinische Hütte AG wurde von der Gräfin de Zichy, der Tochter Fritz Thyssens, in die August-Thyssen-Hütte eingebracht, an der die beiden Fritz-Thyssen-Erbinnen sich die knappe Majorität zu sichern verstanden. Heute besitzen sie nur noch gut 40 Prozent des 444-Millionen-Kapitals. Wenn aber die ATH die Genehmigung erhält, die 52prozentige Mehrheit der Phoenix-Rheinrohr AG von Frau Thyssen zu übernehmen, werden die beiden Thyssen-Erbinnen auch wieder die Mehrheit der größeren ATH in ihre Obhut gebracht haben.

Die Rheinische Stahlwerke AG — im Börsenjargon die Rheinstahl —, die ehemalige Gießereigruppe der VSt: die Rheinisch-Westfälischen Eisen- und Stahlwerke und ihre Tochtergesellschaften, die Rheinstahl-Union, in der die Verarbeitungsunternehmen der VSt zusammengefaßt wurden, die Ruhrstahl AG und die Gußstahlwerk Oberkassel AG, 60 Prozent der Gußstahlwerk Witten AG (30 Prozent bei Merck, Finck & Co.) und mehr als 25 Prozent der Handelsunion AG, von deren Aktien weitere 25 Prozent an die ATH und 26,9 Prozent an Phoenix-Rheinrohr kamen. Die Stahlwerke Südwestfalen AG gehört zur Mehrheit Friedrich Flick, zu 30 bis 40 Prozent dem Münchner Bankhaus Merck, Finck & Co. Etwas über 40 Prozent der Dortmund-Hörder Hüttenunion gelangte in den Besitz der Koninklijk Nederlandsche Hoogovens; die Hüttenunion wiederum erwarb die Option auf 52 Prozent der Hüttenwerke Siegerland AG, an der die ATH bereits mit 34 bis 35 Prozent beteiligt ist.

Zum weit überwiegenden Teil ist Substanz der VSt also in die Hände von Großaktionären gelangt: der Thyssen-Erbinnen, des Flick-Konzerns, der Rheinischen

Stahlwerke, der Bankfirmen Merck, Finck & Co, der Koninkliijke Hoogovens, des Stammes Josef Thyssen, der Deutschen Bank und des Spekulanten Hermann Krages.

Mit diesem Beispiel haben wir ein recht glimpfliches Entflechtungsergebnis aufgezeigt. Aber alle anderen Montangesellschaften sind noch glimpflicher davon gekommen. (Fortsetzung folgt)

E. S. Sachs

Der südafrikanische Boykott

Im Mai 1960 wird die Union Südafrika auf 50 Jahre ihres Bestehens zurückblicken, und die Regierung bereitet sich darauf vor, dieses Jubiläum großartig zu feiern. Der überwiegende Teil der Südafrikaner hat jedoch keinen Anlaß zum Feiern. Im Gegenteil, er wird diesen Anlaß benutzen, um seinen Kampf gegen die Unterdrückung zu steigern.

Während der zweiten Hälfte des Jahres 1959 riefen die Massenorganisationen Südafrikas, der Afrikanische Nationalkongreß, der Indische Kongreß von Südafrika, der Südafrikanische Gewerkschaftskongreß (die einzige das ganze Land umfassende südafrikanische Gewerkschaftsorganisation, die keine Rassentrennung kennt) und der Südafrikanische Kongreß der Demokraten — eine Organisation, deren Mitgliedschaft hauptsächlich aus Weißen besteht, die die rassische Unduldsamkeit verurteilen — die Bevölkerung auf, bestimmte südafrikanische Waren zu boykottieren. Die Aktion war ausschließlich gegen Produkte gerichtet, die von Aktiengesellschaften oder Einzelpersonen erzeugt werden, die die Nationalistische Partei unterstützen. Die jährliche Kaufkraft der nichteuropäischen Bevölkerung Südafrikas wird auf ca. 400 Millionen £ geschätzt, und die Führer der afrikanischen Bevölkerung entschlossen sich, diese Kraft für die Befreiung der Neger einzusetzen. Die afrikanische Bevölkerung befolgte diesen Aufruf mit außergewöhnlichem Elan. Mehrere Wochen lang kaufte sie keine Kartoffeln, die von weißen Farmern erzeugt wurden, und auf dem Handelsmarkt gab es eine erschreckende Kartoffelschwemme. Der Umsatz von Tabak und Zigaretten, die von nationalistischen Gesellschaften hergestellt wurden, sank katastrophal. Im vergangenen Dezember richteten die Führer der farbigen Bevölkerung einen Appell an die Freunde der afrikanischen Freiheit im Ausland, insbesondere an das britische Volk, den Boykott südafrikanischer Waren zu unterstützen.

Die Bevölkerung Südafrikas setzt sich zusammen aus neuneinhalb Millionen Negern, nämlich den Zulus, den Basutos, den Xoses und anderen Stämmen; aus einundeinviertel Million Farbigen, d. h. Nachkommen von gemischten, europäischen und nichteuropäischen Vorfahren; mehr als 400 000 Indern und etwas mehr als drei Millionen Weißen, von denen zwei Drittel Buren und der Rest britischer Herkunft sind.

In Nachahmung der hitlerschen Taktik der „großen Lüge" und um die schockierte Öffentlichkeit der Welt zu beruhigen, behaupten die Fürsprecher der Nationalisten, daß ihre Politik, die sie als Apartheid (Trennung) bezeichnen, die

afrikanische Bevölkerung keineswegs unterdrücke, sondern vielmehr darauf gerichtet sei, ihre Entwicklung, jedoch in getrennter, mit der anderer Bevölkerungsteile parallel laufender Linie zu fördern. Lügen, seien sie groß oder klein, können die Wahrheit nicht verbergen. Mögen die Tatsachen für sich sprechen.

Etwa fünf Millionen Afrikaner sind noch mit dem Boden verbunden, der Rest wurde gezwungen, in städtische Siedlungen zu ziehen, um als Lohnempfänger Arbeit zu finden. Im Jahre 1913 wurde das Gesetz über den Bodenbesitz der Eingeborenen angenommen, das Südafrika in „weiße" und „schwarze" Teile zerriß. Den Europäern ist es verboten, Land in den „schwarzen" Gebieten zu besitzen, Afrikaner dürfen keinen Boden in Gebieten besitzen, die als „weiß" gekennzeichnet sind. Die Afrikaner, die etwa 70% der Bevölkerung ausmachen, erhielten weniger als 8% des Bodens, der Rest fiel den Europäern zu. Das Gesetz hatte nichts mit einer Landreform zu tun, es wurde einzig und allein angenommen, um es den Negern unmöglich zu machen, sich selbständig zu ernähren, um sie auf diese Weise zu zwingen, den europäischen Grubenbesitzern, Farmern und Fabrikanten ihre Arbeitskraft billig zu verkaufen. Seit mehr als 100 Jahren, besonders aber nach der Entdeckung von Diamantenfeldern in den sechziger und von Goldfeldern in den achtziger Jahren, war es das Fundament der Politik aller südafrikanischer Regierungen, eine riesige Reserve billiger schwarzer Arbeitskräfte für die weißen Herren zu schaffen.

Mehr als vier Millionen Menschen werden gezwungen, in einem Abgrund der Armut und des Elends in den „Eingeborenen-Reservationen", den Ghettos Südafrikas, zu leben. Nach der amtlichen Statistik beträgt das Jahreseinkommen in den Reservationen weniger als 3 £ pro Kopf der Bewohner. Durch den Bevölkerungszuwachs sind Überfüllung und Landarmut beträchtlich angestiegen.

Mehr als zwei Millionen Afrikaner werden als Landarbeiter von weißen Farmern beschäftigt. Ihr Lohn schwankt zwischen 10 und 40 £ jährlich. Die Frauen und Kinder der Landarbeiter werden vielfach gezwungen, ohne Lohn für den weißen Herrn zu arbeiten. Kost und Wohnung sind äußerst mangelhaft. Die Prügelstrafe ist üblich. In letzter Zeit wurden viele Fälle bekannt, in denen Neger zu Tode gepeitscht wurden. Eine Anzahl von Gesetzen wurde in den letzten Jahren verabschiedet, die es dem Afrikaner verbieten, Land zu pachten oder sich darauf niederzulassen, um es ihnen auf diese Weise unmöglich zu machen, eine Besserung ihres Lebensstandards oder auch nur einen kleinen Teil wirtschaftlicher Unabhängigkeit zu erreichen. Der Neger soll es nie weiterbringen als zum Arbeiter. Die die Arbeitsverhältnisse regelnden niederdrückenden „Gesetze über Herrn und Diener" (Master and Servant Laws) finden Anwendung auf alle Afrikaner. Gemäß diesen Gesetzen darf kein Neger seine Arbeit aufgeben, wie schlecht die Arbeitsbedingungen auch sein mögen, solange er unter Vertrag steht.

Politische Rechte gibt es für die Neger nicht. Bis zum vergangenen Jahr durften die Afrikaner drei Parlamentsabgeordnete und vier Senatoren wählen, die europäischer Herkunft sein mußten und die Bestätigung des faschistisch gesonnenen Justizministers erhalten mußten. Vor kurzem trat ein Gesetz in Kraft, das die parlamentarische Vertretung der Neger abschaffte.

Im Jahre 1911 wurde das Gesetz zur Regelung der Arbeit von Eingeborenen verabschiedet, das für alle afrikanischen Arbeiter Bedingungen schuf, die denen der Halbsklaverei ähneln. Jeder schwarze Arbeiter muß einen besonderen Arbeitspaß besitzen. Die Kündigung eines Arbeitsplatzes während der Gültigkeit des Arbeitsvertrages gilt als strafrechtliches Vergehen. Diese und viele andere Gesetze gängeln den schwarzen Arbeiter in allen Bereichen seines Lebens. Im Jahre 1912 wurde das Gesetz über Werkstätten und Bergwerke erlassen, um die

Arbeitsbedingungen für schwarze Bergarbeiter festzusetzen. Heute beschäftigen die Gruben mehr als 400 000 Afrikaner. Es sind keine freien Arbeiter. Sie werden für etwa zwölf Monate unter Vertrag genommen. Die Bergwerkskammer unterhält Rekrutierungsdepots in allen Teilen Südafrikas und außerhalb seiner Grenzen, in so entfernt gelegenen Gebieten wie Njassaland. Regelmäßig werden Trupps von Negern im Alter von 18—55 Jahren zur Arbeit in den Gruben abtransportiert. Sie alle wohnen in Lagern, von ihren Familien getrennt, ohne irgendwelche sozialen oder kulturellen Einrichtungen. Ihr Lohn beläuft sich auf etwa 47 £ jährlich, das sind weniger als 5% des Lohns der Weißen. Durch das Gesetz aus dem Jahre 1912 ist es ihnen verboten, irgendwelche gelernte Arbeit zu verrichten. Sie sollen, wie es im englischen Volksmund heißt, stets Holzfäller und Wasserträger bleiben. Die Lager, riesige, häßliche Ziegelsteinbauten, die oft von Stacheldraht umgeben sind, stellen notdürftig kaschierte Gefängnisse dar, die die Neger nur mit der schriftlichen Genehmigung des Lagerleiters verlassen dürfen.

Die in der Industrie, im Handel und im Transportwesen beschäftigten Arbeiter befinden sich in mancherlei Hinsicht in einer besseren Lage als die Land- und die Grubenarbeiter. Aber auch ihr Leben ist ein nie endender Kampf gegen unmenschliche Unterdrückung. Es wird ihnen keine Gelegenheit geboten, sich zu Handwerkern emporzuarbeiten, und ihre Löhne betragen nur einen Bruchteil (12—25%) der den weißen Arbeitern gezahlten Vergütung.

Zehntausende unter ihnen werden auf diese Weise gezwungen, unter der „Hungerlinie" zu existieren. Das Recht kollektiver Verhandlungen mit ihren Unternehmern wird ihnen verwehrt. Gemäß dem Gesetz über die Arbeit von Eingeborenen (Regelung von Arbeitskonflikten) vom Jahre 1953 müssen alle Arbeitskonflikte, an denen Neger beteiligt sind, durch die den Afrikanern verhaßten Regierungsbeamten behandelt werden.

Streiks sind verboten und werden mit dreijähriger Haft und Geldstrafen von 500 £ bedroht. Ein neues industrielles Schlichtungsgesetz wurde im Jahre 1956 erlassen. Dieses ungeheuerliche Gesetz verbietet die gemischten Gewerkschaften. Jede rassische Gruppe muß sich getrennt organisieren. Die empörendste Bestimmung ist im Abschnitt 77 enthalten, der dem Arbeitsminister unbeschränkte Vollmacht erteilt, Neger von einer beliebigen Industrie, einem Erwerbszweig oder Beruf völlig auszuschließen. Selbst die Unternehmer protestierten gegen diese tyrannische Maßnahme. Aber die weißen Rassefanatiker kennen in ihrer Politik keine Gnade, selbst dann nicht, wenn sie das Land in den wirtschaftlichen Ruin führt.

Der Afrikaner wird im Lande seiner Geburt von seinem weißen Herrn als Landstreicher, als Vagabund und Eindringling behandelt. Er darf sich nicht in den Städten niederlassen, die er bauen half, sondern muß in „Ansiedlungen" außerhalb des Stadtgebiets wohnen, die eigens für ihn abgegrenzt wurden. Selbst in diesen riesigen Slums, die fast keine modernen Einrichtungen besitzen, genießt der Neger keine soziale Sicherheit. Ganze Gruppen können vom Minister für Angelegenheiten der Eingeborenen aus ihrem Wohnort vertrieben und angewiesen werden, sich anderswo niederzulassen. Unter verschiedenen Vorwänden durchsuchen fast jede Nacht Polizeitrupps die Wohnungen der Eingeborenen, besonders am Wochenende.

Die Unterdrückung der Neger wird methodisch, rücksichtslos und ohne Unterbrechung betrieben. Der Afrikaner wird in allen seinen Lebensäußerungen reglementiert. Er muß verschiedene Pässe mitführen und wird mit Verhaftung und Gefängnis bedroht, falls er eins dieser Symbole seiner Sklaverei zu Hause läßt. Er muß sich von seinem Dienstherrn einen besonderen Paß ausstellen las-

sen, wenn er nach Sonnenuntergang die Straße betreten oder wenn er verreisen will. Wo immer er sich hinwendet, begegnen ihm Schilder mit der Aufschrift „Nur für Weiße". Das betrifft öffentliche Gebäude, Personenaufzüge, Sitzbänke und sogar öffentliche Bedürfnisanstalten. Hotels, Restaurants, Cafés und Vergnügungsgaststätten sind ihm verschlossen.

Die Grundschulbildung der Neger wird durch die Bestimmungen des Gesetzes über die Erziehung der Bantus geregelt, in dem festgestellt wird, daß die Bildung des Negers allein darauf gerichtet sein soll, ihn zu einem guten Diener seiner weißen Herrn zu machen. Die Universitäten sind ihm jetzt verschlossen. Auch ist es ihm verboten, das Land zu verlassen, um im Ausland eine höhere Bildung zu erlangen.

Die Führer der Afrikaner und diejenigen Weißen, die sich gegen die rassische Intoleranz wenden, sind zumeist verbannt worden und dürfen nicht an öffentlichen Zusammenkünften teilnehmen.

Es würde viel zu viel Platz beanspruchen, die zahllosen tyrannischen Gesetze und Verordnungen auch nur kurz zu erwähnen, die erlassen wurden, um die afrikanische, die farbige und die indische Bevölkerung zu unterdrücken, herabzusetzen und zu demütigen, und beinahe täglich treten neue grausame Vorschriften in Kraft. Die einander folgenden Wellen repressiver Aktionen, die seit dem Mai 1948, in dem die Nationalistische Regierung an die Macht kam, durch das Land jagten, erstickten den Widerstand gegen die Gewaltherrschaft nicht, sondern hatten vielmehr die entgegengesetzte Wirkung. Die Völker Afrikas erwachen, die Auflehnung gegen die Tyrannei breitet sich aus. Vor zehn Jahren hatte der Afrikanische Nationalkongreß nur einige Tausende Mitglieder. Heute besitzt er mehr als hunderttausend und beeinflußt Millionen von Menschen.

In letzter Zeit begann die Masse der Negerinnen sich aktiv am afrikanischen Befreiungskampfe zu beteiligen. Die Gefängnisse sind voll, aber steinerne Mauern schaffen kein Gefängnis für diejenigen, die nach Freiheit streben. Auf der anderen Seite breiten sich Angst und die Furcht vor der Zukunft unter der Herrenrasse aus. In Pretoria und Johannesburg haben mehr weiße Männer einen Revolver unter dem Kopfkissen liegen als irgendwo sonst auf der Welt. Mehr und mehr Weiße erkennen, daß ihre Herrschaft nicht nur unmenschlich ist, sondern auch eine Katastrophe für sie heraufbeschwört.

So wie die Herrschenden beständig neue Methoden der Unterdrückung austüfteln, so entwickeln die Afrikaner beständig neue Ideen für ihren Widerstand. Da sie keine Vertretung im Parlament besitzen, und da ihre ruhig vorgebrachten Proteste und Forderungen von den weißen Herrschern mit Hohn bedacht wurden, griffen die Neger zum Boykott.

Zu Beginn des Jahres 1957 begannen die Schwarzen, zunächst in Johannesburg, sodann im ganzen Land, einen Boykott der Autobusse, um gegen die Erhöhung der Fahrpreise zu protestieren. Die Aktion wurde ohne irgendwelche Gewalttätigkeiten durchgeführt. Afrikanische Männer und Frauen, die durch die Gesetze gezwungen werden, außerhalb der Stadt zu wohnen, marschierten Tag für Tag fünf, zehn oder sogar 20 Meilen zu ihrer Arbeitsstelle und zurück und weigerten sich, öffentliche oder private Transportmittel zu benutzen. Die Nervosität unter den Weißen war derart, daß das Echo der Marschtritte der 150 000 ihnen Schauer durch das Rückenmark jagte. Tausende der am Boykott Beteiligten wurden verhaftet, aber der Marsch wurde fortgesetzt und verbreitete eine Panik unter den Weißen. Die Afrikaner siegten und brauchten für die Autobusse keine höheren Fahrpreise bezahlen.

Das weltweite Echo des Boykotts

Seit mehr als einem Jahrzehnt verabschieden die Vereinten Nationen Entschließungen gegen die rassische Unterdrückung in Südafrika. Die faschistisch gesonnenen Rassenfanatiker jedoch reagierten auf die öffentliche Meinung der zivilisierten Welt mit Hohn und mit verstärkter Unterdrückung. Zwar verachten sie die allgemein gültigen Begriffe des Anstandes und der Moral, jetzt aber machen sie sich ernsthafte Sorgen. Die Boykottbewegung kam langsam in Gang. Jetzt hat sie weltweiten Umfang angenommen.

Zu Beginn des Monats Dezember rief die britische Labour Party ihre sechs Millionen Mitglieder und die ganze Bevölkerung auf, den Boykott südafrikanischer Waren im Monat März, der zum „Monat des Boykotts" bestimmt wurde, zu unterstützen, als „eine Demonstration der Solidarität mit denjenigen, die gegen die verwerfliche Politik der Apartheid kämpfen". Es folgte ein Appell des Britischen Gewerkschaftskongresses an seine acht Millionen Mitglieder und an die Öffentlichkeit, ihrer „persönlich empfundenen Abscheu über die rassische Politik, die von der Regierung Südafrikas im politischen, sozialen und industriellen Bereich verfolgt wird", Ausdruck zu geben. Die Britische Liberale Partei und die Liberale Frauenföderation unterstützen energisch den Boykott, desgleichen die Genossenschaftliche Frauengilde, die Nationale Studentenunion und viele andere Organisationen.

Mehrere führende britische Zeitungen bejahen gleichfalls den Boykott. In einem Leitartikel des „Observer" vom 6. Dezember hieß es: „Einzelne Bürger haben ein Recht, südafrikanische Waren zu boykottieren, entweder als eine moralische Geste oder — wie es der Fall sein könnte — weil ein solcher Boykott, wenn er gut organisiert ist, politisch wirksam sein wird. In der Tat deuten alle Anzeichen darauf hin, daß die südafrikanische Regierung und südafrikanische Geschäftsleute für derartige Bewegungen und Proteste außerordentlich hellhörig sind." Der „Guardian" schrieb: „Wenn dieser begrenzte Boykott weite Unterstützung findet, so wird das eine sehr eindrucksvolle Demonstration der britischen Sympathie mit all denjenigen sein, die wegen ihrer Rasse oder Hautfarbe in der Union eine diskriminierende Behandlung erleiden." Die „News Chronicle" hoffte, daß am Ergebnis des Boykotts „die Südafrikaner erkennen werden, daß der Besuch Mr. Macmillans in der Union keine britische Zustimmung zur rassischen Diskriminierung bedeutet", und daß „sie verstehen werden, daß Feldmarschall Montgomery für sich selbst spricht, wenn er die Politik der südafrikanischen Regierung lobt".

Bekannte Persönlichkeiten aus allen Berufen, aus verschiedenen politischen Parteien, aus der Sphäre der Künste, der Universitäten, der freien Berufe und der Kirchen unterstützen voll und ganz den Boykott. Vor kurzem beschloß der Stadtrat von Liverpool mit überwältigender Mehrheit, südafrikanische Waren zu boykottieren.

Die Aktionen zur Förderung des Boykotts beschränken sich nicht auf Großbritannien. Im vergangenen Monat veröffentlichte der Internationale Bund Freier Gewerkschaften mit 56 000 000 Mitgliedern in allen Weltteilen eine Erklärung, die den Boykott befürwortete. In einer Verlautbarung, die von den Führern der schwarzen Bevölkerung in Südafrika abgegeben wurde, werden Ursprung und Ziele des Boykotts ausführlich erklärt.

Auch die Regierungen von Jamaika und Barbados bejahen den Boykott. Südafrika betreibt einen beachtlichen Handel mit den übrigen Staaten des Kontinents; und auf dem ganzen Kontinent organisieren die Völker die Förderung des Boykotts. Bereits im Dezember 1958 stimmte die Gesamtafrikanische Volkskonferenz in Accra im Prinzip einem Plan zur Boykottierung aller südafrikani-

schen Waren zu. Das Afro-Asiatische Solidaritätskomitee in Kairo kam auf einer Wirtschaftskonferenz zu Beginn des Jahres 1959 überein, allen Mitgliederorganisationen den Boykott südafrikanischer Produkte zu empfehlen. Auf einer Konferenz der Panafrikanischen Freiheitsbewegung, die nationale Organisationen in Tanganika, Kenia, Uganda, Njassaland, Nord- und Südrhodesien vertritt, in Moshi im September 1959 wurde beschlossen, den Boykott südafrikanischer Erzeugnisse vorzubereiten.

Der Gewerkschaftskongreß von Ghana entschied, daß er eine Aktion einleiten werde, um den Transport südafrikanischer Waren zu boykottieren. Sollte die internationale Gewerkschaftsbewegung beschließen, die Seeleute und Hafenarbeiter aufzurufen, keine südafrikanischen Produkte mehr anzurühren, so würde die Lage jenes Landes außerordentlich ernst werden.

Umstrittene Prinzipien

Wer nicht durch rassische Vorurteile verblendet ist und zwischen Tatsachen und Phantastereien zu unterscheiden vermag, wird sich nicht durch sophistische Argumente zugunsten der Apartheid in Südafrika und der sogenannten „Partnerschaft" in der Zentralafrikanischen Föderation irreführen lassen, wie hochgestellt auch immer die Persönlichkeiten sein mögen, die sie vorbringen.

Die Tatsachen sind mit Händen zu greifen. Sowohl in der Union Südafrikas wie in der Zentralafrikanischen Föderation sind die an der Macht befindlichen weißen Rassenfanatiker entschlossen, auf stabilen und dauerhaften Fundamenten eine Gesellschaft im Zeichen der „Herrschaft des weißen Mannes" zu errichten, in der die Europäer die Herren und die 20 000 000 Afrikaner die „minderwertige Rasse" darstellen, der die elementaren Menschenrechte und jede Beteiligung an den Regierungen ihrer Heimatländer verweigert werden.

Die von den Apologeten rassischer Unterdrückung vorgebrachten Argumente werden durch die Wirklichkeit widerlegt. Man kann diese Wirklichkeit sehr bequem in den Gesetzsammlungen der Union wie in denen von Nord- und Südrhodesien finden. Sie manifestiert sich in der weitgehenden Gesetzlosigkeit in diesen Ländern — in den Massenverhaftungen, den Massakern, den Exmittierungen, den Verboten, den Verbannungsmaßnahmen und den Polizeiüberfällen, die alltäglich und wohlbekannt sind.

Man findet die Wirklichkeit in den Lagern der Bergwerksgesellschaften, wo man sich durch Augenschein von den entsetzlichen Bedingungen überzeugen kann, unter denen eine halbe Million afrikanischer Bergleute leben und arbeiten; man kann sie in den Hüttensiedlungen am Stadtrand aufspüren.

Selbst die boshaftesten Rassenfanatiker beginnen zu begreifen, daß der ganze afrikanische Kontinent erwacht und daß die unterdrückten Millionen in Südafrika die Freiheit erringen werden, auf friedliche oder auf andere Weise.

Da sie ihren weißen Herren intellektuell überlegen sind, haben die Führer der schwarzen Bewegung, wie Albert Lutuli, Dr. Hastings Banda und andere, es hinreichend klargemacht, daß sie nicht den Wunsch haben, die Weißen aus Afrika zu vertreiben, sondern nur die Freiheit gleichermaßen für Weiße und Schwarze fordern.

Nur eine geringe Zeitspanne bleibt den weißen Herrschern im südlichen Teil des afrikanischen Kontinents, um den Forderungen der Geschichte und der afrikanischen Völker zu entsprechen und Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle zu sichern.

Kürzlich ist es in der Union wie in der Föderation unter den Weißen zu einer Rebellion gegen die dumme und verwerfliche Politik der Verwoerd, Whitehead und Welensky gekommen. Es besteht die Möglichkeit, daß

die Klügeren und Mutigeren unter den Weißen eine Änderung der gegenwärtigen Politik erreichen und schließlich eine friedliche Regelung zwischen den Rassen herbeiführen werden.

Die Freunde der Freiheit außerhalb Südafrikas und die echten Freunde der Weißen im südlichen Teil des Kontinents können der Sache des Friedens zwischen den Rassen und der Freiheit in Afrika einen großen Dienst erweisen, indem sie gegen die Rassenfanatiker und ihre Politik Stellung nehmen und sie anprangern und indem sie das afrikanische Volk und die demokratisch gesonnenen Weißen so weitgehend wie irgend möglich unterstützen.

Es wäre zwecklos, den Rassenfanatikern die Maximen der Moral und der Vernunft zu predigen. Die wirksamste Methode, um Afrika den Frieden und die Freiheit zu bringen, ist es, sie so energisch wie möglich und so oft wie möglich anzugreifen. Um so lebhafter sie angegriffen werden, um so schneller werden sie, selbst bei den Weißen, ihr Ansehen verlieren. Es ist eine sekundäre Frage, ob der Boykott der Wirtschaft Südafrikas ernsthaft schaden wird. Sein wahrer Wert liegt darin, daß er die Architekten der Apartheid in Mißkredit bringt.

Jeder Sportler, der sich weigert, rassische Diskriminierung in der Welt des Sports zu dulden, jeder Künstler, der den Gesetzen der Apartheid in der kulturellen Sphäre entgegentritt, leistet der Sache des Friedens und der Freiheit in Afrika einen wertvollen Dienst.

Dagegen helfen die Apologeten der rassischen Unterdrückung, das Grab für den weißen Mann in Afrika zu schaufeln.

Es ist höchste Zeit, daß den politischen Taschenspielertricks und der Kasuistik in den Angelegenheiten Afrikas Halt geboten wird. So wenig wie man einen Kompromiß mit dem Sklavenhandel oder der Seeräuberei eingeht, so wenig kann man ihn mit der rassischen Unterdrückung und der Konzeption der Baaskap schließen.

Es ist unmöglich vorauszusagen, wie sich der Boykott auf die südafrikanische Wirtschaft auswirken wird. Die unmittelbar Betroffenen, die Erzeuger von Obst, Wein und Zigaretten, in der Regel Anhänger der Nationalistischen Partei, sind bereits tief beunruhigt. Sie wissen, daß sie nicht nur einen Umsatz von vielen Millionen Pfund Sterling während des Boykotts verlieren werden, sondern, daß viele Händler in Zukunft vielleicht überhaupt keine südafrikanischen Produkte mehr kaufen und ihre Waren aus anderen Ländern beziehen werden. Noch wichtiger jedoch ist die psychologische Wirkung, die der weltweite Boykott sowohl auf die zwölf Millionen Afrikaner wie auf die drei Millionen Weißen ausüben wird.

Unter der afrikanischen Bevölkerung ist das Verlangen nach Freiheit durch die 12 Jahre währende brutale nationalistische Unterdrückung nicht erstickt worden. Im Gegenteil, der Widerstand gegen die Gewaltherrschaft ist ins Unermeßliche angewachsen. Die wirksame Demonstration der Sympathie für die afrikanische Freiheit im Ausland wird die grausam Unterdrückten zu neuen Bemühungen anspornen. Auch wird die schwarze Bevölkerung noch einmal erkennen können, daß sie nicht einen Rassenkampf führt, und daß Millionen Weiße zu ihren aufrichtigen Freunden gehören.

Von noch größerer Bedeutung könnte die Wirkung sein, die der Boykott auf die weiße Bevölkerung ausübt. Die Million Südafrikaner englischer Herkunft und mindestens ein Fünftel der Buren sind aus verschiedenen Gründen erbitterte Gegner der Nationalistischen Regierung. In der Tat, es ist den Nationalisten nie gelungen, die Mehrheit der weißen Wähler für sich zu gewinnen, obgleich sie über 102 von 163 Mandaten im Unionsparlament verfügen. Ein Verlust von 50 000 Stimmen könnte sie um die Macht bringen. Im vergangenen Jahr haben

sich viele Weiße offen gegen die Politik der „Baaskap" gewandt. Nicht nur in der Vereinigten Partei (der größten Oppositionspartei, die hinsichtlich der Rassentrennung eine schwächliche Politik verfolgt), sondern auch in der Nationalistischen Partei. Sie erkennen, was auf dem afrikanischen Kontinent vor sich geht, und sind bemüht, den Forderungen der Geschichte und der afrikanischen Bevölkerung zu entsprechen. Die überwältigende Mehrheit der Weißen, Buren wie Briten, sind Anhänger der Rassentrennung, aber nur etwa 40% sind unbelehrbare Befürworter der Apartheid. Moralische und logische Überlegungen werden von jenen verachtet, die sich als „Herrenvolk" betrachten. Ihnen sind die Begriffe von Hitlers „Mein Kampf" geläufiger als Kants kategorischer Imperativ. Aber auch die abgebrühtesten Realpolitiker spüren eine moralische Ohrfeige. Der Boykott, die Weigerung britischer und anderer ausländischer Sportler, in Südafrika zu starten, die lebhaften Proteste von Künstlern gegen die kulturelle Rassentrennung überzeugen in zunehmendem Maße die Weißen in Südafrika, daß ihre Politik allen zivilisierten Menschen verhaßt ist und daß sie sich vom Rest der Menschheit isolieren, falls diese Politik nicht aufgegeben wird.

Die Hand des Schicksals griff vor kurzem in die Ereignisse ein. Im Freistaat Oranje kamen 435 Bergleute, darunter 429 Neger, auf tragische Weise ums Leben. Die Ursachen des Unglücks werden gegenwärtig untersucht, zugleich wurde jedoch die Aufmerksamkeit auf die grauenhaften Arbeitsbedingungen der schwarzen Bergleute gelenkt, von denen etwa eine halbe Million in der Förderung von Gold, Diamanten, Kohle und Erzen beschäftigt werden. Diese Bedingungen ähneln denen der Halbsklaverei. Ihr Tageslohn beträgt ein wenig mehr als 2 Shilling, 5% des an die weißen Bergarbeiter gezahlten Lohnes. Das Gesetz verbietet ihnen, gelernte Arbeiten auszuführen. Weil ein Menschenleben hier so billig ist, sind die Sicherheitsvorkehrungen in den Gruben völlig ungenügend.

Afrika zieht der Freiheit entgegen. Wer den afrikanischen Völkern hilft, leistet nicht nur den grausam unterdrückten Negern, sondern auch den Weißen einen bleibenden Dienst. Umso früher die Colons im Norden und die weißen Siedler im Süden ihre Konzeption der Herrschaft des weißen Mannes aufgeben, umso früher werden sie aufhören, ihr eigenes Grab zu schaufeln. Sollten sie jedoch darauf beharren, so wird der sich erhebende afrikanische Riese sie zerschmettern.

Dr. jur. Elsa Hennings

China — Stein des Anstoßes

Man sollte meinen, daß die Wucht der wissenschaftlichen Entdeckungen neueren und neuesten Datums bei der Allgemeinheit eine radikal veränderte Geisteslage herbeigeführt habe. Wer sich indes mit dem aufregenden Buch des Amerikaners Vance Packard über „Die geheimen Verführer" beschäftigt hat, dürfte eines Besseren belehrt worden sein. Denn seine „Verführer" sind jene Leute, die sich zur Durchsetzung der Interessen von Machtgruppen mit Meinungsbildung, Menschenführung, Propaganda, Public Relation, psychologischer Kriegführung usw. usw. befassen, tatsächlich jedoch nichts anderes sind als die legitimen Nachfahren der einst allmächtigen Zauberer. Sie waren die Träger der schwarzen und

der weißen Magie, das heißt des Schadens- und des Segenzaubers und operierten vorzugsweise mit Suggestion, dem gleichen Zaubermittel, das den „Verführern" dazu dient, die Massen heimlich ihren Zielen zu unterwerfen. Im Gegensatz zu vielen ihrer Vorläufer enden sie aber kaum mehr am Galgen, obwohl manchem von ihnen etwas ähnliches zu gönnen wäre.

Die primitivere Zauberei mit Horoskopen, Talismanen, Amuletten usw. mag man als relativ harmlose Spielerei hinnehmen, ebenso die Glück oder Unglück herausfordernden, zu Grüßen verkürzten Zaubersprüche oder jene zum Erfolg ermunternden Redensarten wie „Hals- und Beinbruch" u. a., die als invertierte Flüche auftreten, das sind solche, die eine ihrem Wortlaut entgegengesetzte Wirkung versprechen, und wie wir im Hinblick auf China sehen werden, sogar einer charmanten Ironie nicht entbehren. Wenn man in ferner Vergangenheit einen unangreifbaren oder unerreichbaren Feind vernichten wollte, sprach man über ihn den Zauberbann oder machte sich ans Totbeten oder sandte ihm in ohnmächtiger Rachsucht einen Fluch nach, eine Redeformel, die auf der magischen Denkweise beruhte, daß der konzentrierte Wunsch und Wille alles Vorgestellte verwirklichen werde. Jeder Fluch war jedoch insofern mit einem Risiko belastet, als ihn die Geisterwelt aus einem Schadens-Instrument in ein Medium des Gedeihens verwandeln konnte; aus schwarzer Magie war weiße Magie geworden. Und da der schwarzen Magie mit Zauberbann, Totbeten und dem Fluch die schwarze Propaganda von heute entspricht, müssen ihre Manager damit rechnen, daß sie beim Feind als weiße Propaganda in Erscheinung treten.

Wir brauchen nur einmal das vom gesamten Westblock in genießerischer Feindseligkeit ausgestoßene Wort „Rot"-China unter die Lupe zu nehmen, um zu erkennen, was bei diesem „Fluch" herausgekommen ist. Obwohl es den Chinesen ziemlich gleichgültig ist, was man im Westen über sie redet und schreibt, ist die Bezeichnung „Rot"-China für sie ein Anlaß zum Schmunzeln; denn rot ist ihre Lieblingsfarbe und gleichbedeutend mit Schönheit und Glückseligkeit. Rot war einst die Farbe der Hochzeitskleidung; rot ist ferner das Zeichen der Vortrefflichkeit, und der meistgebrauchte Neujahrsgruß „kaimenhong", wörtlich: öffne die Tür zu Rot, will sagen, den Weg zu großem Erfolg bahnen. Auf unerwartete und ungewollte Weise wandelt sich also der „Fluch in Rot" zum „Segen in Rot", und es ist nicht der einzige, den der Westen unfreiwillig an China austeilte. Das in Ausübung der schwarzen Propaganda geschaffene Embargo zum Beispiel, auf dessen Verbotslisten selbst Abführmittel nicht fehlen, wurde den Chinesen rasch als verkleidete Wohltat offenbar. Einer wesentlichen Hilfe von außen beraubt, war das chinesische Volk gezwungen, sich zur Rettung seines verarmten, verwüsteten und ausgeplünderten Landes auf die eigenen Kräfte zu besinnen, und es hat sie derart zu entfalten gewußt, daß man den Hergang einfach virtuos nennen muß.

Die beispiellose Aufbauleistung der Chinesen erinnerte den Westen an die Warnung N a p o l e o n s : „Laßt China schlafen; wenn es erwacht, mag die Welt es bedauern", und die des chinesischen Außenministers L i H u n g - c h a n g (1823—1901): „Es ist töricht von den Weißen, daß sie uns aus unserm Schlummer wecken wollen. Sie werden es bereuen, wenn wir einmal erwacht sind, und dann den früheren Schlummer zurückwünschen." Deshalb fühlt sich der Westblock eingedenk des vom USA „China-Lobby" ausgegangenen Fluches, welcher die Bewahrung der unversöhnlichen Feindschaft gegen das neue China vorsieht, vom letzten Hoffnungsschimmer auf den Enderfolg zur Fortsetzung seiner schwarzen Propaganda bewogen, nach dem Motto: Steter Tropfen höhlt den Stein, — fragt sich nur, wer Stein ist und wer Tropfen. Die Gelegenheit, eine neue Kampagne

auszulösen, war bald gefunden. Denn die Flaute um die sogenannte „Tibet-Frage" hieß die Nachrichten-Organe gierig nach dem zwischen Indien und China bestehenden Streit über eine unsichere Grenzziehung greifen. Er schwelt zwar schon seit Jahren, doch läßt er sich in gegebenen Augenblicken zu wirkungsvoller Flamme anblasen, an welcher sich, gestuft nach Interessen-Graden, die Nachrichten-Organe einmal mehr erhitzen können, bis vermutlich der China/Indonesien-Zank ins Zentrum geschoben werden kann.

Als 1950 die chinesischen Truppen auf ihrem Vormarsch nach Lhasa die tibetanische Seite der Bergketten erreicht hatten, schrien die Schlagzeilen: „Drohendes Rotchina", oder „Die Gelbe Gefahr kommt näher", oder „Rote Fahnen wehen vom Himalaja", oder „Indien im Bereich rotchinesischer Bomben" usw. usw., und so lauten sie abermals, da im umstrittenen Grenzgebiet Schüsse gefallen sind. Daß es sich der Westblock im Gegensatz zu der vom Ostblock klugerweise geübten Zurückhaltung trotz der noch völlig in der Schwebe befindlichen Differenzen nicht nehmen läßt, geräuschvoll gegen China Partei zu nehmen, ist verständlich. Die Gründe dafür liegen einmal in seiner, vom Antikommunismus beherrschten Taktik, und zum andern möchte man den Chinesen von neuem zeigen, daß man ihnen den Sieg ihrer Revolution nicht vergessen hat. Parteinahme aber, ob sie nun dem Gefühl oder einer Absicht entspringt, schließt allemal den Willen zur Wahrheitsfindung aus; sie ist ein Element der Ungerechtigkeit.

So enthält beispielsweise die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 13. Januar 1960 einen ganzseitigen, „aus Noten und Erklärungen der beiden Regierungen ausgewählten" Artikel — mußte der Leser durch eine „Auswahl" bevormundet werden? —, in welchem es unter anderem heißt: „Zu diesen detaillierten historischen und rechtlichen Ausführungen des indischen Ministerpräsidenten hat Peking bis jetzt keine ebenso substantielle Gegendarstellung vorzulegen vermocht . . ." Wirklich nicht? Nun aber gibt es außer einem Brief des chinesischen Ministerpräsidenten vom 17. Dezember 1959, mit dem sich die indische Presse bereits am 19. Dezember 1959 beschäftigte, vor allem die chinesische Note an Indien vom 26. Dezember 1959. Es handelt sich dabei um ein Dokument, das an „substantieller Gegendarstellung" nichts, aber auch gar nichts zu wünschen übrig läßt. Nach ihrem Studium nimmt es nicht wunder, daß man darüber in Neu-Delhi etwas kleinlaut geworden ist und sich endlich zu den seit Jahr und Tag von China geforderten Verhandlungen bereitgefunden hat. Es erscheint daher angebracht zu fragen, warum sich, von der schon vor Jahresende weitläufig referierenden Auslandspresse ganz zu schweigen, die „Westfälische Rundschau" zum Beispiel am 7. Januar 1960 auf diese schwerwiegende Note beziehen konnte, die FAZ hingegen es selbst am 13. Januar 1960 unterlassen hat, ihr Raum zu geben.

Die Konsolidierung der chinesischen Revolution war natürlich für die Länder des Ostblocks eine Genugtuung, für die Länder des Westblocks hingegen ein bis jetzt nicht verwundener Schock, insbesondere für die USA, die zur Aufrechterhaltung der überkommenen Verhältnisse in China erhebliche Anstrengungen gemacht hatten. Ratlos über den Ausgang des Geschehens stellten sie beharrlich die Frage: „Why did we lose China?" Gewiß ist sie nicht so zu verstehen, als sei China amerikanischer Boden gewesen; verloren gegangen war das Land vielmehr als das lohnendste Absatz- und Investitionsgebiet der Welt, sowie als Partner der Ideologie des Westblocks, der vielleicht im Kreuzzug gegen die Sowjet-Union die entscheidende Rolle hätte spielen können. Statt jedoch eingehend nach den Ursachen des Fehlschlags zu forschen und daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen, begingen und begehen die USA hinsichtlich Chinas eine Torheit nach der andern in dem aussichtslosen Unterfangen, eine bereits Geschichte gewordene Situation umzukehren.

Das Embargo wurde bereits erwähnt; hinzu kommen die Besetzung der chinesischen Insel Taiwan, die militärische Unterstützung des Verlierers Chiang Kai-shek, ihre unzähligen Verletzungen der chinesischen Hoheitsgewässer und des Luftraums unter Mißachtung aller Proteste, die gegen China gerichteten Militärpakte, die Blockierung des ihm im Sicherheitsrat der UNO zustehenden Sitzes, die Erzwingung von Uno-Resolutionen über die sogenannte „Tibet-Frage" und so fort. Wenn es überhaupt eines Beweises für die Stabilität der chinesischen Ordnung bedurft hätte, dann wäre die Taiwan-Krise des Jahres 1958 das beste Beispiel dafür gewesen. Damals standen dreißig Millionen Chinesen unter Waffen, aber sie dachten nicht daran, sie gegen ihren Staat zu kehren, was sie mit Hilfe solcher Massen unschwer hätten bewerkstelligen können. Nicht nur betrachten sich die von starkem Nationalstolz erfüllten Chinesen als eine unauflösbare Schicksalsgemeinschaft, sondern sie besitzen auch das Traditions-Bewußtsein aller Völker mit alter Kultur, für die zum Beispiel der „American Way of Life" eine Spottgeburt wäre.

Alles was die USA — und nicht nur sie — durch Sanktionen, Schikanen und ihre nachgerade peinliche Nadelstich-Politik eingeheimst haben, ist eine erheblich gesteigerte Verachtung der „weißen Barbaren", die wahrscheinlich auf lange hinaus die Haltung des chinesischen Volkes bestimmt und selbst nicht unter den Posaunen von Jericho zusammenbrechen würde. Doch stammt diese Einschätzung der Weißen und damit zugleich der Christen nicht von heute. Schon 1759 überreichte der Vize-König von Kwangtung und Kwangsi seinem Kaiser ein Memorandum, worin er ihm zu bedenken gab, daß der Konkt der einheimischen Bevölkerung mit den „uncultured barbarians, who live far beyond the borders of China", unterbunden werden sollte, damit sie sich nicht mit deren niedriger Moral infizieren. Von dem sittlichen Niveau der die Aufteilung Chinas betreibenden Mächte konnten sich die Bewohner mindestens seit dem Vorspiel zu den schmählichen Opium-Kriegen im Jahre 1839 bis zum Ende der Revolution 1949 selbst überzeugen. Diese Dinge hätten bereits einen festen Anhaltspunkt gegeben zur Beantwortung der Frage: „Why did we lose China?" Doch da kamen die terribles simplificateurs des Westblocks, die mit ihren Anpassungsschwierigkeiten an eine in Bewegung geratene Welt nicht fertig werden, wieder einmal mit ihrer infantilen Trotzreaktion, dem vom Hexenwahn kaum noch zu unterscheidenden Antikommunismus, und behaupteten, „Moskau" sei schuld am Verlust der „freiheitlichen" Ordnung Chinas. Als ob es dort nach hundertzehn Jahren permanenter Kriege, Aufstände, Hungerrevolten, Invasionen und den verwirrenden Generalskriegen überhaupt noch eine Ordnung gegeben hätte! Premierminister Chou En-lai sagte auf der Bandung-Konferenz im April 1955: „Es sind die Anstrengungen des chinesischen Volkes gewesen, die den Sieg der chinesischen Revolution gebracht haben; es hatte nicht nötig, etwas von außen zu importieren."

Freiheit — sicherlich ein glanzvolles Wort, nur hat es bis jetzt noch niemand fertiggebracht, eine vollgültige Begriffsbestimmung dafür zu finden. Es gibt eine katholische, protestantische, islamische, eine englische, französische, deutsche, spanische, amerikanische Freiheit (und die Freiheit-Statue kehrt ihrem Land den Rücken zu!), es gibt die von Südafrika, Algerien und Little Rock und, ja auch eine chinesische, die nämlich, daß ein Volk von annähernd siebenhundert Millionen Menschen sein Recht verwirklicht, sich aus Elend und Not herauszuarbeiten. Da aber hinter allen Staaten, einschließlich der westdemokratischen, eine das unabhängige Denken begrenzende Ideologie steht, auch wenn ihr Name nicht genannt wird, wäre höchstens zu sagen, daß „Freiheit" einen Zustand darstellt, in welchem die Menschen ihre Gebundenheit nicht als Kette fühlen; oder man möge sich nach Belieben das Wort

eines Labour-MP zu eigen machen, der sie unlängst „einen vom Spätkapitalismus zu seiner eigenen Rettung erfundenen Schwindel" nannte. Sicher ist jedenfalls, daß weder der Taiping-Aufstand von 1860, noch der Boxer-Aufstand von 1900, noch die zum Sturz der Monarchie führende Revolution von 1911 oder der Mai-Aufruhr von 1919 etwas mit „Moskau" zu tun hatten. Andererseits gehörte zu den vierzehn Nationen, welche die russische Oktober-Revolution mit Waffengewalt rückgängig machen wollten, auch China; bemerkenswerter aber ist, daß das Regime Chiang Kai-sheks seit 1937 nicht nur von Amerika und England, sondern auch von der Sowjet-Union Hilfe erhielt, bis seine Kämpfe in den 2. Weltkrieg übergingen.

Selbstverständlich wurde die russische Revolution auch vom revolutionären China mit größter Aufmerksamkeit verfolgt; die neuen Impulse jedoch, die seine progressiven Kräfte daraus für ihren Kampf zogen, wurden von ihnen der gleichen Quelle entnommen, die den Menschen im revolutionären Rußland Auftrieb gegeben hatte, nämlich den aller Welt zugänglichen Schriften des deutschen Philosophen Karl M a r x ; sie wurden von ihnen aus der deutschen Sprache ins Chinesische übersetzt, nicht aus der russischen. In der 1915 von kleinbürgerlichen, reformfreudigen Intellektuellen gegründeten Zeitschrift Hsin Ching Nien (Neue Jugend) erschien im Mai 1919 als Kontrapunkt zu den schweren Mai-Unruhen der Studenten gegen den Versailler Vertrag eine Spezialnummer über den Marxismus mit knappen Erläuterungen zu den Theorien. Weitere Publikationen, die sich auch mit den Lehren L e n i n s befaßten, folgten und fanden begeisterte Leser. Ein Jahr danach wurde in Shanghai die erste Gruppe der kommunistischen Partei gegründet, die sich Jahre später von einigen sowjetischen Organisatoren zeigen ließ, wie eine Partei aufgebaut sein müsse. So wurde allmählich eine Entwicklung in Gang gesetzt, die über China hinaus für Asien, ja für die ganze Welt von Bedeutung ist. Mit einer „fünften Kolonne" aber hätte die Sowjet-Union Eulen nach Athen getragen, also einen dialektischen Schnitzer begangen. Sobald jedoch Weltkrieg II es ihr erlaubte, leistete sie im Rahmen ihres beschränkten Könnens wertvolle materielle Hilfe an die kommunistischen Funktionäre, während Chiang Kai-sheks Kuomintang hauptsächlich von den reichen USA ausgerüstet und propagandistisch aufgewertet wurde.

Die bessere Chance hatten in China freilich immer die Kommunisten, weil sie die Herrschaft der Weißen bekämpften und sich auf die landarmen und landlosen, Hunger- und Naturkatastrophen hilflos preisgegebenen Bauern stützen konnten, die reichlich achtzig Prozent der Gesamtbevölkerung umfassen. Das Ziel der antifeudalistisch und anti-imperalistisch eingestellten Kommunisten galt in erster Linie der Wiederherstellung der vollen Souveränität des Landes, der Entmachtung der Grundherren durch eine Bodenreform, der Sozialisierung der Grundindustrien, der Nationalisierung aller Bodenschätze, sowie der Erneuerung des kulturellen Lebens mitsamt dem Erziehungs- und Bildungswesen und der Wissenschaften. In übertriebenem Eifer ist dabei im Anfang manches verdammt worden, was keineswegs danach angetan war, die Zukunftentwicklung zu hemmen oder zu stören. Dazu gehörte unter anderem das konfuzianische Erbe, das als „reaktionär" verworfen wurde, weil sich der Kaiser, die Staatsbeamten und Gelehrten dazu bekannt hatten. Es stimmt zwar, daß es als Ideologie, als Staats- und Geschichtsbetrachtung seit dem Ende der Monarchie gegenstandslos geworden und nur noch für den Historiker interessant ist, aber der alte Weise, der die Grundhaltung der Chinesen für Jahrtausende prägte, war nicht mit einem Federstrich auszulöschen.

Die Chinesen haben jedoch ihr vorschnelles Urteil rechtzeitig korrigiert; denn da es nicht schwer war zu erkennen, daß mancherlei in den Lehren des Konfuzius,

vor allem sein Pragmatismus sich zwanglos in das marxistisch-leninistische Denkgebäude einfügte, entspannen sich alsbald lebhafte Auseinandersetzungen über das Problem, welche sogar für die neue chinesische Literatur fruchtbar werden können. Doch was weiß man eigentlich im „Westen" über China? Man sammelt chinesische „curios", kauft chinesische Seide und trinkt chinesischen Tee, allein man kann noch heute in Schul- und Lehrbüchern lesen, das Land sei arm an Bodenschätzen und habe deshalb keine Zukunft. Nun, das Gegenteil ist längst erwiesen. Man weiß, daß die Chinesen das Pulver erfunden haben, nicht indes, daß sie es nur zu Feuerwerksspielen verwendeten und ihre Soldaten bis ins 19. Jahrhundert hinein mit Pfeil und Bogen schossen. Man unterhält sich über die alte, hohe Kultur der Chinesen, aber das in einer Tradition von etlichen Jahrtausenden Geschaffene versteht höchstens der Spezialist richtig zu deuten. Sprache und Schriftzeichen sind uns fremd, die Musik ist uns fremd, der Dichtung ist wegen der Übersetzungsschwierigkeiten nur selten beizukommen, und die Architektur erscheint uns nur pittoresk. Doch als ob der Westen es darauf angelegt hätte, sich vor den andern Völkern lächerlich zu machen, tritt er mit Normen und Maßstäben an China heran, die für ihn selber geschaffen sind und höchstens für ihn selber gelten.

Man ist sich deshalb nicht recht klar darüber, ob man es Arroganz oder Ignoranz nennen soll, daß im Westen verschiedene Lebensgewohnheiten der Chinesen, mit Betonung der religiösen, Mißfallen erregen. Jedenfalls fühlte sich beispielsweise der bekannte britische Theologe James L e g g e einst bemüßigt zu schreiben: „Wir halten es natürlich nicht mit der Häresie, aber wo Denken und Handeln nicht über die Zeit und über irdische Grenzen hinausreichen, finden wir den Menschen nicht in bestem Zustand. Wir vermissen bei den Chinesen Gottes Gnade und die Tröstungen des Glaubens; sie haben zwar menschliches Streben und Ehrgeiz, aber sie sind nicht befruchtet von göttlichen Impulsen und himmlischem Verlangen." In diesem Zitat wird der chinesischen Religion nicht nur ihr Mangel an Transzendenz zum Vorwurf gemacht, sondern es wird ein Werturteil gefällt, zu welchem der Autor samt allen Kreisen, für die er stellvertretend ist, gar nicht berufen war. Sein Überlegenheitsgefühl zieht er lediglich aus dem Postulat der Allgemeingültigkeit des Christentums. In der Tat zeichnet sich sein Dogma durch einen Ausschließlichkeits- und Welterlösungsanspruch aus, der indes nur hätte erhoben werden können zu einer Zeit, als „Welt" etwa mit dem übereinstimmte, was wir „christliches Abendland" nennen. Heute jedoch, da „Welt" den ganzen Erdball mit rund 2,8 Milliarden Menschen unterschiedlichster metaphysischer Bedürfnisse umfaßt, von denen sich nur rund 700 Mill. als Christen bezeichnen; ist der Absolutheitsanspruch, vorsichtig ausgedrückt, eine Illusion.

Bei den aufstrebenden Völkern wird das Christentum vor allem als Begleiterscheinung des Kolonialismus abgelehnt, wenn nicht gar ihm gleichgesetzt. Gegenüber den Völkern der großen, auf Diesseitigkeit und Morallehren fußenden Religionen des Ostens hingegen hat es sich zudem wegen seiner Intoleranz und seiner Verteufelung der sogenannten „Heiden" unbeliebt gemacht. In China war es ein sehr unguter Auftakt für die Tätigkeit der christlichen Missionen, daß sie sich dort unter dem Druck fremder Mächte den Zugang in erwünschtem Umfang verschafft hatten. Man betrachtete sie mit Mißtrauen, und nicht immer ohne Anlaß. Zeitweilig wurden sie von den Behörden verfolgt, doch auch wenn geduldet, verabscheute man sie. Da diese Einschätzung sich auch auf die Konvertiten übertrug und die Chinesen nicht ihren guten Ruf aufs Spiel zu setzen gedachten, dürften die Angaben, wonach der Anteil der Christen an der Gesamtbevölkerung immer nur 2 pro mille gelegen habe, den Tatsachen entsprechen. Nach Ausschaltung der dem Westblock verbunden gewesenen Gruppen genießen die chinesi-

schen Christen, genau wie die Anhänger zahlreicher anderer Bekenntnisse, eine verfassungsmäßig garantierte Glaubensfreiheit, die keineswegs nur auf dem Papier steht. Dem traditionellen Säkularismus der Chinesen gegenüber ist allerdings an einen Auftrieb landfremder Bekenntnisse kaum zu denken.

Die alte chinesische, von praktischer Moral durchsetzte Religion bestand vorwiegend in ihrem, politisch eminent bedeutsamen Ahnenkult mit seiner Parallelisierung der Stellung vom Sohn zum Vater, vom Volk zur Obrigkeit und in letzter Linie zum Kaiser. Eine Erneuerung und Vertiefung innerhalb der damaligen Feudalordnung erfuhren die alten Anschauungen durch K o n f u z i u s (Kung futse, 551—479 v. d. Z.). Er ging aus von der Überzeugung, daß die Natur des Menschen überwiegend gut und ein sittlich untadeliger Herrscher das erzieherische Vorbild für die Gesamtheit sei — wie der Herr, so der Knecht, heißt es im Sprichwort. Das Glück des einzelnen leite sich vom Gedeihen des Staates ab; jeder habe durch Selbstvervollkommnung daran mitzuwirken, indem er in strenger Selbstzucht die Tugenden der Redlichkeit, Humanität, Aufrichtigkeit, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Pietät, Höflichkeit usw. erwerbe. In seinem zweiundfünfzigsten Lebensjahr wurde er an die Spitze des Magistrats der Stadt Chung-tu gestellt; man erzählt, daß sich seitdem das Verhalten der Einwohner in kurzer Zeit zum Guten wandelte, und nachdem man ihm die Strafjustiz unterstellt hatte, auch das Verbrechen aus ihren Mauern verschwunden sei.

Konfuzius verzichtete darauf, seine Lehren als göttliche Offenbarung auszugeben, denn „das Höhere (tien) redet nicht"; auch preßte er sie nicht in ein System, sondern verbreitete sie in Kernsätzen von klassisch reiner, knapper Sprache, die mit jedem Wort genau ihren Gegenstand trifft. Nachdrücklich hielt er seine Schüler — und er hatte ihrer die für jene Zeit enorme Zahl von dreitausend — zum Lernen an, doch mit der Warnung, daß es ohne eigenes Denken verlorene Mühe, dieses aber ohne Lernen gefährlich sei. Was ein überlegener Mensch sucht, finde er im eigenen Innern, was der subalterne sucht, hole er sich bei andern. Der Mensch könne zwar seine Grundsätze erweitern, allein die Grundsätze erweiterten nicht den Menschen. Der Mensch habe sich nach Kräften an die Gesellschaft hinzugeben, in der er lebt, nicht aber sich aus ihr zu den Vögeln und Tieren zurückzuziehen. „Mit wem anders sollte ich mich verbinden, als mit den leidenden Menschen? Die herrschenden Mißstände sind es, die nach meinen Anstrengungen rufen; denn bei geordneten Zuständen wäre es überflüssig, für ihre Änderung zu wirken." Begriffe wie Himmel und Hölle waren ihm unbekannt; daher war er auch nicht mit der dem Christentum eigenen Angst vor dem Tode vertraut. Gut und Böse würden ihre Kompensation in der Erdenzeit finden, wenn nicht in der Person des Handelnden, dann doch in der seiner Nachkommen.

Zwar hat sich Konfuzius zu seinen Lebzeiten bei Chinas herrschender Schicht nicht durchsetzen können, doch die Nachricht von seinem Tode, die das Land durchraste wie ein Lauffeuer, riß die Menschen zu grenzenloser Bewunderung seiner Weisheit hin, und schon auch begann der Kult um seine Person. Das praktisch-moralische Element in seinen Sprüchen, die das Sittlichgute höchst einprägsam mit dem Gemeinnützlichen verbindet, ist so menschlich ansprechend, daß man begreift, wie sich der Riesenstaat unter der Herrschaft solcher Grundsätze Jahrtausende hindurch behaupten konnte. Später wurden seine Lehren von einem Gemisch aus den mystisch-romantischen, leicht an die Gnostik erinnerenden Träumereien des Laotse (um 600 v. d. Z.), dem Taoismus, und nachfolgend dem Buddhismus überlagert, womit dann der Boden für die Entstehung einer parasitären, öfters bekämpften Priesterschicht vorbereitet wurde.

Die Priester arbeiteten mit magischen Opferungen, Horoskopen und anderen Zaubereien und waren zuletzt nur noch Taschenspieler und Gaukler, die durch

ihren Trug das arg geplagte Bauernvolk von sich abhängig zu machen gewußt hatten und ihm das Geld aus der Tasche zogen. Dazu schrieb der berühmte Literat und Neubeleber des Konfuzianismus H a n Y u (768—824): „Nahrung und Kleidung für einen einzigen der schmarotzenden Mönche kostet jährlich dreißigtausend Li, was mehr ist, als fünf Menschen erarbeiten können. Wenn wir die Zahl der Mönche im Kaiserreich bedenken, dann kann man sehen, wieviel Geld da vergeudet wird; kein Wunder, daß man das Volk ruiniert und ehrlos macht." Nahmen Mißstände solcher und anderer Art überhand, dann machte das Volk von seinem Recht Gebrauch, dagegen aufzustehen, doch hat keine der zahlreichen und manchmal grausamen Revolutionen das von Konfuzius gelegte sittliche Fundament des Volkes zu erschüttern vermocht. Es konnte sich daher auch nach dem jüngst überwundenen Chaos in wenigen Jahren solcher Plagen wie der Prostitution, der Opiumsucht, der Korruption, der Verbrecherbanden, des Bettlerunwesens, des Glücksspiels usw. vollständig entledigen und zu seiner anerkannten Redlichkeit zurückkehren.

Seltsam genug, doch auch die Redlichkeit des Chinesen erregt Mißfallen im Westen; denn gelegentlich der Bandung-Konferenz beschloß ein großes westdeutsches Presse-Organ seinen Bericht über die Rede Chou En-lais mit den Worten: „Leider ist er aufrichtig in dem was er sagt." Die größte Plage jedoch, derer das neue China Herr zu werden hatte, war der immer und überall gegenwärtige Hunger. Ihm allein fielen in der vorsozialistischen Ära jährlich etwa drei Millionen Menschen zum Opfer. Der „Westen", welcher mit seinen Überschüssen leicht hätte Abhilfe schaffen können, zog es vor, sie zu vernichten und statt Korn lieber Waffen zu schicken. Doch getreu ihrem Versprechen, zögerten die „roten" Herren nicht lange, die daniederliegende Wirtschaft des Landes mit aller Entschlossenheit auf eigene Füße zu stellen, wohl wissend, daß „es keine große Unternehmung ohne große Hindernisse gibt" (Voltaire). Zu einem Teil lagen sie in den Geburtswehen einer neuen Zeit, zum Teil aber ergaben sie sich aus dem Erbe vorväterlicher Sünden. Zu ihnen gehörten der Verfall der Wasserwirtschaft, der Deiche, des Straßenbaus, die Mißachtung naturgegebener Tatsachen bei Aussaat und Ernte unter dem Einfluß orakelnder Priester, sowie vor allem die bedenkenlose, häufig bis zum Kahlschlag reichende Abholzung, welche den Waldbestand auf ganze acht Prozent reduziert hatte; wie überall, schuf sie auch hier Wüsten-, Steppen- und Karstgebiete, deren Umfang sechzehn Prozent des Territoriums erreichte und dazu für einen verderblichen Einfluß auf Klima und Vegetation sorgte.

Ganze Provinzen verödeten, so daß zum Beispiel auf die Innere Mongolei, die Tibet- und die Sinkiang-Region mit zusammen 4,57 Millionen qkm im Durchschnitt nur 1,6 Menschen je qkm entfallen, auf die wüstenfreien Gebiete des unteren Yangtse und des unteren Hoangho mit zusammen 925 000 qkm hingegen 250, in der Kwangtung-Kwangsi-Region und besonders im Kanton-Delta sind es sogar zwischen 600 und 1000. Bei einer so absurden geographischen Verteilung der Bevölkerung fiel die Hauptlast der Ernährung von mehreren hundert Millionen Seelen den fruchtbaren Küstenebenen des Nord- und Südostens mit nur einer Million qkm zu. Die dort noch in patriarchalischer Ordnung lebenden, nach und nach zu Pächtern oder Halbpächtern und Landarbeitern abgesunkenen Bauernfamilien konnten freilich dem Hunger in weniger begünstigten Gegenden nicht steuern; denn vor der Sicherung ihres Eigenbedarfs hatten sie zwischen vierzig und siebzig Prozent der Ernte an jene drei Prozent von Landeignern abzugeben, welche fünfundvierzig Prozent der Anbaufläche und natürlich auch den Markt beherrschten. Die darbenden Teile der Bevölkerung aber mochten zusehen, wie und womit sie sich am Leben erhielten; Pearl S. B u c k s Schilderung in „The Good Earth" vermittelt eine Ahnung von den Schrecknissen. Während der ersten drei Jahre nach

der Revolution konnte man außer der Bodenreform nicht allzuviel für die Bauernbevölkerung tun, weil man ja buchstäblich vor dem Nichts stand und erst die lebenswichtigen Produktionsmittel schaffen mußte.

An der vordersten Front der auf Lösung wartenden Probleme stand die Rekonstruktion von Überbleibseln der einstigen, nicht sehr bedeutenden Industrie, die im Bürgerkrieg und im Kampf gegen die Invasions-Armeen der Japaner ruiniert wurde. Was sich schließlich an Fabriken noch vorgefunden hatte, war von den Japanern demontiert und bei ihrem Abzug mitgeschleppt worden. So schwierig die Lösung der Aufgabe war, sie wurde mutig angepackt und zu Ende geführt. Bei der nun folgenden Plan-Periode behielt der Aufbau einer modernen Schwerindustrie den Vorrang, doch die Landwirtschaft wurde ebenfalls berücksichtigt. Die vielen, seit der Bodenreform entstandenen kleinen Landstellen zeigten sich bald den Anforderungen einer rationellen Bodenbewirtschaftung nicht gewachsen, und es entstand die gegenseitige Bauernhilfe. Da auch dieser Behelf den Erfordernissen nicht gerecht wurde, kam es zur Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften verschiedener Grade, von denen sich einige aus der Notwendigkeit des Augenblicks heraus im Frühjahr 1958 spontan zu Groß-Genossenschaften zusammenschlossen, um alle Arbeitskräfte für die, unter der Acht-Punkte-Charta (Bewässerung, Düngung, Tiefpflügen, Saatgutauswahl, Schädlingsbekämpfung, Geräteverbesserung, dichtere Bepflanzung, Mehrfachbestellung) vorgesehene Ertragssteigerung zu mobilisieren. Die Überlegenheit der neuen Gebilde wurde bereits nach wenigen Monaten offenbar und ihnen zwecks Vermeidung unkontrollierbaren Wildwuchses von Regierung und Partei im August und September des gleichen Jahres unter der Bezeichnung „Volkskommunen" ihre angemessene organisatorische Form gegeben.

Was über sie von der Schwarzen Propaganda in die Welt gesetzt wurde, ist so albern, daß es nicht lohnt, näher darauf einzugehen. Wochenendehe? Zerschlagung der chinesischen Familie? Als ob es im Westen keine landwirtschaftliche Großbetriebe gäbe, als ob die Zahl der Klein- und Mittelbetriebe nicht rapide abnähme — Bauernlegen nannte man es einst —, als ob die auf Außenarbeit geschickten Leute ihre Familien mitnehmen könnten, als ob es keine Betriebs- und Werkskantinen gäbe, durch die weibliche Kräfte von der Küchenfron erlöst und für den Arbeitseinsatz freigemacht werden. Allerdings: die chinesischen Großwirtschaften stehen in Gemeineigentum; zusammengelegte Wirtschaften jagen den Bauern nicht von der Scholle; es gibt in China bei arbeitenden Ehepaaren keine Schlüsselkinder, sondern Versorgung in Krippen, Kindergärten und Schulhorten und daher keine Jugendverwahrlosung. Hätte die Schwarze Propaganda mit dem Bericht der Uno-Wirtschaftskommission (ECAFE) vom April 1959 gerechnet, sie wäre vorsichtiger gewesen. Darin heißt es, daß die Erfolge Chinas im „Sprung-vorwärts-Jahr" 1958 weitgehend der Errichtung der Volkskommunen zu danken sei. Durch ihre Einführung habe sich ein ungewöhnlicher Strukturwandel vollzogen, wodurch „die Produktionskräfte in einem weit größeren Maß mobilisiert werden konnten, als man es bisher für möglich gehalten hat". Durch „einfache Vervollkommnung der Organisationstechnik konnte ohne Kapitalaufwand die Produktion gesteigert werden". Und weiter: „Alles in allem scheinen die Volkskommunen, vom Standpunkt der technischen Organisation der Produktion gesehen, bemerkenswerte Vorzüge zu haben. Die Frage, die allein die Zukunft beantworten kann, ist, ob sie einen ausreichenden menschlichen Ansporn geben."

Tatsächlich wurden im ersten „Sprung-vorwärts-Jahr" 1958 mit Hilfe der Volkskommunen grandiose Erfolge erzielt und das Wichtigste: der Hunger konnte gebannt werden, obwohl seit dem Zensus von 1953 die Bevölkerungszahl um fast

hundert Millionen gestiegen und nahe an 700 Millionen herangerückt ist. Die Entwicklung setzte sich im Jahre 1959 mit der gleichen Vehemenz fort, so daß im zweiten „Sprung-vorwärts-Jahr" trotz außerordentlicher Dürre- und Überschwemmungsschäden auf Getreide für den menschlichen Verbrauch rund 600 kg je Kopf der Bevölkerung entfallen. Die Entwicklung für Getreide und Baumwolle verlief wie folgt:

Planziel für Getreide bis 1962 = 250
(in Millionen Tonnen)

Ergebnisse:	
1957	185
1958	250
1959	270,05

Planziel für Baumwolle bis 1962 = 2,4
(in Millionen Tonnen)

Ergebnisse:	
1957	1,64
1958	2,1
1959	2,41

Ungeachtet der um drei Jahre vorfristig erfüllten Planziele für 1962 soll in den nächsten Jahren für Getreide und Baumwolle eine Verdoppelung der Mengen erreicht werden. Schwächere Glieder in der Kette der Agrarerzeugnisse sind ferner noch: Speiseöl, Sojabohnen, Zucker, Eier und Fleisch.

Mit großer Energie ist die Aufforstung vorangetrieben worden. Sie erstreckte sich in den Jahren 1953—1957 auf insgesamt 351 700 Hektar, in dem einen Jahr 1959 hingegen wurden es unter Mithilfe der Volkskommunen 470 000 Hektar. Bedeutende Fortschritte sind auch in der Bewässerung, Wasserspeicherung und dem Transportwesen zu verzeichnen. Das „Sprung-vorwärts-Jahr" 1958 ist ferner bemerkenswert wegen des Starts einer Massenbewegung zur Steigerung der Stahlerzeugung. 1952, dem Jahr der Beendigung der Rekonstruktion, wurden 1,35 Millionen Tonnen hergestellt; am Schluß des ersten Fünfjahrplans 1957 lag der Ausstoß bereits um 296 % höher. Doch für den riesigen Bedarf war das Erreichte noch immer ungenügend. Deshalb erging von Regierung und Partei der Aufruf an die Bevölkerung, sich in jeder erdenklichen Weise und nach einheimischen Methoden an der Herstellung von Stahl zu beteiligen. Der Appell wurde bis in alle Winkel des Riesenlandes hinein gehört und mit wahrem Enthusiasmus aufgegriffen. Im Handumdrehen entstanden überall in Städten wie in Dörfern Zehntausende, ja Hunderttausende von kleinen und kleinsten Schmelzvorrichtungen, darunter Offenherdanlagen und eine erhebliche Anzahl kleiner und mittlerer Hochöfen. Teils wurde Alteisen, teils aus den über das ganze Territorium verstreuten Erznestern stammendes Material eingeschmolzen..

Daß bei solchen Improvisationen Fehler gemacht werden und der Kostenaufwand mitunter im umgekehren Verhältnis zum Wert des Erzeugnisses stehen, ist unerheblich gegenüber dem Zuwachs an Kenntnissen über technische Verfahren, die Millionen von Menschen bereicherten. Und wenn nicht alles den geforderten Normen entsprechen konnte, so haben sich dort, wo man sich des alten chinesischen Rennverfahrens bediente, Qualitäten ergeben, die immerhin höher gewertet werden als die vom Westen vor der industriellen Fabrikation erreichten. Von welcher Seite man den Erzeugungskampf betrachten mag, der Erfolg überstieg alle Erwartungen, denn er erbrachte 3,08 Millionen Tonnen, welche aber außerhalb der Planzahlen bleiben, weil ihre Bewirtschaftung nicht durch die

Zentrale Plankommission erfolgt, sondern durch lokale Stellen für lokale Zwecke. Die Planzahlen dagegen zeigen folgendes Bild:

Planziel für Stahl bis 1962 = 10,5—12

(in Millionen Tonnen)

Ergebnisse:

1957 . . .	5,35
1958 . . .	8,0
1959 . . .	13,35

Die Zunahme der Kohleproduktion und der Stromerzeugung stellt sich wie folgt dar:

Planziel für Kohle bis 1962 = 190—210

(in Millionen Tonnen)

Ergebnisse:

1957 . . .	130
1958 . . .	270
1958 . . .	270
1959 . . .	347,8

Planziel für Strom bis 1962 = 40—43

(in Milliarden kWh)

Ergebnisse:

1957 . . .	19,3
1958 . . .	25,7
1959 . . .	41,5

Die Zahlen für 1962 haben noch nicht erreicht: Rohöl, Aluminium, Zement und Kunstdünger, sehr weit überschritten wurden sie bei Ausrüstungen für Elektrizitätswerke, Metall-Bearbeitungsmaschinen und Ausrüstungen für die Hüttenindustrie. Der schwerindustrielle Produktionszuwachs 1959 erreichte 43,3%, der leichtindustrielle 34%; die Zuwachsrate der industriellen Gesamt-Produktion in den USA betrug dagegen im gleichen Zeitraum nur 11%. Diese Ergebnisse sind bisher von der westlichen Presse sorgsam verschwiegen worden. Inzwischen aber in das „Sprung-vorwärts-Jahr" 1959 unter gleicher Aufbau-Begeisterung in das von 1960 eingegangen.

Während die Mehrzahl der in Erfüllung einer patriotischen Pflicht entstandenen Gelegenheitsschmelzen wieder verschwunden ist, sind andere, und besonders die von den Volkskommunen in Gegenden mit abbauwürdigen Eisen- und Kohlevorkommen errichteten Schmelzöfen zu epochaler Bedeutung gelangt. Sie liegt freilich nicht bloß darin, daß aus bescheidenen, mit geringfügigem Aufwand erstellte Anlagen zu leistungsfähigen Klein- und Mittelbetrieben geworden sind, welche die Industrialisierung wesentlich beschleunigen helfen, daß ferner zahlreiche Minerallager aufgespürt und eine große Zahl von Bauern zugleich Facharbeiter wurden, die als Leitungs-Gruppen zu Anlern-Diensten befähigt sind; entscheidend ist vielmehr ihr Beitrag zur immer notwendiger werdenden Angleichung von Stadt und Land, sowie ihr steigender Anteil bei der besseren geographischen Verteilung der Industrie, die bislang fast ein Monopol auf den Nord- und Südosten des Landes besaß und mit für dessen Bevölkerungsdichte verantwortlich ist. Das Menschengewimmel in diesen Gebieten hat sogar die meisten westlichen Beobachter dazu verführt, von einer Übervölkerung Chinas zu sprechen und als drohendes Gespenst an die Wand gemalt, daß die Chinesen bald über die Grenzen, vorwiegend die indischen, zu fluten gezwungen sein würden.

Doch nicht nur wegen der „Übervölkerung" seien die Chinesen zu „fluten" genötigt; sie seien es außerdem zur Ablenkung der Massen von einer offenen „Wirtschaftskrise", die bereits bei der „Aggression" gegen Tibet mitgewirkt habe und im Hintergrund der jetzigen „Aggression" gegen Indien stehe. Was die „Übervölkerung" betrifft, so wäre an die Feststellung chinesischer Experten zu erinnern, wonach noch nicht ein Viertel der für die Agrarwirtschaft geeigneten Fläche des zehn Millionen qkm großen Territoriums — rund das Vierzigfache des Gebiets von Westdeutschland! —, erschlossen sei. Der außerordentliche Reichtum an hochwertigen Bodenschätzen und das enorme Potential an Wasserkraft könnten zudem eine extensive Industrialisierung ausgezeichnet tragen. Nicht die Bevölkerungszahl Chinas schaffe die knappe Ernährungsdecke, sondern die noch unzureichende Produktion. Angesichts der in den beiden „Sprung-vorwärts-Jahren" erzielten Erfolge aber von einer „Wirtschaftskrise" zu reden, könnte den Höhepunkt aller Ungereimtheiten bilden, wenn nicht auch hier der Zweck die Mittel heiligte. Gewiß sind in Chinas Aufbauwerk Ausfälle zu verzeichnen gewesen, weil selbst bei dem begabten chinesischen Volk die Meister nicht vom Himmel zu fallen pflegen; aber erstens ist es zu intelligent, um nicht rasch aus seinen Fehlern zu lernen, und zweitens zu ehrlich, um sie nicht rundheraus zu offenbaren. Wie indes nicht anders zu erwarten, begann die Schwarze Propaganda, gestützt auf eben diese Offenheit, ihr altes Spiel zu treiben, allerdings unter nicht recht befriedigenden Aspekten.

Zunächst sorgte für eine Dämpfung des „Wirtschaftskrisen"-Spektakels der schon erwähnte Bericht der ECAFE. Darin wird klipp und klar von den „bemerkenswerten Erfolgen in der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes" gesprochen und den ebenso beachtlichen „Rückschlägen in den privatwirtschaftlichen und gemischten Volkswirtschaften des asiatischen Kontinents". Allein zu einer völligen Bescheidung durfte man es bei diesem, für China günstigen Vergleich gerade jetzt, da die jungen industriebegeisterten Staaten Asiens und Afrikas in Gefahr standen, der von China ausgehenden Faszination zu erliegen, nicht kommen lassen. Nun war aber die chinesische „Wirtschaftskrise" eine zu ungeschickte Erfindung, um die seit dem ECAFE-Bericht sich mehrenden positiven Stimmen noch länger übertönen zu können; sie wirkte nicht mehr. Wirtschaftsminister E r h a r d zum Beispiel führte auf der Jubiläums-Feier der Hamburger Börse am 15. November 1958 im Anschluß an seine Indien-Reise aus: „. . . In den beiden größten Ländern Indien und China vollzieht sich heute so etwas wie ein Ringen und Wettstreit, und die Randstaaten Südostasiens blicken wie gebannt auf das Ergebnis, ob ein totalitäres System und ein kommunistisches Wirtschaftsprinzip einerseits oder eine demokratische und freiheitliche Ordnung andererseits zu besseren, zu rascheren Ergebnissen und Erfolgen führt . . . China wird auch industriell ein immer mächtigeres Land, und ich glaube, man muß einsehen, daß bei der Intelligenz und dem Fleiß der Chinesen hier immerhin ein Erfolg erwachsen wird." Er hatte zuvor mit Vertretern der ECAFE getagt.

Seitdem trifft man öfters auf die Wettstreit- oder Wettlauf-Idee; wie jedoch China dazu steht, kann man leicht aus der Tatsache entnehmen, daß es nicht Indien, sondern vorerst Großbritannien als Maßstab seiner industriellen Entwicklung betrachtet. Nun aber ergänzte Herr Erhard seine Rede wie folgt: „Ich glaube, diese Länder (Südostasiens) sind noch für die freie Welt und für unsere Ideale zu retten . . .". Es ist also gar kein ökonomischer, sondern ein ideologischer Wettstreit gemeint; und den wird immer die Seite gewinnen, welche sich nicht zum Verbündeten, sondern zum Bekämpfer des Hungers macht — von Idealen ist noch kein Volk satt geworden. Ein wirklicher Wettstreit hingegen vollzieht sich auf den Märkten Südostasiens, und hier ist China sozusagen über

Nacht auf vielen Gebieten vor Japan und den USA in Führung gegangen. Der Außenhandelsumsatz hat sich von 4,15 Milliarden Jüan im Jahre 1950 auf 11,8 Milliarden im Jahre 1958 erhöht; die Zahlen für 1959 liegen noch nicht vor. Auf den Handel mit den sozialistischen Staaten entfielen 75 %, auf Südostasien 16 % und 9 % auf die übrige Welt; seit 1956 ist die Außenhandelsbilanz in stark ansteigendem Maß aktiv. Im Jahresbericht 1958 des Ostasiatischen Vereins lesen wir: „Die Entwicklung der VR China . . . ist ein Phänomen, nicht nur im ostasiatischen Raum; sie vollzieht sich in einem super-amerikanischen Tempo und scheint mit dynamischer Eigenkraft in kürzester Zeit die Probleme zu lösen, mit denen die Entwicklungsländer in Süd- und Südostasien noch lange Zeit zu kämpfen haben". Wie sehr und auf welchem Boden das wichtigste dieser Länder, Indien, zu kämpfen hat, wird in einem vergleichenden Aufsatz über „China und Indien" zu erörtern sein.

Als man im Westblock den Embargo-Fluch sich in Segenzauber verwandeln sah, reagierte man mit betretenem Schweigen; nun jedoch, da China mit einer groß angelegten Export-Offensive hervorgetreten ist, steuern die Zauberlehrlinge auf eine Panik zu. Der Beobachter aber denkt an Konfuzius; denn an der Spitze all' der überlieferten Aussprüche steht die sorgsam von ihm redigierte „Goldene Regel", das A und O aller Philosophie, die da lautet: „Was du nicht möchtest, daß man dir tue, das tue auch einem andern nicht." Mit Bedacht hat er der Regel die negative Form gegeben, und so ist sie in die Apokryphen (Tobias 4, 16) eingegangen. Matthäus 7, 12 und Lukas 6, 31 hingegen zeigen eine ins Positive gewendete Fassung, und sofort schlug der Sinn um in merkantilen Egoismus. Schließlich wurde bei Kant die „Goldene Regel" zum Kategorischen Imperativ, dessen Sprache sie aber so hoch auf den Podest stellte, daß sie im Westen nur selten vernommen und seltener noch beherzigt wird.

Hans Andresen

Der Nationalsozialismus in Schulbüchern

Zweifellos gibt es kein schlimmeres Armutszeugis für die politische Vernunft des gegenwärtig in der Bundesrepublik herrschenden Regimes als der Rat, mit Prügeln Jugendliche von dem in ihnen weiterwirkenden Faschismus zu heilen, der durch die antijüdischen und Nazischmierereien manifest geworden ist — und dem zugleich der CDU-protegierte Schlamm kräftig neue Nahrung zuführt! Prügel oder auch „drakonische Strafen" sind so nützlich wie Heftpflaster auf eiternde Wunden. Denn mag eine Mehrzahl von Motiven für die nazistischen Ausbrüche heranzuziehen sein: die Befragung der Täter hat längst bestätigt, daß die meisten Taten keine bewußten politischen Willenskundgebungen sind, sondern primitive, oft naiv-protestierende Reaktionen auf einen tiefliegenden verdrängten politischen Komplex, also gleichsam das Eitern einer nicht ausgewaschenen, nicht geheilten gesellschaftlichen Wunde.

Ebenso wie Jugendliche — wesensmäßig in Opposition zur Welt der Erwachsenen — deutlich spüren, daß im Bereich des Sexuellen bei den Erwachsenen eine verlogene Moral, Verdrängung der Tatsachen geübt wird, — so spüren sie, daß

in der Bundesrepublik in Sachen Nationalsozialismus eine doppelte Moral, Vertuschung der eigenen Vergangenheit, Verdrängen und Totschweigen herrscht. Und die Hakenkreuze sind ebenso wie die Obszönitäten, von Jugendlichen an Wände gekritzelt und gemalt, ein naiv-zynischer Protest und Entlarvungsakt gegenüber der scheinheiligen Welt der Erwachsenen, die doch zugleich als Lehrer, Erzieher, Vorgesetzte der Jugend Achtung beanspruchen.

In der Schule entscheidet sich viel

Eine wesentliche Voraussetzung der Reinigung unseres Sozialkörpers von diesem Unrat ist also eine radikal offene und (selbst)kritische Diskussion mit der jungen Generation über den Faschismus in Deutschland, in ganz Europa, über seine Ursachen und Formen gestern, heute und morgen. Einer der wichtigsten Orte dieser bis heute nicht zustandegekommenen, rücksichtslos redlichen Aufklärung unserer Vergangenheit ist die Schule, und zwar gerade auch die Volks- und Berufsschule. Der hessische Kultusminister Schütte hat darauf mit großem Ernst hingewiesen. Natürlich kommt es, wie Professor Schütte sagte, in erster Linie auf die redliche, politische Bemühung der Lehrer an. Aber auch von den Geschichtsbüchern hängt sehr viel ab; hier werden die Grundlagen einer beschönigenden oder radikalen Diskussion gelegt. Die Ergebnisse einer Untersuchung von neun — z. T. sehr verbreiteten — Volksschulgeschichtsbüchern sind derart beunruhigend, daß sie wohl allgemeines politisches Interesse beanspruchen können.

Die untersuchten Fragen

Es empfiehlt sich, die nebenstehende größere Übersicht einmal aufmerksam zu betrachten. Dabei zeigt sich, daß die Untersuchung fünf Hauptfragen zu beantworten sucht:

1. Wird der Darstellung des Nationalsozialismus (künftig abgekürzt: NS) genügend Raum gegeben?
2. Wie eingehend werden die großen Schandmale dieser deutschen Geschichtsepoche, der Antisemitismus, die Verfolgungen, KZ's, Vernichtungslager zur Sprache gebracht?
3. Wird über die NS-Ideologie berichtet? Wird sie erklärt?
4. Wie gründlich werden die Juden- und KZ-Fragen erklärt?
5. Werden die gesellschaftlichen Grundlagen des NS erklärt — und wie gründlich?

Bei den folgenden Ergebnissen ist stets zu beachten, daß die Untersuchung sich auf Volksschul-Geschichtsbücher beschränkt. Stichproben ergaben jedoch, daß die NS-Behandlung in den Büchern für höhere Schulen im wesentlichen nicht besser zu sein scheint. — Die Bücher werden im Text nach der Bezifferung in Klammern zitiert, die sie in der Übersicht erhalten.

Die NS-Zeit kommt zu kurz

Vergleichen wir in der ersten Spalte die Zahl der Seiten, die tatsächlich der NS-Zeit gewidmet werden, mit den Durchschnitts-Zahlen (in Klammern darunter, vgl. dazu Anmerkung 2 der Übersicht), so bemerken wir, daß die meisten Seitenzahlen z. T. erheblich unter dem Durchschnitt liegen. Eine Ausnahme bilden nur die Bücher (3) und (7). Dabei ist es selbstverständlich, daß eine für unser Volk so einschneidende Geschichtsepoche, gerade weil sie noch unbewältigt unter uns spukt, eine weit mehr als durchschnittliche Behandlung in den Geschichtsbüchern erfahren müßte. Man kann also als allgemeines Ergebnis feststellen: Die meisten unserer Geschichtsbücher müßten doppelt, ja dreimal (vgl. (2) und (4)) soviel

Titel, Verfasser, Erscheinungsjahr	Wieviel Seiten bzw. Zeilen (Z)			NS-Ideologie Darstellung und Erklärung[3])
	NS-Zeit[2]) (1)	davon reine Kriegsgesch. (2)	1. KZ 2. Juden (3)	(4)
(1) Vom Erbe der Völker (Simonsen, Schmidt) o. J.	16 (20)	8	1. u. 2. 10 Z	Fehlt
(2) Deutschland und die Welt (Schönberger) 1952	5½ (11)	5¼ !	1. 5 Z 2. 1 Z	Fehlt
(3) Geschichte für die Jugend (Riemeck) 1959	16 (10) !	8	1. 11 Z 2. 6 Z	Gründliche Darstellung; Erklärung
(4) Unsere Geschichte (Jaitner) 1953	6½ (11)	3½	1. 7 Z 2. 9 Z	Darstellung; keine Erklärung
(5) Geschichte unserer Zeit (Steinacker) 1954	28 (40)	17 !	1. 4 Z 2. ¾ Z	Gründliche Darstellung; unzureichende Erklärung
(6) Mein Geschichtsbuch (Graft) 1953	5 (6)	2	1. 5 Z 2. 2 Z	Unzureichende Darstellung; keine Erklärung
(7) Einst und Jetzt (Hoffmann, Müller, Bruckner) 1957	25 (18) !	18 !	1. 13 Z 2. 4 Z	Gründliche Darstellung; unzureichende Erklärung
(8) Der Mensch im Wandel der Zeiten (Bauer, Müller) 1954[4])	14 (18)	8	1. 3 Z 2. 2 Z	Unzureichende Darstellung; keine Erklärung[4])
(9) Unsere Vergangenheit (Baitsch) 1956	16 (18)	9	1. 12 Z 2. ½ Z	Unzureichende Darstellung; keine Erklärung

[1]) Es handelt sich in dieser Übersicht um die wichtigsten Geschichtsbücher für Volksschulen, die im Schulbucharchiv der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung gesammelt sind.

[2]) Die Zahlen in Klammern sind Durchschnitts-Zahlen. Diese Durchschnitts-Zahlen wurden wie folgt errechnet: Enthält ein Geschichtsbuch beispielsweise 80 Seiten über die Zeit von 1900 bis 1948, so müßte es für die NS-Zeit, die ein Viertel dieser Epoche ausmacht, m i n d e s t e n s 80 : 4 = 20 Seiten haben. Diese schematische Errechnung kann natürlich nur als grober Anhaltspunkt dienen. (Zugrunde gelegt wurde stets nur die Seitenzahl für die Zeit ab 1900.)

in deutschen Schulbüchern [1])

Verfolgungen, Antisemitismus, KZ Darstellung und Erklärung [3]) (5)	Behandlung der gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus (6)
Darstellung, aber nicht Erklärung. Judenverfolgungen; später Tod fast des ganzen europäischen Judentums in Vernichtungslagern. — Politische Gegner ins KZ.	Völlig unzureichend. Indirekte Rechtfertigung der Wahl und Duldung Hitlers: „Die Furcht vor Not, Arbeitslosigkeit und vor dem Kommunismus war zu groß." Hitler galt als Retter.
Völlig unzureichend. „Für Juden, die besonders unbeliebt (!) als ‚Menschen minderer Rasse' waren, und andere Gegner, wurden nach russischem Muster (!) KZ-Lager eingerichtet." Darin 10 Millionen, nur wenige überlebten.	Fehlt. Dagegen indirekte Rechtfertigung: Unter der Überschrift „Diktatoren in Europa" wird das Hitlerregime unter anderen hingenommen.
Darstellung, aber nicht Erklärung. In Schulbüchern Juden herabgesetzt, Deutsche als „nordische Herrenrasse" verherrlicht. — Zu wenig über KZ.	Genau und gründlich: die Weltwirtschaftskrise, die Wahlgelder der Großindustrie (H. starker Mann gegen Sozialrevolutionäre), der verbreitete Anti-Demokratismus. H. beseitigte Arbeitslosigkeit durch Rüstung, nicht durch Autobahnbau.
Unzureichende Darstellung, keine Erklärung. Die meisten deutschen Juden „fanden ein schreckliches Ende" (kein Wort: *Wie?!*). Von 9,6 Millionen europ. Juden lebten 1945 nur noch 3,9 Millionen. Die meisten Deutschen wußten nichts über KZ.	Völlig unzureichend. Nationalismus, Diktaturen, Ruf nach starkem Mann damals in allen Ländern. Ungenaue Darstellung der Weltwirtschaftskrise.
Darstellung und andeutungsweise Erklärung: NS-Rassenlehre „mißverstandene (?!) wissenschaftliche Theorie", die die Köpfe verwirrte. — Deutsche wußten nichts über die Greuel, oder waren gleichgültig, weil zu sehr mit ihren eigenen Sorgen beschäftigt.	Genau und gründlich: Verarmte Kleinbürgerschichten, verarmte Landwirtschaft, die Entwicklungen der Weltwirtschaftskrise, Wahlgelder der Großindustrie. Behebung der Arbeitslosigkeit durch Rüstungswirtschaft. Der imperialistische Charakter des Faschismus.
Unzureichende Darstellung, keine Erklärung. Viele Millionen Juden wurden vergast oder auf andere Weise getötet. — Politische Gegner ins KZ. Deutsche duldeten das System nur, weil sie „von den wirklichen Vorgängen keine Ahnung hatten" und aufgeputscht wurden.	Völlig unzureichend. Die Folgen des Versailler Vertrages, die Weltwirtschaftskrise (nicht erklärt!). — Arbeitslosigkeit wurde durch Aufrüstung beseitigt. Allgemeiner Ruf nach dem „starken Mann".
Unzureichende Darstellungen und keine Erklärungen über Antisemit. Eingehend und unbeschönigt über KZ und Vernichtung von „rund 10 Millionen" politischen Gegnern durch SS. „So brachte Hitler ... Schande über das ganze deutsche Volk."	Unvollständig, aber teilweise eindringlich: Großgrundbesitzer und Großindustrielle „sahen mit Sorge das Anwachsen der kommunistischen Wählerschaft. Ihr Plan war: H. muß die Kommunisten niederkämpfen. Wir füllen seine leeren Parteikassen und bestimmen dann die Politik, die H. zu machen hat".
Völlig unzureichend. Wenige, abstrakt und allgemein bleibende Sätze. In der Neuauflage 1958 dagegen eingehende Darstellung [4]).	Unzureichend. Allgemeiner Wunsch der Massen in Europa, einen „starken Mann" an der Spitze zu haben. Die Wirtschaftskrise, H. als Anti-Kommunist, wird von „reichen Fabrikherren" unterstützt.
Eingehende Darstellungen, aber keine Erklärung der Ursachen des Antisemitismus des NS. Allgemeinbleibend über KZ und Vernichtungslager. Tendenz, das Volk für unwissend, ohnmächtig, entschuldbar zu erklären.	Ziemlich gründlich: Kern des NS Existenzlose, Entwurzelte; Weltwirtschaftskrise (schlecht erklärt); Geldmittel zum größten Teil aus Kreisen der Industrie, die durch die Partei Hitlers den Einfluß der Gewerkschaften ausschalten wollten.

[3]) Die Unterscheidung von „Darstellung" und „Erklärung" in dieser Übersicht meint den Unterschied, ob bloß nackte Fakten der NS-Ideologie, des Antisemitismus, der Verfolgungen und KZ-Lager g e n a n n t (oder noch nicht einmal genannt) werden, oder ob auch e r k l ä r t wird, wie es zu diesen Geschehnissen kam.

[4]) Leider erst nach Abschluß dieser Arbeit erhielten wir Einsicht in die völlig umgearbeitete Ausgabe 1958 dieses Lehrbuches. Es enthält plötzlich 24 statt 14 Seiten über die NS-Zeit und statt 2 Zeilen — zwei S e i t e n über die Judenverfolgungen! Ein erstaunlicher, ganz ungewöhnlicher Wandel, der vermutlich durch „höhere Gewalten" veranlaßt wurde und der unser Gesamturteil nur bestätigt, daß eine grundlegende Reform der Schulbücher in dieser Hinsicht notwendig ist.

Raum der NS-Zeit widmen, wollten sie ihr auch nur einigermaßen gerecht werden[5]).

Zuviel Kriegsgeschichte

Die spärliche Seitenzahl, die der NS-Zeit gewidmet wird, schrumpft in ihrer Bedeutung noch erheblich zusammen, da, wie die zweite Spalte der Übersicht zeigt, ein übergroßer Raum der reinen Kriegsgeschichte eingeräumt wird (vgl. besonders (2), (5), (7) und (9)). Gerade die Darstellung des Hitlerkrieges aber, die verführerischen Anfangserfolge, der Größenwahn des „Gröfaz" Hitler sowie die zutiefst anti-nationale Durchhaltepolitik des Endes kann in knapper zusammenfassender Form geschehen. Statt dessen findet man in manchen Schulbüchern sogar mehrere detaillierte Feldzugs-Skizzen, als wenn die Bücher für Kadetten geschrieben wären! Es ist wirklich an der Zeit, daß auch und gerade in die Geschichtsschreibung der Schulbücher die Erkenntnis einginge, zu der die moderne Geschichtswissenschaft längst gelangt ist: daß nicht die äußerlichen Ereignisse, die Feldzüge, die Siege und Niederlagen der Kriegsgeschichte das Wesentliche am Geschichtsprozesse sind, sondern die ihnen zugrunde liegenden, konkussierenden gesellschaftlichen Kräfte.

Stoffhuberei

Es ist in diesem Zusammenhang ein grundsätzlicher Vorwurf gegen die Geschichtsdarstellung in den Schulbüchern im allgemeinen und im Blick auf die NS-Geschichte im besonderen notwendig: die Darstellungen kranken fast alle an „Stoffhuberei", d. h. an einer Anhäufung von Fakten und Daten ohne Rückbeziehung auf den gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem sie einen Sinn und „Stellenwert" bekommen. So bleiben die Ereignisse, bleibt der „Stoff" mehr oder weniger unbegriffen. Zum Beispiel: die Fakten der Annexionspolitik Hitlers bis 1939, seines aggressiven Vorstoßes in die Sowjetunion (trotz des feierlichen Nichtangriffspaktes von 1939) werden gebracht. Aber die dem von Anfang an zugrunde liegende, nach Osten gewandte imperialistische Großraumpolitik, in Mein Kampf ganz klar ausgesprochen[6]), 1937 vor den militärischen Spitzen als Begründung eines baldigen Angriffskrieges

---

[5]) Die Behauptung, die neueren Auflagen der Schulbücher enthielten noch weniger über die NS-Zeit als die älteren, konnten wir nicht nachprüfen. Immerhin sei hier ein Befund zitiert:

„1949 enthielt ein weitverbreitetes deutsches Geschichtsbuch für Schüler des 5. und 6. Schuljahres noch 71 Seiten über die Geschichte von 1914 bis zur Gegenwart. Die Ausgabe 1958 enthielt nur noch 34 Seiten zum gleichen Thema. 1949 behandelte man auf 41 Seiten die Geschichte des Hitlerreiches. 1959 reichten 13 Seiten aus. 1949 opferte man der Widerstandsbewegung 8 Seiten, 1959 kein Wort. 1949 wurden auf 5 Seiten Konzentrationslager behandelt. 1959 war dies nicht mehr nötig. 1949 beschäftigte sich das Werk auf 3 Seiten mit den Judenverfolgungen. 14 Zeilen genügten 1959."

Ein positives Gegenbeispiel bietet die Neuauflage des Werkes (8) unserer Tabelle. (Vgl. Anmerkung 4 der Tabelle).

[6]) „Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten... Das Schicksal selbst scheint uns hier einen Fingerzeig geben zu wollen, indem es Rußland dem Bolschewismus überantwortete... Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch!" (Mein Kampf, Ausg. 1942 Kap. 14, Ostorientierung oder Ostpolitik, S. 742 f.)

wiederholt[7]), — diese grundlegenden Motive der nationalsozialistischen Politik bleiben allermeist ungeklärt, geschweige denn wird der ungeheuer expansive Charakter der deutschen Großindustrie als mächtigster Antriebsfaktor dieses Imperialismus dargestellt. Daß auch die NS-Ideologie (Blubo, Rassenlehre) nichts anderes ist als eine — freilich selbst barbarische, sozialdarwinistische — Verklärung des nackten Imperalismus, wäre ebenfalls in diesem Zusammenhang zu zeigen. Aber wie wir unten sehen werden, es geschieht nicht.

Die Schande bleibt unaufgeklärt

Um es vorweg deutlich zu sagen: Die großen Schandmale des deutschen Faschismus, die Judenhetze, die Verfolgungen, die KZ, die sich schließlich zu einem System von Vernichtungslagern in ganz Europa auswuchsen, in denen fast 10 000 000 Menschen von Deutschen vernichtet wurden, werden in keinem Geschichtsbuch ganz verschwiegen. Allerdings werden sie, wie die dritte Spalte zeigt, in den meisten Fällen derart kurz, mit allgemeinen Worten abgetan, daß man das Gefühl hat: ein bedauerndes, entrüstetes Achselzucken — und weiter gehts. Das ist fast so schlimm wie völliges Schweigen. Es ist undenkbar, daß die Geschichtsbücher künftig weiterhin nur wenige Zeilen zu diesen Fragen sagen.

Das Schlimmste aber ist, daß kein einziges der untersuchten Bücher sich der unabdingbaren Aufgaben unterzieht, die geistigen und gesellschaftlichen Grundlagen des faschistischen Antisemitismus gründlich zu erklären (siehe Spalte 5). Es ist schon immer eine sehr fragwürdige, gern offiziell verbreitete These gewesen, die Judengreuel seien eine Sache der kleinen, fanatisierten Parteigruppe gewesen, das Volk sei davon nicht infiziert. Eine lange, in den letzten Wochen nur ungeheuer verstärkte Serie von antisemitischen Handlungen beweist, was jeder schon wußte, der auf die „Stimme des Volkes" zu hören versteht: der Antisemitismus ist in der Bundesrepublik in keiner Weise bewältigt! Ein Problem von gestern? Ja, es sind lauter unaufgeklärte Haßkomplexe von gestern — „Sozialdemokraten Landesverräter", „Juden Schieber", „Ostvölker Untermenschen" — die unserem Volk moralisch und politisch den Weg in ein humanes Morgen verbauen. Wenn aber in Volksschulbüchern zur Aufklärung des Antisemitismus nicht mehr steht, als daß die Juden „besonders unbeliebt als ‚Menschen minderer Rasse' nach Parteilehre waren" (2), dann haben sie in dieser Frage versagt.

Statt angesichts der geschehenen Schandtaten das gute Heußsche Wort von der „Kollektivscham" aufzunehmen, wird diese große Chance, der jungen Generation ein entschiedenes „Nie wieder!" einzuprägen, verpaßt, — ja, die Hälfte der untersuchten Bücher ((4), (5), (6), (9)) wiederholt die halbwahren Entschuldigungsthesen für das deutsche Volk!

---

[7]) Hitler erklärte in einer Besprechung am 5. 11. 1937 mit den Oberbefehlshabern der Heeresteile, dem Kriegs- und dem Außenminister als sein Ziel (und politisches Testament) eine aggressive „Raumpolitik" für die deutsche Volksmasse: „Der hierfür nötige Raum (könne) nur in Europa gesucht werden, nicht aber ... in der Ausbeutung von Kolonien. Es handelt sich ... um die Gewinnung ... von landwirtschaftlich nutzbarem Raum." Und im nächsten Satz wird die Blut- und Boden-Ideologie preisgegeben: „Auch die Rohstoffgebiete seien zweckmäßiger im unmittelbaren Anschluß an das Reich in Europa ... zu suchen... Zur Lösung der deutschen Frage könne es nur den Weg der Gewalt geben." Die Frage sei also einzig, wann und wie den Krieg beginnen. (Zitat aus dem Hoßbach-Dokument des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses in: Hofer, Der Nationalsozialismus, Dokumente 1933—1945, Frankfurt 1957.)

Die NS-Ideologie bleibt unangegriffen

Zwei Drittel der untersuchten Bücher bringt gar keine oder ganz unzureichende, d. h. unvollständige und ungenaue Darstellungen der politischen Grundthesen des Hitler-Faschismus. (3), (5) und (7) referieren mehr oder weniger gründlich die Rassenthese, das Arbeits-und-Brot-Versprechen, die antidemokratische und die Juden-an-allem-Schuld-These, die nationalsozialistischen und die Elitenthese. Eigentümlicherweise fehlt fast durchweg der Hinweis auf die für die kleinbürgerlichen Anhängermassen und die großindustriellen Geldgeber wohl wichtigste Tendenz der ganzen Nazi-Ideologie: den Antisozialismus verbunden mit Pseudo-Sozialismus (Kraft-durch-Freude- und Volksgemeinschafts-Rummel).

Abgesehen von Ansätzen in dem Buch von Professor Riemeck (3), das insgesamt mit Abstand das lehrreichste ist, beantworten nun aber die Bücher nicht die eigentliche, zu den gesellschaftlichen Grundlagen der Hitler-Barbarei vordringende Frage: was konnte Millionen an solchen offensichtlich völlig vernunftwidrigen, unmenschlichen und phrasenhaften Parolen begeistern? Der allgemeine Hinweis auf die Unzufriedenheit mit dem „Weimarer System", das mit dem seinerseits vernunftlosen Versailler Diktatfrieden belastet war, und auf die Weltwirtschaftskrise genügen nicht. Aber auch geistesgeschichtliche Erklärungen greifen viel zu kurz. Beispielsweise tut ein Schulbuch Hitler die viel zu hohe Ehre an, seine Rassenlehre auf Gobineau zurückzuführen: als wenn die Rassen-Ideologie der Nazis nicht viel primitiveren, direkteren sozialen Ressentiments entsprossen wäre, deren „Rationalisierung" man ganz genau in dem Bericht des gescheiterten Kleinbürger-Sohnes Hitler aus seiner Wiener Hilfsarbeiterzeit verfolgen kann.

Was die Bücher in elementarer Form leisten müßten, wäre eine genaue kritische Analyse bestimmter Ressentiments, Wunschvorstellungen und Gefühlsanlagen herabgekommener kleinbürgerlicher und bäuerlicher Massen, auf die alle die genannten Thesen des Erzkleinbürgers Hitler und seiner ideologischen Helfer zugeschnitten waren — und die auch heute weithin existieren als mögliche Basis eines neuen Faschismus, etwa christlicher Schlammscher Färbung.

Vorläufig kann man den Schülern, um sie über die geistigen, die sozial-psychischen Grundlagen der Hitler-Ideologie zu informieren, nur die Lektüre von Heinrich Mann's „Untertan" empfehlen[8]).

Geschichte müßte Sozialkunde sein

Nun ist klar, daß die Aufklärung des kleinbürgerlich-autoritätssüchtigen Bewußtseins zur Erklärung des Faschismus Hitlers und zur Verhütung eines künftigen auch noch nicht genügt. Vielmehr geht es vor allem anderem darum, genauestens insbesondere die sozialen und wirtschaftlichen Explosivkräfte zu enthüllen, die zum Faschismus in Deutschland und in so vielen anderen Ländern Europas geführt haben und (siehe Frankreich) weiterhin führen. Statt einer konkreten Analyse findet sich in mehreren Büchern die fatalistische, Hitler indirekt rechtfertigende Aussage, es sei damals „nun eben" eine Zeit der Diktatoren, des Rufs nach dem „starken Mann" gewesen (Spalte 6: (2), (4), (6), (8)).

---

[8]) Viel zu wenig bekannt ist das grundlegende empirisch-soziologische Werk über den für Faschismus anfälligen Menschentyp: Th. W. Andorno u. a.: „The Authoritarian Personality" (Der autoritätssüchtige Charakter), New York 1940; ausführlicher Bericht darüber: Frankfurter Hefte 1952, Heft 4, S. 284 ff.

Nun wird der aufmerksame Leser, wenn wir hier und schon oben (statt Kriegsgeschichte) Gesellschaftsgeschichte fordern, einhaken und fragen, ob diese Dinge nicht in die Sozialkunde gehören. Damit stoßen wir in der Tat auf eine grundsätzliche Fehlkonstruktion im heutigen Unterricht, auf die Jürgen Habermas dankenswerterweise schon hingewiesen hat: Es ist völlig sinnlos, Geschichts- und Sozialkundeunterricht zu trennen. Denn Geschichte wird oberflächliches Faktenwissen und Bildungswissen, wenn sie nicht als Sozialgeschichte, d. h. Entfaltung unseres Gesellschaftsprozesses verstanden wird, mit allen seinen politischen, ökonomischen, geistigen, ideologischen Wechselwirkungen. Und Sozialkunde bleibt ebenfalls formale Verfassungs-, Kommunal-, Wirtschaftslehre und dergleichen, wenn die Gesellschaft nicht als spannungsgeladener, ständig sich wandelnder geschichtlicher Prozeß dargestellt wird.

Die heutige Fehlkonstruktion zeigt sich mit voller Deutlichkeit an der unzureichenden Behandlung der gesellschaftlichen Grundlagen des Faschismus in den Geschichtsbüchern. (Aber auch in Sozialkundebüchern haben wir diese Darstellung nicht gefunden)[9].

Die Weltwirtschaftskrise wird zwar meistens erwähnt und sogar über die Unterstützung Hitlers seitens der Großindustriellen und der Großgrundbesitzer wird teilweise ((3), (5), (7), (9)) offen gesprochen. Aber außer in einem Werk (3) ist nirgends die Aufgabe angepackt oder gar bewältigt, die der Großindustrie, dem Großagrariertum innewohnenden, katastrophal in die Politik hineinwirkenden Spannungen von Grund auf zu erklären. In unserer Epoche, die zutiefst von gewaltigen ökonomischen Kräften und Spannungen beherrscht wird, ist es ein unhaltbarer Zustand, in den Geschichtsbüchern so vage Darstellungen darüber zu finden. Und zwar gerade deshalb, weil hier die auch heute noch gefährlich wirksamen Kräfte ins Bewußtsein zu rücken sind, die die Weimarer Republik zerstört und Hitler — indirekt und direkt — an die Macht gebracht haben.

Fazit

Unsere Untersuchungsergebnisse lassen sich in folgenden Thesen zusammenfassen:

1. Die untersuchten Schulbücher, die wohl einen repräsentativen Querschnitt zumindest für die vorhandenen Geschichtsbücher für Volksschulen darstellen, werden fast alle der zu bewältigenden NS-Epoche durchaus nicht gerecht.
2. In künftigen Geschichtsbüchern müßte dem Problem des Faschismus im allgemeinen und der NS-Zeit im besonderen der doppelte bis dreifache Raum gegeben werden.
3. Rückhaltlos und ohne Rechtfertigungsversuche für die träge Mitläuferhaltung der Mehrheit müssen die Unmenschlichkeiten des NS-Regimes, insbesondere die Judenverfolgungen und die gigantischen Vernichtungsanlagen zur Sprache gebracht werden. Eingehend sind die geschichtlichen, gesellschaftlichen Ursachen der antisematischen Sündenbock-Ideologie aufzudekken.
4. Der NS als extremste Form aller faschistischen Diktaturen von Mussolini, v. Horthy bis hin zu de Gaulle und Salazar muß im Zusammenhang der gesellschaftlichen Spannungen, Kämpfe und Katastrophen des 20. Jahrhun-

---

[9] Vgl. z. B. eines der gründlichsten Sozialkunde-Lehrwerke: „Arbeitshefte für den politischen Unterricht" (Stein, Frühmann), Frankfurt, insbesondere die zuständigen Hefte II, 1, 2, 4; III, 4; IV, 2.

derts dargestellt werden, mit genauer Analyse der nicht mehr funktionierenden ökonomischen und imperialistischen „Ordnungen".

5. Die gestern, heute und morgen für Faschismus anfälligen ressentimentalen Geisteshaltungen kleinbürgerlicher Massen: Untertanengeist, Autoritätsanbetung, gesellschaftliche Positions- und Daseinsangst, bornierter Apolitismus etc. sind genau zu beschreiben. Ihre Bewußtmachung bereits im Jugendlichen ist ein wichtiger Beitrag zu ihrer Überwindung.
6. Eine Kommission der Kultusminister ist zu bilden, die in gründlicher Studienarbeit die tiefliegenden Gründe, die komplizierten, auch heute noch nicht aus der sozialen Welt verschwundenen Zusammenhänge so herausarbeitet, daß sie in einer elementaren Form in alle Schulbücher eingehen und die bloß oberflächlichen Faktenmitteilungen ersetzen oder unterbauen.

Neutralisiertes Programm für die deutsche Einigung

Offener Brief

an alle, die behaupten, die deutsche Einigung anzustreben

Das nachfolgende Programm zur deutschen Einigung wurde von Dr. J. F. Tönnies, Leiter eines wissenschaftlichen Labors in Freiburg/Breisgau, als Anzeige aufgegeben. Es erscheint außerdem als Großanzeige in der „Frankfurter Rundschau". D. Red.

Jeder, der von der deutschen Wiedervereinigung spricht, behauptet, daß er sie von Herzen wünsche, und er hat dazu seine eigenen Gedanken, Wünsche oder Vorschläge. Sobald jedoch die Diskussion in Einzelheiten übergeht, wird klar, daß die eigenen Wünsche beherrschend bleiben und nicht auf die Wünsche und Gedanken der Gegenseite eingehen. Mit dieser Denkweise ist bisher nichts erreicht! Mit der zehnjährigen Wiederkehr der Gründung der BR und der DDR „feierten" wir auch 10 Jahre völlig ergebnisloser Bemühungen um einen gemeinsamen deutschen Staat. Wir haben uns bisher nicht angenähert, sondern von Jahr zu Jahr weiter voneinander entfernt.

Darf sich das so fortsetzen? Es sind zahlreiche Programme aufgestellt mit vielen wertvollen und auch solche mit wertlosen Vorschlägen. Ergebnisse blieben aus, weil es immer hieß: „Zuerst ..., und dann können wir weiter über die Einzelheiten der Wiedervereinigung verhandeln". Es gab bisher sehr vielseitige Formulierungen für diese Prämissen „zuerst": zuerst Zusicherung freier Wahlen, zuerst militärische Stärke als Basis für die Verhandlungen, zuerst weltweite Abrüstung, zuerst Rapacki-Plan, zuerst Gipfel-Konferenz, zuerst Oder-Neiße-Grenzanerkennung, zuerst Atom-Ausrüstung, zuerst Verzicht auf moderne Waffen, zuerst Rücktritt leitender Politiker, zuerst Anerkennung der DDR-Regierung, zuerst Rückzug fremder Truppen, zuerst Verzicht auf Rundfunk-Propaganda, zuerst Sicherung der Berlin-Zugangswege, usw. Man mußte dann schließlich feststellen, daß jede einzelne dieser Forderungen auf ein „zuerst" wiederum vollständig abhängig ist von zahlreichen anderen Problemen der großen Weltpolitik.

Abgesehen von diesen verhärteten „zuerst"-Forderungen hat die Bundesregierung und die CDU, sowie die ihnen nahestehende umfangreiche Presse die Frage

bisher nicht behandelt, in welcher geistigen Grundhaltung die vielen Einzelheiten des Zusammenfindens der beiden Teile Deutschlands sich abwickeln sollen.

Auch die verschiedenen von der Bundestag-Opposition vorgelegten Pläne haben bisher keine Resonanz gefunden, weil sie nicht in genügendem Umfange von dem festgefahrenen Grundschema der Regierung Abstand gewonnen haben. Es fehlt auch in den Vorschlägen der Opposition eine ausreichende Stellungnahme zu den Fragen des Gesinnungsklimas für die eigentliche Arbeit der Anpassung, die in ihrer Grundtendenz ebenso wichtig sind wie die bisher behandelten Formalitäten für einen Beginn der Verhandlungen.

Die bisherigen Vorschläge blieben noch zu sehr bedacht auf die Wahrung von wohlbegründeten Interessen des eigenen Gedankenkreises, ohne daß man auch die Interessen der Verhandlungspartner ernsthaft überprüft hätte. Weder der Kauf oder Verkauf eines gebrauchten Autos oder ein Grundstückserwerb, noch eine Angelegenheit der Weltpolitik kann zum erfolgreichen Abschluß gebracht werden, ohne daß der Abschluß für alle Beteiligten als annehmbar und irgendwie vorteilhaft gestaltet wird.

Die Interessen und Standpunkte der Gegenseite müssen in Fairness abgewogen werden und gleichberechtigt gelten neben den eigenen Wünschen und Bedingungen. Allein der Appell an Prinzipien, Drohung mit militärischer Stärke, moralische Beschimpfungen, Nicht-Anerkennung usw. können keine Brücken zum Fortschritt schlagen.

Zu den konfessionellen, parteistrategischen, wirtschaftlichen, militärischen und weltpolitischen Überlegungen, warum man ebenso gut die Forderungen so hoch ansetzen kann, daß ein Erfolg in der Wiedervereinigung nicht allzu überraschend schnell zu erwarten ist, kommt die allgemeine Bequemlichkeit eines Festhaltens am status quo hinzu (keine Experimente!). Diese beliebige Vertagung oder das Warten auf ein großes Wunder kann aber nicht als aktive Politik angesehen werden und kann alle diejenigen, die ehrlich in der Deutschland-Frage einen Fortschritt erstreben, nicht befriedigen.

Den von westlicher Seite erhobenen und für den Osten praktisch nicht annehmbaren Forderungen stehen von östlicher Seite entsprechende Maximalforderungen entgegen: „Kein Schritt zurück von unseren großen sozialistischen Errungenschaften, diese müssen vielmehr auch in der BR eingeführt werden", Beseitigung der Kriegshetzer, Nato-Austritt usw. Man findet also aus allen Richtungen und in allen Beziehungen so starke Hemmnisse im Zusammenhang mit den Bestrebungen und Argumenten des Kalten Krieges, daß es leicht wäre, abschließend festzustellen: es ist unmöglich.

Nur eine Überlegung ist bisher nicht ausreichend behandelt, nämlich: muß die Frage der Einigung der beiden aus dem traurigen Ende des zweiten Weltkrieges hervorgegangenen deutschen Teilstaaten so stark hineingestellt werden in die ganze Ost-West-Problematik? Die deutsche Einigung ist nämlich doch möglich, wenn alle darauf verzichten, nur an Regelungen zu denken, die an der Front des kalten Ost-West-Krieges als ein kleiner oder großer Sieg für die eine oder andere Seite verbucht werden könnten. Die eigentlichen Gefechte an dieser Front haben doch schon heute ganz andere Schauplätze und Maßstäbe gefunden mit Sputnik, A-Bomben-Versuchsstop, Atom-U-Booten- Stahl-Produktions-Ziffern, China-Anerkennung, Einflußnahme in Asien, Afrika, H-Bomben-Vorräten, gezielten Fernraketen, Radar-Netzen usw. Für die militärische Seite der großen Weltpolitik ist die Auseinandersetzung zwischen BR und DDR längst nicht mehr ein entscheidender strategischer Machtfaktor. Für die Grundstimmung der Weltpolitik ist jedoch das Fehlen jeden Fortschritts ein Punkt der Verbitterung und ein Konfliktstoff mit ernsthaften Explosionsgefahren. Es sei nur erinnert an die Zugänge und an

die Existenz West-Berlins. Wir können weder mit der A-Bombe, noch mit allzu vielen ungelösten Konfliktstoffen auf die Dauer leben!

Warum „Einigung"?

Es ist mit Absicht nicht mehr der Ausdruck „Wiedervereinigung" benutzt, weil die Vorgeschichte dieses Begriffes allzu negativ belastet ist durch die vielen ergebnislosen Konferenzen mit nicht akzeptablen „zuerst"-Forderungen. Der Ausdruck „Einigung" soll den gleichwertigen Status der Partner etwa wie bei einer Versöhnung zwischen zwei zerstrittenen Brüdern hervorheben und enthält in seinem Begriff stärker den Gedanken der paritätischen Verständigung.

Das Programm für die deutsche Einigung kann nur vollkommen neutralisiert bearbeitet werden ohne jeden Seitenblick auf die darum weiterlaufende große Weltpolitik. Auch die Ergebnisse der Einigungsbemühungen müssen möglichst neutral ausfallen, indem sie nicht als eine Stärkung oder Schwächung der beiden gegeneinander stehenden Militärlager ausfallen. Das Programm muß auch isoliert von allen Nebengedanken an propagandistische Vorteile des Ost- oder West-Blocks als eine innerdeutsche Aufräumungsmaßnahme aus dem Trümmerschutt des Kriegsendes mit allen dafür notwendigen Opfern bearbeitet werden. Das Programm darf nicht daran gemessen werden, wie weit es eine Preisgabe von bisher liebgewordenen Vorstellungen bedeutet, sondern es muß danach gewogen werden, ob nicht ein Erfolg oder schon ein ernsthafter Fortschritt so erfreulich, wichtig und nützlich für die große Weltpolitik, für die gesamtdeutsche Zukunft und speziell für die Bewohner der DDR sein wird, daß wir deswegen die etwa gebrachten Opfer bald werden vergessen können.

Programmpunkte

1.) Stellungnahme der 4 Siegermächte

Eine gemeinsame Erklärung der Siegermächte beschränkt sich auf die Bevollmächtigung, daß die Fragen der deutschen Einigung ganz ohne Einwirkung irgendeiner Siegermacht nur von den beiden Teilen Deutschlands selbständig und nach eigenen Entschlüssen bearbeitet werden sollen.

Zu 1.) Fragen an die Kritiker:

a) Soll die Einigung in Form eines Befehls der Siegermächte durchgeführt werden?
b) Besteht die Wahrscheinlichkeit, daß die Siegermächte sich über den Inhalt dieses Befehls einigen?
c) Würde eine befohlene Einigung innere Zustimmung in Deutschland finden, um auf die Dauer unangefochten zu bleiben?
d) Haben die vielen bisherigen Konferenzen der Siegermächte zur Erarbeitung von gemeinsamen Regelungen befriedigende Fortschritte erbracht?

2.) „Staatsbevollmächtigte"

Die Regierungen der DDR und der BR nehmen direkte Beziehungen miteinander auf durch Austausch von „Staatsbevollmächtigten", die im Range von Botschaftern stehen, aber nicht „Botschafter" sind.

Zu 2.) Fragen an die Kritiker:

a) Wird sich die „Hallstein-Doktrin" noch lange erhalten lassen?
b) Hat die DDR durch parallele Teilnahme neben der BR an der internationalen Genfer Konferenz schon eine de-facto-Anerkennung gefunden?
c) Besteht in der Zukunft Aussicht dafür, daß ohne direkte innerdeutsche Verhandlungen Ergebnisse erreicht werden?

d) Können wir in der BR und in der DDR ungebundene Persönlichkeiten finden, die als „Staatsbevollmächtigte" gegenseitig akzeptabel wären?
e) Soll der diplomatische „Kriegszustand" zwischen DDR und BR auf die Dauer bestehen bleiben?
f) Wird das internationale Ansehen oder das Selbstbewußtsein der BR Schaden leiden durch Aufnahme direkter Beziehungen zur DDR?
g) Ist es richtig, daß die Regierung der BR die mit Hitlers Hilfe zur Macht gekommene Regierung des General Franco freundschaftlich behandelt und die durch den unglücklichen Ausgang des Hitler-Krieges ins Amt gekommene DDR-Regierung als nicht existierend betrachtet?

3.) Verhandlungsbasis

Alle Verhandlungen für die deutsche Einigung müssen voll paritätisch geführt werden.

Zu 3.) Fragen an die Kritiker:

a) Soll bei Verhandlungen zwischen BR und DDR volle Gleichberechtigung der Partner geübt werden?
b) Wäre eine Stimmenbewertung nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahlen oder nach der Gebietsfläche gerechtfertigt?
c) Kann eine deutsche Einigung Bestand haben, wenn sie die gegenwärtige Lage, die Ereignisse der Nachkriegszeit und die Interessen der Bewohner der DDR nicht gleichberechtigt berücksichtigt hat?

4.) Politische Werturteile

Alle Werturteile über das westdeutsche und mitteldeutsche gegenwärtige politische System und dessen bisherige und gegenwärtige Taten sind aus allen Verhandlungen zu verbannen.

Zu 4.) Fragen an die Kritiker:

a) Können die Verhandlungen gefördert werden durch Bekehrungsversuche oder Werturteile über die verschiedenen politischen Systeme, Ansichten und Machtverhältnisse?
b) Ist es möglich, in den meisten Verhandlungspunkten zu praktisch brauchbaren Ergebnissen zu kommen, ohne daß sie beiderseits mit politischen Werturteilen begründet werden?
c) Darf die deutsche Einigung propagandistisch ausgewertet werden für den „kalten Krieg"?
d) Können die paritätisch wechselnden Vorsitzenden der einzelnen Verhandlungen mit einer Geschäftsordnung den Grundsatz durchsetzen, daß Werturteile unzulässig sind?

5.) Entmilitarisierung

Das gegenwärtige Gebiet der DDR bleibt nach der deutschen Einigung entmilitarisiert. Eine gleich große Fläche der BR und eine gleich große Zahl von Soldaten und Waffen wird in der BR demobilisiert und für den Rest der BR tritt ein Rüstungsstop ein.

Zu 5.) Fragen an die Kritiker:

a) Kann eine deutsche Einigung erreicht werden, wenn im Ergebnis das Gebiet der DDR zu einem Bestandteil der Nato gemacht werden soll?
b) Ist die militärische Sicherheit des Gebietes der BR vermindert, wenn die DDR und ein gleich großes Gebiet der BR keine Garnisonen, Flugplätze und Raketen-Rampen enthält?
c) Halten Sie es für wahrscheinlich, daß entmilitarisierte Gebiete von fremden Mächten gegen den Willen der gegnerischen Mächte erneut besetzt werden, ohne daß dies Anlaß zu einem großen Kriege gäbe?

d) Halten Sie das entmilitarisierte Österreich für stärker gefährdet, als das Gebiet der DDR und BR mit Bindungen an den Warschauer Pakt und an die Nato?
e) Entspricht es nach zwei Weltkriegen, in denen Deutschland die wichtigste Rolle spielte, der Würde unseres Landes, daß wir jetzt für die internationale Entspannung einen Beitrag im Sinne des Rüstungsstops leisten?
f) Wird in der gegenwärtigen Politik der Gedanke, daß ein deutscher Bruderkrieg entstehen könnte, genügend berücksichtigt?

6.) Berlin-Sicherung

Mit Beginn der direkten Kontaktnahme zwischen BR und DDR wird festgelegt, daß der gegenwärtige Status der Verkehrsbedingungen und anderer Berlin betreffender Fragen solange unverändert bleibt, bis in diesbezüglichen Verhandlungen zwischen der BR und der DDR neue Bedingungen vereinbart werden.

Zu 6.) Fragen an die Kritiker:

a) Ist eine befriedigende dauerhafte Regelung für West-Berlin leichter zu erreichen, wenn eine direkte Kontaktnahme zwischen den Regierungen der DDR und BR eingeleitet ist?
b) Wird es erneute Schwierigkeiten für Westberlin geben, wenn auf der nächsten Gipfelkonferenz in der Frage der DDR-Anerkennung keine Ergebnisse erzielt werden?
c) Können die Westmächte den Abschluß eines separaten Friedensvertrages zwischen den Oststaaten und der DDR irgendwie verhindern?

7.) Arbeitsausschüsse

Die Bedingungen für die gegenseitige Annäherung der Gesetzgebung, der politischen Struktur, des religiösen und sozialen Lebens, des Handels, der Gütererzeugung, des Rechtslebens, der Währung, des Verkehrs, des Personenaustausches, einer zukünftigen Außenpolitik usw. sollen zunächst von politisch nicht irgendwie gebundenen Arbeitsausschüssen als Vorschläge ausgearbeitet werden. Diese gleich stark besetzten Arbeitsausschüsse werden aus Einzelpersonen aufgebaut, die nicht als Abgeordnete, Beamte der Verwaltung, Führer von Interessentenvereinigungen oder auf ähnliche Weise eine zu enge Bindung an die Belange der beiden Seiten haben, sondern vorwiegend als zu einigende Deutsche denken und planen können. Die Vorschläge der Arbeitsausschüsse sollen dann von Beauftragten der beiden Regierungen, also von Verwaltungsbeamten, Politikern und Interessentenvertretern mit Kommentaren oder Änderungsvorschlägen versehen werden. Die Vorschläge der Arbeitsausschüsse werden gleichberechtigt neben den Abänderungsvorschlägen der Regierungsbevollmächtigten in beiden Teilen Deutschlands freien Volksabstimmungen unterworfen. Die Zustimmung oder Ablehnung soll in möglichst viele Einzelfragen aufgegliedert werden, damit auch in den günstig beurteilten Einzelfragen Ergebnisse zustande kommen, wenn in anderen Punkten noch zu wenig Übereinstimmung vorliegt.

Zu 7.) Fragen an die Kritiker:

a) Hat unsere Bundesregierung mit dem Auswärtigen Amt oder mit dem Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen für die deutsche Einigung bisher erfolgreich gearbeitet?
b) Glauben Sie, daß Arbeitsausschüsse, die sich nicht aus beiderseitigen Regierungsbeamten und Politikern zusammensetzen, sondern aus unabhängigen Persönlichkeiten, in Verhandlungen besser zu gemeinsamen Empfehlungen kommen können?

c) Glauben Sie, daß die Vorschläge der Arbeitsausschüsse die dann folgenden Verhandlungen von Regierungsdelegationen entscheidend befruchten können?

d) Sollen die Vorschläge der Arbeitsausschüsse in beiden Teilen Deutschlands öffentlich diskutiert werden?

8.) Keine Diskriminierung

Es ist ausgeschlossen, daß durch politische Bewertung oder Diskriminierung oder irgendwelche Verfolgungs- oder „Reinigungsmaßnahmen" gegen Vereinigungen und einzelne Personen ein zukünftiges uneingeschränktes Zusammenleben der Deutschen belastet wird. Dies gilt auch für Personen, die nach dem Kriege aus dem einen Gebiet in das andere gewechselt haben. Es soll deswegen die weitere politische Diskussion vom Geiste einer weitherzigen demokratischen Gesinnung, vom Geiste des Vergessens des Nachkriegserlebens und der gegenseitigen Annäherung getragen sein. Die Diskussion und die Arbeit müssen auf die Zukunft und nicht auf die Vergangenheit gerichtet sein. Eine politische Generalamnestie in beiden Teilen Deutschlands, sowie eine Beendigung des Propagandakampfes gegeneinander leitet diese politische Neutralisierung ein. Alle seit Kriegsende erworbenen Beamten- und Pensionsrechte, Titel, Examina, Auszeichnungen, sowie die Ansprüche aus Sozialversicherungen und Kriegsopfer-Versorgungen werden gegenseitig anerkannt.

Zu 8.) Fragen an die Kritiker:

a) Halten Sie im Rahmen eines neutralisierten Programms für die deutsche Einigung eine politische Beurteilung einzelner Personen für notwendig oder zweckmäßig?

b) Sollten wir, wenn die Möglichkeiten vorlägen, so etwas wie die „Entnazifizierung" wiederholen?

c) Halten Sie eine politische Generalamnestie auf beiden Seiten für richtig?

d) Verträgt sich der Gedanke der neutralisierten Einigung mit irgendwelchen Gedanken der politischen Vergeltung, des Hasses, der Rache oder Bestrafung?

e) Wir haben in der BR vielen Personen, die im dritten Reich und während des Krieges keine nach heutigen Maßstäben einwandfreie Haltung und Tätigkeit hatten, wichtige Ämter, volle Beamtenrechte und Pensionen belassen. Wird es dementsprechend richtig sein, grundsätzlich alle in der Nachkriegszeit in der DDR erworbenen Rechte in Gültigkeit zu lassen?

f) Ist Ihnen der Erfolg eines neutralisierten Programms der deutschen Einigung auch dann befriedigend, wenn damit Ihre unfreundlichen Gefühle gegen die Regierung der DDR nicht Erfüllung finden können?

9.) Persönliches Eigentum

Die Behandlung aller vermögensrechtlichen Fragen soll vermeiden, daß neue Härten entstehen, indem entweder mit Entschädigung, Wiedereinsetzung in den alten Stand, Aufteilung von Rechten und freien Vereinbarungen eine für alle Beteiligten je nach Lage des einzelnen Falles möglichst tragbare Lösung gefunden wird.

Zu 9.) Fragen an die Kritiker:

a) Würde es möglich sein, alle durch Enteignung, Republikflucht, Übergang in Produktionsgenossenschaften, Volkseigene Betriebe usw. seit Kriegsende veränderten Eigentumsverhältnisse nur durch allgemeine Gesetze einfach rückgängig zu machen?

b) Werden alle Personen, die seit Kriegsende aus der DDR in die BR gekommen sind, bereit sein, in die DDR zurückzukehren, auch wenn sie dort in alte Rechte wieder eintreten könnten?
c) Sollen auch die Interessen der Rechtsnachfolge bei zukünftigen Regelungen angemessen berücksichtigt werden?

10.) W i e d e r a u f b a u

Die westdeutsche Regierung anerkennt, daß als Folge des gemeinsam verlorenen Krieges aus dem Gebiet der DDR für längere Zeit und in stärkerem Maße Reparationsleistungen erfolgten und daß wirtschaftsgeographisch dafür ungünstigere Bedingungen vorlagen. Die BR ist bereit, zum Ausgleich dafür ein großzügiges Programm der finanziellen und materiellen Unterstützung des Gebietes der DDR durchzuführen, das vor allem für die Beseitigung von Kriegs- und Nachkriegsschäden auf den Gebieten der allgemeinen persönlichen Wohlfahrt, also der Häuser-Reparatur, des Wohnungsbaus, des Verkehrswesens und kulturellen Einrichtungen wirksam werden soll.

Zu 10.) Fragen an die Kritiker:

a) Wurde die DDR wesentlich mehr durch die Besetzung, Requisitionen, Demontagen und andere Kriegsfolgen finanziell und wirtschaftlich belastet als das Gebiet der BR?
b) Hatte die BR es auf Grund ihrer geographischen Lage, ihrer Rohstoff-Vorkommen, ihrer größeren Bevölkerungszahl, des Verhaltens der Besatzungsmächte und aus anderen Gründen leichter, die Kriegsfolgen wirtschaftlich zu überwinden?
c) Sind Sie damit einverstanden, daß wir ohne propagandistische Nebengedanken unseren Mitbürgern in der DDR zum Ausgleich für die schwereren und längeren Kriegsfolgelasten materielle und finanzielle Unterstützung aus Staatsmitteln gewähren?
d) Soll die BR lieber 1 Milliarde D-Mark für die persönliche Wohlfahrt der DDR-Bewohner ausgeben, anstatt den gleichen Betrag im Aufrüstungs-Etat für amerikanische Düsenjäger verwenden?

11.) A n p a s s u n g

Ebenso wie es jetzt Gesetzgebung und Verwaltung gibt, die einerseits für das gesamte Gebiet der DDR oder BR gilt und die andererseits für einzelne Länder oder Bezirke unabhängige und spezielle Gesetze und Verwaltungsstellen vorsieht, kann auch in Zukunft, soweit sich dies aus den Ereignissen der Nachkriegsjahre als nötig erweist, zwischen den Ländern der BR und den 14 Bezirken der DDR eine unterschiedliche Gesetzgebung erhalten bleiben oder neu erlassen werden, die auch größere Unterschiede im sozialen Leben bewirkt, solange bis die natürlichen Kräfte der gegenseitigen Anpassung einen Ausgleich möglich machen. Insofern muß den Bezirken des Gebietes der DDR für längere Zeit eine größere Unabhängigkeit gegen Mehrheitsbeschlüsse der späteren gemeinsamen Bundes- oder „Reichs"-Regierung zugesichert werden.

Zu 11.) Fragen an die Kritiker:

a) Sind Sie damit einverstanden, daß eine aus den Einigungs-Verhandlungen hervorgehende Anpassung der sozialen und gesetzlichen Verhältnisse der DDR mit größerer Behutsamkeit und nötigenfalls mit längeren Fristen erfolgt, als wie dies bei der Anpassung des Saargebietes an die BR notwendig war?
b) Sollte die Form der Anpassung des DDR-Gebietes nur durch freie politische Willensbildung der Bewohner des DDR-Gebietes bestimmt werden?

c) Soll das Gebiet der DDR auch nach Herstellung eines gesamtdeutschen Parlaments für längere Zeit geschützt sein gegen Mehrheitsbeschlüsse der Stimmen aus dem Gebiet der BR in solchen Angelegenheiten, die aus der Trennungszeit hervorgegangen sind?

12.) Politisches Leben

Sobald eine Anpassung des politischen Lebens der beiden Teile aneinander möglich ist, erfolgt in der BR eine Wiederzulassung der KPD oder SED und in der DDR eine freie Entfaltung aller politischen Kräfte auch durch Neugründung von Parteien und unter Ausschluß einer Aufstellung von Einheitslisten. Erst nach weitgehender Normalisierung des politischen Lebens und nach vorhergehenden Kommunal-, Kreis- und Bezirkswahlen wird durch gleichzeitige Wahlen in der DDR und BR eine gesamtdeutsche verfassungsgebende Nationalversammlung gebildet, die vor allem einen gesamtdeutschen Friedensvertrag zu bearbeiten haben wird. Erst damit ist die Zeit dafür reif geworden, daß die DDR und die BR gleichzeitig ihre Eigenstaatlichkeit aufgeben. Dies kann nicht am Anfang der deutschen Einigung stehen, sondern muß der Schluß sein.

Zu 12.) Fragen an die Kritiker:

a) Halten Sie als Gegenleistung für eine freie politische Meinungsbildung im Gebiet der DDR eine Zulassung der KPD oder der SED im Gebiet der BR für angemessen?

b) Sind Sie damit einverstanden, daß die freien Wahlen für eine Nationalversammlung des gesamten deutschen Gebietes zur Festlegung einer gemeinsamen Verfassung und zur Schaffung eines nicht diktierten Friedensvertrages erst 5 Jahre nach dem Beginn innerdeutscher Verhandlungen stattfinden?

Wenn wir in nicht allzu ferner Zeit den Schlußstein für ein gemeinsam zu errichtendes Gebäude eines geeinten Deutschlands setzen wollen, das von allen anderen Staaten geachtet werden kann und in dem sich das deutsche Volk ohne Zwiespalt wohl fühlen soll, muß dieses Gebäude gemeinsam errichtet werden. Es ist dafür ein gesundes tragfähiges Fundament vorhanden, das in gemeinsamer Vergangenheit, in Sprache, Kultur und Gesittung und in einem vernünftig abgegrenzten deutschen Nationalbewußtsein liegt. Der auf diesem Fundament zu errichtende Neubau darf aber nur edle Bausteine und keine Konstruktionsfehler enthalten, mit denen er bei der leichtesten Beanspruchung zum Einsturz käme. Wenn die Bausteine von Haß, Geltungssucht, Habgier, Neid, Rache und anderen zersetzenden Gefühlen gebildet werden und nicht den Zement edler menschlicher Bindungen enthalten, kann der Neubau nicht gelingen.

Nachwort

Dieser offene Brief soll zur Belebung der öffentlichen Diskussion der mit der deutschen Einigung verbundenen Probleme dienen. Das vorgeschlagene „Neutralisierte Programm" und die dafür gefundenen Formulierungen verwerten viele von anderer Seite schon geäußerte Gedanken und es wird nicht der Anspruch erhoben, daß nicht auch andere Programme und Vorschläge wertvoll und vielleicht verwertbar wären. Die „Neutralisierung" der Aufgabe wird als Grundgedanke hoffentlich einige Zustimmung finden, vielleicht aber auch Ablehnung und Kritik. Mit den Fragen, die ich besonders an die Kritiker der Neutralisierung richte, möchte ich die öffentliche Diskussion darüber anregen, was möglich und vernünftig sein wird und was nicht.

Ich werde mich über die Einsendung zahlreicher Stellungnahmen freuen und bemüht sein, nach einiger Zeit eine Auswertung der eingegangenen Stellung-

nahmen an gleicher Stelle bekannt zu geben, auch dann, wenn die Ablehnungen überwiegen sollten. Wenn Sie das neutralisierte Programm günstig beurteilen, schreiben Sie bitte auch, damit die Ablehnungen nicht überwiegen. Es wird nur ausnahmsweise möglich sein, auf die Zuschriften einzeln zu antworten.

Der Verfasser handelt aus eigenem Antrieb, nicht in Verbindung mit irgendeiner Partei oder Interessengruppe. Er ist einer der unzähligen anderen Personen in der ganzen Welt, die sich ernste Sorgen machen über alle Probleme, aus denen eine vollständige Weltkatastrophe entstehen könnte. Dabei steht ihm natürlich die deutsche Frage am nächsten. Alter 57 Jahre, normalerweise nicht in der Politik tätig, sondern er ist beruflich sehr beschäftigt mit der Leitung eines Labors zur Herstellung elektronischer Geräte für medizinische Spezialfragen. Ein Nachdruck dieser Anzeige ist gestattet, auch auszugsweise, wenn nicht durch die Auswahl der Zitierungen der Sinn des neutralisierten Programms absichtlich entstellt wird.

Freiburg im Breisgau, März 1960 — Dr.-Ing. J. F. Tönnies
Schöneck-Straße 10

Akten sagen aus (II)

42 Sg 15 KLs 206/42 522/42.

Im Namen des Deutschen Volkes!

Strafsache

gegen 1. die Landarbeiterin Anna Zaremba aus Hertwigswaldau, Kreis Sagan, Polin,
— zur Zeit in der Untersuchungshaftanstalt in Breslau in Untersuchungshaft —
geboren am 9. 6. 1914 in Leschna, Kreis Saybusch,

2. den Landarbeiter Emil Gwiszcz aus Hertwigswaldau, Kreis Sagan, Pole,
— zur Zeit hier, in der Untersuchungshaftanstalt — geboren am 17. 11. 1924 in Schwarzwasser, Kreis Bielitz,

wegen Verbrechens gegen § 1 der Verordnung gegen Gewaltverbrecher usw.

Das Sondergericht III für den Oberlandesgerichtsbezirk Breslau bei dem Landgericht in Breslau hat in der Sitzung vom 10. Oktober 1942 in Breslau, an der teilgenommen haben:

Landgerichtsdirektor Dr. Rosner, als Vorsitzender,
Landgerichtsrat Fuchs,
Landgerichtsrat Stuhldreer, als beisitzende Richter,
Staatanwalt Gawellek, als Vertreter des Leiters der Anklagebehörde bei dem Sondergericht,
Justizsekretär Jaskowski, als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Die Angeklagten sind der Beleidigung, der Körperverletzung und der Bedrohung schuldig und werden als Gewaltverbrecher auf Grund der Polenstrafrechtsverordnung

zum Tode

verurteilt.

Die Kosten des Verfahrens haben die Angeklagten zu tragen.

Gründe:

I.) Die Angeklagte Anna Zaremba ist 1914 in Leschna, Kreis Saybusch, geboren. Sie ist ledig und bekennt sich zum polnischen Volkstum. Am 1. September 1939 hielt sie sich noch im Gebiete des ehemaligen polnischen Staates auf. 1940 wurde sie zu dem Bauern Otto H ä n s e l in Hirtenau bei Neuhammer vermittelt. Seit 1942 wurde sie vom Arbeitsamt der Bäuerin Frau Weise in Hertwigswaldau, Ortsteil Ablaßbrunn, Kreis Sagan, zugeteilt, bei der sie seit dem 13. März d. Js. bis zuletzt gearbeitet hat.

Die Angeklagte ist dreimal vorbestraft, und zwar 1934 wegen Diebstahls mit 7 Monaten Gefängnis, 1935 wegen Diebstahls und falscher Anschuldigung mit einer Gesamtstrafe von 7 Monaten Gefängnis und 4 Jahren Ehrverlust und 1937 wegen Diebstahls mit 6 Monaten Gefängnis.

II.) Der Angeklagte Emil Gwiszcz ist am 17. November 1924 in Schwarzwasser, Kreis Bielitz, geboren. Er bekennt sich zum polnischen Volkstum, hatte am 1. 9. 1939 seinen Wohnsitz im ehemals polnischen Gebiet und ist ledig. Auch er ist zunächst bei dem Bauern Otto Hänsel in Hirtenau in Arbeit gewesen und dort vertragsbrüchig geworden. 1942 ist auch er der Zeugin W e i s e zugeteilt worden. Frau Weise, deren Ehemann seit 1940 eingezogen ist, bewirtschaftet eine Wirtschaft von 35 Morgen. Sie hatte als Arbeitskräfte nur die beiden Angeklagten.

Die Angeklagten hatten sich bei Weise etwa die ersten vier Wochen gut geführt. Späterhin wollten sie jedoch nicht hören und nicht folgen, und wenn ihnen die Zeugin Weise etwas sagte, wollten sie alles besser wissen.

Am 29. April d. Js. kam es erstmalig zwischen der Zeugin Weise und dem Angeklagten Gwiszcz, der sehr jähzornig ist, zu einer Auseinandersetzung. Gwiszcz hatte, angeblich aus Wut darüber, daß die Zeugin auf die Mitangeklagte Zaremba „dauernd" geschimpft hatte, 2 Tassen zerschlagen; nach seiner Meinung konnte die Zaremba nicht mehr arbeiten, weil sie infolge Schwangerschaft geschwollene Füße hatte.

Am 28. Juni d. Js., einem Sonntage, trug sich in der 11. Vormittagsstunde folgender Vorfall zu:

Die Angeklagte Zaremba besorgte für den Angeklagten Gwiszcz die Fütterung der Pferde und tat diesen Rüben in die Krippe. Die Bäuerin stellte dabei fest, daß sich in der Krippe eine verfaulte Rübe befand; sie nahm dieselbe und hielt sie der Zaremba vor und verlangte, sie soll sie ausschneiden. Die Angeklagte nahm der Zeugin die Rübe aus der Hand und spuckte der Bäuerin ins Gesicht; alsdann lief sie durch den Stall weg und Frau Weise hinter ihr her. Diese packte alsdann die Angeklagte an der Brust und wollte sie zu dem Zeugen Mücke schaffen, damit dieser sie bestrafe. Sie schob die Angeklagte rückwärts auf den Hof hinaus. — Diese wehrte sich, indem sie Frau Weise in den Unterarm biß, schlug und kratzte. Im Hof fiel die Angeklagte hin. Frau Weise schlug sie nun ein paar mal mit der Hand ins Gesicht und ging dann nach der Küche. Die Angeklagte Zaremba hatte inzwischen laut nach dem Angeklagten Gwiszcz gerufen. Dieser kam aus seiner Stube herunter und stieß kurz vor der Haustür mit Frau Weise zusammen. Er packte sie und schlug auf sie ein, hielt sie an den Schultern fest und zerriß ihr dabei einen Ärmel. Unterdessen war das Pflichtjahrmädchen Ursula W a l t e r zu dem Zeugen Mücke gelaufen und holte diesen zu Hilfe. Mücke lief herüber und rief dem Angeklagten Gwiszcz zu: „Kerl, gehst Du nicht zurück", worauf Gwiszcz etwa erwiderte: „Meinst Du, ich fürchte mich vor Dir?" Gwiszcz nannte ferner den Zeugen Mücke „Deutsches Schwein". Mücke schlug nunmehr den Angeklagten mit einem seiner Holzpantoffeln ins Gesicht, so daß seine Nase blutete. Gwiszcz versuchte jetzt, eine junge Linde herauszureißen, was ihm jedoch nicht gelang. Daraufhin holte er sich eine etwa 2,30 Meter lange Holzstange,

die etwa so dick wie ein Unterarm war, und hob sie gegen den Zeugen Mücke empor, der von ihm etwa 2 bis 4 Meter entfernt stand, so als ob er auf Mücke einschlagen wollte. Als Mücke nunmehr äußerte: „Was, Du wirst mich schlagen?" entgegnete der Angeklagte etwa: „Ich werde euch zeigen, was polnische Fäuste sind. Ihr glaubt wohl, weil wir Polen sind, könnt ihr mit uns machen, was ihr wollt?" Er war dabei in eine derartige Wut und Erregung geraten, daß der Zeuge Mücke allen Ernstes annahm, er werde sie mit der Stange schlagen.

Die Angeklagte Zaremba ist bereits einmal Anfang Juni 1942 mit einer Schippe auf Frau Weise losgegangen, ohne allerdings damit zu schlagen, weil Frau Weise ihr Vorhaltungen gemacht hatte, sie arbeite zu langsam.

Die Angeklagte Zaremba bestreitet nicht, mit Frau Weise am 28. Juni 1942 eine Auseinandersetzung gehabt zu haben. Sie gibt aber eine abweichende Darstellung des Vorfalles. Zunächst bestreitet sie, den Pferden verfaulte Rüben gegeben zu haben, sie will alsdann von Frau Weise an die Mauer gedrückt worden sein, diese soll ihr einen Schlag an die Brust gegeben haben, so daß sie an die Mauer geflogen sei. Alsdann will sie, die Angeklagte, gespuckt haben, aber nicht der Frau Weise ins Gesicht, jedenfalls will sie nicht wissen, ob sie Frau Weise getroffen hat; sie will alsdann von Frau Weise ins Gesicht geschlagen und auf den Hof hinausgedrängt worden sein, so daß sie immer rückwärts aus dem Stalle herausgegangen sei. Sodann habe ihr Frau Weise einen Stoß gegeben, so daß sie unter einen Wagen gefallen sei, und sie wiederum geschlagen. Sie, die Angeklagte, will alsdann nach dem Angeklagten Gwiszcz gerufen haben; auch soll Frau Weise die Angeklagte nach deren Darstellung an den Haaren gerissen und ihr auch Haare ausgerissen haben. Als sie dann aufgestanden sei, und in ihr Zimmer habe gehen wollen, habe Frau Weise sie an der Haustür an der Brust festgehalten und erneut auf sie eingeschlagen. In diesem Augenblick sei Gwiszcz dazugekommen; dieser habe sie beide auseinanderbringen wollen, aber nicht auseinandergebracht. Mücke sei dazugekommen und habe auf Gwiszcz eingeschlagen. Die Angeklagte gibt alsdann zu, daß Gwiszcz wohl eine Stange von etwa einem Meter etwas hoch gehoben, doch gleich wieder weggeworfen habe. Daß sie selbst Frau Weise in den Arm gebissen, geschlagen und gekratzt hat, glaubt die Angeklagte nicht. Jedenfalls will sie sich dessen nicht entsinnen können. Sie will der Zeugin erklärt haben, daß sie sie nicht schlagen solle, dabei auch das Wort „Schwein" gebraucht haben; Frau Weise habe darauf geäußert: „Ich muß Dich tot schlagen".

Zu dem Vorfall mit der Schippe gibt die Angeklagte zu, daß sie mit der Schaufel auf Frau Weise losgegangen sei; Frau Weise habe dauernd auf die geschimpft, sie arbeite zu langsam; sie habe auch nicht genug zu essen bekommen und geschwollene Füße gehabt. Endlich hat die Angeklagte noch geltend gemacht, daß sie schwanger sei und etwa in zwei Monaten das Kind erwarte.

Der Angeklagte Gwiszcz will, als er am 28. Juni von oben herunter kam, gesehen haben, daß Frau Weise die Zaremba mit einem Pantoffel geschlagen habe, er habe beide trennen wollen, habe aber Frau Weise nicht geschlagen; Mücke habe ihn sofort ohne Grund mit einem Holzpantoffel geschlagen, so daß seine Nase geblutet habe. Er will in diesem Moment nicht mehr gewußt haben, was er tat. Er bestreitet ferner „Deutsches Schwein" gesagt zu haben, gibt aber zu, eine Stange — etwa 1,50 Meter lang — genommen zu haben, will diese jedoch nur etwas hoch gehoben haben. Er bestreitet ferner, versucht zu haben, eine Linde herauszureißen; er will sich vielmehr an einer solchen nur festgehalten haben. Eine Äußerung dahingehend, daß er den Zeugen schlagen wolle, getan zu haben, bestreitet er.

Zugegeben hat der Angeklagte, daß er früher einmal 2 Tassen zerschlagen habe; er will dies aus Wut getan haben, weil Frau Weise auf die Angeklagte

Zaremba dauernd geschimpft habe. Diese habe nicht mehr arbeiten können, weil sie geschwollene Füße gehabt habe.

Das Gericht ist auf Grund der glaubwürdigen eidlichen Bekundungen der Zeugen Weise und Mücke zu der Überzeugung gelangt, daß sich die Vorfälle so, wie sie eingangs dargelegt worden sind, abgespielt haben. Zweifel an der Richtigkeit der Aussagen hat das Gericht nicht gehabt. Es muß insbesondere als unwahr festgestellt werden, daß die Angeklagte Zaremba vor der Zeugin Weise ausgespuckt hat, sie hat ihr vielmehr ins Gesicht gespuckt und damit das ganze weitere Verhalten ihrerseits provoziert. Unwahr ist ferner, daß die Zeugin die Angeklagte noch im Stalle geschlagen hat, und weiterhin auch, daß die Zeugin die Angeklagte vor der Haustür erneut festgehalten und geschlagen hat, so daß von einer etwa notwendigen Abwehr seitens des Angeklagten Gwiszcz zugunsten der Zaremba keine Rede sein konnte. Der Angeklagte Gwiszcz hat auch die Stange nicht nur etwas hochgehoben, sondern sie gegen den Zeugen Mücke drohend geschwungen; dieser konnte und mußte aus dem ganzen Verhalten des Gwiszcz entnehmen, daß er drohte, ihn mit der Stange zu schlagen, und daß diese Drohung auch durchaus ernstlich gemeint gewesen ist.

Die Angeklagten haben sich nach alledem strafbar gemacht, und zwar beide Angeklagte zunächst der Beleidigung und der Körperverletzung. Die Zaremba hat eine Beleidigung durch das Anspucken der Zeugin Weise dieser gegenüber, Gwiszcz hat eine Beleidigung durch die Beschimpfung des Zeugen Mücke mit „Deutsches Schwein" begangen. Eine Körperverletzung hat die Zaremba durch das Beißen, Schlagen und Kratzen, Gwiszcz dadurch begangen, daß er auf die Zeugin Weise eingeschlagen hat. Die erforderlichen Strafanträge sind gestellt worden.

Beide Angeklagte haben sich ferner einer Bedrohung schuldig gemacht, und zwar die Zaremba, indem sie Anfang Juni d. Js. mit der Schaufel auf Frau Weise losging. (insoweit ist in der Hauptverhandlung Nachtragsanklage erhoben worden), Gwiszcz dadurch, daß er mit der erhobenen Stange dem Zeugen Mücke drohend gegenübertrat. Daß beide Drohungen auch ernstlich gemeint gewesen sind, zumal da beide Angeklagten sich in großer Erregung befanden, unterlag für das Gericht keinem Zweifel. Beide Bedrohungen stellen sich aber auch als schwere Gewalttaten im Sinne der Gewaltverbrecherverordnung dar (§ 1 Abs. 1 a. E.). Sowohl die Schaufel als auch die Stange sind als einer Hiebwaffe an Gefährlichkeit gleiche Mittel im Sinne des § 1 a.a.O. zu erachten. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß eine Bedrohung nicht nur mit einer Waffe, sondern auch mit anderen gleichgefährlichen Mitteln begangen werden kann. (Siehe hierzu auch Schwarz, Komm. zum StGB 9. Auflage.) Die Angeklagten stellen darüber hinaus auch schon nach der ganzen rabiaten Art ihrer Handlungsweise den Typ von Gewaltverbrechern dar. Sie fallen somit beide unter die Gewaltverbrecherverordnung, die nur die schwerste Strafe, nämlich die Todesstrafe, kennt. Beide fallen ferner unter die Bestimmungen der Polenstrafrechtsverordnung, nach deren Abschnitt I Ziffer III Abs. II auf Todesstrafe erkannt wird, wo das Gesetz sie androht; dieses Gesetz ist im vorliegenden Falle die Gewaltverbrecherverordnung. Die Verhängung der Todesstrafe ist aber im vorliegenden Falle auch durchaus geboten. Das deutsche Volk steht in einem schweren Existenzkampf. Die wehr- und arbeitsfähigen Männer stehen im Felde, so auch der Ehemann der Zeugin Weise. Die zurückgebliebenen Frauen haben, zumal in der Landwirtschaft, schwer zu kämpfen, um die Ernährungsgrundlage des Volkes zu sichern. Bei dem kriegsbedingten Mangel an Arbeitskräften sind sie in erheblichem Maße auf die Hilfe der ausländischen Arbeiter angewiesen; das erfordert wiederum strengste Disziplin seitens der

fremden Arbeiter, bei denen Disziplinwidrigkeiten oder gar Aufsäßigkeiten die Verhängung schwerster Strafen geboten erscheinen lassen.

Es war nach alledem gegen beide Angeklagten die Todesstrafe zu verhängen. Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 RStPO.

gez. Dr. Rosner Fuchs Stuhldreer

gez. Matthäus
Justizobersekretär
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Landgerichts

Für die Richtigkeit
(Stempel d. Landgerichts Breslau)

Nachsatz: Der polnische Staatsangehörige Emil Gwiszcz wurde am 18. November 1942 hingerichtet. Das Todesurteil gegen die polnische Staatsangehörige Anna Zaremba wurde später wegen Schwangerschaft aufgehoben; stattdessen wurde die Zwangsverschleppte zu zehn Jahren Straflager verurteilt.

Der ehemalige Landgerichtsdirektor am Sondergericht Breslau, Dr. Rosner, ist heute Landgerichtsrat in Baden-Baden. Außer dem genannten war Dr. Rosner an dem Todesurteil gegen den polnischen zwangsverschleppten Arbeiter Boleslaw Swietek, geb. am 19. November 1912 in Bielitz, beteiligt — Aktenzeichen 42 Sg 15 KLs 283/42 716/42 —. Das Todesurteil gegen Swietek erging am 19. Januar 1943. Swietek war vorgeworfen worden, er sei seiner Arbeit bei dem Bauunternehmer Berger in Sprottau nicht regelmäßig und gut nachgekommen. Dr. Rosner erklärte in der Urteilsbegründung u. a.: „Sein Verhalten hat auf das Schwerste das Ansehen und das Wohl des deutschen Reiches und des deutschen Volkes herabgesetzt und geschädigt und er hat ... eine grobe deutschfeindliche Gesinnung bekundet ... Elemente wie er können im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren keinesfalls geduldet werden. Er mußte deshalb ... zum Tode verurteilt werden."

Der ehemalige Landgerichtsrat am Sondergericht Breslau, Kunibert Stuhldreer, ist heute Amtsgerichtsrat in Landshut. D. Red.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Bericht über FDP-Gespräch mit Smirnow entspricht nicht den Tatsachen

Zu Meldungen der New York Times vom Montag und Dienstag über ein Gespräch zwischen Vertretern der Freien Demokratischen Partei und der sowjetischen Botschaft in Bonn erklärten die Teilnehmer dieser Unterredung, die FDP-Bundesvorstandsmitglieder Dr. Mende, Dr. Becker, Dr. Dehler und Dr. Schneider zum Wochenbeginn in Bonn:

„Am 24. Februar 1960 waren der Bundesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Dr. Erich Mende, und die Bundesvorstandsmitglieder Dr. Becker, Dr. Dehler und Dr. Schneider Gäste des sowjetischen Botschafters und weiterer Herren der Botschaft der UdSSR in Bonn. Bei dieser Zusammenkunft ist über die deutsch-sowjetischen Beziehungen und über die Berlin- und Deutschlandfrage gesprochen worden. Über dieses Gespräch unterrichtete der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Mende am 3. März Bundeskanzler Aden-

fremden Arbeiter, bei denen Disziplinwidrigkeiten oder gar Aufsäßigkeiten die Verhängung schwerster Strafen geboten erscheinen lassen.

Es war nach alledem gegen beide Angeklagten die Todesstrafe zu verhängen. Die Kostenentscheidung beruht auf § 465 RStPO.

gez. Dr. Rosner Fuchs Stuhldreer

gez. Matthäus
Justizobersekretär
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Landgerichts

Für die Richtigkeit
(Stempel d. Landgerichts Breslau)

Nachsatz: Der polnische Staatsangehörige Emil Gwiszcz wurde am 18. November 1942 hingerichtet. Das Todesurteil gegen die polnische Staatsangehörige Anna Zaremba wurde später wegen Schwangerschaft aufgehoben; stattdessen wurde die Zwangsverschleppte zu zehn Jahren Straflager verurteilt.

Der ehemalige Landgerichtsdirektor am Sondergericht Breslau, Dr. Rosner, ist heute Landgerichtsrat in Baden-Baden. Außer dem genannten war Dr. Rosner an dem Todesurteil gegen den polnischen zwangsverschleppten Arbeiter Boleslaw Swietek, geb. am 19. November 1912 in Bielitz, beteiligt — Aktenzeichen 42 Sg 15 KLs 283/42 716/42 —. Das Todesurteil gegen Swietek erging am 19. Januar 1943. Swietek war vorgeworfen worden, er sei seiner Arbeit bei dem Bauunternehmer Berger in Sprottau nicht regelmäßig und gut nachgekommen. Dr. Rosner erklärte in der Urteilsbegründung u. a.: „Sein Verhalten hat auf das Schwerste das Ansehen und das Wohl des deutschen Reiches und des deutschen Volkes herabgesetzt und geschädigt und er hat ... eine grobe deutschfeindliche Gesinnung bekundet ... Elemente wie er können im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung im Inneren keinesfalls geduldet werden. Er mußte deshalb ... zum Tode verurteilt werden."

Der ehemalige Landgerichtsrat am Sondergericht Breslau, Kunibert Stuhldreer, ist heute Amtsgerichtsrat in Landshut. D. Red.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Bericht über FDP-Gespräch mit Smirnow entspricht nicht den Tatsachen

Zu Meldungen der New York Times vom Montag und Dienstag über ein Gespräch zwischen Vertretern der Freien Demokratischen Partei und der sowjetischen Botschaft in Bonn erklärten die Teilnehmer dieser Unterredung, die FDP-Bundesvorstandsmitglieder Dr. Mende, Dr. Becker, Dr. Dehler und Dr. Schneider zum Wochenbeginn in Bonn:

„Am 24. Februar 1960 waren der Bundesvorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Dr. Erich Mende, und die Bundesvorstandsmitglieder Dr. Becker, Dr. Dehler und Dr. Schneider Gäste des sowjetischen Botschafters und weiterer Herren der Botschaft der UdSSR in Bonn. Bei dieser Zusammenkunft ist über die deutsch-sowjetischen Beziehungen und über die Berlin- und Deutschlandfrage gesprochen worden. Über dieses Gespräch unterrichtete der FDP-Bundesvorsitzende Dr. Mende am 3. März Bundeskanzler Aden-

auer, am 4. März den SPD-Vorsitzenden Ollenhauer und am 6. März den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Brandt.

Die Freien Demokraten führten mit den Vertretern der Sowjetbotschaft ein hartes Gespräch, dessen Einzelheiten in dem Bericht der New York Times jedoch nicht richtig wiedergegeben werden. Insbesondere hat der sowjetische Botschafter die Forderung nach „Verstaatlichung der Großbetriebe, Brechung der Macht des Monopolkapitals, um dann zur Herrschaft der arbeitenden Klasse weiterzuschreiten", wie die Zeitung berichtete, weder in dieser noch in anderer Form erhoben. In gleicher Weise unzutreffend ist auch die Meldung der New York Times, wonach angeblich FDP-Gesprächsteilnehmer an den Sowjetbotschafter die Frage gestellt haben sollen, ob die Sowjetunion „einem wiedervereinigten Deutschland zustimmen würde, das die Oder-Neisse-Grenze anerkennt, auf Atomwaffen verzichte und zwischen der Nato und der kommunistischen Warschauer Pakt-Organisation neutral sein werde". Eine derartige Frage ist von keinem der Gesprächsteilnehmer gestellt worden und konnte darum auch nicht von dem sowjetischen Botschafter beantwortet werden. Damit werden auch alle an dieses Gespräch geknüpften Kombinationen hinsichtlich der künftigen Haltung der Freien Demokraten in der Deutschlandfrage gegenstandslos."

Freie Demokratische Korrespondenz vom 16. März 1960

Informierte Adenauer die New York Times?

SPD-Kreise wollen von den Freien Demokraten erfahren haben, daß sich die Gesprächsrunde schon in „aufgelockerter Stimmung" befunden habe, als von deutscher Seite die zitierte Frage gestellt worden sei. Smirnow habe über das ganze Gesicht lachend erwidert, lieber sei ihm natürlich, wenn dabei noch ein sozialistisches Gesamtdeutschland herauskomme.

Die Freien Demokraten glauben im übrigen, daß der Bundeskanzler die „New York Times" informiert hat.

Kölner Staatsanzeiger vom 15. März 1960

Die Abrüstungspläne von West und Ost

Der Westen schlägt vor:

Stufe I

Gründung einer Abrüstungsbehörde „International Disarmament Organisation" (IDO), die die Angaben über die Abrüstungen der einzelnen Staaten sammelt. Festsetzung maximaler Truppenstärken für die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion auf höchstens 2 500 000 Mann. Übergabe der ersten Waffen an die Abrüstungsbehörde. Unterrichtung der Behörde über den Start von Raumfahrzeugen, die militärischen Zwecken dienen können. Vereinbarungen über weitere Abrüstungsmaßnahmen der zweiten und dritten Phase.

Gleichzeitig sollen während der ersten Stufe gemeinsame Studien die Ausführung des Abkommens in folgenden Punkten sicherstellen:

a) Verbot, Massenzerstörungswaffen auf eine Bahn außerhalb der Erde zu bringen.
b) Notifizierung des Starts von Raketen und Anmeldung des Starts und der Herstellung von Raketen.
c) Einstellung der Produktion von Kernspaltstoffen für militärische Zwecke.
d) Konrolle der bereits für andere Zwecke als Waffen produzierten Kernspaltstoffe.
e) Schutzmaßnahmen gegenüber Überraschungsangriffen durch Inspektion des Luftraums, Erdbeobachtungen und Kontrollposten in den Mitgliedstaaten.

Stufe II

Hier sieht der westliche Plan schon praktische Abrüstungsmaßnahmen vor, und zwar:

a) Verbot des Starts von Satelliten, die Massenzerstörungsmittel tragen. Raketen können gestartet werden, wenn sie den von der Abrüstungsorganisation zugelassenen Normen entsprechen und ihre Abschußbasis zuvor kontrolliert wurde.
b) Einstellung der Produktion spaltbaren Materials für militärische Zwecke. Bereits hergestelltes spaltbares Material soll zu anderen Zwecken als für die Waffenfabrikation

verwendet werden, sobald die Kontrolle über die Einstellung der Produktion des spaltbaren Materials in Kraft getreten ist.

c) Inkraftsetzung der Schutzmaßnahmen gegen Überraschungsangriffe.

d) Festsetzung der Höchstgrenze der Truppenstärken für die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten auf je 2 100 000 Mann.

e) Einberufung einer Abrüstungskonferenz mit anderen Staaten, die über bedeutende militärische Mittel verfügen. Für die Konferenz wird ein Datum festgesetzt, das der Notwendigkeit Rechnung trägt, auch andere Staaten an den Verhandlungen zu beteiligen, dabei wird vor allem an das kommunistische China gedacht. Seine Teilnahme an der Konferenz soll jedoch keine Anerkennung bedeuten.

Stufe III

a) Abbau der Truppenbestände und der nationalen Ausrüstungen bis auf ein Niveau, das den Bedürfnissen der inneren Sicherheit und den sich aus der Charta der Vereinten Nationen ergebenden Verpflichtungen entspricht.

b) Verbot der Herstellung von atomaren, chemischen und bakteriologischen Waffen.

c) Maßnahmen zur friedlichen Nutzung des Weltraums.

d) Endgültiges Verbot militärischer Raketen.

e) Kontrolle jeder Art von Rüstung sowie der Militärbudgets durch die internationale Abrüstungsbehörde.

Der westliche Plan sieht schließlich die Möglichkeit zur Bildung einer internationalen Streitmacht unter Kontrolle der Vereinten Nationen vor.

Der Osten schlägt vor:

Stufe I

Herabsetzung der Streitkräfte der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China auf 1 700 000 Mann und der Streitkräfte Großbritanniens und Frankreichs auf 650 000 Mann. Die Rüstung und die technischen Kriegsmittel, über welche die Streitkräfte verfügen, sind so weit zu reduzieren, daß die restlichen Rüstungsbestände dem festgesetzten Stand der Streitkräfte entsprechen.

Stufe II

Abschaffung der restlichen Streitkräfte aller Staaten. Beseitigung sämtlicher Militärstützpunkte auf fremden Territorien. Die Truppen und das technische Personal werden in die eigenen nationalen Gebiete abgezogen und aufgelöst.

Stufe III

Vernichtung der Kern- und Raketenwaffen jeder Art, Verbot der Erzeugung, des Besitzes und der Bevorratung von chemischen und bakteriologischen Kriegsmitteln. Alle vorhandenen Waffen dieser Art müssen vernichtet werden. Verbot wissenschaftlicher Untersuchung für Kriegszwecke, Entwicklung von Waffen und Gerät, Auflösung aller Kriegsministerien, Generalstäbe, militärischen Institutionen und Organisationen, Einstellung aller Einberufungen zu Übungen und militärischer Ausbildung, Verbot des Militärdienstes in allen Formen.

Stufe IV

Für die Kontrolle über die Durchführung der Maßnahmen zur allgemeinen und vollen Abrüstung wird ein internationales Kontrollorgan geschaffen. Das Ausmaß der Kontrolle und Inspektion wird entsprechend den Stufen der etappenmäßig sich ergebenden Abrüstung der Staaten vorgenommen.

Nach Abschluß der allgemeinen und vollen Abrüstung, welche die Abschaffung der Streitkräfte jeder Art, die Beseitigung aller Arten von Waffen, darunter der Massenvernichtungswaffen, umfassen muß, wird das internationale Kontrollorgan freien Zutritt zu allen Kontrollobjekten haben.

Teilmaßnahmen

Falls ein Abkommen auf dieser Grundlage nicht zu erreichen ist, hat sich die Sowjetunion zu Verhandlungen über folgende Teilmaßnahmen bereit erklärt:

1. Schaffung einer Kontroll- und Inspektionszone und Einschränkung der ausländischen Truppen auf den Territorien der Länder Westeuropas.
2. Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.
3. Abzug sämtlicher ausländischer Truppen aus den europäischen Staaten und Auflösung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien.

4. Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten der Nato und den Staaten des Warschauer Vertrages.
5. Ein Abkommen zur Verhütung eines Überraschungsangriffs.

Welt vom 15. März 1960

Was Leipzig interessant macht

Die Leipziger Frühjahrsmesse hat ihre Anziehungskraft auf die am Osthandel interessierten westlichen Firmen verstärken können. Das zeigen nicht nur die diesjährigen Rekordzahlen über Aussteller und Besucher aus dem Westen sowie über die Messeabschlüsse, bei denen man die Vorliebe aller Diktaturen für „gigantische" Erfolge — die notfalls künstlich aufgebessert werden — berücksichtigen sollte. Diesen Eindruck vermitteln auch verschiedene Gespräche und Beobachtungen während der Messe. Auffallend war die stärkere Beteiligung von Großfirmen aus dem Bundesgebiet und dem westlichen Ausland. Angesichts dieser Entwicklung stellt sich bereits die Frage, ob zum Beispiel die führenden Elektrokonzerne des Bundesgebiets mit ihren Informationsständen noch wirksam genug vertreten sind.

Der Vorschlag des sowjetzonalen Handelsministers Rau, die Stahllieferungen im Interzonenhandel bis 1965 zu verdoppeln, kommt also dem Interesse der westdeutschen Werke entgegen. Man sollte sich davor hüten, diesen Vorschlag lediglich dahingehend auszulegen, daß Ostberlin ohne zusätzliche Stahllieferungen Westdeutschlands seinen Siebenjahrplan nicht durchführen könnte. Das Auftreten anderer europäischer Stahlfirmen in Leipzig deutet bereits auf weitere Bezugsmöglichkeiten hin. Daher wäre es auch falsch, die von Rau jetzt bekanntgegebene Einleitung von Verhandlungen über den Abschluß langjähriger Lieferverträge mit anderen Ländern nur als Propagandatrick zu bewerten. Das Interesse der Sowjetzone, auf Grund langfristiger Verträge rechtzeitig und mit großer Sicherheit die Stahlimporte einplanen zu können, ist groß. Da die Stahlwerke ihrerseits langfristige Dispositionen aus produktionstechnischen Gründen bevorzugen, hat Ostberlin gute Aussichten, sein Ziel zu erreichen — wenn nicht im Bundesgebiet, dann vielleicht in England.

Deutsche Zeitung vom 12. März 1960

Umsatzrekord bei Leipziger Messe

Die Leipziger Messe ist nach Angaben des stellvertretenden Außenhandelsministers Enkelmann (SED) gestern mit einem Rekordumsatz von rd. 4,2 Mrd. DM-Ost zu Ende gegangen. Davon entfielen auf Umsätze mit „sozialistischen Staaten" rd. 2,9 Mrd. und auf „kapitalistische Staaten" 1,3 Mrd.

Düsseldorfer Nachrichten vom 8. März 1960

Gesamtdeutsche Wirtschafts-Kommission geplant?

Maßgebende Vertreter der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie hatten auf der Leipziger Messe eine eingehende Aussprache mit dem DDR-Handelsminister Heinrich Rau über eine größere Stahllieferung der Ruhr in die DDR. Bei dieser Besprechung ist, wie in Düsseldorf jetzt bestätigt wird, die Bildung einer Expertenkommission angeregt worden. Beide Seiten, so wird von der Stahlindustrie erklärt, sollten möglichst unter Beteiligung der behördlichen Interzonenhandelsstellen der Bundesrepublik und der Sowjetzone in diesem Gremium vertreten sein.

In den Kreisen der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie wird dazu betont, daß man auch einmal die Initiative ergreifen müsse, um die ständigen Schwierigkeiten im Interzonenhandel zu beheben. Die westlichen Konkurrenten der Bundesrepublik bemühten sich sehr, mit Mitteldeutschland ins Geschäft zu kommen, das früher ein sehr wichtiges Absatzgebiet der Ruhrindustrie war. Andererseits müßten auch den Waren von drüben mehr Absatzmöglichkeiten in der Bundesrepublik eröffnet werden und Einschränkungen wegfallen, die nur dem Schutz der hier inzwischen entstandenen Parallelindustrie dienen sollen.

Frankfurter Rundschau vom 8. März 1960

Rau: Koexistenz in der Wirtschaft

Auf einer von 800 Journalisten besuchten internationalen Pressekonferenz, die die Zonenregierung am Dienstag im Leipziger Rathaus veranstaltete, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Außenhandel und innerdeutschen Handel, Heinrich Rau, daß es möglich sei, eine Wiedervereinigung durchzuführen und dennoch die beiden Wirtschaftssysteme nebeneinander bestehen zu lassen.

Pankow habe keine Pläne, etwa die Konzerne oder das Privateigentum der Westdeutschen zu zerschlagen. Man habe aber konkrete Vorstellungen von einer auf Kompromißbereitschaft aufgebauten Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet.

Wie Rau auf die Frage unseres Redaktionsmitgliedes mitteilte, wird die bis zum Jahre 1965 vorgesehene Erhöhung des Außenhandels um 88 Prozent auch dem Handel mit dem westlichen Ausland zugute kommen. Die Sowjetzone wird auch nach den jährlichen Steigerungen des Außenhandelsvolumens um acht bis neun Prozent mit dem Westen 25 Prozent des gesamten Außenhandels abwickeln. 75 Prozent soll auch künftig der Anteil des Außenhandels mit den Ostblockstaaten betragen. Rau gab bekannt, daß seine Regierung bis zum Jahre 1965 alle aufgenommenen Kredite, wie beispielsweise die von der Sowjetunion, zurückzahlen wird. Es sei nicht geplant, anderen Staaten Kredite zu geben, obwohl Exporte langfristig kreditiert werden sollen.

Hannoversche Presse vom 2. März 1960

„Die Händler sind die einzig Vernünftigen"

Auf einem Rundgang durch die Leipziger Messe besuchte SED-Sekretär Walter Ulbricht am Sonntag auch die Ausstellungsstände der westdeutschen Firmen Siemens, AEG, Mannesmann und Krupp AG. Ulbricht, braungebrannt vom Winterurlaub, erhob dabei im Krupp-Stand sein Glas „auf gute Zusammenarbeit" und fragte, wie es denn mit der Beteiligung Krupps am Bau von U-Booten stehe. Kruppdirektor Prof. Hundhausen wehrte ab: „Nein, nichts mit U-Booten!" Darauf Walter Ulbricht: „Das ist auch besser so. Lassen Sie die Finger davon. Wer auf Rüstung geht, wird untergehen. Produzieren Sie für den Frieden. Produzieren Sie chemische Anlagen, um zum Beispiel die Kleidung der Frauen zu verschönern. Sie werden die Sympathien aller Frauen gewinnen."

Im Stand des Stahlkonzerns Mannesmann erklärte Ulbricht dann den anwesenden Direktoren nach einem Bericht des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland": „Die Wirtschaftler müssen den Weg bereiten. Anders wird die Sache nicht gehen." Direktor Dr. Manning antwortete ihm: „Wir sagen unter uns immer, die Händler sind die einzig Vernünftigen." Ulbricht wiederum: „Den Eindruck habe ich auch. Die Leipziger Messe trägt dazu bei, die Gipfelkonferenz gut vorzubereiten." Direktor Manning daraufhin wieder zu Ulbricht: „Als wir hierher kamen, lasen wir auf einem Schild die Worte: ‚Laßt Waren die Grenzen überschreiten, nicht Armeen.' Damit sind wir voll und ganz einverstanden. Man darf ja auch nicht immer annehmen, daß das ganze Volk das denkt, was ihm gewisse Kreise der Regierung sagen. Da gibt es in Westdeutschland einige Differenzen."

Frankfurter Rundschau vom 9. März 1960

Verwerfliches Auftreten

Der Bundeskanzler und der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Berg, haben am 11. März 1960 das Auftreten westdeutscher Industrieller auf der Leipziger Messe besprochen. Beide waren sich darin einig, daß das Auftreten einiger weniger, allerdings Vertreter führender Firmen, für die Interessen der Bundesrepublik und des deutschen Volkes sehr abträglich und verwerflich gewesen ist. Verschärfend kommt hinzu, daß etwas Derartiges während der Vorbereitung der Gipfelkonferenz, auf der die Frage Berlin zur Debatte steht, vor sich geht, d. h. also in einer Zeit, in der in sorgfältiger Weise auf das geachtet wird, was in Deutschland geschieht.

Präsident Berg, der sehr scharf das Vorgehen verurteilte, erklärte, daß er mit den in Frage kommenden Kreisen diese Frage in den ersten Tagen dieser Woche im Interesse der deutschen Sache klären werde.

Bulletin der Bundesregierung vom 15. März 1960

Stimmen zum Herter-Plan

Der Kurier, Berlin, vom 25. Februar 1960: Der gestern bekanntgewordene westliche Plan für die Gipfelkonferenz, unter Kontrolle in beiden Teilen Deutschlands eine Volksabstimmung über den sowjetischen Plan eines Friedensvertrages mit zwei deutschen Staaten und einer Freien Stadt Westberlin durchzuführen, ist durch gezielte oder fahrlässige Plaudereien in Washington wahrscheinlich erledigt. Diese Befürchtung wird in Bonner Regierungskreisen geäußert. Man spricht in diesem Zusammenhang bereits von einem totgeborenen Kind. Es habe sich gezeigt, „daß Washington nicht der richtige Platz für wichtige Geheimverhandlungen ist".

Frankfurter Allgemeine vom 3. März 1960: Ungefährlich ist das Spiel mit dem Plebiszit aber nicht... Wie wäre es z. B. mit dieser Frage: „Sind Sie der Meinung, daß die Wiedervereinigung das oberste politische Ziel für das deutsche Volk sein muß, ja oder nein?" Und wenn das auch westlichen Verhandlungspartnern nicht gefällt, nun, dann suchen wir eben einen anderen Verhandlungstisch... Solche Überlegungen müssen zu größter Vorsicht gegenüber dem Spiel mit Volksentscheidungen mahnen.

Freie Presse, Bielefeld, vom 25. Februar 1960: Der neue Herter-Plan kann die Deutschland-Diskussion nur auf dem toten Punkt festnageln.

Die Welt vom 27. Februar 1960: Nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung räumte der sozialdemokratische Pressedienst dem Herter-Plan für eine Volksabstimmung über Gesamtdeutschland ein.

Allgemeine Zeitung, Mainz, vom 26. Februar 1960: Der Herter-Plan müßte jegliche Diskussion über die Wiedervereinigung von vornherein blockieren, was sicherlich nicht im deutschen Interesse liegen würde.

Sudetendeutsche Zeitung, München, vom 5. März 1960: Die ausgezeichnete Idee des US-Außenministers Herter, Chrustschow auf der Gipfelkonferenz mit dem Selbstbestimmungsrecht zu konfrontieren, hat in der Bundesrepublik ein Echo gefunden, das geradezu deprimierend wirkt.

Westdeutsches Tageblatt, Dortmund, vom 25. Februar 1960: Zunächst einmal bekam die bisherige These der Bundesregierung einen Stoß, die vier Mächte könnten aus ihrer Verantwortung für die deutsche Einheit nicht entlassen werden...

Südwest-Merkur, Stuttgart, vom 4. März 1960: Die Anregung des amerikanischen Außenministers, den Sowjets in Paris eine Volksabstimmung in ganz Deutschland als ersten Schritt zur Einheit vorzuschlagen, mag sicher gut gemeint sein. An politischem Good-Will hat es den Amerikanern, auch gerade gegenüber dem deutschen Volke, ohnehin selten gefehlt. Wenn Herter heute zu derartigen Vorschlägen in der Deutschlandfrage Zuflucht sucht, so liegt das sicherlich nicht an dem „bösen Willen" der amerikanischen Regierung, sondern eher an der Tatsache, daß Bonns Bundesgenossen nur einen äußerst eng begrenzten Spielraum für neue Anregungen zur Lösung dieses Problems haben.

Aachener Volkszeitung vom 26. Februar 1960: Welchem nützlichen Zweck sollte mit der Veröffentlichung im jetzigen Zeitpunkt gedient werden können?

Süddeutsche Zeitung vom 26. Februar 1960: Seit über einem Jahrzehnt kreist nun die Deutschland-Frage in einer hoffnungslosen Weise um den Begriff der freien Wahl oder Volksabstimmung — hoffnungslos, weil es selbst in Zeiten besserer politischer Konjunktur nie gelang, diese Forderung mit einem realistischen regionalen Entspannungsvorschlag zu kombinieren.

Welt vom 1. März 1960: Der sowjetische Ministerpräsident Chrustschow hat sich am Montag gegen den Plan des amerikanischen Außenministers Herter gewandt, eine Volksabstimmung unter internationaler Kontrolle abzuhalten. Chrustschow erklärte auf einer Pressekonferenz in der indonesischen Hauptstadt Djakarta, die Mitwirkung irgend eines Landes an einer solchen Abstimmung wäre eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des betreffenden Staates. Es sei Sache der beiden deutschen Regierungen, über eine Volksabstimmung eine Übereinkunft zu erzielen. Wieder kündigte der sowjetische Regierungschef den Abschluß eines separaten Friedensvertrages mit der Sowjetzone an, falls auf der Gipfelkonferenz keine Einigung über Deutschland erzielt wird. Er sagte dazu: „In diesem Falle werden alle Konsequenzen des zweiten Weltkrieges für die Deutsche Demokratische Republik erlöschen, einschließlich der Frage Westberlins, das auf dem Territorium der DDR liegt."

Frankfurter Rundschau vom 2. März 1960: Die Bundesregierung wird nicht mit der Regierung in Ost-Berlin über eine gesamtdeutsche Volksabstimmung verhandeln. Mit diesem Hinweis auf einen Grundsatz der Bonner Politik nahmen Bonner Regierungskreise am Dienstag zu der Erklärung des sowjetischen Ministerpräsidenten Chrustschow Stellung, eine gesamtdeutsche Volksabstimmung sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit, über die sich die Deutschen selber einigen müßten.

Nach Oberländer jetzt Seebohm?

„Der nächste ist jetzt Seebohm. Das Material gegen ihn liegt bereits druckfertig vor." (Dr. Friedrich Kaul, sowjetzonaler Staranwalt.)

Der Spiegel vom 16. März 1960

Das von der Presse als überraschend kommentierte Rücktrittsangebot des Bundesverkehrsministers Seebohm (DP) hat mit der Frage der zulässigen Länge von Lastzügen praktisch nichts zu tun. In Wirklichkeit ist Seebohm wegen der Entwicklung des Falls Oberländer beunruhigt. Die CDU-Führung scheint sich nun schlüssig geworden zu sein, Oberländer fallen zu lassen. Die gegenwärtige Diskussion dreht sich nur noch um den Zeitpunkt und um die Begründung. Seebohm, der von Dr. Adenauer ebenfalls gedeckt wird, fürchtet nicht zu Unrecht, daß er in Kürze unter ähnlichen Umständen zum Rücktritt veranlaßt werden könnte wie sein Kollege Oberländer. Das Prager Institut für internationale Politik und Ökonomie, das dieser Tage Informationen über die frühere Tätigkeit Seebohms veröffentlicht hat, kündigte weiteres Belastungsmaterial an. Im Unterschied zu Oberländer wünscht Seebohm den Vorwand für seinen Rücktritt selbst zu bestimmen. Das Kabinett Adenauer kann ihm diesen Gefallen jedoch nicht tun, weil die eigentlichen Ursachen seines Rücktritts nicht lange zu verbergen wären und dann das Kabinett als ganzes genötigt wäre, den Offenbarungseid leisten zu müssen.

bdd-Informationen vom 17. März 1960

Was hat Minister Seebohm am 4. März in Hamburg gesagt, am gleichen Tage, da vor 41 Jahren 54 demonstrierende Sudetendeutsche von tschechischem Militär erschossen wurden? „Der 4. März 1919", so sagte Seebohm (laut Presseberichten) „war der Beginn einer Kette von Ereignissen, die zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges geführt haben..." Das Reden vor schwarzweißroten Fahnen, die ihn, den aktiven Bundesminister, nicht gestört, sondern erfreut haben, hat er inzwischen aufgeben müssen. Immerhin ist noch nicht vergessen, daß ihm bei einer offiziellen Feier in Anwesenheit des Bundespräsidenten und skandinavischer Diplomaten vor einigen Jahren kein besserer Trinkspruch einfiel als das von Hitler gern gebrauchte Wort: „Es lebe das ewige Deutschland!"

Mit Leidenschaft und Beharrlichkeit vertritt Seebohm — vor allem auf Veranstaltungen der sudetendeutschen Landsmannschaft — eine höchst eigentümliche Auffassung über die Ursachen, die zum zweiten Weltkrieg geführt haben. Der gewaltsame Tod von 54 Sudetendeutschen am 4. März 1919 „der Beginn einer Kette von Ereignissen, die zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges geführt haben": so also Seebohm in Hamburg. Ein Jahr vorher hatte er bei einer Erinnerungsfeier gleicher Art in Tübingen (nach dem Bericht des „Schwäbischen Tagblatts") jene 54 Sudetendeutschen als „die ersten Toten des zweiten Weltkrieges" bezeichnet... Denn es sei nicht zu verwundern, „daß die damals Unterdrückten eines Tages auch Gewalt anwandten".

Die Zeit vom 18. März 1960

Scharfer Angriff auf Globke

Der UNO-Korrespondent der schweizerischen „Neuen Zürcher Zeitung", Max Beer, erklärte am Sonntagabend, solange Hitlers frühere Untergebene Mitglieder der Bundesregierung, hohe Beamte, Richter und Lehrer seien, werde Hitler „lebendig" bleiben... Der schweizerische Journalist konzentrierte seinen Angriff auf Staatssekretär Globke als den Verfasser eines Kommentars zu den „Nürnberger Gesetzen", die den Weg zur Juden-Vernichtung öffneten. Das lange Vorwort, das Globke zu diesem Kommentar schrieb, gehört nach Ansicht Beers zu den „widerlichsten Veröffentlichungen des Dritten Reiches". Es stelle einen der gemeinsten Angriffe auf das jüdische Volk dar.

Der Mittag vom 1. März 1960

Globke

Niemandem wird man es verdenken können, wenn er Mitteilungen über eine bevorstehende Dokumenten-Veröffentlichung skeptisch aufnimmt, die eine volle Rehabilitierung des Staatssekretärs im Bundeskanzleramt, Dr. Hans Globke, bringen soll. Angekündigt wird sie vom „amerikanischen Rat für Deutschland", einer weithin unbekannten Vereinigung. Die wichtigsten Gesichtspunkte dieser Apologie finden sich in einer Leserzuschrift an die „New York Times".

Sie reichen von der Behauptung, er sei niemals Mitglied der NSDAP gewesen, bis zu der andern, man habe ihn seinerzeit als Widerstandskämpfer, vor allem im Auftrage der katholischen Kirche, für einen hohen Posten in einer Nach-Hitlerregierung ausersehen. Das ist denn ja auch so gekommen. Sein berühmt-berüchtigter Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen wird als der ehrliche Versuch bezeichnet, diesen Gesetzen soviel wie möglich von ihrer Bösartigkeit zu nehmen. Namhafte deutsche Persönlichkeiten wie Kardinal Preysing und Jakob Kaiser werden als Kronzeugen angeführt.

Die Dokumente, die man ankündigt, hätten längst vorgelegt werden sollen, wenn sie so überzeugend sind, denn Zweifel an der Sauberkeit der politischen Vergangenheit des Herrn Globke sind wirklich zahlreich und handfest genug geäußert worden. Es ist ein schlecht gewählter und verdächtiger Zeitpunkt, jetzt, im Augenblick der schweren Angriffe gegen die Durchsetzung der Bundesregierung und der hohen Bürokratie mit ehemals führenden Nationalsozialisten, damit herauszukommen. Das sieht auffällig nach Ablenkungsmanöver und Alibisuche aus.

Gewiß sind schon früher private Äußerungen Unverdächtiger zugunsten des Verhaltens Globkes in jener Zeit laut geworden. Wahrscheinlich hat er wirklich zu denen gehört, die auf zwei Schultern trugen. Aus Hilfsbereitschaft — aus Vorsicht, wer will das so ohne weiteres sagen?

Erinnerlich ist, daß, als Globke vor drei Jahren den Kanzler nach den USA begleiten wollte, von drüben deutlich abgewinkt wurde. Weshalb tat man das, wenn gegen ihn so gar nichts einzuwenden war, im Gegenteil, viel für ihn zu sprechen schien?

Man wird also die Dokumente selbst und wahrscheinlich auch manche anderen Äußerungen von berufener Seite abwarten müssen, ehe man sich ein abschließendes Urteil bilden kann.

Hannoversche Presse vom 1. März 1960

Mißtrauen gegen Bonn — kaum verwunderlich!

Die Reaktion der Adenauer-Regierung auf die antisemitischen Aktionen hat in der Welt ein recht zwiespältiges Echo hervorgerufen. Es war gar zu einfach, als Urheber der antisemitischen Aktionen Moskau zu bezeichnen, und es war allzu billig, durch das Verbot einer rechtsradikalen Splitterpartei zu versuchen, die Weste wieder weiß zu machen. Demgegenüber ist Bonn damit belastet, daß als höchster Beamter und rechte Hand Adenauers immer noch jener Herr Dr. Globke atmet, der im Dritten Reich die juristischen Kommentare für die Judengesetze verfaßte. Er ist jener Mann, der den Naziverbrechen die Rechtsgrundlage lieferte. Immer noch atmet auch Herr Oberländer in der Adenauer-Regierung als Minister. Ein alter Nazi, der zahlreiche Schriften für den deutschen Eroberungskrieg im Osten verfaßte und der als Offizier mit der ersten deutschen Einheit in Lemberg „wirkte" — zu einer Zeit, als man dort die Juden „liquidierte". Seit einiger Zeit reicht in Westdeutschland ein Student Strafklagen gegen hohe Gerichtsbeamte ein, die in den Sondergerichten Hitlers tätig waren. Er wirft diesen Leuten vor, sie hätten unzählige Gefangene zum Tode verurteilt und dem Henker überliefert, ohne ein ordentliches Verfahren durchzuführen. In Bonn redet man sich damit heraus, dieser Student beziehe sein Material aus der Ostzone. Unbestritten aber ist, daß zahlreiche Gerichtsbeamte im heutigen Deutschland als Vorsitzende von Hitlers Sondergerichten tätig waren und Tausende von Menschen praktisch ermordeten. Diese Nazi-Blutrichter haben in der deutschen Bundesrepublik noch Karriere gemacht. Und da wundert man sich in Bonn, daß im westlichen Lager Mißtrauen besteht?

Luzerner Neueste Nachrichten vom 12. März 1960

740 000 DM für Wehrwerbung

Wie aus sozialdemokratischer Quelle bekannt wurde, hat ein Beamter des Bundespresseamtes vor dem Verteidigungsausschuß erklärt, daß die „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" allein aus dem Wehrpropagandafonds des Presseamtes einen Betrag von 740 000 DM erhalten hat. Die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, die die Bundesregierung publizistisch unterstützt, ist bereits seit Jahren ein politisches Streitobjekt. Es ist in Bonn kein Geheimnis, daß ihre Tätigkeit auch von der Führung der Regierungsparteien als ziemlich unwirksam mit Mißvergnügen beobachtet wird.

Deutsche Zeitung vom 26. Februar 1960

Frank Allaun, MP: Keine Atomwaffen für Westdeutschland

„Der größte Wahnsinn besteht darin, die ehemaligen Nazigenerale mit Atomwaffen auszustatten. Westdeutschland wird jetzt mit kompletten Raketenbasen ausgestattet, die Fernlenkwaffen wie die ‚Mace' einschließen. Die ‚Mace' kann eine A-Bombe weit über 1200 km ostwärts nach Rußland befördern — oder westwärts nach Großbritannien. Die deutschen Streitkräfte werden im Gebrauch dieser Waffen ausgebildet. Ich weiß nicht, ob das die Russen erschreckt. Aber, mein Gott, es erschreckt mich. Das deutsche Volk will ebenso den Frieden wie wir. Nach seinen furchtbaren Erfahrungen im letzten Krieg waren ihm Militarismus und Hitlerismus schrecklich geworden."

Rüstungs-Aufträge für Athen

Bundesverteidigungsminister S t r a u ß erklärte in einem Interview mit den griechischen Zeitungen Athens Daily Post und Makedonia, die Bundeswehr werde in Zukunft mehr Aufträge für Ausrüstung an die griechische Industrie vergeben als bisher. Auf die Frage, ob die Bundesregierung an der Ausbildung deutscher Streitkräfte auf griechischem Boden interessiert sei, antwortete der Minister, die Bundeswehr könne den von der Nato geforderten Ausbildungsstand nur erreichen, wenn ihr entsprechende Übungsplätze zur Verfügung ständen; diese seien auf deutschem Boden nur teilweise zu beschaffen. Zwischen der Bundesrepublik und Griechenland sei ein freundschaftlicher Besuchsaustausch von Flotten- und Flugzeugeinheiten zu erwarten.

Deutsche Zeitung vom 9. März 1960

Strauß vergibt Milliarden für Flugzeugbau

Die seit langem geplante gemeinschaftliche Produktion des amerikanischen Düsenjagdbombers „Starfighter" in der Bundesrepublik, den Niederlanden und Belgien steht bevor... Das Abkommen, das auf Initiative von Bundesverteidigungsminister S t r a u ß zustande kam, erstreckt sich auf die Produktion und den Kauf von Ersatzteilen und Bodengeräten... Die Bundesrepublik wird einen Teil ihres Produktionsprogramms, das einen Milliardenwert umfaßt, in Belgien und in den Niederlanden ausführen lassen. Wie verlautet, sollen allein für die belgische Industrie deutsche Flugzeugaufträge im Wert von rund 1,5 Milliarden Mark vergeben werden. Außer den 96 „Starfightern", die die Bundesrepublik direkt aus den USA bezieht, sieht das Nachbauprogramm 570 Maschinen dieses Typs vor...

Westfälische Rundschau vom 7. März 1960

Westen kann Rüstung kaum noch bezahlen

Der Westen habe sich mit der Atombewaffnung in eine Rüstung eingelassen, die von den Völkern des Westens nicht mehr bezahlt werden könne, stellte der französische Militärexperte Oberstleutnant M i s c h k e vor Offizieren der Bundeswehr fest ...

Westfälische Rundschau vom 10. März 1960

Das Fazit der Widersprüche

...Bundesverteidigungsminister Strauß sagte, seine Streitkräfte brauchten feste Plätze außerhalb des westdeutschen Territoriums; andernfalls müsse das atlantische Oberkommando seine Anforderungen an die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr reduzieren. Denn einen Einbeinigen könne man nicht auf einen Marathonlauf schicken.

Das heißt man offen geredet. Die Übereinstimmung zwischen Herrn Strauß, Herrn Schlamm und Herrn Norstad reicht offenbar doch weiter, als jeder von den dreien bisher zuzugeben für nützlich hielt. Mit welcher Entrüstung hat Bonn noch vor einigen Wochen die Anschuldigungen aus Ostberlin zurückgewiesen, in der Bundesrepublik werde ein Blitzkrieg gegen die DDR vorbereitet. Nun: Herr Strauß nennt es einen Marathonlauf ... Auch die Begründung, Westdeutschland sei als Übungsplatz zu klein, wird sofort zweifelhaft: man braucht nur einen Blick auf die Karte von Westeuropa zu werfen. Was sollen andere Nato-Verbündete sagen? Nicht der Platz ist zu klein: die Pläne des Herrn Strauß sind zu groß! Es mag im übrigen sein, daß im Falle eines sowjetischen Angriffs auf Westeuropa, selbst wenn er ohne Atomwaffen geführt würde, die westliche Verteidigung frühestens in Mittelfrankreich zum Stehen käme: Diese Ausnahme, mit der das Bundesverteidigungsministerium seine spanischen Absichten begründet, widerlegt aber doch zugleich alles, womit die westdeutsche Rüstung zum Zweck der Verteidigung populär gemacht werden sollte. ... Die selbstherrliche Auslassung von Herrn Strauß: ob er in Sachen Spanien richtig oder falsch gehandelt habe, das werde die Geschichte zeigen. — So sprechen Männer, die glauben, Geschichte zu machen. Wir kennen das. Sie berufen sich auf ihr Urteil, bis es gegen sie fällt. Dann allerdings „hat die Geschichte ihren Sinn verloren". Zum letztenmal widerfuhr uns das vor fünfzehn Jahren. Wenn wir in der Zwischenzeit gelernt hätten, daß wir es sind, die die Geschichte machen (auch noch, indem wir untätig bleiben und sie von anderen machen lassen), dann könnte Herr Strauß nicht jene abstrakte Instanz anrufen, sondern wüßte, vor wem er sich zu verantworten hat: vor uns ...

Deutsche Woche Nr. 10

Das große Weltproblem ...

Franco hatte Hitler um seine Hilfe gegen die spanische Regierung ersucht, die damals an der Macht war. Göring benutzte diese Gelegenheit, um seine neue Luftwaffe zu erproben ... Das war ein ideales Ausbildungsterrain ... Und nun sind wird wieder da angelangt: Die neue Luftwaffe (die Adenauers, nicht die Görings), braucht genügend Raum für ihre Flüge, denn im Jahre 1962 werden etwa 1000 Jagdbomber des modernsten Typs das Eiserne Kreuz auf ihren Flügeln tragen, und sie werden in der Lage sein, Nuklearbomben zu transportieren ... Wer kann daran zweifeln, daß in fünf Jahren das große Weltproblem nicht mehr de Gaulle oder Chrustschow ..., sondern Deutschland, Deutschland über alles heißen wird?

Daily Mirror vom 26. Februar 1960

Warum wir nicht abrüsten können

Wenn man, wie es Chrustschow vor den Vereinten Nationen vorschlug, die Waffen ganz abschafft, wird niemand 20 000 völlig unbewaffnete, aber wohlorganisierte Blauhemden von der sowjetzonalen FDJ daran hindern können, auf Befehl Moskaus oder Pankows über die Zonengrenze zu marschieren und Lüneburg zu „befreien". Mit diesem Beispiel erläuterte der frühere Gewerkschaftsfunktionär Gerhard Haas aus Berlin vom Büro „Bonner Berichte" bei der Gesamtdeutschen Arbeitswoche die Meinung, daß der Weltkommunismus die Auseinandersetzung mit dem Westen auch dann sucht, wenn nicht geschossen wird.

Landeszeitung Lüneburg vom 7. März 1960

F. J. Strauß: Opfer bringen ...

„Die Lösung all' dieser Aufgaben fordert von uns zweifellos große Opfer. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir nicht jede Mark, die wir verdienen, auch verbrauchen dürfen, sondern manches vom Ertrag unserer Arbeit abzweigen müssen, wenn wir in Zukunft bestehen wollen. Wir müssen bereit sein, diesen Beitrag zu leisten, damit in den kommenden Jahren die Staatsmänner des Westens am Verhandlungstisch nicht unter den Druck militärischer und politischer Drohungen geraten können. Unsere Bereitschaft, diese Lasten auf uns zu nehmen, wird der Schlüssel sein, ob unsere berechtigten politischen und nationalen Ziele vertreten werden können, oder ob wir andernfalls, vom Tisch der Entscheidungen weggeschoben, zum willenlosen Objekt gestempelt, in die Mühlsteine der Geschichte geraten."

Der Schlesier vom 2. März 1960

Wohin steuern wir?

In wenigen Jahren wird die Bundeswehr fast so stark wie die Streitkräfte Großbritanniens sein. Sie wird sich dann auf starke Luft- und Seestreitkräfte stützen. Jetzt spricht man sogar davon, der Bundesrepublik Atomwaffen zu geben. Bis 1965 könnte die Bundesrepublik stärker als jedes andere Nato-Land werden, ausgenommen die Vereinigten Staaten.

Mit Recht fragen sich viele Deutsche heute: „Wohin steuern wir?" Der 84jährige Bundeskanzler Dr. Adenauer jedoch sagt es ihnen leider nicht. Der „Alte" schmiedet stattdessen an der Verwirklichung seines Traumes weiter. Dieser Traum ist eine Bundesrepublik, die machtvoll genug ist, den westlichen Verbündeten zu zeigen, daß sich Adenauer sehr wohl entschließen könnte, selbst zu handeln, wenn der Westen keine feste Haltung in der Berlin-Frage und zur Wiedervereinigung der Bundesrepublik und der Sowjetzone zeigen sollte.

Daily Herald vom 16. März 1960

Atomraketen in der Bundesrepublik

Die Möglichkeit des Ost-Einsatzes von „Polaris"-Atom-Mittelstreckenraketen von westdeutschem Boden aus hat der US-Marine-Stabschef, Admiral Arleigh Burke, dem amerikanischen Kongreß angekündigt. Die „Polaris", die je Stück etwa anderthalb Millionen Dollar oder rund 6,3 Millionen DM kostet, wird durch Festtriebstoff bewegt ... Admiral Burke betonte noch, daß die Möglichkeit des Einsatzes der „Polaris" außer von Eisenbahnwagen auch von Spezialkraftwagen, von „unschuldig aussehenden" Frachtdampfern oder von Kreuzern aus gegeben sei ...

Westfälische Rundschau vom 2. März 1960

Schüler fuhren zu Heeres-Skimeisterschaften

Soll und darf die Schulverwaltung dulden, daß 14- bis 18jährige Schüler zu Ausflügen „abkommandiert" werden, die der Werbung für die Bundeswehr dienen? Diese Frage bewegt in Bayern zur Zeit die Gemüter von Politikern und Erziehern.

Den Anlaß gab das „Unternehmen Mittenwald". In zwei Sonderzügen waren einige hundert Gymnasiasten, Volks-, Berufs- und Mittelschüler aus München und Umgebung während der Unterrichtszeit zu den Heeres-Skimeisterschaften nach Mittenwald gefahren worden. Fahrt und Verpflegung bezahlte das Bundesverteidigungsministerium.

Bayerns Kultusminister, Prof. Dr. Maunz, hatte zwei Tage zu „schulfreien Wandertagen" erklärt. Während den meisten Schülern die Abwechslung willkommen war, erinnern sich viele Eltern mit Mißvergnügen daran, daß das Kultusministerium ähnlichen Wünschen, etwa den 23. Dezember schulfrei zu geben, stets energisch widersprach.

Kölner Stadtanzeiger vom 25. Februar 1960

1500 DM für Oberzahlmeisteruniform

Die Lastenausgleichsbehörden haben für die in den Kriegswirren verlorengegangene Uniform eines Oberzahlmeisters 1500 DM als Schadenersatz anerkannt, für die Uniform eines Oberleutnants und eines Oberstarztes gar mehr als 1600 DM.

Einigkeit, Organ der Gewerkschaft NGG, vom 15. März 1960

Radioaktivität stieg

Regen mit einer 28fachen Radioaktivität gegenüber der Norm fiel in Westjapan. Wie das japanische Wetteramt bekanntgab, haben die Messungen 1200 bis 2800 Meßeinheiten an Radioaktivität ergeben, während die Norm vor dem französischen Atomversuch in der Sahara ungefähr 100 Einheiten betragen habe.

Die Welt vom 3. März 1960

Kind ohne Gehirn

In Nagasaki ist ein Kind ohne Gehirn geboren worden. Die Eltern, ein 30jähriger Büroangestellter und seine 28 Jahre alte Frau, waren bei der Explosion der Atombombe in Nagasaki 1945 radioaktiven Strahlungen ausgesetzt gewesen.

Westfälische Rundschau vom 15. März 1960

„Sage mir, mit wem Du umgehst ..."

Jedes Kind weiß, daß Spanien kein demokratisch regierter Staat ist, daß dort Oppositionelle aller Schattierungen, einschließlich Linkskatholiken, nur ihrer Überzeugung wegen an den Galgen kommen oder ins Zuchthaus geworfen werden. Abgesehen davon ist es in der ganzen Welt noch in guter Erinnerung, daß einst Hitler durch die Entsendung der berüchtigten „Legion Condor" dem gleichen Diktator Franco zum Siege über die republikanischen Truppen verhalf, von dem Strauß heute Stützpunkte erbittet. Der Einsatz der „Legion Condor" in Spanien war für Hitler die Generalprobe zum zweiten Weltkrieg. All diese peinlichen Reminiszenzen sind nun wieder wach geworden — zum Schaden der Bundesrepublik und jener Ziele, welche die Regierung in Bonn als die ihren deklariert hat. Strauß hat offenbar vergessen, daß der Satz „Sage mir, mit wem du umgehst, und ich sage dir, wer du bist" auch in der Politik gilt.

Oberfränkische Volkszeitung vom 25. Februar 1960

Zur Personalpolitik Oberländers

Während nach dem neuesten Stand der Dinge wieder fraglich geworden ist, ob die Bonner Staatsanwaltschaft beantragen wird, die Immunität Oberländers aufzuheben, gerät in zunehmendem Maße die Personalpolitik des Ministers in das Licht der kritischen Beleuchtung. Die sich auf dieses Thema beziehenden Vorwürfe konzentrieren sich darauf, daß Oberländer Vertraute aus der Nazizeit in hohe Stellungen seines Ministeriums eingeschleust hat.

Das Organ des DGB, „Welt der Arbeit", stellte dieser Tage die folgende Liste auf:

Werner Ventzki, seit 1931 Mitglied der NSDAP, Personalamtsleiter der Kreisleitung Stettin, ab 8. Mai 1941 Oberbürgermeister von Lodz, mit dem Goldenen Parteiabzeichen ausgezeichnet, Reichsredner.

Ventzki leitet heute als Oberregierungsrat die Berliner Abteilung des Bundesministeriums für Vertriebene.

Eine bezeichnende Passage über diesen Mann findet sich übrigens in Gerald Reitlingers Buch „Die Endlösung". Es heißt: „Im gleichen Monat beschwerte sich Oberbürgermeister Ventzki, daß nur 80 von Hundert der Ausgaben für das Ghetto (von Lodz), das damals 140 000 Bewohner hatte, durch Arbeit abgezahlt würden. Wie war es um diese allgemeine Arbeitsverpflichtung bestellt? In Lodz starben 8 vH der Juden an Hunger in einem Jahr, und doch deckte die Arbeit nur 80 vH der Ghetto-Kosten."

Dr. Goldschmidt, stellvertretender Volksgruppenführer in Ungarn, leitete dort

die Gleichschaltung der Kulturorganisationen und Zeitungen. Heute ist Dr. Goldschmidt Leiter der Abteilung Auslandsvertriebene in Oberländers Ministerium.

Dr. Wolfrum, SS-Sturmführer, jetzt Leiter der Abteilung Wohnungsbau im Bundesvertriebenenministerium.

Dr. Schlicker, ehemaliger SA-Führer und während der NS-Zeit Redakteur der „Dresdner Neuesten Nachrichten", jetzt Pressereferent im Ministerium.

Dr. Krischker, Bürgermeister in der NS-Zeit, Mitglied der NSDAP, jetzt Personalreferent in Oberländers Ministerium.

Dr. Essen, im Dritten Reich im Reichsinnenministerium tätig und Mitarbeiter der NS-Ostpolitik, von Oberländer zum Leiter der Statistischen Abteilung seines Ministeriums ernannt.

Diese Liste erübrigt jeden Kommentar. Sie ist eine beredte Ergänzung des Falles Oberländer, der wie eine schleichende Krankheit am Ansehen der Bundesrepublik und an der Glaubwürdigkeit unserer demokratischen Ordnung zehrt.

Telegraf vom 5. März 1960

In Bagdad gibt es zwei Deutschland

„Wünschen Sie die ost- oder westdeutsche Botschaft?", fragt mich das Fräulein von der Vermittlung im Hotel in Bagdad. „Es gibt in Bagdad nur eine deutsche Botschaft", antwortete ich und bin neugierig, was sie jetzt sagen wird. „Aber es gibt doch zwei Deutschland", erwiderte sie etwas ratlos. Offenbar wird die Handelsvertretung der Zone, die in der Irakischen Republik um ein Mehrfaches stärker besetzt ist als die Botschaft der Bundesrepublik, hier einfach auch Botschaft genannt. Es wäre wohl auch etwas viel verlangt, wenn man vom Hotelpersonal und Taxifahrern eine genaue Kenntnis der Unterschiede zwischen diplomatischen und Handelsvertretungen erwarten würde. Für sie gibt es in Bagdad zwei Deutschland, und schon der erste Gang durch die Stadt Harun Al Raschids zeigt, daß hier beide anwesend sind.

Saarbrücker Allgemeine Zeitung vom 24. Februar 1960

„Vor dem Sieg verhandelt man nicht"

Nicht erst seit der Weimarer Republik ist die deutsche Geschichte reich an Beispielen für solche Staatsmänner, die politische Entwicklungen bewußt bis zum Äußersten trieben, um dann — im Höhepunkt der Krise — eine bemerkenswerte Entschlußunfähigkeit an den Tag zu legen. Der bekannte Göttinger Theologe Professor Wolfgang Trillhaas erinnerte dazu in Tutzing an jene Friedensangebote der späteren Sieger, die im ersten Weltkrieg von der deutschen Führung verworfen wurden. „Vor dem Sieg verhandelt man nicht", lautete die Durchhalteparole, mit der man diejenigen in Acht und Bann tat, die solche Angebote ernsthaft zu diskutieren wagten. Diese Geisteshaltung setzte sich fort in der erwähnten Diskriminierung der Weimarer Republik und mündete schließlich in die grausige „Endsieg"-Tragödie des Dritten Reiches. Das „Wollt ihr den totalen Krieg" eines Goebbels war die klassische Absage an jeden Versuch, um des Gemeinwohles willen nach einem Kompromiß in letzter Stunde zu suchen. „Wie zur Bestätigung dieser ganzen historischen Linie haben wir nach dem zweiten Weltkrieg noch keinen Friedensvertrag", erklärte Trillhaas. „Ebenso ungelöst ist die Ostfrage. Wehe dem, der an dieses Problem rührt. Er setzt sich den schlimmsten Verdächtigungen aus."

Stuttgarter Nachrichten vom 2. März 1960

Polnischer Katholik antwortet Adenauer

Der polnische Staatsrat Zawiejski, Mitglied der Fraktion der katholischen Znak im Parlament, Freund des Kardinals Wyszynski — so bemerkte die „Frankfurter Allgemeine" in einem Bericht —, griff Adenauers Bekenntnis zu einem Rettungsauftrag des deutschen Volkes auf, das er vor dem Papst in Rom abgelegt hatte. Dr. Adenauer sagte: „Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläufen eine besondere Aufgabe gegeben hat, Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns einwirken."

Der polnische katholische Abgeordnete antwortete dem deutschen katholischen Regierungsoberhaupt darauf: „Gegenüber unserer höchsten religiösen Autorität wurden Worte gesprochen, welche die Gefühle der Gläubigen in aller Welt erregen müssen. Wir haben erfahren, daß Gott dem deutschen Volke eine besondere Mission im Kampf zwischen Osten und Westen anvertraut habe. Zum ersten ist das ein eitler Gebrauch des Namens Gottes, zum zweiten ist es eine falsche Anmaßung im Namen eines Volkes. Gläubige wissen, daß Gott jedem Menschen und jedem Volke einen Auftrag gegeben hat, der im Gebot der Liebe besteht. Daraus ist eine konkrete, praktische Mission abzuleiten: Das Gute, das Anständige, Würdevolle und Gerechte. Das allein ist unsere Aufgabe, und zwar nicht nur für die eigene Nation, sondern gegenüber allen Menschen. Der Sinn des Wortes Mission im Munde von Kanzler Adenauer aber ist eindeutig: Die Bundesregierung stellt sich gegen die Politik der Entspannung und ist für eine Verschärfung der internationalen Lage."

Westdeutsches Tageblatt vom 27. Februar 1960

Übersiedler in die DDR

Man hat bisher den ostdeutschen Meldungen über einen steigenden Auswandererstrom aus der Bundesrepublik nach der DDR nicht sonderlich viel Glauben geschenkt. Nun hat sich der Bonner Korrespondent der „New York Harald Tribune", Gaston Coblentz, die Mühe gemacht, der Sache auf den Grund zu gehen. Er hat die DDR-Behörden um die Erlaubnis gefragt, eines der ostdeutschen Auffanglager an der Zonengrenze besichtigen zu dürfen. Und siehe da: sie bewilligten es ihm. Coblentz erhielt die Erlaubnis, das Auffanglager Blankenfelde bei Ostberlin zu besuchen, das etwa 300 Personen fassen kann. Durch dieses Zentrum allein sind in den ersten 60 Tagen dieses Jahres gegen 1000 Menschen gegangen, die aus der Bundesrepublik nach der DDR übersiedelten. Insgesamt sollen rund 7500 Bundesdeutsche dieses Jahr schon hinübergezogen sein (verglichen mit 20 000 DDR-Bewohnern, die sich in umgekehrter Richtung absetzten). Die Hälfte dieser Auswanderer sind Deutsche, die sich noch nie in der DDR aufhielten. Die andere Hälfte sind sogenannte „Rückwanderer": Menschen, die irgendeinmal in die Bundesrepublik flüchteten, dort die Verhältnisse nicht so fanden, wie sie sich das vorgestellt hatten, und dann wieder in die DDR zurückkehrten. Rund die Hälfte der Neuankömmlinge auf ostdeutschem Boden sind Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren.

Das Ergebnis der Coblentz'schen Nachforschungen ist hochinteressant. Es zeigt, daß die Gegenströmung von West nach Ost bereits kräftig in Gang gekommen ist. Darin spiegelt sich ein äußerst komplexer Sachverhalt: allmähliche Steigerung des Lebensniveaus in der DDR, mangelnde Hilfsbereitschaft in der Bundesrepublik, politische Gleichgültigkeit. Man wird dem Phänomen der deutschen Wanderströme in Zukunft große Aufmerksamkeit widmen müssen.

Die Tat, Zürich, vom 6. März 1960

Professoren nach Leipzig

Der Rektor der Heidelberger Universität, Professor Hahn, wird zusammen mit zehn Professoren aus verschiedenen Fachgebieten am 28. März auf Einladung des Rektors der Universität Leipzig, Professor Mayer, zu einem viertägigen Besuch nach Leipzig reisen. Es ist der erste offizielle Besuch des Rektors einer westdeutschen Universität in der Sowjetzone. Die Heidelberger Professoren sollen jeweils eine Vorlesung aus ihrem Fachgebiet vor der Leipziger Studentenschaft halten.

Deutsche Zeitung vom 16. März 1960

Reynaud glaubt nicht an Wiedervereinigung

Der ehemalige französische Ministerpräsident Paul Reynaud beantwortete am Donnerstag die Frage, ob er an eine Wiedervereinigung Deutschlands glaube, mit einem klaren „Nein".

In einem Interview mit der Zeitung „Combat" erinnerte Reynaud an sein Gespräch, das er vor einigen Wochen mit Chrustschow hatte. Chrustschow habe ihm wörtlich erklärt: „Ich werde niemals erlauben, daß man mir gegenüber von der Wiedervereinigung Deutschlands spricht. Diese Frage interessiert nur die beiden Teile Deutschlands."

Auf die Frage des Vertreters von „Combat", ob dies alles sei, was er (Reynaud) zu diesem Thema zu sagen habe, entgegnete der ehemalige französische Ministerpräsident: „Nein, denn Chrustschow hat noch hinzugefügt: „... und im übrigen macht euch dieser Zustand Vergnügen'".

Die Welt vom 25. Februar 1960

Achenbach: Verhandeln

Leidenschaftlich setzte sich Achenbach für den Plan der Freien Demokraten ein, Delegationen der Bundesrepublik und der Zone sollten Verhandlungen im Auftrage der vier Mächte über den Modus freier Wahlen in ganz Deutschland führen. „Das illegale SED-Regime erkennen wir auch nicht an, das hat damit nichts zu tun."

Müller-Hermann: „Die Opposition ist eben leichtfertig in der Beurteilung der Sowjets."

Achenbach protestierte: „Wir halten den Kreml für genauso gefährlich wie Sie. Nur überlegen wir, wie wir mit ihm sprechen können, wie wir ihm unseren Standpunkt klarmachen können. — Schließlich hat die Bundesregierung ja den Plan der FDP für Auftragsverhandlungen akzeptiert."

Müller-Hermann: „Da bin ich aber erstaunt."

Achenbach: „Na, da erkundigen Sie sich doch mal. Denken Sie an den Herter-Plan."

Großen Beifall erntete Achenbach für seine ironische Feststellung: „Sie wollen doch, wenn Sie meinen, die Sowjets müßten die Zonenregierung fallen lassen, als erste Bedingung aller Verhandlungen, daß sich die Russen selbst ohrfeigen. Das tun sie aber nicht."

Müller-Hermann schien nicht darauf eingehen zu wollen, was Achenbach immer wieder hervorhob: Die FDP wolle Auftragsverhandlungen, nicht das, was man disqualifizierend als „Gespräch mit Pankow" bezeichne. So mußte der CDU-Mann hinnehmen, daß die Zuhörer anhaltend zischten, als er seine These wiederholte: „Verhandlungen mit Pankow sind ein Schritt zur Kapitulation!"

Die Welt vom 23. Februar 1960

Anti-Atom-Demonstration

Über zweihundert Anhänger der „Internationale der Kriegsdienstgegner" haben am Samstag mit einem Schweigemarsch durch Bad Godesberg gegen die Atombombenversuche in aller Welt protestiert. ... Die Demonstranten trugen schwarze Fahnen, Fackeln und Spruchbänder in englischer, französischer, russischer und deutscher Sprache, auf denen zu lesen stand: „Hört auf Albert Schweitzer", „Du sollst nicht töten", „Blutkrebs", „Atomraketen — der Weg ins eigene Grab", „Rien ne va plus". Als eine Abordnung der Demonstranten, mit dem als „Atomarzt" bekannten Dr. Sigmund Schmidt aus Voerden an der Spitze, ein Protestschreiben bei dem französischen Botschafter Seydoux abgeben wollten, wurde sie trotz heftiger Proteste von den Pförtnern der Botschaft nicht vorgelassen.

Deutsche Zeitung vom 7. März 1960

65 000 Klassenzimmer fehlen

In der Bundesrepublik fehlen zum Beispiel 65 000 Klassenzimmer und 53 000 Lehrer. Das erklärte Professor Dr. Hans Wenke auf der dritten Arbeitstagung der Friedrich-Naumann-Stiftung in Schwäbisch-Hall. Zwei nüchterne, wenn auch erschreckend hohe Ziffern, die eines deutlich machen: den Bildungsnotstand. 65 000 Klassenzimmer, 53 000 Leh-

rer zu wenig, das heißt: Schichtunterricht, überfüllte Klassen, überforderte Lehrer, kein 9. und 10. Schuljahr. Das heißt aber auch: Unterricht in Kellerräumen, Waschküchen, Baracken, oft luft- und lichtlosen Löchern. All das bedeutet es „nur" für die Gegenwart. Auf die Zukunft übertragen, besagen die Zahlen: mangelhafte Schulbildung. Und dies bereits auf der Grundstufe, auf der dann Mittelstufen- und Hochschulbildung aufbauen sollen.

Fränkische Presse vom 23. Januar 1960

Bonn will Algerier an die Kette legen

Das Auswärtige Amt hat eine Intervention gegen das Asyl der FLN, der Bonner Vertretung der algerischen Exilregierung, in den Räumen der tunesischen Botschaft in Bad Godesberg bestätigt. Es versichert jedoch, man wolle die FLN damit keineswegs in der Bundesrepublik verbieten oder auflösen, sondern lediglich entpolitisieren. Die Organisation solle sich vielmehr gemäß den Verpflichtungen aus einem gewährten Asylrecht auf soziale und karitative Aufgaben beschränken. Jedenfalls könne die Bundesregierung eine politische Tätigkeit, die sich naturgemäß durchweg gegen eine mit der Bundesrepublik verbündeten Macht (Frankreich) richte, nicht weiter billigen. Ausdrücklich bestritt der Sprecher, daß Frankreich um diese Intervention gebeten habe. Tunesien hat bisher noch nicht auf diesen amtlichen Schritt der Bundesregierung reagiert. Parlamentarische Kreise sehen in der Intervention in erster Linie einen Versuch, bei den algerischen Flüchtlingen im Bundesgebiet eine politische „Enthaltsamkeit" zu erzwingen.

Kölner Stadtanzeiger vom 15. März 1960

Deutscher Rassismus

Warum nimmt die Bundesregierung nicht die gleiche Haltung gegen die Banden der französischen „Roten Hand" und deren Aktivität in der Bundesrepublik ein? Hier und in ganz Afrika bewundern wir Deutschland wegen seiner Vitalität und seiner schöpferischen Energie und wünschen, daß unsere Beziehungen mit diesem Lande freundschaftlich sind.

Aber jetzt, wo wir sehen, daß sich Deutschland in dieser Weise gegen uns wendet, müssen wir unsere Haltung und unsere Gefühle ändern, weil an diesem Fall erkennbar wird, daß Deutschland sich weiterhin zum Rassismus bekennt, von dem wir glaubten, er sei mit Hitler und den Nazis verschwunden.

As Sabah, unabhängige tunesische Zeitung, vom 15. März 1960

Die Mark noch 80 Pfennig wert

Bundesfinanzminister Etzel ist nach seinen gestrigen Äußerungen vor der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf auch künftig entschlossen, mit seiner Finanzpolitik „am Rande des Defizits" zu wandeln, wenngleich „über der Entwicklung der Bundesfinanzen dunkle Wolken hängen". Er wollte nicht das häßliche Wort „Inflation" gebrauchen, gab jedoch zu, daß die Kaufkraft der Deutschen Mark seit 1950 um rund ein Fünftel zurückgegangen ist. ... „Im Jahre 1961 wird für die Verteidigung wahrscheinlich eine weitere Milliarde Mark hinzukommen. Und was dann kommt, ist eine unbekannte Größe."

Der Mittag vom 11. März 1960

Bessere DDR-Beziehungen zu London?

Für bessere Beziehungen zwischen der Sowjetzone und Großbritannien sollen sich auch die konservativen britischen Unterhausabgeordneten G. B. Drayson und C. L. Clarke während ihres Besuches der Leipziger Messe eingesetzt haben. Präsident Dr. Johannes Dieckmann und andere Mitglieder der Volkskammer diskutierten ebenfalls mit französischen und britischen Parlamentariern, die sich in Leipzig aufhalten.

Westdeutsches Tageblatt vom 7. März 1960

Vorwand

Die Reise nach Tokio ist nur ein Vorwand, um in Washington vorzusprechen. Da eine offizielle Einladung nicht erfolgte und auch nicht zu erwarten war, wählte Bonn die Stipp-

visite, die es beiden Seiten ermöglicht, unerfreulichen Kommentaren aus dem Wege zu gehen.

Bremer Bürgerzeitung vom 5. März 1960

Die Versorgung nach dem 131er-Gesetz

Nach den Bestimmungen des 131er-Gesetzes werden zur Zeit in der Bundesrepublik 184 327 Personen versorgt. Für diese steht im Haushalt des Bundes für das Jahr 1960 der Betrag von 1 019 705 000 Mark bereit.

Das ergibt einen Durchschnittsbetrag von über 5500 Mark pro Person und Jahr.

Die Witwe eines im KZ ermordeten Widerstandskämpfers erhält in der Regel 2400 DM Rente im Jahr!

Den Löwenanteil aus der für die Versorgung der 131er zur Verfügung gestellten Summe beanspruchen die im Nazireich führenden und somit verantwortlichen Militärs und Staatsbeamten.

Es werden versorgt:

Insgesamt 1551 ehemalige Generale und Generalswitwen, darunter

75 Generalfeldmarschälle und Generalobersten sowie 63 Witwen,

120 Generalleutnante und 104 Witwen,

2711 Obersten bzw. deren Witwen.

Ferner erhalten Bezüge nach dem 131er-Gesetz:

67 ehemalige Ministerialdirigenten und Gesandte sowie 174 Witwen,

777 Ministerialräte und 742 Witwen.

Die höchste Pension für einen ehemaligen Staatssekretär beträgt 2700 DM monatlich.

1551 Generale der Nazi-Wehrmacht oder deren Witwen erhalten monatlich Pensionen von 2000 Mark und mehr ... Frau F r e i s l e r , Witwe des Präsidenten des Volksgerichtshofes, erhält eine monatliche Pension von 1000 DM.

Die Tat vom 27. Februar 1960

Bezahlung der Angehörigen der Bundeswehr

Es erhalten:

zwei Generale der Bundeswehr je 39 600 DM Grundgehalt,

neun Generalleutnante je 31 380 DM Grundgehalt,

37 Generalmajore je 28 000 DM,

92 Brigadegenerale je 24 000 DM,

625 Obersten mehr als 12 612 DM bis 20 820 DM,

1776 Oberstleutnante 10 998 DM bis 16 200 DM.

Die Tat vom 27. Februar 1960

CDU: Mit Blut und Eisen

Wie sehr die kriegshetzerischen Reden des Austro-Amerikaners S c h l a m m die Köpfe verwirren, bewies der CDU-Vertreter in einer Versammlung Jugendlicher in Roßbach, in der für die FDP die Bundestagsabgeordnete Frau F r i e s e - K o r n und für die SPD Bundestagsabgeordneter I w e n sprachen. CDU-Ortsvorsitzender S c h e n k erklärte den Jugendlichen: „Wir von der CDU sind der Auffassung: Berlin kann nur mit Blut und Eisen zurückgeholt werden."

Das freie Wort vom 20. Februar 1960

DDR anerkennen

Der Abgeordnete S h i n w e l l sagte, England sollte die Sowjetzone anerkennen: „Dr. A d e n a u e r würde wütend sein, die Amerikaner würden auch wütend sein, aber warum sollten wir nicht gelegentlich unseren eigenen Weg einschlagen? Außerdem sollten wir Westdeutschland sagen, daß es zu einer Verständigung mit Ostdeutschland kommen muß."

Deutsche Zeitung vom 17. Februar 1960

Strauß bringt eigene Illustrierte heraus

612 000 DM Steuergelder allein im Jahre 1960 darf Bundesverteidigungsminister Strauß für seine illustrierte Zeitschrift „Visier" ausgeben, die alle 14 Tage in einem Kölner Verlag erscheinen soll und von der das Strauß-Ministerium 30 000 Exemplare kostenlos an die Soldaten der Bundeswehr verteilen will. Die Mehrheit des Haushaltsausschusses des Bundestages bewilligte diese 612 000 DM gegen den heftigsten Widerstand der SPD-Vertreter.

Westfälische Rundschau vom 18. März 1960

Ein abgelehnter Vorschlag

Folgender Entwurf von D, Helmut Gollwitzer, Berlin, und D. Kreissig, Magdeburg, ist der letzten Generalsynode der Evangelischen Kirche Deutschlands, die in Berlin vom 21. bis 26. 2. 1960 tagte, ergebnislos vorgelegt worden. Die Synode konnte sich nicht dazu entschließen, einen auch nur ähnlich lautenden Text anzunehmen. Die Generalsynode von 1950, die unter der Leitung des inzwischen abgewählten Präses, des damaligen Innenministers Dr. D. Heinemann, in Berlin-Weissensee tagte, hatte mehr Mut und Einsicht in dieser Sache und fand ein gutes Wort zum Problem des Antisemitismus. Seither versucht die auf unseren Synoden tonangebende Mehrheit, kräftig in die alten Gleise einzulenken. Das ist nicht nur betrüblich, das ist gefährlich.

H. J. Iwand

Entwurf

In diesen Monaten enthüllt sich stärker als zuvor die kritische Lage unseres zerspaltenen Volkes. Wie der Zusammenbruch nicht vergangen ist, so sind auch seine Ursachen noch nicht vergessen. Die begangenen Greuel sind noch nicht wirklich bereut und noch nicht wirklich vergeben.

Darum müssen wir Christen uns heute schonungslos fragen: Welcher Einfluß ist in diesen 15 Jahren auf unser Volk von den christlichen Gemeinden in seiner Mitte ausgegangen? Haben sie mitgemacht bei der Beschönigung und Selbstrechtfertigung, bei der Aufrechnung fremder Schuld gegen die eigene und bei der Verschwörung des Schweigens, bei der Selbsttäuschung durch den Wohlstand und bei der Zerspaltung unseres Volkes durch den Kampf der Weltanschauungen? Oder sind sie vorangegangen in der Umkehr, im Eingeständnis der Schuld, in der Hilfe für die Opfer? Sind sie vorangegangen auf Wegen der Versöhnung und des Friedens?

Wie es hierin mit uns steht, wird untrüglich offenbar in unserem Verhältnis zu den Juden. Seit vielen Jahrhunderten wohnen die Juden unter uns. Die Christenheit aber hat ihnen den Messias Israels, unseren Herrn und Heiland Jesus Christus, nicht so bezeugt, daß die Juden daraus die große Einladung zur Gemeinschaft im Glauben an das Evangelium hätten entnehmen können. Vielmehr ist dem rassischen Antisemitismus, der auf unser Volk eine so schreckliche Blutschuld gelegt hat, Jahrhunderte lang ein christlicher Antisemitismus vorausgegangen, der sich an den Juden noch viel schrecklicher, nämlich wider den Glauben versündigt hat. Gott aber spricht zu Israel: „Wer euch antastet, tastet seinen

Augapfel an" (Sach. 1, 12). Das haben wir in den Gerichten, die über uns gekommen sind, erfahren.

Vor 10 Jahren hat die Synode der EKiD in Berlin-Weißensee in einem Wort an die Gemeinden an unsere Schuld und Verpflichtung gegenüber Israel erinnert. Wie wenig oder wieviel es ausgerichtet hat, wissen wir nicht. Damit wir aber nicht weiterhin miteinander schuldig werden, bitten und mahnen wir unsere Gemeinden und alle Christen:

Seid euch klar und macht es klar, daß Judenhaß Gotteshaß ist und Gottes Gericht herbeizieht!

Seid euch klar und macht es klar, daß Gottes Verheißung über dem von ihm erwählten Volke Israel durch die Kreuzigung Jesu nicht ausgelöscht, sondern in Kraft geblieben ist und daß darum Christen und Juden zusammen Gottes Volk auf Erden sind!

Betet für Israel, daß es in Jesus Christus die Erfüllung der ihm gegebenen Verheißungen erkenne und wir mit ihm im Lobpreis seines und unseres gekreuzigten und auferstandenen Herrn vereinigt werden! Arbeitet überall an den Hochschulen und in den Gemeindekreisen an besserer Erkenntnis des biblischen Zeugnisses vom Handeln Gottes an Israel und an der Kirche. Beratet in euren Presbyterien über die praktischen Folgerungen, zu denen uns diese Erkenntnis verpflichtet!

Stellt euch solidarisch zu den Juden, wenn sie ihres Judentums wegen beschimpft und bedrängt werden! Wer sie schlägt, der schlägt uns.

Laßt die unter uns lebenden Juden nicht allein, wenn sie sich jetzt schon wieder geängstigt fragen, ob sie bei uns gleichberechtigt und gleichgeachtet eine Heimat haben können, geht ihnen nach und nehmt sie auf in eure Gemeinschaften!

Fördert nicht den Unwillen gegen eine materielle Wiedergutmachung, zu der wir verpflichtet sind und ohne die das geschändete Recht nicht wiederhergestellt werden kann, sondern seid trotz etwaiger Unzulänglichkeiten der gesetzlichen Bestimmungen willig zu ihrer raschen Durchführung!

Betet um Frieden für den jungen Staat Israel, in dem die aus unserem Lande Vertriebenen eine Zuflucht gefunden haben!

Auch diejenigen sind uns anbefohlen, an deren Händen das Blut der Ermordeten klebt, die sich verstocken, die geängstet sind in ihrem Gewissen oder in der Furcht vor Aufdeckung ihrer Schuld. Geht ihnen nach! Helft ihnen, daß sie nach Vergebung fragen, in der für sie und für uns alle ein neues Leben bereitsteht.

Für uns alle gilt: Um die Gnade betrügt sich, wer dem Gerichte ausweicht und nicht mit sich selbst ins Gericht geht! Er verfehlt damit den echten Anfang für eine wirkliche Zukunft. Es ist noch nicht zu spät. Wir haben mit dem Gericht, unter das wir geraten sind, einen großen Auftrag der Neubesinnung erhalten. Gott helfe uns, daß wir ihn nicht weiterhin versäumen!

Sonderdruck der „Blätter für deutsche und internationale Politik"
Heft 3/1960

Harzburger Front 1960

von

KURT HIRSCH

„Die Mitverantwortung und Schuld des deutschen Bürgertums an allem, was die Katastrophen und insbesondere das Emporkommen des Nationalsozialismus vorbereitet hat, ist nicht gering."

Prof. Friedrich Meinecke (1)

Die Harzburger Front 1931

„Wir sind daher entschlossen, die Auseinandersetzung zwischen dem Bolschewismus und dem Antibolschewismus in Deutschland mit allen Mitteln bis zur letzten Konsequenz im Sinne der Erhaltung der deutschen, abendländischen und christlichen Kultur durchzuführen."

Aus dem „Großen Manifest" vom Harzburger Treffen 1931 (2)

„Wir sind fest entschlossen, daß die SPD niemals an die Macht kommt. Warum sind wir so fest entschlossen? . . .

Sondern, weil wir glauben, daß mit einem Sieg der Sozialdemokratischen Partei der Untergang Deutschlands verknüpft ist."

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer am 7. Juli 1957 in Nürnberg

Ehe wir uns mit den Harzburgern des Jahres 1960 auseinandersetzen, dürfte es nicht überflüssig sein, an die Harzburger des Jahres 1931 — die schon lange vorher existierten und wirkten — zu erinnern.

Nachdem ein vom „Stahlhelm" und ebenfalls von Hugenberg inspiriertes „Volksbegehren" im Februar 1931 gescheitert war und die „Nationale Opposition" manche nicht übersehbare Sprünge aufzuweisen hatte, war man bestrebt, die antirepublikanische Front zu aktivieren. Zu diesem Zwecke wurde in Bad Harzburg ein Treffen der verschiedenen rechtsstehenden Verbände, Parteien und Persönlichkeiten vorbereitet. Man wählte diese in Braunschweig gelegene Badestadt, denn in diesem Lande war schon erreicht, was man erst mit der Harzburger Tagung bezweckte: eine deutschnationale-nationalsozialistische Koalition. Sie war in Braunschweig seit 1930 am Ruder.

Es wäre zweckentsprechender und naheliegender gewesen, diese Kundgebung in Berlin durchzuführen, doch fürchtete man damals, daß die in ihrer Mehrheit linksstehende Bevölkerung der Reichshauptstadt einem solchen Aufmarsch „gewisse Schwierigkeiten" (3) bereiten würde.

Es ist sicherlich kein Zufall, daß konservative Historiker und Publizisten bestrebt sind, das Treffen in Harzburg, wenn überhaupt, nur sehr nebensächlich zu erwähnen, denn nirgends kam der die sehr unterschiedlichen Teilnehmer verbindende Haß und ihre Abneigung gegen die Republik so eindeutig zum Ausdruck, wie dies bei der Demonstration in Harzburg der Fall war. Diese Grundtendenzen mit dem dazugehörigen antikommunistischen Aufguß waren es auch, die diese im schlechtesten Sinne des Wortes politisch gemischte Gesellschaft verband. Wie gemischt diese antidemokratische Zusammenfassung war, sei anhand der folgenden, unvollständigen Aufstellung der Teilnehmer dieser Kundgebung belegt. Neben führenden Politikern der DNVP, DVP, Wirtschaftspartei und der NSDAP waren die maßgebenden Männer der Wirtschaftsverbände des Reichslandbundes sowie der „Nationalen Wehrverbände" und selbstverständlich die „Alldeutschen" vertreten. Bei dieser antirepublikanischen Demonstration fehlten auch nicht die Offiziere jener Reichswehr, deren Aufgabe es gewesen wäre, die Republik zu schützen. Die prominente Reihe der Teilnehmer umfaßte:

„Hugenberg und Hitler mit ihren Reichstags- und Preußischen Landtagsfraktionen, Seldte und Duesterberg mit dem Führerstab des Stahlhelms, ferner Graf Kalckreuth mit der Führung des Reichslandbundes . . .

Daneben stand die Elite der Alldeutschen mit Justizrat Claß, v. Vietinghoff-Scheel, Graf v. Brockdorff, v. Hertzberg. Zu den fünfzehn pensionierten Offizieren im Generals- oder Admiralsrang, die — wie v. d. Goltz, v. Dommes,

v. Lüttwitz, v. Einem, v. Gallwitz, v. Hutier, v. Möhl, v. Falkenhausen, v. Levetzow — ausgeprägt antirepublikanisches Profil besaßen, gesellte sich auch v. Seeckt, der hier nicht nur seine eigene politische Einstellung als „überparteilich-unpolitischer" Diener der Republik, sondern als Reichstagsabgeordneter zugleich den Kurswechsel der DVP demonstrierte. Dynastisch-monarchische Interessen vertraten in diesem bunten Lager die Prinzen zu Lippe, zu Salm-Horstmar sowie Eitel Friedrich und August Wilhelm in Hohenzollern. Vor allem aber fanden sich neben namhaften Repräsentanten der akademischen Schicht prominente Wirtschaftsführer ein, unter denen Schacht, der einstige Demokrat, Unterzeichner, dann Gegner des Young-Plans, Fritz Thyssen, der langjährige Förderer der NSDAP, Poensgen von den Vereinigten Stahlwerken, Schlenker vom Langnamverein, Ravené vom Eisengroßhandelsverband, Generaldirektor Krieger-Wintershall, Geheimrat Kreth, Generaldirektor Gottstein, Hüttendirektor Quebier und die Direktoren der größten deutschen Schiffswerft Gock & Blohm aus Hamburg herausragten. Dazu kamen noch die Bankiers v. Strauß, Regendanz, Lubarsch, Sogemeyer und zahlreiche andere" (4).

In Harzburg begann jenes kulinarisch-politische Menü Hitlers und der NSDAP mit dem Ankauen der alten reaktionären Knochen, das dann nur zu bald mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes im Jahre 1933 — bei dem die bürgerlichen Parteien ihren Selbstmord legalisierten — mit deren Verschlingen ihr Ende fand.

Für unsere weitere Betrachtung ist es wichtig, festzustellen, daß die in der Harzburger Front zusammengeschlossenen Organisationen, Parteien und Wehrverbände kein gemeinsames Programm und Ziel hatten und auch nicht haben konnten, sondern daß sie sich nur in ihrer antirepublikanischen und extrem nationalistischen Gesinnung, die mit Hilfe eines antibolschewistischen Aufputzes gesellschaftsfähig und schmackhaft gemacht wurde, einig waren. Aber diese schmale geistige Plattform genügte für eine breite politische Sammelbewegung, da diese Front nicht zuletzt mit Hilfe und Spenden der deutschen Industrie verbunden und gefestigt war.

Die politischen Ziele und Bemühungen der Harzburger Front fanden in den verschiedenen Ansprachen, die während des Treffens gehalten wurden, ihren Ausdruck. So erklärte z. B. Herr Hugenberg:

„Hier ist heute die Mehrheit des deutschen Volkes. Sie ruft den Pächtern der Ämter und Pfründen, den Machtgenießern und politischen Bonzen, den Inhabern und Ausbeutern absterbender Organisationen, sie ruft den regierenden Parteien zu: Es ist eine neue Welt im Aufstieg — wir wollen Euch nicht mehr! In dem Volke, das in hellen Scharen hinter dieser Versammlung steht und durch sie verkörpert wird, stecken die tragenden Kräfte der Zukunft. Aus ihnen heraus wird ein neues, jüngeres und wahres Deutschland erwachsen... Die bisherigen Machthaber hinterlassen Berge von Sünden und Scherben. Es ist die bittere und doch erhebende Aufgabe eines notgestählten Volkes, die Scherbenberge abzuarbeiten und die überkommenen Sünden zu büßen..."

Herr Schacht führte u. a. aus:

„In der Tat hat die deutsche Wirtschaft an dem Enderfolg der nationalen Bewegung das brennendste Interesse. Was unter dem bisherigen Nachkriegssystem an wirtschaftlicher Substanz wie an wirtschaftlichen Möglichkeiten vergeudet worden ist, das läßt jetzt auch die produktiv gerichtete Wirtschaft verzweifelt nach Rettung von diesem System verlangen... Ein zweiter grundlegender Fehler dieses Systems ist seine Rechtsunsicherheit ... Und ein dritter ist verurteilt, mit diesem System zugrunde zu gehen. Das ist der Mangel an Mut zum Handeln... Die Gesundung Deutschlands ist nicht eine Frage von einzelnen Programmpunkten, ist nicht eine Frage der Intelligenz, sondern eine Frage des Charakters. Die Wiederherstellung einer dauernden Rechtssicherheit, die Aufrichtigkeit in allen Fragen des öffentlichen Lebens und der Wille zum eigenen Handeln sind das entscheidende" (5).

Schacht brachte in dieser Rede nicht nur zum Ausdruck, daß er vom Dritten Reich eine Beseitigung der demokratischen „Rechtsunsicherheit" und „Mut zum

Handeln" erwartete, sondern er versicherte seinen Zuhörern als der zweifellos befugte Sprecher des von der NSDAP so bekämpften „raffenden Kapitals" das „brennendste Interesse" der „deutschen Wirtschaft an dem Enderfolg der nationalen Bewegung". Dieses Interesse fand in der nun stärker einsetzenden finanziellen Unterstützung der NSDAP durch Industrie und Wirtschaft seinen klingenden Ausdruck.

Schacht's Handel und Wandel

„Was tut sich wieder an der Ruhr?
Die Herren sind seltsam rührig.
Und kennt man ihre Kraftnatur,
weiß man, der Fall ist schwierig.
Sie, die die Schwerter schmieden,
sind meistens gegen den Frieden.
Und sind wir wieder auf dem Hund,
hat mancher den Verdacht,
im Hintergrund, im Hintergrund,
im Hintergrund ... steht Schacht!

Wo man zu straff den Bogen spannt,
ist Hjalmar meist nicht ferne, —
wo es nach Katastrophen riecht,
da strahlen seine Sterne!
Wie alle Nationalen
denkt er zumeist in Zahlen —
und wo sich Kapital gesund
auf anderer Kosten macht:
Im Hintergrund, im Hintergrund,
im Hintergrund steht Schacht!"
Simplizissimus — 1931

Herr Reichsbankpräsident a. D. Dr. Hjalmar Schacht war mehr als einer jener einflußreichen Männer, die der Republik von Weimar nach außen hin dienten und sie zu gleicher Zeit unterhöhlten; der maßgeblich an Hitlers Kriegsvorbereitungen beteiligt war; der zu den wirtschaftlichen Vorläufern des Dritten Reiches und einflußreichen Mitläufern des Unrechtstaates zählte und der heute in der Bundesrepublik eine einflußreiche wirtschaftliche und damit politische Funktion bekleidet. Dieser Herr Schacht, der Herrenreiter des Bankgeschäfts, dessen politischer Sattel aus Aktienpaketen bestand und besteht, symbolisiert gemeinsam mit Papen jenes Bürgertum, das sich vorgestern alldeutsch, gestern deutschnational und heute abendländisch und europäisch gebärdet und das ungeachtet kleiner, unterschiedlicher, politischer Varianten eines gemein hatte und auch weiterhin hat: Sie betrachten das parlamentarische System, das sie aus tiefster Überzeugung ablehnen, nur als vorübergehendes notwendiges Übel und als einen Hafen, in dem man nach einem sorgfältig vorbereiteten, geplanten, aber verlorenen Krieg vorübergehend Schutz sucht, um in Ruhe neue wirtschaftliche, politische und militärische Raubzüge vorzubereiten. Daß sich diese auch gegen das eigene Volk richten und dieses weitgehend davon in Mitleidenschaft gezogen wird, unterscheidet sie von den unpolitischen Piraten der Vergangenheit. Aus diesen Gründen sei ein kleiner Überblick über Schacht's Handel und Wandel gestattet. — Ein Handel und Wandel, der nicht zuletzt charakteristisch ist dafür, wie wenig sich das deutsche Bürgertum in seiner großen Mehrheit gegenüber dem Bazillus der Rechtsradikalen als immun erwies und erweist.

1918 — bemühte sich der Chefredakteur des liberalen „Berliner Tagblatt", Theodor Wolff, einige Persönlichkeiten für die Gründung einer linken Bürgerpartei zu gewinnen. Er berichtete: „Schacht und seine Freunde wünschten sich uns anzuschließen. Allerdings wollten sie sich nicht, wie es in dem Aufruf hieß, „zur Politik bekennen", sondern nur „die Republik anerkennen".

1923 — berichtet Schacht: „Vertauscht ich meinen privaten Beruf als Geschäftsinhaber der Darmstädter- und Nationalbank mit dem öffentlichen Amte eines Reichswährungskommissars. Kameraden hatten mich daran erinnert, daß ich mich schon zwölf Jahre früher mit dem Wunsche getragen hatte, meine Kräfte einmal in den Dienst der Allgemeinheit stellen zu können."

1925 — bezeichnete der nationalsozialistische Schriftsteller Piechottka Schacht im „Völkischen Kurier" als „den Vater des größten Volksbetruges aller Zeiten" und als den „Urheber der radikalsten Volksausbeutung".

1926 — schreibt der NS-Theoretiker Rosenberg über Schacht: „... sonst hätten sie wohl kaum zugelassen, daß ein Mann namens Hjalmar mit der Aufgabe betraut wurde, die Reichsbank des internationalen Judentums als Präsident zu leiten... Daß Dr. Schacht auch seine Ehre verloren hat, hat er bisher noch gar nicht bemerkt, hat er doch schon viermal den öffentlichen Vorwurf, Verbrecher am deutschen Volk und der Henker der deutschen Wirtschaft zu sein, verjähren lassen, ohne eine Beleidigungsklage zu versuchen, weshalb ich ihm hier nochmals die Gelegenheit bieten möchte, freundlichst das Versäumte nachzuholen."

Diese nationalsozialistischen Angriffe hinderten Herrn Schacht keineswegs, sich einige Jahre später mit Hitler und seiner Partei auf Tod und Leben zu verbinden.

1927 — schrieb der Journalist Morus über Schacht: „Das Publikum fühlt, daß von dem Posten des Reichsbankpräsidenten heute die stärksten politischen Triebkräfte ausgehen und daß der Leiter der Diskontpolitik zugleich einer der ehrgeizigsten Politiker Deutschlands ist."

1929 — notierte Carl von Ossietzky in seiner Zeitschrift „Die Weltbühne": „Man weiß seit Jahr und Tag, daß Schacht sich für die Finanzdiktatur berufen fühlt."

1932 — richtete Schacht folgenden Brief an Hitler: „Lieber Herr Hitler! Darf ich hoffen, daß Sie mir diese Form der Anrede gestatten werden, da es der alleinige Zweck meines Briefes ist, Sie in den Zeiten großer Prüfungen meiner unwandelbaren Sympathie zu versichern. Rechnen Sie immer mit mir als Ihrem zuverlässigen Mitarbeiter. — Mit einem kräftigen Heil Hjalmar Schacht."

Im gleichen Jahr notierte Goebbels in sein Tagebuch: „In einer Unterredung mit Dr. Schacht stelle ich fest, daß er absolut unseren Standpunkt vertritt. Er ist einer der wenigen, die ganz konsequent zum Führer stehen."

1933 — versicherte Schacht dem „Führer": „Sie können auf mich zählen als Ihren zuverlässigen Helfer."

Kommentar von Konrad Heiden: „Schacht ist immerhin von Beruf Bankier; und er hat als Minister Dinge getan, die für einen privaten Bankier gar nicht auszusprechende Folgen gehabt hätten."

1934 — führte Schacht in einer Ansprache u. a. aus: „Und wenn von einer nationalsozialistischen Bankreform gesprochen wird, so muß man sich vor Augen halten, daß Nationalsozialismus nicht ein äußeres System, sondern eine innere Gesinnung ist."

1935 — erklärte Schacht in einer Rede: „Alles, was ich sage und mache, geschieht mit vollem Einverständnis des Führers, und ich sage in der Zukunft nichts und mache nichts, was der Führer nicht billigt."

1936 — machte Schacht in der Berliner „Allgemeinen Deutschen Zeitung" folgende Feststellung: „Deutschland steht und fällt mit dem Gelingen der Politik Adolf Hitlers. Die Politik ist in ihrem kühnen, großen Wurf der Wiederwehrhaftmachung Deutschlands zunächst ein außenpolitisches Problem. Sie wäre aber gar nicht zu wagen und durchzuführen gewesen ohne eine entsprechende kühne Wirtschafts- und Finanzpolitik, zu deren wichtigsten Spitzen und Trägern die Reichsbank zu rechnen ist. Die Leistung, die hier von einem Volk, das im Krieg, im Friedensvertrag und in der Nachkriegswirtschaft bis aufs Äußerste erschöpft wurde, vollbracht werden muß, diese von uns allen geforderte Leistung geht weit über das hinaus, was jemals vorher in der Geschichte den Bürgern einer Nation zugemutet worden ist... Jedes Abirren von dieser, einer großen geschichtlichen Aufgabe bedeutet Gefahr. Alle Störungen der Willenskonzentration auf diese eine Aufgabe sind Verderb, mögen nun die Störungen auf geistigem oder auf wirtschaftlichem Gebiete geschehen ..."

1938 — schreibt André Francois-Poncet in seinem Tagebuch ‚Als Botschafter in Berlin 1931 bis 1938': „Auch Schacht ist ein Zyniker. Ein verwegener Blender, von hemmungslosem Ehrgeiz. Dieser große, trockene und magere Teufel, mit einem Gesicht, wie mit dem Rebmesser geschnitzt, mit langem, faltigem Raubvogelhals, fliehendem Kinn, einem lächerlich hohen Umfallkragen, der an Karikaturen des alten Simplizissimus erinnert, hat auf den Nationalsozialismus gesetzt. Er sah die Machtergreifung voraus und trug dazu bei. Er wurde dafür belohnt, wenn auch nicht in dem Maße, daß die erlangten Vorteile seinen Verdiensten entsprachen.

Er zögerte auch nicht, die Aufwendungen für die Rüstung durch die Reichsbank zu unterstützen und zu ihrer Ermöglichung in aller Stille Papiergeld zu drucken."

1945 — berichtete Schuschnigg, der damals mit Schacht zusammen war, über dessen damalige Ansichten: „Er denkt pessimistisch. Nicht so sehr der wirtschaftlichen und finanziellen Katastrophe halber; die ließe sich meistern. Aber weil Hitler das moralische und ideelle Erbe Deutschlands vertan; weil größenwahnsinnige Ignoranten und Hasardeure das Kapital des Vertrauens verspielten... Er glaubt nicht, daß auf absehbare Zeit eine Wiederaufrichtung der deutschen Staatsmacht in Sicht sei. Ein englischer Dominienstatus wäre derzeit für Deutschland das beste..."

1949 — schreibt Schacht in seiner ‚Abrechnung mit Hitler': „Der politische Hasardeur, der verantwortungslose Abenteurer, dem das Schicksal Deutschlands in die Hände fiel und der es frevelhaft verspielte, das unselige Geschöpf Adolf Hitler kam aus der Tiefe."

Nur vergaß Herr Schacht, zu erinnern, daß es er und seine Gesinnungsfreunde waren, die Hitler aus „der Tiefe" des braunen Schlamms hervorholten und in Harzburg — im Jahre 1931 — gesellschaftsfähig machten.

1950 bis 1952 — Schacht und Gattin in angeregter Unterhaltung mit Mussolini-Befreier Skorzeny in Madrid! Der „Volkswirt" feiert anläßlich Schacht's 75. Geburtstag dessen Verdienste! Unter dem Titel „Der große Zauberer" veröffentlicht das von Bischof Lilje herausgegebene „Sonntagsblatt" eine Würdigung Dr. Schacht's und bedauert es, daß ihm „in Deutschland kein Raum mehr gewährt wird!"

1953 — geht folgende Meldung durch die deutsche Presse: „Auf einem Empfang zur Geschäftseröffnung des Bankhauses Schacht & Co. in Düsseldorf, der unter besonderem Polizeischutz in Düsseldorfs vornehmsten Hotel stattfand, begrüßten der NRW-Innenminister Dr. Meyers (CDU) und der NRW-Wirtschaftsminister Dr. Sträter (CDU) den früheren Reichsbankpräsidenten im Auftrag der Landesregierung. Neben Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums nah-

men ... zahlreiche leitende Persönlichkeiten der Wirtschaft an Rhein und Ruhr, darunter Otto Stinnes, an dem Empfang teil... In das Bankhaus, das am Donnerstag erstmalig seine Schalter öffnete, wurden in den Vormittagsstunden ununterbrochen Präsentkörbe, Blumengebinde, Uhren und andere Geschenke aus Wirtschaftskreisen gebracht. Dr. Schacht äußerte freudig überrascht: „Ich habe nicht erwartet, in so ausgezeichneter Weise von der Ruhrwirtschaft aufgenommen zu werden."

1955 — wird in der Öffentlichkeit bekannt, daß Schacht als früherer Reichsbankpräsident eine monatliche Pension von DM 2800,— bezieht.

1956 — schrieben die der CDU nahestehenden „Bonner Hefte": „Schacht, der langjährige Reichs-Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident, ist seit seiner Entlassung aus alliierter und deutscher Haft ein in der Stille und von der Öffentlichkeit fast unbemerkt wirkender, sehr aktiver Mann. Seine großen Verbindungen zu wichtigen Wirtschaftskreisen der Bundesrepublik und seine weltweiten Beziehungen zu vielen fremden Ländern spielen dabei eine wichtige Rolle."

1958 — spricht Schacht vor einer „Gesellschaft für soziale Forschung" zu dem Thema „Währungs- und Finanzfragen der Zukunft". Bei dieser Tagung traten auch die folgenden, rechtsradikalen Persönlichkeiten als Redner auf: August Haußleiter, der Vorsitzende der „Deutschen Gemeinschaft", Erich Kernmayr, Chefredakteur der „Deutschen Soldaten-Zeitung", und Herbert Böhme vom „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes".

Die SPD von Rothenburg o. d. T., wo diese Tagung stattfand, protestierte dagegen, daß die Stadt den Teilnehmern dieser Veranstaltung einen Empfang gab.

Die Harzburger Gesinnung — eine politische Richtung

„Die größte Aufmerksamkeit werden wir der Ausmerzung des nationalsozialistischen und militaristischen Geistes in Deutschland widmen müssen. Die aktiven Nationalsozialisten und die aktiven Militaristen, die für den Krieg und seine Verlängerung Verantwortlichen, dazu gehören insbesondere auch gewisse Wirtschaftsführer, müssen aus ihren Stellen entfernt werden. Sie müssen je nach Lage des Falles von deutschen Gerichten bestraft, ihr Vermögen muß ganz oder teilweise beschlagnahmt werden. Das Elend, das sie über Deutschland, über die ganze Welt gebracht haben, schreit zum Himmel... Die Erfinder des Nationalsozialismus waren militärische Kreise, waren hohe Militärs. Sie erkannten, daß es zwei Schlagworte von fabelhafter Zugkraft für die große Masse des deutschen Volkes gab, die Worte „national" und „Sozialismus"... Sie verbanden sie zu einem Wort und schufen eine neue Art Sozialismus, den Nationalsozialismus. Sie sagten sich, daß man, um dem Instinkt breiter Massen entgegenzukommen, einen namenlosen Soldaten an die Spitze stellen müsse. So verfielen sie auf Hitler, der in politischen Diskussionsabenden, die von Formationen der Reichswehr in München veranstaltet wurden, durch seine populäre Rhetorik aufgefallen war..."

Dr. Konrad Adenauer

Während es schon auf Grund der reichlich vorhandenen Literatur relativ einfach ist, eine Definition des Begriffes Faschismus zu geben, erweist sich demgegenüber eine Konkretisierung dessen, was wir als Harzburger Gesinnung bezeichnen, um vieles schwieriger. Als Wegweiser zu einer solchen Definition können uns die oben zitierten Worte dienen, die Dr. Adenauer am 24. März 1946 in der Kölner Universitätsaula sprach.

Der nach 1945 aus dem nur allzu kurz währenden politischen Scheintod wiedererwachte Geist von Harzburg ist das ungeratene Kind, das dem Verhältnis des „militaristischen Geistes" — dessen „Ausmerzung" Bundeskanzler Dr. Adenauer 1946 forderte — mit jenen „Wirtschaftsführern" — die nach Ansicht Bundeskanzlers Dr. Adenaur „für den Krieg und seine Verlängerung" verantwortlich waren und deshalb „aus ihren Stellen entfernt werden" müßten — entsprang. Begünstigt

und gefördert wurde das Wachsen dieser für die demokratische Entwicklung so verhängnisvollen Mißgeburt durch die nach Beendigung des zweiten Weltkrieges stärker werdenden weltpolitischen Spannungen und des damit einsetzenden Kalten Krieges.

Ihre grundsätzliche, antidemokratische und autoritäre Einstellung versuchen die Harzburger Bannerträger unserer Zeit, mehr oder weniger geschickt, ebenso wie ihre Gesinnungsfreunde im Jahre 1931 durch ihre antikommunistische Propaganda zu tarnen. Selbstverständlich wird der Begriff Kommunist von diesen Leuten in weitgehendstem Maße in Anwendung gebracht, und alle jene, die es wagen, in irgendwelchen innen- oder außenpolitischen Fragen anderer Meinung zu sein, als offiziell angeordnet wird, werden als Kommunisten diskriminiert und gelten als „suspekt".

Auch diese Methode der Hexenverfolgung hat sich in der Weimarer Republik im Sinne deren Gegner bewährt und war eine jener antirepublikanischen Kampf- und Propagandamethoden, die den Staat von Weimar bis zu dessen bitterem Ende begleiteten und dieses weitgehendst beschleunigten.

Die bundesdeutschen Repräsentanten der Harzburger Gesinnung sind nicht jene geistigen und politischen Halbstarken, die neonazistische und antisemitische Schmierereien durchführen, und es sind auch nicht die physisch und psychisch braunbehemdeten „Führer" dieser Gruppen oder die Herausgeber eindeutig neonazistischer Literatur- und Presseerzeugnisse. Daß dies alles möglich ist, obwohl die bestehenden Gesetze bei richtiger Auslegung sehr wohl genügen würden, diesen braunen Jahrmarkt zu unterbinden, ist als nicht übersehbares Symptom der bestehenden und immer stärker zum Ausdruck kommenden Harzburger Gesinnung zu bezeichnen. Begnügten wir uns aber, nur diese Symptome anzukreiden, so würden wir — zur Freude vieler — an dem Widerhaken der Oberflächlichkeit hängen bleiben und nicht den um vieles gefährlicheren restaurativen Hintergrund erkennen und aufzeigen, der es überhaupt erst ermöglicht, daß solche neonazistischen und antisemitischen Ausschreitungen in diesem Ausmaß vorkommen, und dies wäre wiederum gleichbedeutend damit, daß wir nur einen Teil des Problems — und nicht einmal den wichtigsten — in unsere Betrachtung einbeziehen. Diese Harzburger Gesinnung, die wir als politische Richtung bezeichnen und die der Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik den verhängnisvollen Stempel des Kalten Krieges aufdrückt, setzt sich naturgemäß aus den sehr unterschiedlichen Strömungen zusammen, die durch die verschiedensten Persönlichkeiten repräsentiert werden. Wie unterschiedlich dieser Harzburger Kreis ist, der mit Hilfe der verschiedenen zur Propagierung dieser politischen Ziele geschaffenen und bezahlten Organisationen an die Öffentlichkeit tritt, wird im folgenden, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, noch ausgeführt werden. Doch vorerst drängt sich uns die Frage auf, welches sind die gemeinsamen politischen Ziele, die es zustande bringen, die bewußten und nichtbewußten Harzburger, die propagandistischen Nachläufer des zweiten und Vorläufer eines dritten Weltkrieges, die, von denen viele gestern von einem antibolschewistischen Europa unter dem Vorzeichen der SS-Rune träumten und heute die abendländische Mission Europas unter dem Vorzeichen des Antikommunismus propagieren; die pseudoliberalen und republikanischen Embryos, die sich nur zu leicht von ihrer antisozialen Einstellung in die Fangarme der Reaktion und Restauration treiben lassen? Welches sind die gemeinsamen Berührungspunkte des Ungeistes, die es zustande bringen, jüdische Antikommunisten, Rabbiner und Theologen, Professoren und rechtsradikale Landsknechte, die Anhänger der Lehre Frau L u d e n d o r f f s und gläubige Katholiken, prominente Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien und die Führer der SS-Verbände, antinationalsozialistische

Publizisten und rechtsradikale Schriftsteller auf einer gemeinsamen Schlamm-Plattform der Harzburger Gesinnung zu vereinigen?

Sehen wir von der direkten und indirekten Korruption, die in der Bundesrepublik zu einem soziologischen Faktor geworden ist, ab, und lassen wir auch den Tatbestand, daß sich diese Geisteshaltung des Ungeistes für ihre Redner und Schreiber gut bezahlt macht, in unserer Betrachtung unberücksichtigt und wenden wir uns jenen geistigen Schlamm-Bächen zu, die sich zu einem bundesdeutschen Fluß der Harzburger Gesinnung vereinigen. Diese schmutzig schwarz-braune Flut setzt sich heute aus ebenso verschiedenen Strömungen zusammen wie im Jahre 1931. Die Teilnehmer des Harzburger Treffens einigte der gemeinsame Haß gegen die Republik und der Wunsch, die von den Siegermächten gezogene Grenze der deutschen Aufrüstung zu durchbrechen und mit den ihnen notwendig erscheinenden Kriegsvorbereitungen zu beginnen. Außerdem wünschten sie der bolschewistischen Gefahr zu begegnen, und als bolschewistisch galt in den Augen der Harzburger die soziale Gesetzgebung, jeder Versuch einer Landreform, und als bolschewistisch wurde jede Handlung diskriminiert, die geeignet hätte sein können, den Staat von Weimar zu festigen und vor den rechtsradikalen Feinden zu schützen, und als Bolschewiken oder deren Freunde und Wegbereiter wurden alle jene beschimpft, die vor dem heraufziehenden braunen Gewitter warnten.

Auf der gemeinsamen politischen Plattform der Harzburger Gesinnung des Jahres 1960 finden sich alle jene zusammen, die geistig das Geschehen des Dritten Reiches und den zweiten Weltkrieg sowie den unzertrennbaren Zusammenhang, der zwischen diesen beiden besteht, nicht überwunden haben und auch nicht zu überwinden bereit sind. Auf dieser Schlamm-Plattform begegnen sich auch jene politischen Köche, die die Dolchstoßlegende des Krieges 1914/18 für den zweiten Weltkrieg neu aufgewärmt haben und mit einer, der Zeit angepaßten Phraseologie garniert, in Wort und Schrift servieren. Sie erklären, die Hitler-Regierung habe den Krieg verloren, weil die „Feinde im Inneren" Verrat und Sabotage verübt hätten, während es in dem zweiten, heute leichtbekömmlicheren restaurativen Menü heißt, die Armee hätte den Krieg gewonnen, wenn Hitler als Oberster Befehlshaber „nicht so viel Fehler gemacht" hätte. Beide Variationen leiden an politischer Schizophrenie, weil sie bewußt außer acht lassen, daß Hitler nicht nur gegen andere Völker, sondern auch gegen das eigene Volk Krieg führte — auch wenn dies großen Teilen des deutschen Volkes nicht bewußt war —, und daß die militärische Niederlage des NS-Regimes in Wirklichkeit einen größtenteils nicht gewollten und bewußten Sieg für das deutsche Volk bedeutete.

Doch als verbindend wirkt sich in dieser im schlechtesten Sinne des Wortes gemischten Gesellschaft der primitive Antikommunismus aus. Als kommunistisch gelten Lohnforderungen der Gewerkschaften; das Verlangen nach einer demokratischen Innen- und Außenpolitik; der Hinweis auf die Gefahren der hierzulande betriebenen Politik der Stärke, die glaubt, sich am Feuer des Kalten Krieges ihre staatlichen Hände erwärmen zu können, ohne daran zu denken, daß sich hierbei das gesamte, in zwei Staaten geteilte Volk die Hände und das Leben verbrennen können; die Warnung vor einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr; und als kommunistisch oder Wegbereiter des Kommunismus gelten hier alle jene, die es wagen, eine andere Politik zu fordern, als sie von Männern betrieben wird, die aus geistigen, wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen aus ihrer Harzburger Haut einfach nicht mehr heraus können.

Von Harzburg 1931 bis Bonn 1960

„Das große Rudel der Mitläufer, Beamten, Professoren und Generäle, die gestern pro Hitler und vorgestern pro Weimar und vorvorgestern pro Kaiser waren — und heute

schon wieder mit den Zonenbefehlshabern liebäugeln —, hinweg mit ihnen. Hinweg auch mit jenen, die da von draußen hier herein reisen in das verwüstete Land und plötzlich schmeicheln: „Keiner ist schuld. Ihr wart alle unter dem Zwang." Hinweg mit dem ganzen Geschmeiß, das uns das Recht auf unsere Zerknirschung, das uns die Pflicht zu unserer Erneuerung, das uns die Hoffnung auf Gnade fortschwatzen will aus der Brust — weil es das politische Schachspiel der Gegenwart schon wieder einmal so erheischt."

Fritz von Unruh — 1948

Der republikanische Schriftsteller Fritz von Unruh forderte 1948 „Hinweg mit ihnen"! Doch die anderen, die damals die Macht besaßen und die Entnazifizierung gerade recht und schlecht beendet hatten, viele Belastete unbelastet ließen und manchen Unbelasteten belasteten, begannen, wenn auch leise und noch oft undeutlich und zögernd, „Her mit Euch" zu rufen. — Ein Ruf, der „wie Donnerhall" im Laufe der Zeit immer lauter wurde und mit dem Aufstellen der Bundeswehr zu einem nicht mehr überhörbaren Kriegsgeschrei anschwoll.

Der zwar nicht erstaunliche, aber zum Verständnis der Situation beitragende Tatbestand ist, daß es teilweise dieselben Schreier aus der Zeit vor und nach 1933 sind, die heute wieder die mit so viel Blut und Tränen befleckte und benetzte Fahne von Harzburg hoch halten. — An ihr klebt das Blut der Opfer der nationalsozialistischen Machtergreifung, die nicht zuletzt eine Folge des Treffens von Harzburg war; das Blut der Soldaten aller Völker des zweiten Weltkrieges, zu dem es infolge dieser Machtergreifung kam, und die Tränen der Töchter, Frauen und Mütter der Opfer dieses Krieges und der nationalsozialistischen Barbarei.

Einige dieser Harzburger und NS-Propagandisten von gestern, die heute wieder, wenn auch manchmal mit anderen Worten, das gleiche verkünden, was sie gestern schrieen und schrieben, wollen wir im folgenden selbst zu Worte kommen lassen. Aus Platzmangel müssen wir uns damit begnügen, aus den verschiedenen Sektoren der Politik und der Verwaltung nur je einen Vertreter dieser Gesinnung Revue passieren zu lassen:

Professor Dr. Wilhelm Grewe, Botschafter der Bundesrepublik in den USA:

Vor 1945: „Es entspricht daher dem Gebot der Selbsterhaltung, wenn das Deutsche Reich entschlossen ist, zur Wiederherstellung der Grundlagen einer vernünftigen mitteleuropäischen Ordnung entscheidend einzugreifen und die sich daraus ergebenden Anordnungen zu treffen. Denn es hat in seiner tausendjährigen geschichtlichen Vergangenheit bereits bewiesen, daß es dank sowohl der Größe als auch der Eigenschaften des deutschen Volkes allein berufen ist, diese Aufgabe zu lösen ..." — 1939 — (6).

„Die Operationen im Osten sind nach deutscher Auffassung nicht als Krieg im formellen Sinne des Völkerrechtes aufzufassen ... Für das Kriegsrecht ergibt sich aus dieser Lage die Schlußfolgerung, daß für das östliche Operationsgebiet die Grundsätze und Regeln des Kriegsrechts nur im Sinne der Analogie anwendbar sind." — 1939 — (7).

„An diesem Aufbau des Generalgouvernements zeigt sich ebenso wie an den ganz andersartigen des Protektorats, daß hier im Osten innerhalb der Machtsphäre des Großdeutschen Reiches eine politische Ordnung entsteht, die jenseits der Begriffe Staat, Staatenbund, Staatenverbindung neue Formen der verfassungs- und völkerrechtlichen Organisation eines großräumigen, in sich gegliederten Völkerrechtssubjekts entwickelt ..." — 1940 — (8).

„Denn ehe noch die Klärung in diesem Raum weitere Fortschritte machen konnte, trat am 22. Juni jenes Ereignis ein, das alle anderen Schauplätze der europäischen Raumrevolution überschattet: der Ausbruch des Krieges gegen die Sowjetunion. Die beiden, einander widerstrebenden Ströme der territorialen Umbildung Europas waren endlich aufeinander gestoßen ...

Eine ungeheure Anspannung aller Kräfte wird notwendig sein, um diesen Raum zu bezwingen. Ist er bezwungen, so ist zugleich die Entscheidung im weltpolitischen Ringen mit der angelsächsischen Welt zu unseren Gunsten entschieden . . ." — 1942 — (9).

Nach 1945: „Notwendig ist allerdings noch eins: Eine gewisse Remission unserer politischen Ideenwelt. Solange wir an der Rousseau'schen Ideologie festhalten und unter Demokratie die Herrschaft des Volkswillens verstehen, werden uns die Parteien stets ein Dorn im Auge bleiben, und man wird sie immer wieder beschuldigen, den Volkswillen im Interesse ihrer parteipolitischen Ziele zu verfälschen . . .

Wir sollten uns endlich entschließen, das ideologische Gerümpel des 18. Jahrhunderts über Bord zu werfen, und sollten zugeben, daß es einen Volkswillen im Sinne Rousseau's . . . nicht gibt. Die überwältigende Mehrheit der Staatsbürger hat über die komplizierten Entscheidungen, die das moderne Staats- und Wirtschaftsleben verlangt, überhaupt kein Urteil, zumindest kein vernünftiges und sachlich begründetes Urteil" (10).

„Wir waren in der Vergangenheit immer in der Lage, der Bevölkerung zu beweisen, daß der einzige Weg, einen russischen Angriff zu vermeiden, darin besteht, bei einer harten Politik zu verbleiben" (11).

„. . . Er ist der unentbehrliche Vertragssachverständige der deutschen Außenpolitik . . . In Bonn sieht Professor Grewe täglich den Bundeskanzler und gehört . . . zu dessen engsten Beratern . . ." (12).

„. . . Meldungen, daß Grewe wegen seinen früheren Veröffentlichungen in der „Zeitschrift für Politik" für die Bundesrepublik nicht mehr tragbar sei, wurden von maßgeblicher Seite als unzutreffend zurückgewiesen . . ." (13).

Dr. Eberhard Taubert, Propagandist des Antibolschewismus:

Vor 1945: „Aktion der jüdischen Rasse zur Herbeiführung der Weltrevolution und zur Aufrichtung eines Weltstaates unter jüdischer Führung nach dem Muster der Sowjetunion . . . Der Bolschewismus ist weder eine Idee noch eine Weltanschauung, sondern ein im Weltmaßstabe organisiertes Verbrechertum unter jüdischer Führung mit antisozialistischem Inhalt . . . Ebenso wie die Drahtzieher dieses Vernichtungsfeldzuges den Frieden bewußt und planmäßig bekämpfen, tut es die große Meute jener kleinen Juden und Bolschewisten in aller Welt, der zersetzten und halbzersetzten, der bolschewisierten und halbbolschewisierten Intellektuellen, die als getarnter Vortrupp Moskaus arbeiten . . ." — 1937 — (14).

„Zur Erkenntnis des Wesens der bolschewistischen Gefahr ist die Einsicht unentbehrlich, daß der Bolschewismus Werk und Waffe des Judentums ist . . . So sehen wir denn in aller Welt das, was wir in Deutschland erlebten: Wo Kommunismus ist, da ist das Judentum, und wäre nicht das Judentum, so gäbe es auch keinen Kommunismus. Überall in der Welt ist der Jude das wirksame Ferment der nationalen Dekompensation. So ist denn auch die Weltgefahr des Kommunismus im Grunde eine Gefahr des Weltjudentums. Die jüdische Herrenschicht . . . strebt danach, ihre Macht mittels der Weltrevolution auf den gesamten Erdball auszudehnen . . . Der Führer hat das getan, was noch keiner vor ihm gewagt hat: Er hat dem jüdischen Weltfeind den Fehdehandschuh hingeworfen und wird diesen Kampf kompromißlos bis zum siegreichen Ende durchkämpfen . . .

Das gewaltige Anwachsen der jüdischen Macht . . . in US-Amerika wurde von der deutschen Presse . . . aufgedeckt. Der bolschewistische Gegenpol in Moskau dürfte jedoch die erste Bastion des Judentums sein . . .

Sämtliche Sektoren der Industrie und Wirtschaft, des kulturellen, wissenschaftlichen und technischen Lebens werden nach wie vor von Juden beherrscht . . ." — 1939 — (15).

Nach 1945: „Als dem Herausgeber Karl Marx . . . anhand alter Taubert-Publikationen klar wurde, wessen Geisteskind dieser Mann im Dritten Reich gewesen war, konnte er sich nicht vorstellen, daß die Bundesregierung von der anrüchigen Vergangenheit des Dr. Eberhard Tauber wisse, ihn aber gleichwohl gewähren lasse. So veröffentlichte Marx das Material über Taubert's Vergangenheit nicht, sondern rief am 1. Juli 1955 um 10.30 Uhr vormittags im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen an . . .

Marx bekam also den Ministerialrat von Dellingshausen an den Apparat, den er fragte, ob er Taubert's antisemitische Artikel kenne. Der Ministerialrat anwortete: „In dieser Zeit mußte man viel schreiben, man konnte sich nicht dagegen wehren . . .".

Marx: „Wissen Sie, daß Taubert auch an einer Reihe von Sitzungen des Volksgerichtshofes des Herrn Freisler teilgenommen hat?"

Dellingshausen: „Das ist eine olle Kamelle. Die Sache wurde seinerzeit vom Amt für Verfassungsschutz geprüft und man gab sich mit einer Erklärung Taubert's, er habe nur in Fällen, in denen leichte Strafen verhängt wurden, mitgewirkt, zufrieden. Diese Angelegenheit ist erledigt."

Marx: „Sie wissen auch, daß Taubert in einer gehobenen Position im Reichspropagandaministerium tätig war?"

Dellingshausen: „Ja, auch das ist hier bekannt."

Marx: „Soweit ich gehört habe, hat Taubert auch bei Urteilen mitgewirkt, bei denen Todesstrafen verhängt wurden. Abgesehen aber davon scheint mir, daß die Teilnahme an Sitzungen des Volksgerichtshofes schon eine erhebliche Belastung darstellt."

Dellingshausen: „Ich sagte Ihnen ja, daß diese Angelegenheit als erledigt betrachtet werden muß, nachdem man sich mit seinen Erklärungen begnügt hat ..."

Marx: „... Ich möchte also die Frage so formulieren: Glauben Sie, daß Ihr Ministerium gegenüber Eberhard Taubert, der zumindest zu der ideologischen Vorbereitung zum Massenmord beigetragen hat, die notwendigen Konsequenzen ziehen wird ...?"

Dellingshausen: „Ich kann Ihnen erklären, daß das Ministerium Taubert gegenüber keine derartigen Konsequenzen ziehen wird; denn Taubert ist ein Mann, den wir brauchen und er ist auch unentbehrlich."

Marx: „Ein derartiger Nazi kann doch nicht tragbar sein für die Bundesrepublik."

Dellingshausen: „Es gibt bei den Bundesministerien viel größere Nazis, die ich Ihnen nennen könnte. Taubert hat Erfahrungen und wir können ihn — wie gesagt — nicht entbehren. Aber schicken Sie mir doch einmal die Unterlagen ein, ich werde sie dann prüfen und Stellung nehmen."

Marx: „Dazu kann ich mich in diesem Augenblick nicht bereitfinden. Ich habe von Ihrer Erklärung Kenntnis genommen und werde jetzt zu prüfen haben, was ich tun muß. Nach Ihren Antworten werde ich mich bedauerlicherweise doch entschließen müssen, die Angelegenheit in meiner Zeitung zu behandeln."

Dellingshausen: „Da kann ich Sie nur warnen. Sie würden viel Porzellan zertrampeln und letztenendes doch nichts erreichen. Man würde Sie einreihen in die Gruppe derjenigen Journalisten, die in letzter Zeit, wie z. B. Herr Zehrer, für den Kommunismus eintreten und unseren antibolschewistischen Kampf damit unterbinden. Ich habe in der Ostzone meine persönlichen Erfahrungen gemacht und weiß, daß alle diese Leute lügen, daß man ihnen nicht, auch nicht ihre jetzigen Versprechungen, glauben kann."

Marx: „Das heißt also, Kollektiv-Verurteilung, d. h. zum Heißen Krieg hintreiben."

Dellingshausen: „Eine andere Sprache verstehen diese Leute nicht ..." (16).

General Förtsch, Kommandeur der 2. Grenadier-Division in Kassel und Militärschriftsteller:

Vor 1945: „Adolf Hitler war Soldat der deutschen Armee. Er war es freiwillig und mit allen Fasern seines Herzens in dem größten Kriege, den eine Armee je durchzufechten hatte ... Er war ein aufmerksamer Beobachter. Er begriff, was die November-Revolte niemals begreifen konnte und begreifen durfte, wollte sie ihr Tun nicht als unerhörten Volksverrat offenbar werden lassen: Daß ein Volk nicht zu arbeiten vermag, das unfähig ist, den Arbeitsplatz auch noch seines geringsten Sohnes vor feindlichem Zugriff zu schützen ... Mit innerer Anteilnahme und großer Genugtuung sah der Führer, daß es der Reichswehr gelang, inmitten des Pazifismus und Defaitismus, des Verrats und der Verkommenheit der November-Republik die deutsche Wehrmacht in Form zu halten, ja, aus ihr eine starke und brauchbare Waffe im Rahmen der Möglichkeiten zu schmieden. Schon früh ergab sich daher eine Verbindung zwischen Reichswehr und dem Führer der NSDAP. Namentlich die jüngeren Offiziere erkannten bald, daß hier ein Mann stand, der allein imstande war, einmal wieder die deutsche Armee aufzurichten. Das wußte auch der Soldat, und deshalb kann es nicht wundernehmen, daß der Entschluß des damaligen Reichspräsidenten von Hindenburg, den Führer mit der Kanzlerschaft zu betrauen, gerade in der Wehrmacht begeistert begrüßt wurde, denn, wenn überhaupt eine Macht in Deutsch-

land Heer und Marine von den drückenden Fesseln von Versailles befreien konnte, dann war es die Macht dieses Kanzlers ... Man war sich aber auch in den Reihen der Reichswehr darüber klar, daß diese Befreiungstat kein Kinderspiel sein konnte, sondern mit allergrößten Schwierigkeiten zu rechnen hatte. Felsenfest aber war auch das Vertrauen, daß der Führer, und nur der Führer, diese Tat zu vollbringen in der Lage sein würde ... Wer diesen nationalsozialistischen Staat nicht aus der Fülle seines Herzens heraus bejaht, wer diesem Staat und der Weltanschauung, die ihn gefordert hat und nun trägt, gleichgültig oder ablehnend gegenübersteht, der hat als Offizier in der neuen deutschen Wehrmacht nichts zu suchen ... Alle Gesetze des Volkstums und der Rasse, alle Grundsätze des politischen, wirtschaftlichen, geistigen Lebens im neuen Staat müssen dem Offizier eigen sein. Alle Bestrebungen, die diesen Zielen dienen, erfordern seine Förderung und Hilfe ..." (17).

Nach 1945: „Fürwahr, das Bundesverteidigungsministerium beweist ein besonderes Geschick in der Auswahl seiner Mitarbeiter. Mag auch aus dem hitlerischen Saulus Förtsch ein demokratischer Paulus geworden sein — Gesinnungswandel wäre hier wirklich erfreulich —, so kann man die Einfaltsarmut des Ministeriums nur bewundern. Es scheint fast so, als hätte es keinen qualifizierten und dazu auch noch demokratischen Militärschriftsteller in Deutschland als eben diesen Herrn Förtsch gegeben. Wenn dem so ist, dann dürfte der Traum von der demokratischen Armee endgültig ausgeträumt sein" (18).

Professor Pasqual Jordan — der Stahlhelm-Propagandist der Atombombe:

Vor 1945: „Der Krieg ist das vornehmlichste Mittel zur Schaffung objektiver, historischer Tatbestände. — Das heißt, solcher Tatbestände, deren Tatsächlichkeit auch von widerstreitenden Nationen anerkannt werden muß. Und der Krieg bildet die objektive Probe für das Verhältnis der beiderseitigen Kräfte und Waffen." — 1935 — (19).

„Der Nationalsozialismus hat nicht nur zwischen Nationalismus und Sozialismus ... eine Synthese gefunden, er hat auch in den vielfältigen anderen Streitfragen, welche Deutschland zerrissen und zerspalteten, nicht einfach der einen oder der anderen der streitenden Parteien recht gegeben, sondern auf einer höheren Ebene neue, überraschende Lösungen gefunden ... Dieser Krieg — was immer die andere Seite von seinem Ausgang sich erhoffen mag — hat eine Entscheidung schon endgültig vollzogen: der parlamentarisch-demokratische Gedanke lebt nicht mehr. Darüber gibt es keine ernsthafte Meinungsverschiedenheit. Es gibt vor dieser Tatsache nur noch den Unterschied freudiger oder erzwungener Anerkennung ... Autoritäre und diktatorische Regierungsreformen kennzeichnen die Zeit und drücken die überall zum Durchbruch gelangte Einsicht aus, daß die unerhörten Leistungen und Kräfte einer der Technik verfallenen Menschheit nur dann in Ordnung gehalten werden können, wenn ein Führungswille von äußerster Stärke und Härte auf allen Gebieten unseres Lebens die losgelassenen Gewalten bändigt ... Während ich diesen Abschnitt schreibe, mischt sich das Klappern der Schreibmaschine mit dem Knattern und Krachen leichter und schwerer Flak; unwillkürlich wandern ab und zu die Gedanken zu dem Feuerwerk da draußen, dessen in den Himmel aufsteigende Lichterreihen an perlenden Sekt erinnern — und warum sollten wir die Gedanken all zu fest halten im Bezirk wissenschaftlicher Arbeit? —, gerade heute, in Tagen und Jahren, die ... in mitreißendem Rhythmus eines weltumspannenden Geschehens unser Denken, Fühlen und Handeln zu einer neuen Einheit führen ...

Nicht jeder Nation ist ein Mann mit der Kraft eines Vulkans geschenkt." — 1941 — (20).

Nach 1945: „Pasqual Jordan ist nicht nur ein Wissenschaftler von unbestrittenem Rang, sondern auch ein Mann von klarer politischer Einsicht, die ihn gehindert hat, trotz aller persönlichen und fachlichen Bindungen an die 18 Professoren, die das Göttinger Manifest erlassen haben, in dieses Horn zu tuten ..." (21).

„Es ist peinlich, peinlich auch für die CDU. Nicht jeder alte SA-Mann ist heute noch seinem alten Geiste oder Irrtum treu. Aber die es noch sind, machen es den gewesenen SA-Männern schwer, insbesondere in der Bundestagsfraktion der CDU. Das eine gilt für unseren Innenminister, das andere für Pasqual Jordan. Damit hier nichts verwechselt wird. Wir notierten schon einiges über die schiefe Ebene des Hamburger Professors ...

Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Aber hier wird es zu billig. Das Vereinsregister hat den Namen des Professors häufig festgehalten: Beim „Deutschen Kreis

58" von München, bei „Rettet die Freiheit", und wer nicht wußte, was das bedeutet, dem demonstriert es der streitbare Professor jetzt unmißverständlich. Am Geist des „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten" soll Deutschland genesen ...

Und so glaubt denn Pasqual Jordan seinen Weg offenbar frei in jene Vergangenheit, die er mit der Zukunft verwechselt, die William S. Schlamm und Otto Stolz offenbar meinen ...

Jedenfalls: am 29. und 30. August tagte die Bundesdelegiertentagung des „Stahlhelm" in Oldenburg. Bundeshauptmann Girgensohn von der alten SA leitete die Veranstaltung. Professor Pasqual Jordan (MdB) fand, „der Stahlhelm mit seiner Einstellung zur Sachlichkeit ist die beste Medizin für das deutsche Volk, da er keinen Raum für Illusionen läßt". In der Tat nicht. Im übrigen brachte der Professor die sattsam bekannte Hetze gegen die unfolgsame Presse, gegen die es „leider keinen Polizeischutz gibt".

Wir konstatieren, daß Pasqual Jordan den Stahlhelm auffordert, gegen diese Presse aktiv zu werden, weil er bei ihm den rechten Geist findet. Wir konstatieren auch, daß der Bundestagsabgeordnete Jordan die grundsätzlich verankerte Meinungsfreiheit durch polizeiliche Maßnahmen abzuwürgen wünscht. Und wir erinnern uns daran, daß ein anderer Professor, Herr Hagemann, aus der CDU ausgeschlossen wurde und dann anderen Maßnahmen als der politischen Diskussion zum Opfer fiel. Vielleicht versäumt es die CDU, im Falle des Professor Jordan ihre Linie und ihre Grenzen ebenso exakt zu bestimmen. Dann müßte man daraus schließen, daß der Jordan-Geist für den Hagemann-Ausschluß verantwortlich ist und daß dieser Geist sich mit dem Stahlhelm-Geist identifizieren läßt." (22).

Professor Dr. Otto Koellreutter, ehemaliger NS-Propagandist, heute Prüfer und Professor an der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Regensburg:

Vor 1945: „Auch die faschistische Revolution und die nationale deutsche Revolution des März 1933 sind in diesem Sinne echte Revolutionen, weil sie an die Stelle der politischen Grundsätze der liberalen Demokratie das neue Staatsbild des nationalen Rechtsstaates als Führerstaat gesetzt haben. Die nationale Revolution knüpft dabei bewußt wieder an die traditionellen Werte der deutschen Verfassungsentwicklung an und hebt altes deutsches Rechtsgut wieder ans Licht. Jeder gesunde Staat muß sich der politischen Weltanschauung, auf der er aufbaut, klar bewußt sein. Es ist deshalb immer ein Zeichen politischer Schwäche und einer Staatskrise, wenn ein Staat mehrere Parteien, die in ihren weltanschaulichen Grundlagen Gegenpole sind, als „revolutionär" oder „staatsfeindlich" auf dieselbe Stufe stellt und bekämpft. In der gleichzeitigen Bekämpfung der kommunistischen Partei und der nationalsozialistischen Bewegung zeigte sich deshalb die Schwäche des deutschen und österreichischen Parteistaates nach dem Weltkrieg, die zum Zusammenbruch dieses politischen Systems führen mußte ...

Nur aus der gewaltigen politischen Umwälzung der Revolution des März 1933 ist es auch zu verstehen, daß dem Deutschen Reich neue Symbole gegeben wurden. Diese bringen das Wesen der nationalen, d. h. in diesem Sinn traditionell „konservativen" Revolution dadurch zum Ausdruck, daß die Flagge des Bismarck'schen Reiches neben der Hakenkreuzflagge, die ihrerseits über die staatlichen Grenzen des Reiches hinaus die Flagge der deutschen Volkserhebung ist, zum Symbol des neuen Deutschen Reiches wurde. Aber auch die Hakenkreuzflagge allein weist in ihrer Farbenzusammenstellung schwarz-weiß-rot und in der Anordnung dieser Farben sowohl in die Vergangenheit wie in die Zukunft. Ein besonders starkes Symbol der nationalsozialistischen Bewegung ist auch das „Braunhemd" als Zeichen der Volksverbundenheit aller schaffenden Stände und als Bekenntnis des soldatischen Geistes zur neuen politischen Form." — 1933 — (23).

„Professor Otto Koellreutter begrüßte die katastrophale Wahl von 1930, die mehr als hundert Nationalsozialisten in den Reichstag brachte, als die Erhebung jener Jugend, die einen neuen Staat schaffen werde ... Als der neue Staat 1933 geschaffen war, feierte der Enthusiast die „völkische Lebensordnung" als „Grundlage jeder politischen und kulturellen Aufwärtsbewegung". Aufwärtsbewegung nannte er, was Thomas Mann einen „Hunneneinbruch" nannte. In einer zweiten Hymne, die er „Der deutsche Führerstaat" überschrieb, sprach er den echt hitlerischen Gedanken aus, daß es keine beziehungslose Gerechtigkeit gebe: Die Entfernung der Juden aus der deutschen Volksgemeinschaft sei

zwar „nach liberal-demokratischer Auffassung ungerecht", aber sie entspreche „den Forderungen einer völkischen Gerechtigkeit, für die die Erhaltung des rassischen Volksbestandes höchstes Gebot sein" müsse. Die Rechtswissenschaft, sagte er, werde sich auf die völkischen Zusammenhänge des Rechts wieder besinnen müssen, denn Roland Freisler habe gesagt: „Der Richter hat nicht nur die Aufgabe, Recht zu schaffen, sondern Recht zu schöpfen, zu schöpfen aus dem Born der Normen, die das Volk im Volksstaat durch den Führer gesetzt hat."

In einer dritten Hymne, die den Titel „Nationalsozialistischer Rechtsstaat" führt, sagte er, daß im abgelaufenen, individualistischen Zeitalter das Gefühl für den „echten Rechtsstaat" verlorengegangen sei, aber, nachdem der Führer „die Formen des ideenmäßig erstarrten liberalen Rechtsstaates zerstört" und „im deutschen Volk wieder das Gemeinschaftserlebnis erweckt" habe, sei der „nationalsozialistische Rechtsstaat die höchste Erfüllung und Gestaltung der nationalsozialistischen Revolution" geworden ... (24).

Nach 1945: „Programm der Internierten-Kundgebung am 25. 7. 1954 in Fallingbostel. Es wurde u. a. angekündigt: „Prof. Dr. Otto Koellreutter über „Die Entnazifizierung — eine Sünde wider das Recht"! (25).

„Prof. Dr. Otto Koellreutter, der bekannte Vorkämpfer gegen das Unrecht der Nachkriegszeit und Redner in den Versammlungen der Internierten, hat eine neue Schrift veröffentlicht: „Über Schuld und Sühne der geistigen Führerschicht im deutschen politischen Leben der Gegenwart" ... (26).

„Kurioses Zusammentreffen bei der Rede des Professors der Universität München, Otto Koellreutter. Während der Hochschullehrer behauptet, die Bundesrepublik sei kein Rechtsstaat, solange den Entnazifizierungsgeschädigten kein Wiedergutmachungsanspruch zugestanden werde, näherte sich der Protestzug des DGB dem Versammlungslokal. Gerade ruft Koellreutter erregt ins Mikrophon: „Hält die Bundesregierung uns denn für vogelfrei?", da beweist das Polizeikommando dem Professor schlagartig das Gegenteil. Die Gummiknüppelschläge treffen nicht seine Freunde, sondern die Mitglieder des DGB. Ihr Demonstrationszug war offiziell genehmigt. Sie waren jedoch nicht — wie angeordnet — an dem Lokal vorbeimarschiert, sondern hatten davor Aufstellung genommen und in Sprechchören die Auflösung des NS-Treffens verlangt. Minister Pagel beobachtete den Einsatz der Polizei. „Die Sache hat gut geklappt", lobte er hinterher die Arbeit der Beamten." (27).

Erich Kernmayr, NS-Schriftsteller:

Vor 1945: „Langsam, Schritt für Schritt, kommt das Auto heran. Die Hände der SA verkrampfen sich eisern ineinander. Starr blicken die Augen dem Manne entgegen, der aufrecht und tapfer hineinfährt in den größten Sieg seines reichen Lebens.

Eine heiße Welle geht von uns weg und brandet an den Wagen heran. Und er spürt diese Welle und weiß in dieser Stunde um alles, um alles. Um unsere jahrelange Sehnsucht, um unsere rauschhafte Freude. Er weiß um jeden Augenblick in unser aller Leben. Blaß blickt er ins Wesenlose. Er scheint weit weg zu sein. Und doch war er uns noch nie so nahe.

Unser Führer! — — —

Die Fahnen auf den Giebeln und Dächern, die Fackeln in den Straßen berauschten ihn, und mit einem Male schrie er den Namen mit, den die Stadt zum Feldgeschrei in allen Straßen und auf allen Plätzen jauchzte: Hitler!

Josef wußte wenig von dem Mann, der der Welt ein neues Antlitz geben wollte durch Deutschlands übergroßes Beispiel. Er wußte gar nichts vom Traum des ewigen Reiches und seiner Herrlichkeit. Aber nach wenigen Tagen schon wußte er um das große Geheimnis des Mannes, der für Millionen ein neues Leben formte." — 1942 — (28).

Nach 1945: „Erich Kernmayr, Chefredakteur der „Soldatenzeitung" und nach eigener Aussage Bundespressereferent der HIAG, erklärte am 13. Oktober auf einer Versammlung der Landshuter Ortsgruppe der HIAG (Hilfsgemeinschaft ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS) unter anderem:

„Die 20.-Juli-Leute waren Feiglinge. Wenn sie echte Rebellen oder Meuterer gewesen wären, würde ich nichts gegen sie sagen. Um so mehr, als es vielleicht passieren kann, daß die vierhunderttausend Überlebenden der Waffen-SS einmal zu solchen Meuterern gegen die Bundesrepublik werden können. Jawohl, ich wage das ganz offen zu sagen, ob-

wohl ich mir natürlich im klaren bin, daß bombensicher hier im Saale auch jemand vom Verfassungsschutz sitzt." (29).

„Knüpfen wir an das zuletzt Gesagte an, dann können wir feststellen, daß auch der Herr Kernmayr, Bundesreferent der HIAG, in diese edlen Fußstapfen jeden nazistischen Neubeginns getreten ist, indem er in einer Versammlung, über die auch die „Neue Presse" in ihrem Neustadter Lokalteil ohne Kommentar berichtet hat, die „Verfrachtung von Rundfunkleuten und Parteivertretern in die Irrenanstalt nach München-Haar" forderte." (30).

Bundesminister Dr. Fritz Schäffer:

Vor 1945: „Wir haben keinen Anlaß, uns gegen diese Verbände zu wenden, wir haben keinen Anlaß, ihnen mit Mißtrauen entgegenzutreten. Die Interpellation der SPD müßte eigentlich lauten: Was gedenkt die Bayerische Staatsregierung zu tun, um die Bayerische Sozialdemokratie vor einem unangenehmen parteipolitischen Gegner zu bewahren. — Die Nationalsozialisten haben allerdings hierbei ihre körperliche Überlegenheit zu sehr ausgenützt und haben allerdings hierbei über die Abwehr hinaus von ihrer körperlichen Gewandtheit Gebrauch gemacht ...

Soll es unsere Aufgabe sein, dem Marxismus einen Gegner zu ersparen?" — 1922 — (31).

„Im Vorzimmer war bereits der Führer der Bayerischen Volkspartei, Schäffer ... Fritz Schäffer vertritt — im Gegensatz zu den anderen Parteiführern — eine ganz andere Meinung über Hitler und seine NSDAP. Die Gefahr liege, meint der Bayer, weniger in der Person Hitlers als in seiner Umgebung, die auf einen Mißbrauch der Macht durch eine Parteidiktatur dränge. Gegen eine Kanzlerschaft Hitlers erhebt Schäffer keine prinzipiellen Einwendungen ..." — 1932 — (32).

„Als nächsten Politiker empfängt Herr von Papen den führenden Mann der Bayerischen Volkspartei, Fritz Schäffer. Dieser erklärt, er sei durchaus bereit, in eine Regierung Hitler einzutreten, dagegen werde seine Partei ein Kabinett Papen keineswegs unterstützen." — 1933 — (33).

„Über allem steht für die Bayerische Volks-Partei der große Gesichtspunkt, daß ein Scheitern der jetzigen Reichsregierung (Anm. d. Verf.: gemeint war die Regierung Hitler) ein Unglück und eine Gefahr für das ganze deutsche Volk wäre." — 1933 — (34).

„Die Aufgabe, zu der Adolf Hitler als Erneuerer des Reiches berufen ist, ist so groß, daß es notwendig wäre, alle Kräfte wach zu rufen und einzusetzen, daß dem Kanzler um Deutschlands willen die gigantische Aufgabe gelingt. Nichts wäre wahnsinniger als eine politische Spekulation auf ein Scheitern dieser Aufgabe." — 1933 — (35).

Nach 1945: „Bundesjustizminister Schäffer hat in einer CDU-Wahlversammlung erklärt, das Schicksal der Nation könne in Zeiten der Not einmal davon abhängen, daß man „auch an das Leben eines Landesverräters herangehe". Schäffer, der im Gegensatz zu seinem früheren Vorgänger, Justizminister Dehler (FDP), die Todesstrafe bejaht, ist danach der Ansicht, daß dann, wenn sich der Gesetzgeber zur Wiederaufnahme der „in Stunden idealistischer Aufwallung" abgeschafften Todesstrafe in das Grundgesetz entschließt, dabei auch das Delikt des Landesverrats zu berücksichtigen sei ..." (36).

„Am letzten Sonntag nahm in Passau Bundesjustizminister Fritz Schäffer wiederum Stellung zu einer im vergangenen Dezember in Plattling gehaltenen Rede zur Wiedergutmachungsfrage. Schäffer meinte, es sei ihm bei seiner Forderung, die Summen für die Wiedergutmachung herabzusetzen, um die Wahrhaftigkeit in der Finanzpolitik gegangen: „Das kann mir keine Rasse der Welt übel nehmen", formulierte er. Nun ist schon das Wort „Rasse" in diesem Zusammenhang eine peinliche Fehlleistung ... Wenn Schäffer wirklich sachliche Einwände gegen die Wiedergutmachungspraxis vorzubringen hat, so bestand die Möglichkeit, sie innerhalb des Kabinetts rechtzeitig zur Debatte zu stellen. Die vielen Opfer des NS-Regimes freilich, die bisher vergebens auf eine Wiedergutmachung warten, können erheblich handfestere Beschwerden gegen die Behandlung ihrer Ansprüche anmelden als der Minister. Über die Praxis der Wiedergutmachung nämlich scheint Minister Schäffer gar nicht oder höchst einseitig unterrichtet zu sein. Und an die sehr erheblichen Beträge, die an einst führende Nazis oder an Schergen des Regimes in der Form von Pensionen gezahlt werden, denkt er nicht. Mehr Sorgen als die Wiedergutmachung bereitet den Hütern der deutschen Währung die Rüstung, die unvorhergesehene Summen verschlingt und noch verschlingen wird. Im Vergleich zu diesen Mam-

mutbeträgen sind die Wiedergutmachungsbeträge verschwindend klein, sowohl die vom Minister genannten wie die vermutlich wirklich aufzubringenden ..." (37).

„Es sind wieder mächtige Kräfte am Werk, die Todesstrafe soll populär werden. Bundesjustizminister Fritz Schäffer hat in einer öffentlichen Versammlung völlig überraschend Stimmung gemacht für diese „Reform". Es ist ja so, daß stets, wenn ein Kapitalverbrechen, wie Kinderentführung oder Mord, die Gemüter erregt, der Ruf nach dem Henker erschallt. Er verhallt nicht ungehört. In Bayern haben sich an 40 CSU-Abgeordnete für die Wiedereinführung der Todesstrafe ausgesprochen. Seitdem die Aktion gegen den „Atomtod" läuft, liebäugeln auch manche Befürworter der massiven Vergeltungswaffen mit der Abschreckung, evtl. „Landesverräter" durch das Richtbeil ...

Das muß man wissen, um ermessen zu können, warum Bundesjustizminister Schäffer plötzlich in Düren einer unvorbereiteten Versammlung gegenüber erklärte, man werde es den „Müttern" — nämlich von den entführten Kindern — nicht gut versagen können, die Todesstrafe wieder einzuführen. Diese sollte außerdem in Zeiten des nationalen Notstandes dem Landesverräter drohen ...

Es geht aber in Wirklichkeit um die Wiedereinführung der Todesstrafe für sogenannte Landesverräter. Im Geist eines Regimes der „starken Hand" und der Aufrüstung macht sie sich gut. Das bloße Vorhandensein des Henkers wirkt nun einmal auf Leute, denen Gewaltsamkeit imponiert. Ihnen macht es nichts aus, daß jede vom Staat gewollte Tötung die Achtung vor dem Menschenleben erschüttert ..." (38).

„Innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Rundfunkanstalten besteht die Übereinstimmung, daß der gesetzlich verankerte, zivilrechtliche Persönlichkeits- und Ehrenschutz völlig ausreicht. Die von Justizminister Schäffer vorgeschlagene gesetzliche Neuordnung sei daher entbehrlich.

Auch die „Arbeitsgemeinschaft kirchliche Presse" hat Schäffers Referentenentwurf mit der Begründung abgelehnt, der Entwurf zeige nicht die notwendige klare und maßvolle Abgrenzung zwischen der Ehre der Persönlichkeit und der Freiheit der Presse. In der Arbeitsgemeinschaft sind nach den Angaben des Vorstandes Verlage und Redaktionen der katholischen kirchlichen Presse mit einer Gesamtauflage von rund 12 Millionen zusammengeschlossen." (39).

Carl von Ossietzky — der unermüdlich vor den blutig-braunen Früchten der Harzburger Politik warnte, schrieb schon im Jahre 1930 über die Blutlinie der Weimarer Republik. — Eine Blutlinie, die sich durch die Justiz, aber auch durch alle anderen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Institutionen dieses Staates zog.

Wer könnte heute die Blutlinie der Harzburger Gesinnung übersehen, die sich von Herrn Grewe's „völkerrechtlichen" Auffassungen während der Jahre des zweiten Weltkrieges bis zu seiner in der gleichen Richtung liegenden diplomatischen Tätigkeit der Gegenwart zieht?

Dem Jahrmarktschreier des billigen, nur allzubilligen, primitiven Antibolschewismus, Dr. Eberhard Taubert, blieb es erspart, seine antisemitischen und antikommunistischen Auffassungen zu ändern, und er bewegt sich heute, genau wie zu Klumpfuß's Zeiten, auf der Blutlinie des Antikommunismus und versucht diesen, ebenso wie unter Goebbels, zu verkaufen und er ist heute wie gestern wieder bestrebt, auf dem Schachbrett der psychologischen Kriegsvorbereitung die wirkungsvollsten Züge beizusteuern und erfreut sich hierbei der wohlwollenden Unterstützung der hierfür zuständigen Ministerien.

Der Militärschriftsteller Förtsch hatte sehr richtig erkannt, daß die Festigung des Bündnisses zwischen der NSDAP und der Wehrmacht auf der Blutlinie von Harzburg liege, und es entspricht der militärpolitischen Logik des Antibolschewismus, daß er vor einiger Zeit an einem von der Nato herausgebrachten mehrsprachigen Werk als Vertreter der Bundeswehr mitarbeitete und daß er anscheinend auf Grund seiner Erfahrungen, die er in den Ostfeldzügen Hitlers sammeln konnte, Chef der Planungsabteilung und stellvertretender Chef des Generalstabes

im Hauptquartier der Nato für Europa wurde. Als solcher fährt er im März d. J. — er ist inzwischen General geworden — nach Washington, um die Nato bei Besprechungen im amerikanischen Verteidigungsministerium zu vertreten. „General Förtsch wird bei dieser Gelegenheit auch militärische Einrichtungen und die Offiziersakademie West-Point besuchen, wo er vor den Kadetten einen Vortrag" halten wird. — Hoffentlich vertauscht der gegenwärtige General und ehemalige Oberstleutnant nicht sein Manuskript und spricht über „Der Führer und die Wehrmacht".

Kann nicht der Hitler verehrende, den zweiten Weltkrieg bejahende, die Atombomben-Politik der Stärke propagierende und den Stahlhelm-Geist rühmende CDU-Abgeordnete Professor Jordan als Musterexemplar der Harzburger Menagerie von gestern und heute bezeichnet werden? Wir sollten ihm dankbar sein, daß er es uns so leicht macht, die Harzburger Linie von 1931 bis 1960 zu verfolgen!

Muß es nicht als ein wahres Symptom der Harzburger Gesinnung gewertet werden, daß einem nationalsozialistischen Völkerrechts- und Staatsrechtsverdreher, wie Professor Dr. Otto Koellreutter, und nationalsozialistischen Propagandisten die Schulung des bundesdeutschen Beamtennachwuchses auf einer Verwaltungsakademie überlassen bleibt?

In diesem Harzburger Reigen ist der nationalsozialistische Propagandaschreiber von gestern und heute (Erich K e r n , alias Erich Kernmayr) einer jener publizistischen Knechte — Landsknechte —, die nicht ohne Erfolg bestrebt sind, zur Schlamm-Flut des Kalten Krieges unter Berufung auf ihre SS- und NS-Vergangenheit auch einige braune Ergüsse beizusteuern, die nur allzu gern entgegengenommen und gut honoriert werden.

Das letzte Glied in unserer sehr unvollständigen Kette des Harzburger Ringes bildet jener heutige Minister Schäffer, der es 1922 ablehnte, gegen die Rechtsradikalen einzuschreiten, weil er in ihnen Verbündete gegen die „Sozialdemokratie" sah; der zehn Jahre später „gegen eine Kanzlerschaft Hitlers ... keine prinzipielle Einwendung" erhob und der noch ein Jahr später bereit war, „in eine Regierung Hitler einzutreten", und der gleiche Herr Schäffer ist es heute, der im Sinne der Harzburger Blutlinie in einem in zwei Staaten geteilten Lande die Einführung der Todesstrafe für „Landesverräter" fordert und Gesetze zu schaffen wünscht, die z. B. Ausführungen, wie die hier gemachten, verhindern würden.

Der Kalte Krieg der Harzburger findet im Saale statt...

„William Schlamm ruft es der Intelligenz zu, Karl M o m m e r seinen sozialdemokratischen Parteifreunden, Pater L e p p i c h seinen erschrockenen Zuhörern und einige Bundesminister über die Aktion „Rettet die Freiheit" dem ganzen Bundesvolk: Wir wollen ein Volk von Antikommunisten werden ...

Manchem Bürger wäre die Antwort leicht gemacht, wenn der Antikommunismus eine nagelneue, politische Haltung wäre. Das ist er aber nicht. Er hat seine Geschichte, eine keineswegs fleckenlose Geschichte, wie man sich erinnert. Er hat auch seine Schattierungen, und nicht jede dieser Schattierungen kann als honorig gelten.

Wer sich in die Reihen der Antikommunisten stellt, ist gegen schlechte Gesellschaft nicht versichert. Er kann in die fatale Lage kommen, sich für ein Plakat verantwortlich fühlen zu müssen, das einen Sowjetsoldaten als knochenbrechendes Ungeheuer zeigt; die Anhänger der überkommenen Untermenschentheorie sind auch Antikommunisten. Er kann es nicht ändern, wenn einem seiner hochgestellten Mitstreiter wieder einmal der Kreuzzugssäbel juckt; denn jene Leute, die von den „Roten" sprechen und den Leibhaftigen meinen, sind auch Antikommunisten. Es kann ihm passieren, daß auch in seinem Namen Opposition verleumdet, Kritik diffamiert wird, Gesinnung klischiert und Gewissen eingelullt werden; denn die Hexenjäger und die Feinde einer freien Lebensordnung sind ja meist auch Antikommunisten ...

Weiterhin wird die stumme Frage umgehen: „Sind Sie schon Antikommunist?" Aber man kann sie mit gutem Gewissen so beantworten: „Nein, danke, ich bin darüber hinaus. Ich bin ein freier Bürger . . ."

„Die Welt" (40)

Kriege, d. h. weltanschauliche, militärische Kreuzzüge werden in unserer Zeit nicht nur von Generalstäblern vorbereitet und begonnen, sondern der Krieg wird im Kino um die Ecke, in der Zeitung und der Illustrierten, er wird an der großen Front der geistigen Beeinflussung vorbereitet. Hierzu gehören aber auch Organisationen, deren Aufgabe es ist, den Kalten Krieg zu intensivieren und damit den Heißen Krieg geistig vorzubereiten.

Um dem Leser ein Bild davon zu vermitteln, von wievielen Organisationen — die meist aus den gleichen finanziellen Quellen gespeist werden — hierzulande die Kalte Kriegs-Propaganda betrieben wird, seien im folgenden einige von ihnen genannt. Man muß kein Psychologe sein, um zu erkennen, daß die Manager dieser Vereinigungen, deren Tätigkeit mit ihrer wirtschaftlichen Existenz identisch ist, an einer Beendigung der weltpolitischen Spannungen ebenso wenig interessiert sind als etwa jene, deren wirtschaftliche, politische und militärische Stärke nicht zuletzt in der Fortdauer des Kalten Krieges liegt.

Unter den regierungsamtlichen Kalten Kriegs-Organisationen verdient vor allem die „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" erwähnt zu werden. Ihr Gründer war der inzwischen verstorbene Staatssekretär Dr. Otto Lenz. Die Arbeitsgemeinschaft verfügt über außerordentlich hohe Geldmittel, die sie in einer äußerst aggressiven, antibolschewistischen Propaganda umsetzt.

Der „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen" steht unter der Leitung eines Mannes, der sich Dr. Theo Friedenau nennt. Er bezeichnet sich fälschlicherweise als Doktor und heißt in Wirklichkeit Horst Erdmann und war hauptamtlich als Gaujugendwalter im Dritten Reich tätig.

Die kürzlich aufgelöste „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" war bestrebt, mit Hilfe gefälschter Dokumente und Briefe den Kalten Krieg zu schüren, und brachte durch ihre Propaganda- und Terroraktionen Hunderte von Menschen in Zuchthäuser. Ihr ehemaliger Leiter, Ernst Tillich, hielt sich längere Zeit in Amerika auf und war von der Organisation „Kreuzzug für Europa" eingeladen, Vorträge über die „Soziologie der Halbkommunisten" zu halten. Als solche bezeichnete er auch Spitzenfunktionäre der SPD und des DGB.

Der Gründer des „Volksbund für Frieden und Freiheit" und dessen langjähriger zweiter Vorsitzender war der eben schon erwähnte Dr. Eberhard Taubert, der sich im Dritten Reich als Ministerialdirektor im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda betätigte.

Im Jahre 1958 wurde in München der „Deutsche Kreis 1958" gegründet, der das Handwerk der antibolschewistischen Propaganda auf höherer und teils intellektuellerer Ebene betreiben soll.

Doch alle diese Bauern auf dem Schachbrett des Kalten Krieges wurden durch die im Jahre 1959 aus der regierungsamtlichen Taufe gehobene Organisation „Rettet die Freiheit" in den Schatten der Kriegspropaganda gedrängt. Dieser Verein unterscheidet sich vor allem von den vielen anderen schon bestehenden Organisationen dadurch, daß hier offener als sonst üblich die regierungsamtliche Beteiligung an das restaurative Tageslicht trat. Vorsitzender dieser Vereinigung ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Rainer Barzel. Zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufes gehören neben Bundesministern rechtsgerichtete Professoren und Funktionäre der sogenannten Vertriebenenverbände. Der SPD-Pressedienst bezeichnete diese Gründung als eine „von der Bundesregierung

angeregte und unterstützte Propagandaaktion der psychologischen Kriegsführung". Sie wird aus Quellen der Industrie und aus den dem Minister Strauß zur Verfügung stehenden Mitteln für „psychologische Kampfführung" (1958 waren es DM 716 000 und 1959 waren es DM 809 400) gespeist. Über die Ursache dieser Gründung schrieb ein gutunterrichtetes Nachrichtenmagazin:

„Tatsächlich waren es die propagandistischen Erfolge der Atomtod-Bewegung, die direkt zur Vereinsgründung der Freiheits-Retter führten. ‚Rettet die Freiheit' soll eine Anti-Anti-Atomtod-Bewegung werden. Welche Freiheit damit gerettet werden soll, macht ein Blick auf Geburtshelfer, Förderer und Gründer deutlich. Darunter befinden sich Verteidigungsminister Strauß, Innenminister Schröder und Staatssekretär Globke. Ferner: der Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Ruge, der Leiter des Ministerbüros Strauß, Major Fred Sagner, der christdemokratische Bundestagsabgeordnete Rainer Barzel, dem die Katholische Nachrichtenagentur die Einsicht zuschreibt, daß „auch das Atom ein Geschenk Gottes" sei, und der Freiherr von der Heydte, Mitglied jener „Abendländischen Akademie", die von der Demokratie nichts hielt" (41).

Als wahre klassische Beispiele der Harzburger Gesinnung müssen die „Abendländische Akademie" und die „Deutsche Atlantische Gesellschaft" bezeichnet werden. Etwas stärker nach rechts neigend ist die durch den Bayerischen BHE im Mai 1959 erfolgte Gründung der „Nationaldemokratischen Union". Ein Versäumnis wäre es, in diesem Zusammenhang nicht den „Witikobund" zu erwähnen, der eine Zusammenfassung jener prominenten Nationalsozialisten aus Henlein's Partei darstellt, die heute in den Vertriebenenverbänden eine führende Rolle spielen und deren nach innen und außen gerichtete aggressive Politik bestimmen.

Abschließend seien noch Vereinigungen und Zusammenschlüsse wie die „Bruderhilfe"; das „Komitee zum Schutze der Bürger gegen Diffamierung durch die Linkspresse" (München); das „Komitee zur Wiederherstellung der historischen Wirklichkeit" (Coburg); die „Gesellschaft zum Studium von Zeitfragen" (Mainz) genannt, die das restaurative Bild der Harzburger Organisationen des Jahres 1960 abrunden. Zu ihnen müssen wir allerdings noch die rund 1200 bestehenden SS-, Soldaten- und Marinebünde sowie einen großen Teil der Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen zählen.

Nicht alle der hier genannten Vereinigungen stehen unter der Führung ehemaliger NS-Propagandisten und nicht alle legen schwarze Listen der ihnen unangenehm erscheinenden Personen an. Aber alle, jede in ihrer Art, sind bestrebt, nach bestem Wissen und Gewissen die restaurative Entwicklung und damit die vor sich gehende und ihrer Vollendung entgegenstrebende schleichende Machtergreifung der Harzburger von gestern und heute zu fördern.

Angesichts der vielen Freiheitsretter drängt sich doch dem Betrachter die Frage auf, ob überhaupt die Freiheit der Bundesrepublik bedroht ist. Diese Frage ist zweifellos in bejahendem Sinne zu beantworten.

Die Freiheit der Bundesrepublik und die der Rechtssprechung ist bedroht durch die Richter, die im Dritten Reich Unrecht gesprochen haben und von denen viele das ihre dazu beitrugen, die Mordaktionen der Nationalsozialisten juristisch zu tarnen und deren illegale Handlungen zu legalisieren und die heute wieder im Amte sind, und sie ist bedroht durch alle jene, die Rechtsprechung mit Rechts-Sprechung verwechseln!

Die Freiheit der Bundesrepublik und die der Hochschulen ist bedroht dadurch, daß ehemalige NS-Theoretiker heute wieder lehren und daß die Korporationen an den bundesdeutschen Hochschulen an Stärke und Einfluß ständig im Anwachsen sind und daß es Rektoren gibt, die es mit ihrer akademischen Würde ver-

einbaren können, einem Herrn William Schlamm die Hörsäle zur Verfügung zu stellen!

Die Freiheit der Bundesrepublik und die der Presse ist bedroht durch die großen Zeitungskonzerne, die ihrerseits wiederum von Großunternehmen finanziell abhängig sind und denen von diesen der publizistische Weg abgesteckt wird, und sie ist bedroht von Gesetzen, die die Freiheit der Meinung einzuschränken wünschen!

Die Freiheit der Bundesrepublik und die der Gewerkschaften ist bedroht durch Grundsatzentscheidungen hoher Gerichte, die Streiks unter Strafe stellen, und die stark vorhandenen Tendenzen, die Gewerkschaften zu unpolitischen Interessenverbänden der Arbeiter und Angestellten zu degradieren!

Die Freiheit der Bundesrepublik und aller in diesem Staate lebenden Menschen ist bedroht durch die Pseudoverteidiger der Freiheit, durch die „Freiheitskämpfer" des Kalten Krieges, und sie ist nicht zuletzt dadurch bedroht, daß man Andersdenkende als Kommunisten diskriminiert!

Diese bedrohte Freiheit der Bundesrepublik muß gegenüber jenen verteidigt werden, die zwar nicht mehr braune Hemden tragen und Heil Hitler brüllen, die aber in ihren gutsitzenden Einreihern und in ihren Reden von der Notwendigkeit der Rettung des Abendlandes und mit dem von ihnen propagierten Geist von Harzburg um vieles gefährlicher sind.

Die restaurative Praxis der Harzburger des Jahres 1960

„Die eigentliche Gefahr für die Demokratie sind nicht die Grüppchen der Deutschen Reichspartei und die wichtigtuerischen, neurotischen Anstreicher, sondern die in dem Staats- und Gesellschaftsapparat sitzenden Halbdemokraten, die über ihre vergangenen Sünden und Irrtümer nicht hinwegkommen und daher immer wieder für solche Fehler anfällig werden oder sie doch bei anderen decken."

Der Limburger Weihbischof Walter Kampe

Im Rahmen der bisherigen Darlegungen wurde der Versuch unternommen, die geistigen Ursachen der Harzburger Tendenz unserer Zeit zu skizzieren, und es wurde des weiteren mit Hilfe einiger weniger Bispiele auf die personelle Identität der Verfechter dieser Politik vor und nach 1945 hingewiesen. Auch die Organisationen und Vereinigungen, die unter der Nebelwand der antibolschewistischen Propaganda antidemokratische und autoritäre Tendenzen vertreten, wurden — wenn auch ohne Anspruch auf Vollständigkeit — angeführt.

Doch wie wirken sich diese mannigfaltigen Agitationswellen des Kalten Krieges und der Harzburger Gesinnung praktisch aus?

Sie wirken sich so aus, daß ein rechtsradikaler Schriftsteller in einer „Analyse der deutschen Situation" zu dem Resultat gelangt, „die Entfaltungsmöglichkeiten des deutschen Nationalismus sind durch die Wandlungen der letzten Zeit wesentlich günstiger geworden" (42); daß ein Angehöriger des Jahrganges 1938 nach Erfüllung seines Grundwehrdienstes der Überzeugung Ausdruck gibt, daß „das nationalsozialistische Gedankengut in bestimmten Bundeswehrkreisen heute noch sehr lebendig ist", und des weiteren auf Grund seiner persönlichen Erlebnisse und Eindrücke zur folgenden Feststellung gelangte:

„Ich glaube, daß der Jugend kein guter Dienst erwiesen wird, wenn unverbesserliche, ehemalige Waffen-SS- und ‚Großdeutschland'-Angehörige heute wieder als Ausbilder bei der ‚demokratischen' Bundeswehr fungieren.

Ebenso hatten wir Wehrpflichtige immer ein ungutes Gefühl, wenn in einer extremen und kompromißlosen Form über aktuelle politische Probleme gesprochen wurde. Immer wieder war von den ‚kommunistischen Todfeinden' die Rede. Wer versuche, den Linksradikalismus in irgendeiner Form zu bagatellisieren, sei entweder eine geistige Matt-

scheibe oder aber ein Verbrecher. Bei dieser Art politischer Belehrung wurde mitunter sogar die legale politische Linksopposition in der Bundesrepublik mit den Kommunisten in einem Atemzug genannt.

Ich weiß nicht, was mit der unbedingten Kompromißlosigkeit erreicht werden soll. Ich glaube nur, daß diese extremen Kreise bei der Bundeswehr dem Frieden auf die Dauer nicht förderlich sind." (43);

daß Angehörige der Bundeswehr vormilitärische Lehrgänge der neonazistischen Jugendbewegung „Junge Adler" leiten, „die Kinder trugen schwarze Uniformen mit Schulterriemen und die Übungen gingen bis zum Strafexerzieren" (44); daß die rechtsradikale Marinejugend, deren Aufnahme von Stadt- und Landesjugendringen wegen ihrer extremen Gesinnung verweigert wurde, an Übungen der Bundesmarine teilnimmt; daß Bundeswehrangehörige in Uniform nach Lourdes wallfahrten; daß einflußreiche Kreise der Bundesrepublik mit dem innenpolitisch gefährlichen und dem militärisch provokatorischen Gedanken spielen, einen neuen „Volkssturm" aufzustellen, den man „Landeswehr" (45) nennen möchte; daß die Hamburger Polizei anläßlich einer „Reichsgründungsfeier" der DRP gegen die demonstrierenden Demokraten in einer Art und Weise vorgeht, daß sich der Bezirksvorstand der IG Metall zu der folgenden Stellungnahme veranlaßt sah:

„Anscheinend haben einige leitende Beamte noch nicht begriffen, was wir zur Verteidigung der Demokratie und zum Schutz des Ansehens der anständigen Menschen in Deutschland tun müssen. Die Vorgänge erinnern uns peinlich an die Zeit vor 1933, in der ja auch die republikanische Polizei die Demokraten niederknüppelte und die Antidemokraten schützte." (46);

daß ein Abgeordneter, wie Dr. Thomas Dehler, in aller Öffentlichkeit erklärt, der Bundesverband der Deutschen Industrie, vertreten durch „die Herren Fritz B e r g und Gustav S t e i n", habe versucht, die Politik der FDP in der Saar-Frage zu beeinflussen, und daran die folgende Kommentierung knüpft:

„Das ist die schlimmste Seite des Kapitalismus, wenn er versucht, sich in politische Macht umzusetzen...

Ich habe es als Parteivorsitzender immer abgelehnt, für finanzielle Unterstützung von außen irgendwelche politischen Zugeständnisse zu machen und ich habe mir dadurch den Groll dieser Leute zugezogen" (47).

Ein wichtiges Instrument zur Durchführung der Harzburger Politik sind die von den Unternehmerverbänden gegründeten Organisationen, deren Aufgabe es ist, die Regierungsparteien — und manchmal auch Parteien, die noch weiter rechts stehen — finanziell zu unterstützen und damit weitestgehenden Einfluß auf deren Politik zu nehmen. Sie nennen sich Fördergesellschaften und wurden auf Grund eines Beschlusses der im Bundesvorstand der Deutschen Industrie und in der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände zusammengeschlossenen gewerblichen Wirtschaft im Jahre 1952 gegründet. Als ihre Aufgabe bezeichneten es ihre Gründer, „die soziale Marktwirtschaft von Minister E r h a r d zu unterstützen". Als im Juli 1953 seitens der SPD auf die Finanzierung neonazistischer Unterwanderer innerhalb der Deutschen Partei durch die Fördergesellschaften hingewiesen wurde, wandten sich die Repräsentanten dieser Vereinigung in einer Verlautbarung sehr energisch gegen die Beschuldigung, sie hätten bewußt rechtsradikale Kreise unterstützt. Drei Jahre später erfuhr die Öffentlichkeit, daß eine eindeutig antidemokratische Gruppe, wie die DRP, von der Fördergesellschaft Niedersachsen unterstützt wird, obwohl diese Gesellschaften auf Grund ihrer Statuten nur jenen Parteien finanzielle Hilfe zukommen lassen dürfen, deren Bestrebungen „sich nicht gegen die freiheitliche Ordnung richten".

Am 25. November 1952 wurde beim Amtsgericht Köln unter der Nummer 2231 und dem Namen „G e m e i n s c h a f t z u r F ö r d e r u n g d e s s o z i a l e n

Ausgleichs" eine neue Vereinigung registriert, die sich nur zu bald als „Waage-Verein" der Öffentlichkeit repräsentierte.

Die Fördergesellschaften treten in den Bundesländern unter verschiedenen Namen auf:

Bayern: „Volkswirtschaftliche Gesellschaft Bayern e. V."

Bremen: „Verein zur Förderung der freien Marktwirtschaft in Bremen e. V."

Hamburg: „Verein zur Förderung des hamburgischen Wirtschaftslebens e. V."

Hessen: „Fördergesellschaft der Hessischen Wirtschaft e. V."

Niedersachsen: „Institut für die Niedersächsische Wirtschaft e. V."

Nordrhein-Westfalen: „Verein zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft in NRW."

Rheinland-Hessen: „Verein zur Förderung der rheinischen Wirtschaft e. V."

Rheinland-Pfalz: „Verein zur Förderung der pfälzischen Wirtschaft."

Schleswig-Holstein: „Zentralausschuß der Schleswig-Holsteinischen Wirtschaft e. V."

Baden-Württemberg: „Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg e. V."

Zu ihnen gesellen sich noch wirtschaftspolitische Unterorganisationen, wie z. B. in Bayern der „Wirtschaftspolitische Verein des Groß- und Außenhandels".

Die Beeinflussung gewisser Parteien, bzw. Politiker, geschieht durch die in Bonn tätigen rund 300 Büros verschiedener Firmen und Verbände. Im Bonner Telefonbuch kann man z. B. die Bekanntschaft mit Organisationen wie mit dem „Fachverband Deutscher Schmalzsiedereien und Talgschmelzen", mit der „Fachvereinigung Hufeisen und Hufnägel", mit der „Viehverkehrs-Gesellschaft Deutscher Viehverwertungsverbände G. m. b. H.", mit dem „Verband Deutscher Rauch-, Kau- und Schnupftabakhersteller", mit dem „Zentralverband des Butter-, Käse-, Fettwaren-, Eier-, Wild-, Geflügel-, Honig-Großhandels" machen. Dazu kommen bekannte Vereinigungen wie „Deutscher Genossenschaftsverband e. V.", „Deutscher Raiffeisen-Verband e. V.", „Zentralverband des Deutschen Handwerks" usw...

Neben diesen hier genannten Vereinigungen unterhalten große und kapitalkräftige Einzelfirmen in der Bundeshauptstadt eigene Büros. Diese dienen als Verbindungsstellen zu parlamentarischen Kreisen. Die offizielle Aufgabe dieser Agenturen ist es, sowohl mit den Parlamentariern wie auch den Ministerien Verbindung zu halten und diese fachlich und sachlich zu unterrichten, bzw. die Interessen ihrer Firmen zu vertreten. Hierbei liegt das Schwergewicht eindeutig auf dem Kontakt zu den Ministerien.

In den letzten Jahren hat die „Bearbeitung" der Abgeordneten unmittelbar vor Abstimmungen schon sehr handfeste Formen angenommen. So wurde z. B. beobachtet, daß Interessenvertreter verschiedener Verbände in der Vorhalle des Plenarsaales bereits fertigausgearbeitete Zusatzanträge an die Abgeordneten verteilen. Es wurde des weiteren berichtet, daß es Abgeordnete während der Beratung eines wichtigen Gesetzes vorgezogen hätten, wegen der Belästigung

durch Interessenvertreter ihr Mittagessen nicht mehr im Bundeshausrestaurant einzunehmen. Es handelt sich bei der Tätigkeit dieser sogenannten Lobbyisten im wesentlichen um Leute, deren Aufgabe es ist, unbequeme Stimmen mit politischem Honig zu versüßen, Fette und Öle, die eine „schmierende" Wirkung erzeugen, zu verbreiten und politisch angehauchten Schnupftabak anzubieten.

Auch die Macht der Konzerne und Monopole, die durch diese Vereinigungen und Verbände vertreten werden und weitgehendst die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik beeinflussen, gehört zu der Harzburger Gesinnung des Jahres 1960. Es ist nicht zuletzt auf ihren Einfluß zurückzuführen, daß es in den letzten Jahren bei Wahlen immer wieder zur Bildung von „Bürgerblocks" und „Antimarxistischen Listen" gekommen ist, die als klassischer Ausdruck der Harzburger Gesinnung gelten können.

Schon im Jahre 1949 kam es anläßlich der Hamburger Bürgerschaftswahl zur Gründung eines „Vaterstädtischen Bundes", dem die CDU, die FDP und die „Deutsche Konservative Partei" angehörten. 1952 wurde in Wilhelmshaven ein „Antimarxistischer Wahlblock" gebildet, in dem außer der CDU, der DP und FDP die „Nationale Opposition", die DRP und die SRP vereint waren. Diesem Block hatte sich des weiteren der „Deutsche Handlungsgehilfen-Verband", die SRP-Gründung „Deutscher Arbeiterverband", ferner ein „Verband der Kriegsbeschädigten", die Haus- und Grundbesitzer-Vereine und schließlich zu allem Überfluß der „Stahlhelm mit Frauenbund Königin Luise" (48) angeschlossen.

Ein Jahr später entstand der gegen die rote Stadtverwaltung gerichtete „Hamburger Block", der sich aus CDU, FDP, DP und BHE zusammensetzte. Damals berichtete eine Zeitung: „Die Siegesgewißheit des „Hamburger Blocks", durch persönliche Briefe Dr. Adenauers noch gestärkt, ist so stark, daß bereits jetzt fertige Pläne vorliegen, wie die Mandate unter den Wahl-Block-Partnern aufgeteilt werden sollen" (49).

Über diese so stark vorhandenen Tendenzen der Block-Bildung schrieb das Zentralorgan des Deutschen Gewerkschaftsbundes im März 1954:

„Solche Blockbildungen haben etwas Verführerisches. Sie stärken das Machtbewußtsein der Mehrheitsgruppe. Sie tragen die Gefahr in sich, daß man auch bei anderen Anlässen das Gewicht der geschlossenen Stimmen gegen den Widerspruch durchzusetzen sucht, der sachlich stark begründet ist. — Wenn der Meinungsaustausch im Parlament, der dem Außenstehenden oft so ermüdend erscheint, nicht zur Klärung und zum gesunden Kompromiß, sondern nur zur Instandsetzung des Abstimmungsapparates einer festgefügten Mehrheit führt, dann erstarrt die Demokratie in einem unfruchtbaren Formalismus" (50).

Wie verschwommen die Grenzen zwischen der Harzburger Blockbildung und dem eindeutig rechtsradikalen Lager sind, beweist die „Arbeitsgemeinschaft Vaterländischer Verbände" in Hamburg, die von dem zweiten Vorsitzenden des Hamburger Stahlhelms ins Leben berufen wurde. Ihr gehören u. a. die folgenden Vereinigungen an: der Frauenbund „Königin Luise", die „Gesellschaft für deutsche Tradition e. V.", der Frauenverein „Die Hanseatin", die „Arbeitsgemeinschaft der West- und Übersee-Vertriebenen", der „Deutsche Marinebund" und der „Bund ehemaliger deutscher Fallschirmspringer", der „Bund der Frontsoldaten", „Der Stahlhelm" sowie verschiedene andere Soldatenverbände und Flüchtlingsorganisationen.

Im Jahre 1955 schlossen sich in Bremen die CDU, DP und FDP sowie der BHE mit dem Ziel zusammen, „die Regierung des Sozialdemokraten Kaisen durch eine solche dieser Parteien zu ersetzen" (51). Diesem Block traten dann noch die folgenden Gruppen bei: DRP, „Wählergemeinschaft der Fliegergeschädigten", „Verband der Entnazifizierungsgeschä-

digten", „Notgemeinschaft des Mittelstandes" sowie eine „Gruppe der sozialen Mitte".

1957 erfolgte in Wetzlar die Gründung einer „Sozial-konservativen Gesellschaft", in der sich die DP mit der FDP zu vereinigen suchte.

Diese Beispiele der antidemokratischen Blockbildung könnten noch lange fortgesetzt werden, und dieser Ausdruck der Harzburger Gesinnung ist auch für die Politik der Bundesregierung nach innen und außen, aber auch für das Verhalten Bundeskanzlers Dr. Adenauer gegenüber der Opposition, sowie gegen Andersdenkende in den eigenen Reihen oder innerhalb der mit ihm verbündeten Parteien charakteristisch. Nur so ist es auch zu erklären, daß sich z. B. ein Herr Oberländer beim Regierungschef größerer Sympathie als der CDU-Abgeordnete Peter Nellen erfreut.

Der Geist von Harzburg und das Notstandsgesetz

„Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft. Aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren."

Der SPD-Abgeordnete Wels am 23. März 1933 — einen Tag vor der Verkündung des „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" — bei der Reichstagsdebatte über das von Hitler geforderte Ermächtigungsgesetz.

„Die Dinge sind so weit gediehen, daß ich, obwohl ich die Notwendigkeit einer Notstandsgesetzgebung anerkenne, sage: Dieser Regierung gebe ich kein Notstandsrecht, weil ich das Gefühl habe, daß sie keine demokratische Regierung ist. Die Entwicklung in Bonn ist gefahrdrohend für unser Volk — außenpolitisch und, wenn es darauf ankommt, auch innenpolitisch."

Bundestagsabgeordneter Thomas Dehler im November 1959 (52).

Die Auswirkungen des Ungeistes von Harzburg bei Behörden und Ministerien sind ebenso vielseitig wie mannigfaltig, und diese nicht bewältigte oder neuauferstandene Vergangenheit begegnet uns in Gestalt von Ministern, Ministerialräten, Richtern, Polizeipräsidenten usw., usw., so daß wir uns hier aus Platzmangel darauf beschränken, auf ein Gewächs dieser schleichenden Machtergreifung, und zwar die Notstandsgesetzpläne der Bundesregierung, hinzuweisen.

Gesetze sind das Spiegelbild der jeweiligen Staatsform und der politischen Machtverhältnisse. Selbst für Analphabeten der Zeitgeschichte sollte klar sein, daß die „Machtergreifung" nicht am 30. Januar 1933 wie ein braunes Gewitter aus heiterem demokratischen Himmel kam, sondern daß ihr die schleichende Machtergreifung der Harzburger voranging.

Eine wichtige Schnellzugsstation der republikanischen Fahrt ins Verderben war auf dem gesetzlichen Sektor die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932, auf Grund „des Artikel 48, Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung":

„Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des Preußischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des Preußischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissar des Reiches mit der Führung der Preußischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des Preußischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der Preußischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der Preußischen Staatsminister zu. Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der Preußischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des Preußischen Staatsministeriums aus.

Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft."

Nach Artikel 48 der Reichsverfassung war die Einsetzung eines Reichskommissars sehr wohl möglich, und es gab in der Geschichte der Weimarer Republik dafür schon ein Beispiel, und zwar im März 1920, als Reichspräsident Ebert den Artikel 48 gegen eine sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierung in Sachsen in Anwendung brachte. Damals entschloß sich die Reichsregierung, „dem militärischen Befehlshaber die vollziehende Gewalt zu übertragen".

Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, daß sich der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident von Preußen, Otto Braun — der nach seinen Angaben im Jahre 1920 gegen die „Anwendung des Artikel 48 der Verfassung gegen verfassungsgemäß eingesetzte Minister" (53) war —, 1932 von Hindenburg sagen lassen mußte: „Was wollen Sie, Ihr verstorbener Freund ist ja seinerzeit gegen die sächsische Regierung viel schärfer vorgegangen als ich." (54)

Sicherlich ist es richtig, wenn in der nach 1945 erschienenen politischen Publizistik der Bundesrepublik darauf hingewiesen wird, daß die Voraussetzungen des Eingreifens der Reichsgewalt gegen die Preußische Regierung im Jahre 1932 durch Papen selbst nach Artikel 48 fehlte. — Diese zwei Voraussetzungen, daß das in Frage kommende Land Preußen die ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt habe oder daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet sei, war 1932 in Preußen ebenso wenig als zwölf Jahre vorher in Sachsen gegeben. Doch die Legalitiker der nach 1945 erschienenen politischen Publizistik haben noch immer nicht begriffen, daß man Gesetze sehr wohl auslegen kann und daß ihre Anwendung nicht zuletzt eine Machtfrage ist und daß die Gegner der Demokratie niemals gezögert haben, die ihnen zur Verfügung stehende, wirtschaftliche und militärische Macht weitgehendst in die Waagschale des politischen Geschehens zu werfen, um diese damit zu ihren Gunsten zu neigen. — Diese Feststellung bezieht sich nicht nur auf die Vergangenheit!

Der Anwendung des Artikel 48 im Juli 1932 folgte im März 1933 das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich". Damit war der Hitlerdiktatur auch der scheinlegale Weg geöffnet, und des weiteren war auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung der Kreis von Harzburg geschlossen.

Mit Hilfe des Artikels 48 wurde die deutsche Demokratie vernichtet, und sehr richtig gelangte eine in Südwestdeutschland erscheinende Tageszeitung zu folgenden Erkenntnissen:

„Schließlich gingen die Dinge so, wie sie gekommen sind. Das Ganze endete über das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 in der Diktatur... Streng genommen könnte man den Notstandsgesetzentwurf des Bundesinnenministers mit jenem Ermächtigungsgesetz vergleichen, gegen das damals die Sozialdemokraten als einzige Partei gestimmt haben..." (55).

Die sich ergebenden Parallelen zwischen dem Artikel 48 der Weimarer Republik und seinen beidermaligen, mißbräuchlichen Anwendungen und dem Notstandsgesetzentwurf Minister Schröders sind unübersehbar. Nicht ohne Grund hatte der Parlamentarische Rat bei der Ausarbeitung des Grundgesetzes ganz bewußt darauf verzichtet, den § 48 der Weimarer Verfassung zu übernehmen, denn man war mit Recht der Meinung, daß der Artikel 91 der bundesdeutschen Verfassung voll genüge, der es der Bundesregierung jederzeit ermögliche, alle in den Ländern vorhandenen Polizeikräfte — ihre Zahl beträgt über 100 000 Mann — und den Bundesgrenzschutz einzusetzen. Vielleicht ist es auch gut, daran zu erinnern, daß die Militärgouverneure während der Beratung des Grundgesetzes am 22. November 1948 in einem Memorandum dahingehend ihren Wunsch zum Ausdruck brachten, „daß die Ausnahmebefugnisse der Exekutive, wenn über-

haupt, so beschränkt werden müssen, daß sie unverzüglich einer gesetzlichen oder gerichtlichen Nachprüfung bedürfen".

Ehe wir auf Grund und Ursachen der Notstandsgesetzgebung der Bundesregierung eingehen, sei dieser „Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Ergänzung des Grundgesetzes" im folgenden wiedergegeben:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates unter Einhaltung der Vorschrift des Artikels 79 Abs. 2 des Grundgesetzes das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

In das Grundgesetz wird hinter Artikel 115 folgender neuer Abschnitt X a eingefügt:

X a — Ausnahmezustand, Artikel 115 a

(1) Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, der mit den Mitteln des Artikels 91 nicht mehr begegnet werden kann, kann der Bundestag den Ausnahmezustand beschließen. Sein Beschluß wird vom Bundespräsidenten verkündet.

(2) Stehen der Beschlußfassung des Bundestages unüberwindliche Hindernisse entgegen, so kann bei Gefahr im Verzug der Bundespräsident mit Gegenzeichnung des Bundeskanzlers den Ausnahmezustand anordnen und verkünden. Der Bundespräsident soll zuvor die Präsidenten des Bundestages und des Bundesrates hören.

(3) Bei Verkündung des Ausnahmezustandes kann der Bundespräsident von den Vorschriften des Artikels 82 abweichen.

(4) Während des Ausnahmezustandes ist die Bundesregierung ermächtigt,

1. gesetzesvertretende Verordnungen zu erlassen, und zwar auch auf Sachbereichen, die nicht zur Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes gehören, sie auch abweichend von Artikel 82 zu verkünden und diese Befugnisse für bestimmte Aufgaben widerruflich auf Behörden des Bundes oder der Länder zu übertragen;

2. in solchen Verordnungen

a) für die Dauer des Ausnahmezustandes die Grundrechte aus Artikel 5, 8, 9, 11 und 12 über das sonst vorgesehene Maß einzuschränken und für Freiheitsentziehungen Artikel 104 Abs. 2 und 3 außer Kraft zu setzen, wobei eine richterliche Überprüfung gewährleistet sein muß;

b) bei Enteignungen abweichend von Artikel 14 Abs. 3 Satz 2 Art und Ausmaß der Entschädigung einer späteren Regelung vorzubehalten;

3. in gesetzesvertretenden Verordnungen, die spätestens mit Beendigung des Rechnungsjahres, in dem der Ausnahmezustand aufgehoben wird, außer Kraft treten, von den Vorschriften der Artikel 106 und 107 abzuweichen;

4. die Polizeikräfte des Bundes und die Polizeikräfte in den Ländern sowie, falls die Polizeikräfte nicht ausreichen, auch die Streitkräfte einzusetzen und zur einheitlichen Führung aller eingesetzten bewaffneten Kräfte einen Beauftragten zu bestellen;

5. die Ausführung der Bundesgesetze und gesetzesvertretenden Verordnungen sowie die Bundesverwaltung durch gesetzesvertretende Verordnungen für die Dauer des Ausnahmezustandes abweichend von Abschnitt VIII und X zu regeln.

(5) Während des Ausnahmezustandes endende Wahlperioden des Bundestages verlängern sich bis zum Ablauf von drei Monaten nach Aufhebung des Ausnahmezustandes. Während des Ausnahmezustandes endende Amtsperioden des Bundespräsidenten verlängern sich bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Aufhebung des Ausnahmezustandes. Der Bundestag kann Abweichendes beschließen.

(6) Sind im Verteidigungsfall die Nachrichtenverbindungen zum Sitz der Bundesregierung nicht nur vorübergehend unterbrochen oder ist die Bundesregierung außerstande, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, so sind die Ministerpräsidenten der Länder und, falls diese Voraussetzungen auch im Verhältnis eines Landes zu Teilgebieten dieses Landes gegeben sind, die Regierungspräsidenten, äußerstenfalls die leitenden Verwaltungsbeamten der Landkreise und kreisfreien Städte zu einstweiligen Maßnahmen im Sinne des Absatz 4 für ihren Bereich befugt. Einstweilige Maßnahmen nach Satz 1 können durch die Bundesregierung im Verhältnis zu nachgeordneten Behörden auch durch die Ministerpräsidenten der Länder jederzeit aufgehoben werden.

(7) Dem Bundestag ist von allen nach Absatz 4 und 6 getroffenen Maßnahmen Kenntnis zu geben. Er kann den Ausnahmezustand und die auf seiner Grundlage getroffenen Maßnahmen jederzeit aufheben.

§ 2

Artikel 143 wird aufgehoben.

§ 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft" (56).

Diese hier verlangte Änderung des Grundgesetzes bedarf der Zustimmung durch 2/3 der Abgeordneten, aber den sich daraus ergebenden Ausnahmezustand kann der Bundestag mit einfacher Mehrheit beschließen und wenn es nach Ansicht der Regierung oder des Innenministers zur „Abwehr einer drohenden Gefahr" notwendig ist, d. h., wenn dieser mit Hilfe des Artikels 91 des Grundgesetzes nicht begegnet werden kann, oder wenn es des weiteren bei der Einberufung des Bundestages bei dieser Abstimmung „unüberwindliche Hindernisse" gibt oder „Gefahr im Verzug" ist, dann kann der Bundespräsident ebenfalls die verfassungsgemäß bestehenden Gesetze außer Kraft setzen und den Ausnahmezustand verhängen.

Wann nach Ansicht der Bundesregierung ein solcher Gefahrenmoment eingetreten ist, darüber lesen wir in der „Begründung" dieses Gesetzentwurfes:

„Es muß sich um sehr ernste und schwere Gefahrenzustände handeln. Gedacht ist vor allem an die äußere Bedrohung des Bundes, die entweder schon zur Feststellung des Verteidigungszustandes geführt hat oder unmittelbar zu führen droht. Ein schwerer Notstand kann jedoch von einer feindlichen Macht auch mit den Mitteln des innenpolitischen Kampfes gegen den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes herbeigeführt werden. Selbst ein nicht von außen hervorgerufener innerer Notstand kann solche Ausmaße annehmen, daß er mit den Mitteln des Artikel 91 nicht mehr bekämpft werden kann."

Die gesamte nicht bedingungslos regierungstreue bundesdeutsche Presse ließ in ihren Kommentaren keinen Zweifel darüber, daß das Gesetz nur für den „inneren Notstand", d. h., gegen den „inneren Feind", gedacht ist:

FDP-Pressedienst vom 6. November 1958:

„Seit etwa einem Jahr werden dem Bundesbürger in sorgfältig abgewogener Dosierung Maßnahmen schmackhaft gemacht, die, wenn sie insgesamt Wirklichkeit würden, eine erhebliche Veränderung der „freiheitlich-demokratischen" Struktur der Bundesrepublik zur Folge hätten. Die Zielrichtung der geplanten „Reformen", die B r e n t a n o , Schäffer und Schröder in letzter Zeit vorgeschlagen haben, ist so eindeutig, daß man dahinter eine ordnende Hand vermuten muß. Dabei ist den Verantwortlichen allerdings insofern ein Regiefehler unterlaufen, als in letzter Zeit die Pläne zur Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte in derart rascher Reihenfolge bekannt werden, daß der an homöopathische Dosen zum Entzug seiner Freiheit gewohnte Bundesbürger hellhörig geworden ist.

Den vorläufigen Höhepunkt setzte Bundesinnenminister Schröder mit seinem Vorschlag, die Verfassungsschutzämter in Staatssicherheitsämter umzubenennen und ihnen Exekutivgewalt zu verleihen ...

Nach seiner Auffassung haben die Väter des Grundgesetzes bei der Wahl des Namens „Verfassungsschutz" eine wenig glückliche Hand gehabt. Bei der den Ämtern gestellten Aufgabe handele es sich um Staatssicherheit. Es soll den Beamten ermöglicht werden, jedem verfassungsmäßigen Träger der Staatsgewalt bei der Verwirklichung jener politischen Ziele zu helfen, die in den allgemeinen Wahlen die Billigung der Mehrheit gefunden haben."

Der Spiegel vom 22. Juli 1959:

„Der Eindruck, es mit einem Polizeiminister zu tun zu haben, der seine besonderen Dossiers für seine politischen Ziele und gegen seine politischen Gegner einzusetzen weiß,

hat sich in den vergangenen Wochen durch die Häufung Schröder'scher Andeutungen in der Fraktion erstmalig festgefressen und ist nicht ohne Folgen geblieben ....

Folgende Posten sind dubios: Konrad Adenauer muß bei zumindest physischer Gesundheit bleiben, 1961 noch einmal mit der Kanzlerschaft betraut werden.

Heinrich von Brentano abhalftern und Gerhard Schröder zum Außenminister machen, 1962 zurücktreten, und zwar unter der ausdrücklichen Bedingung, daß Gerhard Schröder ihm nachfolgt ... Herrlichen Zeiten geht die Bundesrepublik entgegen."

Revue vom 31. Oktober 1959:

„Das geht uns alle an! Es geht um unsere Verfassung! Die wichtigste Aufgabe des Bundesinnenministers Dr. Schröder ist es, unsere Verfassung zu schützen — vor jedem Mißbrauch, vor jedem Verfassungsbruch. Aber gerade Dr. Gerhard Schröder, der oberste Verfassungsschützer, will jetzt die Verfassung mißbrauchen: Wenn er sich durchsetzt, wird der Bundestag in den nächsten Wochen die Änderung unseres Grundgesetzes beschließen. Dann darf die Regierung immer, wenn sie „Notstand!" ausruft, unsere Grundrechte einschränken und ohne Kontrolle durch den Bundestag herrschen. Das ist höchst gefährlich! Zu genau wissen wir, wie leicht deutsche Politiker der Verführung zur Macht erliegen. Einige Minister unserer Regierung A d e n a u e r haben schon erkennen lassen, wie lästig ihnen Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Post- und Telefongeheimnis sein können. Und wissen wir, ob nicht nach Adenauer ein skrupelloser Ehrgeizling an die Spitze der Bundesregierung kommt? ...

Dr. Schröder malt die düsteren Schatten eines „Notstandes" an den Horizont und ruft zur „Vorsorge". Ja, sorgen wir vor, daß sich die fatale Entwicklung der Weimarer Republik nicht wiederholt! Damals gab der Notstandsparagraph 48 zwar B r ü n i n g die Möglichkeit, durch Notverordnungen mit der Minderheit zu regieren. Aber Hitler erhielt durch diesen Paragraphen die Chance, seine parlamentarische Macht in eine schrankenlose Diktatur umzufälschen. Ein Notstandsparagraph, leichtfertig gehandhabt nach dem Motto, „was Notstand ist, bestimme ich", wäre das Ende unserer Freiheit. Darum, Herr Dr. S c h r ö d e r : Hände weg vom Grundgesetz! Nie wieder Notstandsgesetze, die den Staat retten sollen und in Wirklichkeit die Demokratie zugrunde richten!"

Süddeutsche Zeitung vom 19. Januar 1960:

„Unser Bundesinnenminister hat seinen Ruf, ein forscher Mann zu sein, der zudem seines Kanzlers Ohr besitzt, wiederum bekräftigt. Vor einigen Monaten beendete er die Diskussion über die Rundfunkgesetzgebung kurzerhand dadurch, daß das Kabinett einen Gesetzesentwurf verabschiedete, über den man sich nun nachträglich zu unterhalten hat. Und heute wendet er das gleiche Verfahren auf die seit fünf Jahren diskutierte Notstandsgesetzgebung an, wobei die Begleitumstände, namentlich die Geheimhaltung des Kabinettsbeschlusses, das Ganze noch effektvoller gestalten. Man kann auch nicht sagen, es seien in diesem Gesetzentwurf über den Ausnahmezustand irgendwelche im Verlauf der öffentlichen Diskussion vorgebrachte Bedenken oder kritische Anregungen berücksichtigt worden. Im Gegenteil, es ist an dem Text, vom Standpunkt der parlamentarischen Demokratie und noch mehr natürlich der Opposition aus gesehen, sozusagen „alles dran". Tatsächlich hätte es danach eine starke Regierung mit einer ihr ergebenen Parlamentsmehrheit — wie sie heute besteht — theoretisch in der Hand, sich auf Grund irgendwelcher Vorkommnisse den Ausnahmezustand bescheinigen zu lassen und hinfort autoritär zu regieren."

Frankfurter Rundschau vom 19. Januar 1960:

„Aber der vorliegende Text zeigt, daß der Innenminister — wie es seinem Ressortdenken entspricht — vor allem den inneren Notstand vor Augen hat. Und hier wird die Sache gefährlich."

Westfälische Rundschau vom 19. Januar 1960:

„Das Erregendste dabei ist die unverblümte Art, mit der die Regierung Adenauer glaubt, nun auch die Bundeswehr bei innenpolitischen Konflikten einsetzen zu können ...

Was es an Verfassung und Gesetz in der Bundesrepublik gibt, reicht völlig aus, um die demokratische Grundordnung in Friedenszeiten zu schützen. — Nur vor einem hüte man sich: Mit dem Gedanken zu spielen, wirtschaftliche Schwierigkeiten, soziale Spannungen oder innerpolitische Differenzen mit Polizeimitteln „aufzufangen". Darauf hinzuweisen, besteht vor allem deshalb Veranlassung, weil der Gesetzentwurf den Artikel 9 des Grundgesetzes über die Koalitionsfreiheit auf die Liste derjenigen bürgerlichen Freiheiten gesetzt hat, die aufgehoben werden können ..."

Stuttgarter Zeitung vom 20. Januar 1960:

„Daß eine einfache Mehrheit des Bundestages das Recht haben soll, den unbefristeten Notstand auszurufen, ist eine Zumutung, die unmöglich hingenommen werden darf. Des Ministers Hinweis, man könne ja das Verfassungsgericht anrufen, grenzt an Zynismus, wenn man bedenkt, daß in diesem Notstand die sogenannten Grundrechte der Meinungs-, der Versammlungs-, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit und der Arbeitsplatzwahl aufgehoben werden können. Besonders schlimm dürfte die Aufhebung des Artikels 104 sein, der eine richterliche Entscheidung über Freiheitsentziehung spätestens innerhalb der darauffolgenden 24 Stunden vorsieht. In dem neuen Gesetz heißt es zwar, es müsse eine richterliche Überprüfung gewährleistet sein, aber diese kann auch erst nach vier Monaten stattfinden. Schließlich gehört die Bundeswehr nicht in das Notstandsgesetz. Sie ist für den äußeren Notstand geschaffen, und äußerer Notstand bedeutet nichts als Krieg. Kann man wirklich verantworten, ein Gesetz zu machen, das dem Landrat die Entscheidung darüber läßt, ob ein Streik noch ein legaler Arbeitskampf ist? Von welchem Zeitpunkt an — und wer entscheidet darüber — reichen die Polizeikräfte nicht mehr aus, die ja schließlich geschaffen worden sind, um Ruhe und Ordnung zu bewahren?"

Stuttgarter Nachrichten vom 20. Januar 1960:

„Nicht nur bei den Sozialdemokraten werden Gefahrenquellen gesehen und befürchtet, sie stützen sich auf die Erfahrungen mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung, jenes Verfassungsartikels, der zunächst theoretisch und dann später praktisch alle Macht in die Hände des Reichspräsidenten legte. Mit diesem Artikel 48 ist die deutsche Demokratie erschlagen worden."

Handelsblatt vom 20. Januar 1960:

„Für den Verteidigungsfall nach außen haben wir bereits das Sicherstellungsgesetz. Das Notstandsgesetz soll deshalb offenbar vornehmlich bei inneren Unruhen angewandt werden. Auf Grund des zur Debatte stehenden Gesetzes wäre die Regierung in der Lage, die gesamte Wirtschaft zentral zu steuern ...

Der Staat will im Falle eines Notstandes Rohstoffe, Produktion und Absatz sowie die Arbeitskräfte dirigieren können ...

Demnach könnte die Regierung gegen große Streiks auf Grund des Notstandsgesetzes vorgehen. Bei der Verkündung des Notstandes ist nicht immer ein Beschluß des Parlaments erforderlich, nämlich dann, wenn die Situation im Inland turbulent geworden ist ...

Eine Aufhebung ist dagegen nur durch das Parlament möglich. Falls ein Parlament aber nicht mehr existiert, kann theoretisch die Regierungsgewalt für eine unabsehbare Zeit ihre Vollmachten ausüben. Das Gesetz wäre, sollte es beschlossen werden, zweifellos eine große Versuchung für verkappte Diktatoren."

Hamburger Echo vom 23. Januar 1960:

„Statt in das Grundgesetz hineinzuzwängen, was seine Väter, erschreckt durch die Spuren des Artikels 48 von Weimar, draußen lassen wollten, sollten Bundesregierung und Bundestagsmehrheit erst einmal diejenigen Aufträge erfüllen, die das Grundgesetz ihnen ausdrücklich gestellt hat. So ist nach über zehn Jahren das Ausführungsgesetz zu Artikel 26 mit Strafbestimmungen gegen die Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker und gegen die Vorbereitung von Angriffskriegen noch nicht einmal als platonischer Entwurf in Angriff genommen. Statt Herrn Schlamm gemäß dem Völkerfriedensgebot des Grundgesetzes das Handwerk zu legen, treiben einige nicht einflußlose Leute in der Bundesrepublik mit ihm gefährliche politische Berggrat-Akrobatik. Das ist unsere Verfassungswirklichkeit, die Verfassung, die wir zwar nicht haben, aber in der wir uns befinden."

Auf einer im November 1959 stattgefundenen Tagung der Deutschen Sektion der „Internationalen Juristen-Kommission" setzte sich der der SPD nahestehende Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Dr. Rudolf Katz, für das Notstandsgesetz ein und bezeichnete „das Staatsnotrecht als ein demokratisches Anliegen". Mit einer nichts zu wünschen übriglassenden Deutlichkeit hob Dr. Katz „die Gefahr durch inneren Notstand" hervor und erklärte hierzu u. a.:

„Staatsrechtlich bedenklich aber muß die Lage werden im Falle des sogenannten „inneren" Notstandes, also im Falle des Verkehrsstreiks, des Generalstreiks, von Versorgungsschwierigkeiten in unseren großen industriellen Zentren und ähnliches. Ich weiß nicht, ob dieser Fall nicht auch relativ schnell kommen könnte. Wie ja überhaupt das Abrutschen aus dem Zustand des „Sonnenscheins" in den des „Gewittersturmes" sehr schnell vor sich gehen kann.

Dabei dürften wahrscheinlich in der heutigen Zeit nicht so sehr die rein politischen, sondern eher die wirtschaftlichen oder sozialen Verhältnisse den Anlaß für den Notstand bieten. Ich bin mir nicht sicher, ob ein totaler Metallarbeiterstreik von vier Monaten, wie ihn die Vereinigten Staaten erst jetzt durchgemacht haben, von Deutschland als einem Export- und Industrieland ohne Krisenzustand verdaut werden könnte, ob etwa ein Streik solchen Ausmaßes hier nicht schon einen Zustand der inneren Krise und des inneren Notstandes hätte hervorrufen können ...

Aber vielleicht noch zwei Gedanken dazu: Auch Notstände haben graduelle Unterschiede. Es gibt kleinere, mittlere und größere Notstände. Da doch in der Hauptsache mit wirtschaftlich-sozialen Notständen zu rechnen ist, die ich noch nicht einmal zu den schwersten rechne ...

Ich wiederhole: Die Situation hat etwas außerordentlich Beunruhigendes an sich. Man hat sich — vielleicht bedauerlicherweise — in den letzten zehn Jahren seit 1949 bei dem dauernden „schönen Wetter" daran gewöhnt, anzunehmen, daß das immer so weitergehen werde. Es ist doch, nach allen geschichtlichen Erfahrungen, außerordentlich unwahrscheinlich, daß in Deutschland, in Europa und in der Welt immer „schönes Wetter" herrschen wird. Schon die ungewöhnlich lange Dauer des Sonnenscheins der letzten zehn Jahre ist erstaunlich. Es mag zwar noch 5, noch 10, es mag 20, es mag noch 30 Jahre weiter so gehen. Aber sicher ist das keineswegs. Und die Gefahr, daß ein Notzustand kommen kann, hängt unheilschwanger über uns. Daher ist es, um den Rechtsstaat zu erhalten, außerordentlich dringend, daß diese notwendige Ergänzung des Grundgesetzes möglichst bald im Bundesgesetzblatt erscheint. Denn sonst könnte der deutsche Rechtsstaat schon in der nächsten Krise zusammenbrechen. Jetzt zu handeln, ist besser, als eine Vogel-Strauß-Politik zu betreiben und so zu tun, als wenn immer herrliches Sonnenwetter bleiben müßte." (57).

Minister Schröder und seine Freunde wären dumm — und das sind sie sicherlich nicht —, wenn sie den ihnen von einem prominenten sozialdemokratischen Juristen zugeworfenen, bejahenden Notstands-Ball nicht aufgefangen hätten, denn sie nehmen nicht mit Unrecht an, daß sich Bundesrichter Dr. Katz vor seinem Aufsehen erregenden Plädoyer für das Notstandsgesetz mit einigen seiner Parteifreunde unterhalten hat und deren Zustimmung fand. Es sind dies jene Mitglieder des Parteivorstandes der SPD, die eine Kompromißlösung mit dem Notstandsgesetzentwurf Minister Schröders anstreben.

Um die Gefahren des Gesetzes in seiner ganzen Tragweite erfassen zu können, ist es nicht nur notwendig, sich des schon aufgezeigten Mißbrauches des Artikels 48 der Weimarer Republik, der mit Hilfe des Staatsstreiches Papen's die scheingesetzliche Tür zum Dritten Reich öffnete, zu erinnern, sondern man muß auch das im Hintergrund dieses Notstandsgesetzentwurfes hängende, zeitgeschichtliche Harzburger Porträt der politischen Situation mit in diese Betrachtung einbeziehen. Diese sehr deutlichen Konturen des Hintergrundes sind, daß nach Ansicht des Bundeskanzlers eine aus freien Wahlen hervorgehende sozialdemokratische Regierung den „Untergang Deutschlands" bedeute und daß man, um diesen „Un-

tergang" zu verhindern, jederzeit bereit sein muß, den „Notstand" zu erklären; daß auf Grund der verschiedenen Äußerungen der Begriff „Notstand" so weit ausgelegt wird, daß darunter z. B. Streiks fallen und daß nicht übermäßig viel Phantasie dazu gehört, sich vorzustellen, wie diese Notstandsgesetzgebung in der Praxis von einer Regierung der Harzburger Gesinnung gehandhabt wird, deren Chef den Wahlsieg der Opposition als Unglück betrachtet und der bestrebt ist, sein Regierungsboot auf den weltpolitischen Wogen des Kalten-Kriegs-Meeres treiben zu lassen und dessen Besatzung sich hierbei übermäßig wohlfühlt und nichts mehr als ein Nachlassen dieses Wellenganges befürchtet.

Der Sieg der Harzburger — das politische Stalingrad der Demokratie

> „Sie setzen alles auf einen einzelnen Mann in einem patriarchalischen Alter, wenn auch von selten glücklicher Konstitution. Welch' eine Abdizionsstimmung bei einer Demokratie, die es lange aufgegeben hat, ihre Position zu verteidigen, die sich schutzsuchend hinter einem 83jährigen verkriecht und den anstürmenden Gegnern beschwörend zuruft: Tut uns nichts! Er ist ja so ehrwürdig!
>
> Das ist nicht mehr Politik, sondern Byzantinismus und schlechtweg zum Kotzen."
>
> Carl von Ossietzky — 1932

Vor einiger Zeit vertrat der Pressedienst der SPD die Meinung, die Außenpolitik der Bundesregierung führe zu einem neuen militärischen Stalingrad. Es muß aber als eine geschichtliche Tatsache gewertet werden, daß, ehe es zu der für das ganze deutsche Volk sichtbaren Niederlage von Stalingrad kommt, es schon vor 1933 ein geistiges Stalingrad der Demokratie gab. Wir denken hier an die damals durchgeführte antirepublikanische Harzburger Propaganda, deren Bogen des Ungeistes von nationalsozialistischen bis zu konservativen Kreisen reichte. Daß sich die in Wort und Schrift gegen die Demokratie gerichtete und diese unterhöhlt habende Agitation auch einer aggressiven, antikommunistischen Phrasologie befleißigte, ändert deshalb nichts an ihrem antirepublikanischen Charakter, und es wurde schon darauf hingewiesen, daß man unter dem Begriff Bolschewismus z. B. auch gewerkschaftliche Forderungen oder eine fortschrittliche Kommunalpolitik verstand und bekämpfte.

Ein Versuch, die heute angeblich bedrohte Freiheit mit den Vertretern der Unfreiheit von gestern verteidigen zu wollen, ein Bündnis mit jenen, bei denen die antikommunistische Gesinnung um vieles eindeutiger als ihr demokratisches Wollen ist, und denen, die sich nur des gängigen Antibolschewismus bedienen, um dahinter ihre rechtsradikalen Tendenzen zu verbergen, ein solches Bündnis ist gleichbedeutend mit einem Schritt zu jenem geistigen Stalingrad, an dem auch die Weimarer Republik mit zugrunde gegangen ist und dem nur zu leicht auch ein militärisches Stalingrad folgen kann.

Der Kampf der Harzburger des Jahres 1960 findet auch darin seinen Ausdruck, daß die Anhänger einer restaurativ-autoritären Staatsreform, die faschistischen Jungfrauen und Jungmänner mit pseudodemokratischen Hemmungen sich nach einem alles lenkenden und bestimmenden „Führer" sehnen, der ihren unterentwickelten staatsbürgerlichen Gefühlen Rechnung trägt und sie in pseudo-väterlicher Weise regiert.

Deshalb, weil die meisten der Staatssekretäre und Ministerialräte bis heute ebenso wenig wie ihre Vorgänger in der Weimarer Republik ein vernünftiges

und gesundes Verhältnis zum demokratischen Staate und dessen Einrichtungen gefunden haben, deshalb sind sie auch nur zu gerne bereit, mit allen autoritären, reaktionären und faschistischen Gedankengängen fremd zu gehen und die Demokratie zu betrügen. Sie dienten und dienen niemals dem demokratischen Staatswesen, sondern bestenfalls dem jeweiligen, ihnen vorgesetzen Minister, und nur zu oft wurde und wird der Minister zum Befehlsempfänger seiner Ministerialbürokratie, ohne dies selbst zu bemerken. Nur so ist es auch zu erklären, daß wir auf dem politischen Parkett der Bundesrepublik heute wieder so viele Persönlichkeiten finden, die gegen die Weimarer Republik intrigiert hatten, die unter Hitler in die innere Emigration gingen, aber nach außen hin dem NS-Staat treu und ergeben dienten und zur Tarnung ihrer „Widerstandstätigkeit" sogar Kommentare für die ihnen verhaßte Regierung schrieben und heute wieder da sind.

Sie, die Harzburger Großfürsten des restaurativen Kaiserreichs, sind es, die planmäßig und zielbewußt alles nur Erdenkliche tun, um jeden echten Funken einer demokratischen Entwicklung und eines demokratischen Lebens mit dem rauhen Militärkolter des primitiven, nach politischen und militärischen Kreuzzügen rufenden Antibolschewismus zu ersticken. Sie, die das politische Flirten mit den Gegnern der Demokratie niemals aufgeben können und wollen, sind die wahren Inspiratoren der schleichenden Machtübernahme der Harzburger des Jahres 1960!

Quellennachweis:

(1) Friedrich Meinecke „Die deutsche Katastrophe", Eberhard Brockhaus-Verlag, Wiesbaden — 1947.
(2) „Völkischer Beobachter" vom 13. Oktober 1931.
(3) Hans Otto Meissner/Harry Wilde „Die Machtergreifung — Die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs", J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf., Stuttgart — 1958.
(4) Karl Dietrich Bracher „Die Auflösung der Weimarer Republik — Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie" — Ring-Verlag Stuttgart und Düsseldorf — 1957.
(5) Dr. Karl Mielcke „Dokumente zur Geschichte der Weimarer Republik", Verlag Albert Limbach, Braunschweig — 1951.
(6) „Monatshefte für Auswärtige Politik", Heft 4, April 1939.
(7) „Monatshefte für Auswärtige Politik", Heft 10, Oktober 1939.
(8) „Monatshefte für Auswärtige Politik", Heft 9, September 1940.
(9) „Jahrbuch der Weltpolitik 1942" — Junker & Dünnhaupt-Verlag, Berlin.
(10) „Der Monat" vom September 1951.
(11) „Der Spiegel" vom 19. Februar 1958.
(12) „Der Tag" vom 24. Januar 1954.
(13) „Süddeutsche Zeitung" vom 5. März 1954.
(14) „Contra Komintern" vom April 1937.
(15) „Zeitschrift für Politik" Jahrgang 1939.
(16) „Der Spiegel" vom 17. August 1955.
(17) Oberstleutnant Förtsch „Der Offizier der Deutschen Wehrmacht — Eine Pflichtlehre" — Berlin 1942.
(18) „Frankfurter Rundschau" vom 3. November 1956.
(19) Pasqual Jordan „Physikalisches Denken in der neuen Zeit", Hamburg 1935.
(20) Pasqual Jordan „Die Physik und das Geheimnis des organischen Lebens" — 1941.
(21) „Rheinischer Merkur" vom 30. August 1957.
(22) „CrP-Informationsdienst" vom September 1959.
(23) Professor Dr. Otto Koellreutter „Grundriß der allgemeinen Staatslehre", Tübingen.
(24) „CrP-Informationsdienst" vom Juni 1957.
(25) „Die Anklage" vom 1. Juli 1954.

(26) „fnb" vom 5. Dezember 1955.
(27) „Frankfurter Rundschau" vom 14. Juni 1955.
(28) Erich Kern „Fahne im Sturm", Deutscher Verlag für Jugend und Volk, Wien — 1942.
(29) „CrP-Informationsdienst" vom Oktober 1956.
(30) „Vorwärts" vom 19. April 1957.
(31) zitiert nach „Tagesspiegel" Berlin vom 20. Mai 1948.
(32) Meißner-Wilde „Die Machtergreifung — Die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs", J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf., Stuttgart — 1958.
(33) Meißner-Wilde „Die Machtergreifung — Die Technik des nationalsozialistischen Staatsstreichs".
(34) „Regensburger Anzeiger" vom 8. April 1933.
(35) „Regensburger Anzeiger" vom 4. Mai 1933.
(36) „Frankfurter Rundschau" vom 14. Juni 1958.
(37) „Frankfurter Rundschau" vom 7. März 1958.
(38) „Welt der Arbeit" vom 21. Juni 1958.
(39) „dpa" vom 3. Februar 1959.
(40) „Sind Sie schon Antikommunist?", Gerhard E. Gründler „Die Welt" vom 7. August 1959.
(41) „Der Spiegel" vom 4. Februar 1959.
(42) Gerhard Opitz „Eine Analyse der deutschen Situation zum Jahresanfang 1960 in der Sicht der nationalen Opposition" — „Studien von Zeitfragen, Analysen und Berichte" vom 27. Januar 1960.
(43) „Frankfurter Rundschau" vom 30. Januar 1960.
(44) „CrP-Informationsdienst" vom Dezember 1959.
(45) „Hamburger Echo" vom 4. Februar 1960.
(46) „Hamburger Echo" vom 20. Januar 1960.
(47) „Hamburger Echo" vom 2. November 1959.
(48) „Welt der Arbeit" vom 5. September 1952.
(49) „Süddeutsche Zeitung" vom 17. Oktober 1953.
(50) „Welt der Arbeit" vom 5. März 1954.
(51) „Vorwärts" vom 16. September 1955.
(52) „Hamburger Echo" vom 2. November 1959.
(53) Otto Braun „Von Weimar zu Hitler", Hammonia — Norddeutsche Verlagsanstalt Hamburg — 1949.
(54) Otto Braun „Von Weimar zu Hitler".
(55) „Stuttgarter Nachrichten" vom 20. Januar 1960.
(56) „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" vom 20. Januar 1960.
(57) „Frankfurter Rundschau" vom 2. Dezember 1959.

Für Abonnenten als kostenlose Beilage. Einzelpreis 0,50 DM

„Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 3/1960

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.

Brief von Hermann Hesse

Hermann Hesse

Montagnola bei Lugano
März 1960

An
Redaktion der Blätter für deutsche
und internationale Politik

Köln
Barbarossaplatz 2

Hochgeschätzte Herren!

Seit langer Zeit haben Sie mir freundlicherweise Ihre schöne Monatsschrift zugesandt. Ich lese Politisches nur noch ausnahmsweise, habe mit der Zeit aber doch eine gute Vorstellung von Ihren Bestrebungen bekommen. Im Ausland lebend und weder den innerdeutschen noch den kirchlichen Problemen nahestehend, habe ich doch immer einmal wieder in Ihren Blättern gelesen und verdanke ihnen manche Belehrung. Ganz besonders freut es mich, daß Sie so tapfer und unermüdlich Ihren Lesern den Schandfleck der Bundesrepublik sichtbar machen, die Besetzung hoher und höchster Ämter mit zum Teil schwer belasteten Nationalsozialisten.

Mit ergebenen Grüßen

Ihr
gez. Hermann Hesse

25

Es schrieben bisher u. a.:

Dr. Walther Ammann - Dr. Günther Anders - Stefan Andres - Prof. Manfred von Ardenne - Prof. Dr. Dr. Hans Bayer - Prof. Dr. Karl Bechert, MdB - Arno Behrisch, MdB - General a. D. Dr. Franz Beyer - Lucie Beyer, MdB - Dr. Achim von Borries - Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Eduard Brenner - Klemens Brockmöller S. J. - Dr. Hildegard Brücher, MdL - Dr. Gerhard Caemmerer - Volkskammerpräsident Dr. Johannes Dieckmann - Dr. Wolf Donner - Dr. Helmut Dörr - Staatssekretär a. D. Dr. Fritz Eberhard - Prof. Dr. Fritz Eichholtz - Otto Eisenmann, MdB - Dr. Hermann Etzel - Staatssekretär a. D. Dr. Gustav Feick - Prof. Friedrich Wilhelm Foerster, PH, D., D. D. - Gertrud von le Fort - Prof. Dr. Ernst Fraenkel (Frankfurt) - Major a. D. Hans Moritz von Frankenberg und Proschlitz - Prof. Dr. Wolfgang Friedmann - Prof. D. Emil Fuchs - Dr. Werner Gerth - Albrecht Goes - Prof. Gerhard Gollwitzer - Dr. Dr. Georg Groeninger - Prof. Dr. Walter Hagemann - Prof. Dr. Werner Hahlweg - Prof. Johannes Harder - Prof. Dr. Wilhelm Hasenack - Esther Sophia Hayfron - Dr. Friedrich Heer - Minister a. D. Dr. Arno Hennig - Dr. Elsa Hennings - Dr. Hans Henrich - Botschafter a. D. Dr. Werner Otto von Hentig - Dr. Walther Herbst - Prof. D. Dr. Johannes Hessen - Dr. Irene Hilgers-Hesse - Kurt Hirsch - Dr. Hans Heinz Holz - Professor D. J. L. Hromádka - Professor Rolf Italiaander - Professor D. Hans Joachim Iwand - Hans Henny Jahnn † - Alexander Karev - Hans Hellmut Kirst - Prof. Dr. Friedrich Klein - Wilhelm von Kleist - Dr. Arno Klönne - DD. Heinz Kloppenburg - Prof. J. Korowin - Dr. Erich Küchenhoff - Prof. Dr. Bernard Lavergne - Dr. Jonas Lesser - Prof. Dr. Hanns Linhardt - Hans Lipinsky-Gottersdorf - Dr. Bodo Manstein - Dr. Basil Mathiopoulos - Prof. Dr. Ing. e. h., Dr. phil. h. c. Ernst May - Mathias Joseph Mehs - Dr. Wilhelm Ritter von Meng - Prof. Dr. Eberhard Menzel - Botschafter a. D. Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, MdB - Herbert Mochalski - Dr. Girya K. Mookerjee - Prof. Dr. Wilhelm Müller - Hans Nätscher - Peter Nellen, MdB - Prof. Dr. Anton Neuhäusler - Anna Nieklewicz - Prof. Hermann Oberth - Prof. Dr. László Márton von Pákozdy - Prof. Dr. Linus Pauling - Rudolf Pikola - Senator a. D. Ernst Plate - Kurt Pritzkoleit - Prof. Dr. A. J. Rasker - Prof. Dr. Franz Rauhut - Dr. Hermann Rauschning - Prof. Dr. Gerhard Reintanz - Prof. Dr. Hans Rheinfelder - Prof. Dr. Helmut Ridder - Prof. Dr. Renate Riemeck - Prof. Dr. Karl Rode - Ludwig Ritter von Rudolph - Lord Bertrand Russell - E. S. Sachs - Prof. Dr. Michael Seidlmayer - Paul Schallück - Adolf Schmidt - Prof. Dr. Franz Paul Schneider - Rolf von Schoen - Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl - Prof. Dr. Rudolf Schottlaender - Prof. Dr. L. Schücking - Hermann Schwann - Dr. Ernst Schwarz - Prof. Dr. Dr. H. Schweigart - Richard E. Sperber - Prof. Dr. Alexander Schenk Graf von Stauffenberg - Prof. Dr. Karl Stoevesandt - Prof. D. Hermann Strathmann - Dr. Ruth Tangemann - Dr. Hans-Joachim Tepe - Helmut Traub - Prof. Dr. Gregori Tunkin - Prof. D. Heinrich Vogel - William Warbey M. P. - Philipp Wehr, MdB † - Johannes Weidenheim - Günther Weisenborn - Prof. Dr. Leo Weismantel - Prof. Dr. Aloys Wenzl - Hans Wirtz - Botschafter Dr. Zairin Zain - Konni Zilliacus M. P. - Prof. Dr. Ernst Zinner - Anton Zischka.

Herausgeber, Verlag und Eigentümer: M. Pahl-Rugenstein. Postscheckkonto Köln 65 14. Verantwortlich für den Inhalt: Karl Graf von Westphalen. Beide Köln, Barbarossaplatz 2. Telefon 21 53 36. Erscheinungsweise monatlich einmal zum Preise von 1,50 DM, zuzüglich 0,03 DM Postzustellgebühr. Rücksendung von Manuskripten nur, wenn Rückporto beiliegt. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und brauchen nicht der Auffassung der Redaktion zu entsprechen. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion und bei genauer Quellenangabe. Sprechstunden der Redaktion: Montags von 15—17 Uhr. Druck: F. W. Wesel, Baden-Baden.